

DER BÜRGER IM STAAT

2/3-2016



Soziale Milieus



Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

DER BÜRGER IM STAAT

HEFT 2/3–2016
66. JAHRGANG
ISSN 0007-3121

„Der Bürger im Staat“ wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

DIREKTOR DER LANDESZENTRALE
Lothar Frick

REDAKTION
Prof. Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ
Barbara Bollinger, barbara.bollinger@lpb.bwl.de

ANSCHRIFT DER REDAKTION
Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 07 11/16 40 99-44, Fax 07 11/16 40 99-77

HERSTELLUNG
Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 07 11/44 06-0, Fax 07 11/44 06-174

GESTALTUNG TITEL
Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm

GESTALTUNG INNENTEIL
Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

VERTRIEB
Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm
Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm
Telefon 07 31/94 57-0, Fax 07 31/94 57-224
www.suedvlg.de

Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.

Bitte geben Sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

INHALT

Rainer Geißler	96
Sozialstrukturanalyse – von Klassen und Schichten zu sozialen Milieus	
Jörg Ueltzhöffer	107
Soziale Milieus in Europa: Eine soziokulturelle Landkarte	
Stefan Hradil	116
Wie viel soziale Ungleichheit verträgt eine Gesellschaft?	
Clarissa Rudolph	122
Soziale Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis	
Silke Mardorf	130
Gebot oder Tabu? Der Milieuansatz in der kommunalen Sozialberichterstattung	
Nina-Sophie Fritsch, Roland Verwiebe	136
Das Schrumpfen der Mittelschicht – Schichtdynamik und Sozialstruktur Deutschlands im europäischen Vergleich	
Judith Niehues	143
Verunsicherte Milieus – eine Mittelschicht in Abstiegsangst?	
Haci-Halil Uslucan	150
Die Lebenswelten von (türkeistämmigen) Zuwanderern: Von sinnvollen und negativen Kontakten zu Einheimischen	
Sylvia Kämpfer, Michael Mutz	158
Zufriedenheit und Wohlbefinden in der Konsum- und Erlebnisgesellschaft: ein Forschungsüberblick	
Rolf Frankenberger, Daniel Buhr	167
Heterogenität als Normalzustand? Politische Lebenswelten in Baden-Württemberg	
Thomas Gensicke	175
Jugend: Partizipation und Engagement im Wandel	
Oscar W. Gabriel	181
Die Erosion sozialer Milieus und der Wandel des Wählerverhaltens	
Udo Zolleis	191
Politikberatung angesichts schwindender Stammwähler	
Oliver Eberl, David Salomon	197
Befindet sich die repräsentative Demokratie in einer Krise?	
Rolf Frankenberger	203
Überwachen, Analysieren, Regieren – Das Problem der Bevölkerung	
Buchbesprechungen	210

THEMA IM FOLGEHEFT

Jugend und Partizipation



Wie kann man die soziale Struktur unserer Gesellschaft angemessen beschreiben? War es bis in die 1970er Jahre üblich, von „Klasse“ und „Schicht“ zu sprechen, hat sich in der Sozialstrukturanalyse inzwischen das Konzept der „Sozialen Milieus“ etabliert.

picture alliance/dpa

Soziale Milieus – Politische und soziale Lebenswelten

Das vorliegende Heft „Soziale Milieus – Politische und soziale Lebenswelten“ will eine Bestandsaufnahme von Modellen der Gesellschaftsanalyse, von deren Erkenntnissen und gesellschaftspolitischen Implikationen vornehmen. So geht es zum einen um die Frage, wie die Sozialwissenschaften auf gesellschaftliche Realitäten zugreifen. Zum anderen darum, wie sozialwissenschaftliche Erkenntnisse genutzt werden (können), um politische Entscheidungen vorzubereiten.

Der Begriff Sozialstruktur ist ein Schlüsselbegriff der Gesellschaftsanalyse. Aufgabe der Sozialstrukturanalyse ist es, die wichtigsten Strukturelemente in einer Gesellschaft zu erfassen und ihren Einfluss sowie ihre Wechselwirkung auf das soziale Handeln und die Positionen, Funktionen und Statuszuweisungen im gesellschaftlichen Gefüge zu bestimmen. Die Sozialstrukturanalyse umfasst die gesamte Bandbreite von der Demographie über die traditionelle Klassen-, Schichten- und Mobilitätsforschung bis zur Lebensstilanalyse. Die Frage, welche sozialen Strukturen als zentral gelten und in der Sozialstrukturanalyse berücksichtigt werden, hat zu unterschiedlichen Ansätzen geführt, die Rainer Geißler im einführenden Beitrag erörtert.

Das Modell der Sozialen Milieus ist ein Mittelweg zwischen Klassen- bzw. Schichtanalyse auf der einen und Lebensstilanalysen auf der anderen Seite. Die vergleichsweise stabile soziokulturelle Landkarte der Sozialen Milieus fasst soziale Gruppen mit ähnlichen Wertorientierungen, Lebenszielen und alltagsästhetischen Vorlieben zusammen. Die Milieuanalyse nimmt den ganzen Menschen in den Blick und versucht all jene subjektiven und objektiven Merkmale zu erfassen, die die soziokulturelle Identität von Menschen konstituieren. Durch die zunehmende Globalisierung der Märkte hat sich die Milieuforschung auf zahlreiche weitere Länder ausgedehnt. Auf europäischer Ebene lassen sich aktuell elf transnationale Milieusegmente unterscheiden, die von Jörg Ueltzhöffer skizziert werden.

Nach Jahrzehnten ökonomischer Prosperität und wachsender materieller sowie sozialer Angleichung verschärfte sich nach den 1970er Jahren die soziale Ungleichheit. Seit dem Jahr 1973 stieg die Arbeitslosigkeit stetig an. In der Folge wurde die Einkommens- und Vermögensverteilung immer ungleicher. Die soziale Ungleichheit war immer weniger mit dem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Dennoch hielten sich Proteste und politische Konflikte als Reaktion auf die gewachsene Ungleichheit in Grenzen. Die Folgen sozialer Ungleichheit wurden in Deutschland weitgehend privat verarbeitet. Die Stabilität der Gesellschaft war durch die gewachsene Ungleichheit der vergangenen vier Jahrzehnte – so ein Fazit von Stefan Hradil – nie wirklich gefährdet, wenngleich in Teilen des gesellschaftlichen Gefüges durchaus ein Auseinanderrücken zu konstatieren ist.

In klassischen Modellen der Sozialstrukturanalyse taucht die Kategorie „Geschlecht“ überhaupt nicht oder nur am Rande auf. Erst die feministische Theorieentwicklung und die genderorientierte Wissenschaft haben Geschlechterverhältnisse als Erklärungsvariable für soziale Ungleichheiten in den Fokus sozialwissenschaftlicher Forschung gerückt. Die feministische Theorieentwicklung hat nicht nur patriarchale Machtverhältnisse und bestehende Ungleichheitsmodelle thematisiert und erweitert, sondern mit

Nachdruck auf die Verknüpfung verschiedener Ungleichheitslagen hingewiesen, die soziale Positionen und Ungleichheitsverhältnisse konstituieren. Clarissa Rudolph zeichnet in ihrem Beitrag die Stationen der feministischen Theorieentwicklung nach und präsentiert empirische Befunde zu Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis.

Als Steuerungsinstrument zielt kommunale Sozialplanung auf die Gestaltung sozialer Lebensbedingungen und auf Teilhabe im Rahmen kommunaler Daseinsvorsorge. Eine der Kernaufgaben ist die kommunale Sozialberichterstattung, die soziale Fakten und Entwicklungen so aufbereitet, dass sie argumentativ nutzbar und grundlegend für kommunale Planungsprozesse sind. Während soziale Milieus in der Stadtforschung zunehmend Verbreitung finden, haben sie in der kommunalen Sozialberichterstattung aus mehreren Gründen ein Akzeptanzproblem. Der Beitrag von Silke Mardorf erklärt, woran das liegen könnte und warum hier auf der analytischen Ebene auch künftig kein Trend in Richtung Milieuanalyse erkennbar ist, während soziale Milieus auf der Handlungsebene, d. h. wenn es darum geht, bestimmte Zielgruppen zu erreichen, immer wichtiger werden könnten.

In der Forschung wird gegenwärtig in einer Vielzahl von Beiträgen die These der Auflösung der Mittelschicht diskutiert. Diesem Thema widmet sich der Beitrag von Nina-Sophie Fritsch und Roland Verwiebe. Der Fokus der Analyse liegt dabei auf einem Vergleich zwischen Deutschland und anderen europäischen Ländern, insbesondere mit den strukturell ähnlich geprägten Vergleichsfällen Österreich und Schweiz. Inhaltlich werden unter Verwendung unterschiedlicher europäischer Daten Schichtzugehörigkeiten und Schichtdynamiken über einen Untersuchungszeitraum von mehr als 15 Jahren betrachtet (1996–2013). Die Ergebnisse zeigen, dass die Mittelschicht in Deutschland in einem viel stärkeren Maße geschrumpft ist als dies in vielen anderen europäischen Ländern der Fall ist.

Die Mittelschicht, die als Gradmesser für die Stabilität des sozialen Zusammenhalts gilt, ist ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt. Einigkeit in der Bewertung der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Mittelschicht herrscht jedoch keineswegs. Während einige Studien eine schrumpfende Mittelschicht konstatieren, betonen andere deren Stabilität. Judith Niehues geht der Frage nach, ob sich tatsächlich eine zunehmende Verunsicherung der Gesellschaft, insbesondere der Mittelschicht, beobachten lässt. Der Beitrag analysiert auf der Grundlage repräsentativer Haushaltsbefragungsdaten des Sozio-ökonomischen Panels die Entwicklung des bundesrepublikanischen Schichtgefüges seit der Wiedervereinigung und untersucht die Häufigkeit sozialer Auf- und Abstiege.

Integrierte Migrantinnen und Migranten sind eine kulturelle, gesellschaftliche Bereicherung und nicht zuletzt ein ökonomischer Zugewinn. Haci-Halil Uslucan nimmt in seinem Beitrag die Sozialbeziehungen zwischen Deutschen und (türkeistämmigen) Zuwanderern in den Blick und beschreibt, wie durch Kommunikation und Kooperation kulturelle Distanz abgebaut und Integration gefördert werden kann. Vermehrte Kontaktmöglichkeiten zwischen Angehörigen verschiedener Kulturen führen allerdings nicht automatisch zu einem besseren gegenseitigen Verständnis. Dies zeigen Diskriminierungserfahrungen, die die Integra-

tionsbemühungen von Migrantinnen und Migranten beeinträchtigen.

Die deutsche Gesellschaft wird in einigen Zeitdiagnosen als individualisierte und pluralisierte Konsum- und Erlebnisgesellschaft beschrieben. Das einzelne Individuum muss sein Handeln vor dem Hintergrund einer noch nie da gewesenen Vielfalt an Konsum-, Erlebnis- und Sinnangeboten orientieren. Dabei reflektieren Menschen verstärkt das eigene Wohlbefinden. Die eigene Zufriedenheit wird zum Gradmesser für Lebenserfolg und soziales Handeln. Vor dem Hintergrund dieser Gesellschaftsdiagnose stellt der Beitrag von Sylvia Kämpfer und Michael Mutz Forschungsbefunde zur Entwicklung der Lebenszufriedenheit in Deutschland vor und analysiert, von welchen Einflussfaktoren das Wohlbefinden der Menschen abhängt.

Im Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung wurden politische Einstellungen und alltagsweltliche Orientierungen in vierzehn baden-württembergischen Kommunen untersucht. Rolf Frankenberger und Daniel Buhr präsentieren die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung. Die Studie bestätigt die These einer Pluralisierung politischer Lebenswelten. Insgesamt finden sich sieben Lebenswelten, die sich in drei unterschiedliche Gruppen (politikferne, delegative und partizipatorische Lebenswelten) zusammenfassen lassen. Diese Lebenswelten unterscheiden sich nicht nur im Verständnis von Demokratie und Politik, sondern auch hinsichtlich der Partizipationsniveaus und -formen. Wünschenswert erscheint eine Differenzierung und Erweiterung von Beteiligungsangeboten in der repräsentativen Demokratie angesichts der unterschiedlichen Präferenzen der verschiedenen politischen Lebenswelten.

Anders als in früheren Jahrzehnten konstatiert die aktuelle Shell Jugendstudie einen Anstieg des politischen Interesses. War in den vergangenen Jahren ein Trend zu einer immer geringeren Politisierung Jugendlicher zu verzeichnen, hat sich nunmehr ein Trendwechsel vollzogen. Im Gegensatz zu Vorgängergenerationen kommt das soziale, ökologische und politische Engagement Jugendlicher unaufgeregt und ohne sozialrevolutionäres Pathos daher. Die Jugend findet sich – so Thomas Gensicke, Mitautor der Shell Jugendstudie 2015 – im Einklang mit dem Gemeinwesen und dessen (alten und neuen) Werten. Thomas Gensicke erörtert die verschiedenen Facetten des gewachsenen Interesses von Jugendlichen für Politik sowie die verschiedenen Formen jugendlichen Engagements.

Das im 19. Jahrhundert entstandene deutsche Parteiensystem weist in seinen Grundstrukturen bis heute eine bemerkenswerte Kontinuität auf. Die für die Struktur des Parteienwettbewerbs maßgeblichen Konfliktlinien bildeten sich bereits im Kaiserreich heraus. Die religiöse Konfliktachse markierte die Trennlinie zwischen Katholiken, Protestanten und laizistischen Bevölkerungsgruppen. Zeitgleich entwickelte sich ein parteipolitischer Gegensatz zwischen der Arbeiterschaft und den Selbstständigen sowie Landwirten. Diese Konfliktstrukturen bildeten die Basis für das Entstehen langfristig stabiler politischer Milieus. Die Kontinuität der Milieu- und Parteienwettbewerbsstruktur darf jedoch nicht mit Stagnation gleichgesetzt werden. Die Gesellschaft und das politische System unterliegen langfristigen Wandlungsprozessen, die das Wählerverhalten und das Parteiensystem beeinflussen. Oscar W. Gabriel

beleuchtet den langfristigen Wandel der gesellschaftlichen Grundlagen des Parteienwettbewerbs in Deutschland.

Obwohl externe Politikberatung durchaus einen Mehrwert zu bieten hat, setzen Parteien aus strukturellen Gründen eher auf interne Beratungsverfahren, die im Wahlkampf, in der Programmformulierung und in organisatorischen Fragen zum Tragen kommen. Udo Zolleis erörtert die verschiedenen Ressourcen und Akteure dieses internen Beratungsprozesses. Interne Politikberatung erfolgt zunächst über die aktiven Mitglieder, deren Meinungen und Stimmungen hohe Durchschlagskraft besitzen. Eine weitere Ressource der Politikberatung ist der Parteiapparat, auf dessen Expertise die Abgeordneten angewiesen sind. Einen gewichtigen Stellenwert nimmt auch die Ministerialbürokratie ein, die sich um Fragen der Implementation des politischen Willens kümmert. Externe Politikberatung wird in der Regel dann herangezogen, wenn aufgrund von Reformstaus Sach- und Fachwissen und Impulse notwendig werden, um politische Lösungen effizient und rational zu gestalten.

Politische Repräsentation ist nicht nur eine institutionelle, sondern auch eine soziale Frage. Deshalb erweist sich die Entgegensetzung von direkter und repräsentativer Demokratie in modernen Gesellschaften als ein Schattengefecht – so Oliver Eberl und David Salomon. Entscheidender ist vielmehr die Frage, welche sozialen Gruppen in den Organen der Repräsentation vertreten werden und in welchem Zusammenhang Partikularinteressen und Gemeinwohl stehen. Postdemokratische Diagnosen konstatieren eine in formaler Hinsicht intakte repräsentative Demokratie, in der wichtige Entscheidungen jedoch von Eliten getroffen werden. Entgegen dem Anspruch repräsentativer Organe, divergierende gesellschaftliche Interessen angemessen zu vertreten, zeigt sich in postdemokratischen Systemen der Trend hin zu einer neuen sozialen Ungleichheit. Mehr noch: Soziale Ungleichheit übersetzt sich in politische Ungleichheit.

Die Heterogenität postmoderner Gesellschaften stellt Regierungen vor die Problematik, auf gesellschaftliche und soziale Veränderungen mit Blick auf die Zukunft des Gemeinwesens angemessen reagieren zu müssen. Dabei bedienen sie sich u. a. auch Studien der Markt- und Meinungsforschung. Durch die allumfassende Digitalisierung hat die Sammlung von Daten jedoch an Brisanz gewonnen: Eine um sich greifende Überwachung stellt Prinzipien der Selbstbestimmung und der Souveränität in Frage. Welche Mechanismen sind hier am Werk? Unter Rückgriff auf Konzepte der Bio-Politik, Ansätze der Beschreibung der Bevölkerung, auf Regierungsbegriffe und Regierungstechniken sowie der systematischen Analyse der Macht bei Michel Foucault zeichnet Rolf Frankenberger nach, dass sozialwissenschaftliche und ökonomische Gesellschaftsanalysen zentrale Elemente der Bio-Politik und Bausteine einer spezifischen Verknüpfung von Macht und Wissen darstellen, die sich zu einer „Regierung des Lebensstils“ (Rolf Frankenberger) verdichtet.

Allen Autorinnen und Autoren, die mit ihren Beiträgen aufschlussreiche Informationen und Einsichten vermitteln, sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Dank gebührt auch dem Schwabenverlag und der Druckvorstufe für die stets gute und effiziente Zusammenarbeit.

Siegfried Frech

Sozialstrukturanalyse – von Klassen und Schichten zu sozialen Milieus

Rainer Geißler

Der Begriff Sozialstruktur ist ein Schlüsselbegriff der Gesellschaftsanalyse. Die Aufgabe der Sozialstrukturanalyse ist es, die in einer Gesellschaft jeweils wichtigsten Strukturelemente zu erfassen und ihren Einfluss sowie ihre Wechselwirkung auf das soziale Handeln und die Positionen, Funktionen und Statuszuweisungen im gesellschaftlichen Gefüge zu bestimmen. Die Sozialstrukturanalyse umfasst die gesamte Bandbreite von der Demographie über die traditionelle Klassen-, Schichten- und Mobilitätsforschung bis zur Lebensstilanalyse und dem jüngsten Modell Exklusion versus Inklusion. Die Frage, welche sozialen Strukturen als zentral gelten und in der Sozialstrukturanalyse berücksichtigt werden, hat zu unterschiedlichen Ansätzen geführt, die Rainer Geißler in seinem Beitrag erörtert. Abschließend wird der Streit zwischen Auflösungstheoretikern und Schichtungstheoretikern, der die deutsche Sozialstrukturforschung lange Zeit prägte, skizziert. Vertreten erstere die These von der Auflösung der Klassen und Schichten, argumentieren die Zweitgenannten, dass die Sozialstruktur nicht verschwunden, sondern dynamischer, mobiler und pluraler geworden ist. ■

Vorbemerkung

Moderne Gesellschaften sind ausgesprochen komplex und vielschichtig. Jürgen Habermas hat die deutsche Sozialstruktur 1985 mit dem Etikett „neue Unübersichtlichkeit“ versehen. Aber auch in den 1930er Jahren klagten die Sozialstrukturforscher bereits darüber, dass sich klare Konturen einer Gliederung kaum erkennen lassen – so z. B. Theodor Geiger in seinem Klassiker „Die soziale Schichtung des deutschen Volkes“ (1932: 127 f., 137 f.). Die Vielschichtigkeit und Unübersichtlichkeit komplexer Gesellschaften ist wohl eine der Hauptursachen dafür, dass sich die deutschen Soziologen über die „wirklichen“ Strukturen des sozialen Gefüges in der Bundesrepublik nie einigen konnten und dass verschiedene Deutungsversuche miteinander konkurrierten oder einander ablösten. Ich werde im Folgenden vier wichtige Ansätze mit unterschiedlichen Fragestellungen und Modellen vorstellen: Zunächst die traditionellen Modelle der Schichten und Klassen, dann die in den 1980er Jahren entwickelten Modelle der sozialen Lagen und Milieus und als letztes das jüngste Modell von Inklusion versus Exklusion. Abschließend gehe ich noch etwas genauer auf den zentralen Streit ein, der die deutsche Sozialstrukturforschung seit Mitte der 1980er Jahre mehr als zwei Jahrzehnte lang beherrscht hat.

Soziale Schichten und Klassen

Die Schichtungsanalyse kann auf eine lange Tradition zurückblicken. Sie wurde von Theodor Geiger – einem von den Nationalsozialisten nach Skandinavien vertriebenen Klassiker der deutschen Soziologie – in Auseinandersetzung mit der offiziellen (d. h. von kommunistischen Parteien vertretenen) Marx'schen Klassentheorie in den 1930er Jahren entwickelt (Geiger 1932) und wird heute noch in modernisierten Varianten eingesetzt.

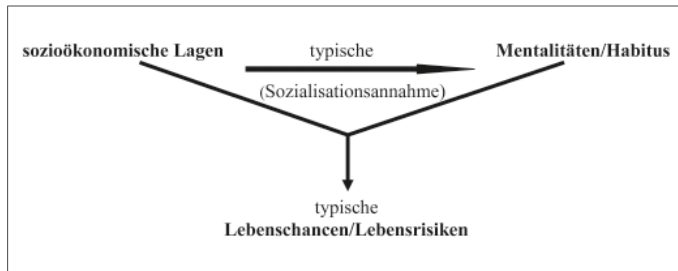
Das Klassenkonzept war in Deutschland wegen seiner Anklänge an die offizielle Marx'sche Revolutionstheorie lange Zeit verpönt, obwohl es auch in modernen nichtmarxistischen Versionen vorliegt – z. B. von dem französischen Klassiker Pierre Bourdieu in seiner berühmten Analyse über „la distinction“ (1979) – ins Deutsche übersetzt als „Die feinen Unterschiede“ (1982). Im letzten Jahrzehnt haben es die PISA-Studien sowie viele andere Studien der OECD wieder salonfähig gemacht, denn sie arbeiten mit dem sogenannten EGP-Klassenschema des englisch-schwedischen Teams Robert Erikson, John H. Goldthorpe und Lucienne Portocarero (1979).¹

Die Schicht- und Klassenanalytiker gliedern die Bevölkerung nach „Schichten“ bzw. „Klassen“ und beachten dabei Unterschiede in zwei Bereichen: Zu einer Schicht oder Klasse werden Menschen mit ähnlichen „äußeren“ Lebensbedingungen sowie ähnlichen „inneren“, „psychischen“ Merkmalen zusammengefasst.

Zu den äußeren Lebensbedingungen – sie werden auch als sozioökonomische Lage bezeichnet – gehören insbesondere die Berufsposition, Einkommen und Besitz, das Qualifikationsniveau sowie Einfluss und Sozialprestige. Häufig orientieren sich Schicht- und Klasseneinteilungen an der Berufsposition, weil damit die anderen Schicht- und Klassenkriterien tendenziell verknüpft sind. So setzen hohe Berufspositionen in der Regel eine gute Qualifikation voraus und ermöglichen vergleichsweise hohe Einkommen, hohes Sozialprestige und großen Einfluss.

Schicht- und Klassenanalysen gehen davon aus, dass Menschen in ähnlichen Lebensbedingungen ähnliche Lebenserfahrungen machen und dass die „äußere“ sozioökonomische Lage daher einen gewissen Einfluss auf die Persönlichkeitsentwicklung sowie auf die Einstellungen und das Verhalten der Menschen ausübt. Man nimmt an, dass sich schicht- und klassentypische Mentalitäten und Lebensstile, ein schicht- und klassentypischer Habitus² herausbilden. Sie entstehen durch komplexe Sozialisationsprozesse in Familien, Gleichaltrigengruppen, weiteren sozialen Netzwerken und Milieus. Diese Sozialisationsannahme unterstellt nicht, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt bzw. dass die „äußeren“ Lebensbedingungen die „inneren“ Merkmale und Verhaltensweisen festlegen. Aber es wird empirisch überprüft, in welchen Bereichen

Abbildung 1: Schichten-Klassen-Analyseschema



Quelle: Eigene Darstellung, R. Geißler.

und wie stark innere und äußere Strukturen zusammenhängen. Eine weitere wichtige Grundannahme ist, dass das Zusammenwirken von schicht- und klassentypischen Lebensbedingungen und entsprechenden Mentalitäten und Verhaltensweisen schicht- und klassentypische Lebenschancen zur Folge hat. Schichten und Klassen unterscheiden sich auch durch typische Privilegien und Benachteiligungen.

Schichtmodelle

Die Versuche in den 1950er und 1960er Jahren, die komplexen realen Strukturen zu wesentlichen Grundmustern zu vereinfachen, haben zu unterschiedlichen Schicht- und Klassenmodellen und zu widersprüchlichen Vorstellungen über die Sozialstruktur geführt. In den 1950er Jahren entwickelte Helmut Schelsky (1979: 332, 340)³ das Konzept der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“. Er ging davon aus, dass die kollektiven Auf- und Abstiegsprozesse in einer hochmobilen Gesellschaft die Klassen und Schichten aufgelöst und zu einer sozialen Nivellierung in der gesellschaftlichen Mitte geführt haben. Ralf Dahrendorf (1965) wies dagegen auf die nach wie vor bestehenden Mobilitätsbarrieren hin und setzte der Nivellierungsthese sein

Abbildung 2: Soziale Schichtung der westdeutschen Bevölkerung (1960er Jahre)



Quelle: Dahrendorf 1965, S. 105.

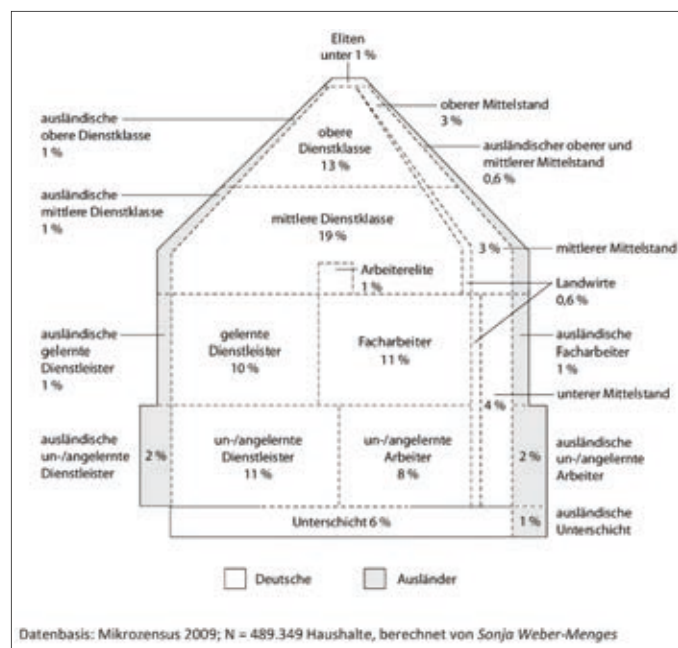
„Hausmodell“ der sozialen Schichtung entgegen, in dem er sieben Klassen und Schichten unterschied.

Die Spitze der Gesellschaft bilden die Eliten. Im Obergeschoss residieren nebeneinander die bürokratischen Helfer der Eliten, die Dienstklasse, „insbesondere nichttechnische Verwaltungsangestellte aller Ränge“ (Dahrendorf 1965: 106) sowie der alte Mittelstand der Selbstständigen. Im Hauptgeschoss wohnen die große Arbeiterschicht und der „falsche Mittelstand“ der einfachen Dienstleistungsberufe. Dessen soziale Stellung unterscheidet sich nicht von derjenigen der Arbeiter, zählt sich jedoch seinem Selbstverständnis nach „fälschlicherweise“ zur Mittelschicht. Die Arbeiterelite (hier Meister und Vorarbeiter) hat sich dagegen nach oben hin vom Rest der Arbeiterschaft abgesetzt. Der Keller des Hauses ist bevölkert von der Unterschicht der „Dauererwerbslosen, Unsteten, Rückfallkriminellen, Halbanalphabeten u. a.“, die zuweilen als „Bodensatz der Gesellschaft“, als „sozial Verachtete“ oder auch als „Lumpenproletariat“ bezeichnet werden (a. a. O.: 113).

Ein modernisiertes „Hausmodell“ für die soziale Schichtung der Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2009 orientiert sich an dem von Dahrendorf erkannten Grundmuster, zieht jedoch einige weitere Differenzierungslinien ein und macht die massiven Umschichtungen im vergangenen halben Jahrhundert deutlich.

Die Dienstklassen und Dienstleister haben sich mit der Entwicklung zur industriellen Dienstleistungsgesellschaft⁴ enorm ausgedehnt – auf Kosten des Mittelstands im oberen Bereich und in der Mitte der Gesellschaft, aber auch auf Kosten der Arbeiterklassen in der unteren Mitte und insbesondere im Untergeschoss. Innerhalb der beiden oberen Etagen machen die beiden Dienstklassen inzwischen fünf Sechstel der Bewohnerinnen und Bewohner aus,

Abbildung 3: Soziale Schichtung der Bevölkerung Deutschlands 2009



Datenbasis: Mikrozensus 2009; N = 489.349 Haushalte, berechnet von Sonja Weber-Menges

Quelle: Geißler 2014, S. 101.



Arbeitsuchende in einem Jobcenter. Auch in den beiden „unteren Etagen“ der Gesellschaft (vgl. Abb. 3) gibt es Veränderungen. Im „Kellergeschoss“ leben Erwerbsunfähige und Langzeitarbeitslose, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch staatliche Unterstützungen (Sozialhilfe oder „Hartz IV“ bzw. Arbeitslosengeld II) finanzieren.

picture alliance/dpa

während der früher dominierende Mittelstand auf gut ein Sechstel zusammengedrückt wurde.

Auch in den beiden unteren Etagen, wo einst die Arbeiterschicht vorherrschte, gibt es inzwischen mehr Dienstleisterinnen und Dienstleister als Arbeiterinnen bzw. Arbeiter. Auch der Umfang der un- und angelernten Dienstleisterinnen und Dienstleister ist inzwischen größer als derjenige der un- und angelernten Arbeiterinnen und Arbeiter. Ein Teil des Mittelstands ist ebenfalls in der unteren Hälfte platziert. Im Kellergeschoss der Unterschicht leben Erwerbsunfähige und Langzeitarbeitslose, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch staatliche Mindestunterstützungen (Sozialhilfe oder „Hartz IV“ bzw. Arbeitslosengeld II, Sozialgeld) finanzieren.

Deutlich erkennbar sind auch die Entwicklung Deutschlands zu einem Einwanderungsland und die tendenzielle Unterschichtung durch Ausländerinnen und Ausländer. Hinzugekommen ist ein „Anbau“ für die ausländischen Schichten. Die Unterbringung der Ausländerinnen und Ausländer neben dem Haus der Deutschen signalisiert, dass diese neuen Schichten sozioökonomisch und soziokulturell nicht voll in die Kerngesellschaft integriert sind. Seit den 1980er Jahren haben sich über den beiden ausländischen Arbeiter- und Dienstleisterschichten auch ein kleiner ausländischer Mittelstand sowie kleine ausländische Dienstklassen entwickelt.

Im „Hausmodell“ fehlen die Deutschen mit Migrationshintergrund, die inzwischen zahlreicher sind als Ausländerinnen und Ausländer. Zu dieser Gruppe gehören Aussiedlerinnen, Aussiedler und Spätaussiedler mit ihren Nachkommen, eingebürgerte Migrantinnen und Migranten und ihre Nachkommen sowie junge Menschen mit einem

eingewanderten Elternteil. Sie hätten das Modell zu unübersichtlich gemacht. Auch Deutsche mit Migrationshintergrund machen die tendenzielle Unterschichtung durch Migrantinnen und Migranten sehr deutlich: 13 Prozent sind auf „Hartz IV“ oder Sozialhilfe angewiesen im Vergleich zu sechs Prozent der Deutschen ohne Migrationshintergrund. 30 Prozent von ihnen leben in Familien von Un- und Angelernten, von den Deutschen ohne Migrationshintergrund sind es 22 Prozent.⁵

Eine wichtige qualitative Veränderung wird im Schaubild nicht sichtbar: Das vergleichsweise einfache Wohnhaus der 1960er Jahre hat sich inzwischen in eine ansehnliche Residenz mit Appartements verwandelt, deren Komfort nach oben hin zunimmt; selbst im Kellergeschoss ist es – von einigen Ecken abgesehen – inzwischen etwas wohnlicher.

Um Missverständnissen bei der Interpretation von Schichtmodellen vorzubeugen, müssen vier Besonderheiten der Schichten in modernen Sozialstrukturen beachtet werden:

- Die eingezeichneten Linien im Modell bedeuten nicht, dass Schichten scharf voneinander abgegrenzt sind. Scharfe Abstufungen dieser Art existieren in ständischen Gesellschaften oder im Kastensystem. In modernen Sozialstrukturen dagegen weisen Schichten keine klaren Grenzen auf, sie gehen vielmehr ineinander über und überlappen sich zunehmend.
- Es gibt eine langfristige historische Tendenz zur Differenzierung und Auflockerung der Schichtstruktur: Die Zusammenhänge zwischen äußeren Lebensbedingungen einerseits und Mentalitäten und Verhaltensweisen andererseits lockern sich in einigen Bereichen auf, d. h. schichttypische und schichtunspezifische Verhaltens-

weisen existieren nebeneinander. So sind zum Beispiel die Minimalformen politischer Teilnahme wie die Beteiligung an Bundestagswahlen weitgehend unabhängig von der Schichtzugehörigkeit, während das Engagement in Parteien oder Bürgerinitiativen in höheren Schichten erheblich stärker ausgeprägt ist als in unteren Schichten.

- Schichttypische Unterschiede sind im Zeitalter des Massenkonsums manchmal nicht „auf den ersten Blick“ an der lebensweltlichen Oberfläche zu beobachten, sie müssen erst durch sozialwissenschaftliche Studien sichtbar gemacht werden. So steht zum Beispiel heute in den Wohnungen aller Schichten das sofort wahrnehmbare Farbfernsehgerät, aber die Art, wie es genutzt wird, welche Sendungen und Sender gesehen werden, ist nach wie vor schichttypisch unterschiedlich.
- Schließlich sind die Schichten durch soziale Mobilität durchlässiger geworden. Menschen wechseln häufiger von einer Schicht in eine andere; auch die Chancen, sozial aufzusteigen, haben zugenommen. Die Etagen und Räume im modernen Haus der sozialen Schichtung sind nicht streng gegeneinander abgeschottet, sondern Durch- und Übergänge ermöglichen häufiger als früher „offenes Wohnen“.⁶

Ein einfaches Vier-Schichten-Modell, das lediglich die subjektive Selbsteinstufung in verschiedene Schichten als Kriterium heranzieht (vgl. Abb. 4), macht erhebliche stabile Ost-West-Unterschiede deutlich, die sich im ersten Jahrzehnt nach der Vereinigung kaum verändert haben. Während sich Westdeutschland schon seit langem als „Mittelschichtengesellschaft“ versteht, war Ostdeutschland in den 1990er Jahren in seinem Selbstverständnis eine „Arbeitergesellschaft“ geblieben. Erst um die Jahrtausendwende wandelte sich das ostdeutsche Selbstverständnis in Richtung „Mittelschichtengesellschaft“. Es dauerte dann weitere zehn Jahre, ehe sich im Jahr 2012 erstmals nach der Vereinigung eine Mehrheit (51 Prozent) in die Mittelschichten einstuft. 2012 sehen sich 53 Prozent der Ost-

deutschen den Mittelschichten zugehörig im Vergleich zu 64 Prozent der Westdeutschen. 39 Prozent der Ostdeutschen (Westdeutsche 22 Prozent) stufen sich in die Arbeiterschicht ein. Vermutlich wirkt in den neuen Ländern noch die sozialistische Arbeiterideologie nach, eventuell spielt bei der niedrigeren Selbsteinstufung der Ostdeutschen auch das erheblich verminderte, aber weiterhin bestehende Lebensstandarddefizit gegenüber dem Westen eine Rolle.

Soziale Lagen

Schicht- und Klassenmodelle berücksichtigen im Wesentlichen „vertikale“ Ungleichheiten zwischen Oben und Unten. Sie sind weitgehend blind für „horizontale“ Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, zwischen Alt und Jung, zwischen verschiedenen Generationen oder auch Regionen, zwischen Verheirateten und Ledigen, Kinderreichen und Kinderlosen. Um die Vielgestaltigkeit und Mehrdimensionalität der Ungleichheitsstruktur besser zu erfassen, wurden gegen Ende der 1980er Jahre Modelle der „sozialen Lagen“ entwickelt. Sie berücksichtigen neben den vertikalen gleichzeitig auch sogenannte „horizontale“ Ungleichheiten. Als Theoretiker des Konzepts der sozialen Lagen ist Stefan Hradil (1983 und 1987, Kap. 4.2) hervorgetreten. Wolfgang Zapf (1989) und sein Team am Berliner Wissenschaftszentrum haben es in einer spezifischen Variante als erste in der sozialpolitisch orientierten empirischen Wohlfahrtsforschung eingesetzt.

Die Wohlfahrtsforschung untersucht, wie materielle Ressourcen („objektive Wohlfahrt“) und Lebenszufriedenheit („subjektive Wohlfahrt“) über die Bevölkerung verteilt sind und verwendet dazu auch das feine Raster des Lagenmo-

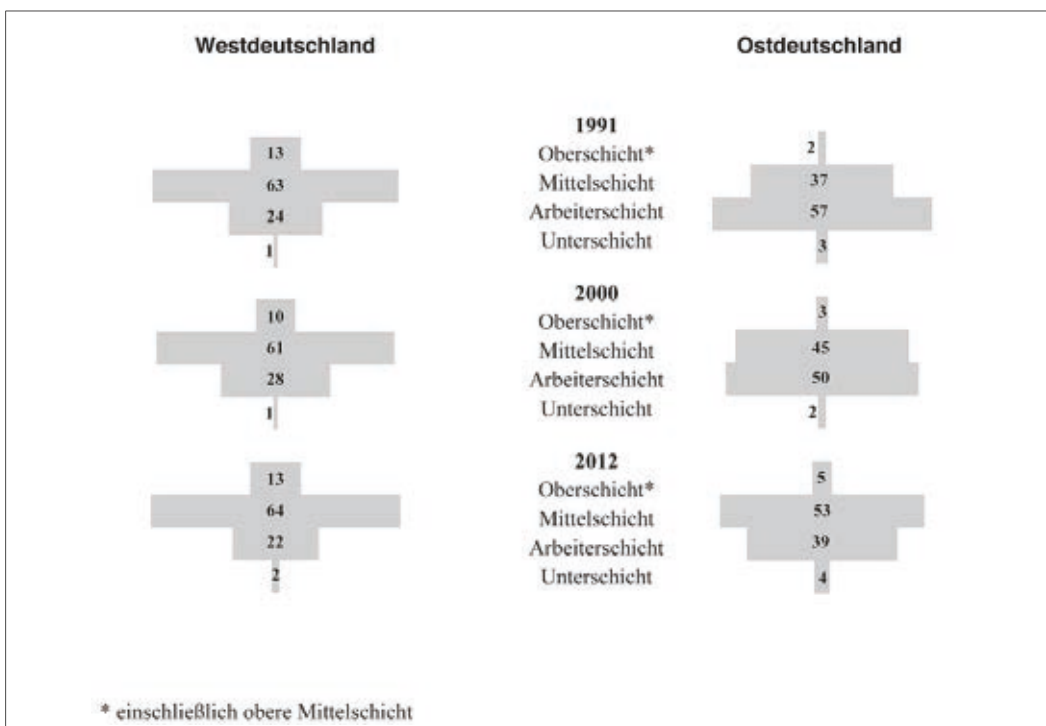


Abbildung 4: Subjektive Schichteinstufung 1991, 2000 und 2012 (in Prozent)

Quelle: Eigene Grafik nach Daten im Datenreport 2013, S. 187.

dells. So werden zum Beispiel für ein am WZB (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung) benutztes Modell neben dem „vertikalen“ Kriterium Berufsposition die „horizontalen“ Kriterien Geschlecht, Alter (unter/über 60 Jahre) und Region (Ost/West) herangezogen. Aus der Kombination der vier Merkmale entstehen 64 Soziallagen, die einen relativ differenzierten Einblick in die Verteilung der materiellen Ressourcen und die Unterschiede im subjektiven Wohlbefinden der Bevölkerung vermitteln. Das beispielhaft angeführte Lagenmodell macht aber auch deutlich, dass der Versuch, die Vielgestaltigkeit der Ungleichheitsstruktur gesamthaft in einem Modell einzufangen, schnell an Grenzen stößt. Obwohl in den 64 Soziallagen wichtige Ungleichheitskriterien wie Unterschiede zwischen Stadt und Land, nach Nationalität, Familien-

stand und Generation unberücksichtigt bleiben, mutet es bereits recht unübersichtlich an.⁷

Soziale Milieus

Neben dem Soziallagenansatz gehört die Milieuforschung zu den wichtigen neueren Ansätzen der deutschen Sozialstrukturanalyse. Sie wurde in den 1980er Jahren vom Sinus-Institut für die Markt- und Wahlforschung entwickelt und dort seitdem sehr erfolgreich eingesetzt. Man kann sie als „subjektivistischen“ oder „kulturalistischen“ Ansatz der Sozialstrukturanalyse bezeichnen: Während die Schichtanalyse eine Bevölkerung zunächst nach ähnlichen „objektiven Lebensbedingungen“ oder „objektiven Soziallagen“ unter-

Abbildung 5: Soziale Lagen in West- und Ostdeutschland 2010

	Soziale Lagen				HH-Einkommen pro Kopf – Oberstes Fünftel		gerechter Anteil am Lebensstandard ¹		Einstufung Oben-Unten-Skala ²		Lebenszufriedenheit ³		eigene wirtsch. Lage ist sehr gut/gut	
	West		Ost		West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
	Männer	Frauen	Männer	Frauen										
bis 60 Jahre	in % ⁴				in %				ø				in %	
Leit. Ang./ Höhere Beamte	1,6	0,6	1,4	0,6	72	–	86	–	6,9	–	8,4	–	88	–
Hochqual. Ang./ Gehobene B.	7,0	5,2	5,4	4,1	44	41	74	48	6,6	6,5	7,8	7,6	73	74
Qualif. Ang./ Mittlere Beamte	5,5	8,6	4,6	8,0	29	14	63	43	6,1	6,1	7,5	7,5	58	52
Einfache. Ang. u. Beamte	1,5	3,3	0,6	4,1	9	5	56	28	5,4	5,4	7,0	7,1	35	32
Meister/ Vorarbeiter	1,8	0,0	1,6	0,1	6	–	47	–	6,1	–	7,3	–	47	–
Facharbeiter	4,5	1,3	8,4	2,9	13	–	45	20	5,5	5,3	7,2	6,6	40	35
Un-, angelernte Arbeiter	2,7	1,9	1,5	1,4	1	2	44	20	5,0	4,4	6,6	6,7	29	16
Selbständige, Freie Berufe	3,6	2,1	3,2	2,2	35	5	67	41	6,5	5,8	7,7	6,9	51	54
Arbeitslose	1,9	1,7	3,9	4,7	5	22	28	10	4,1	4,3	5,1	5,3	10	11
Hausfrauen/ -männer	0,0	6,4	0,0	0,7	12	2	72	–	5,8	–	7,5	–	54	–
Studium/Lehre	2,5	2,5	2,6	2,0	20	–	75	63	6,5	6,1	7,8	7,8	46	49
Vorruhestand	0,8	1,3	1,6	0,8	26	–	54	24	5,4	–	6,7	–	37	33
Noch nie/nicht erwerbstätig	0,3	1,7	0,7	0,6	13	–	69	–	5,4	–	6,6	–	34	–
61 Jahre und älter														
Noch erwerbstätig	2,2	1,0	1,3	1,1	36	–	75	–	6,5	–	7,9	–	68	–
Rentner (ehem. Arbeiter)	4,1	3,7	7,3	4,7	4	0	58	34	5,0	5,2	7,3	6,8	60	55
Rentner (ehem. Ang./Beamte)	6,0	9,1	5,7	10,2	25	4	75	38	6,1	5,7	7,8	7,2	51	55
Rentner (ehem. Selbständige)	1,4	0,9	1,2	0,6	26	–	77	–	5,9	–	7,9	–	74	–

– Fallzahl zu gering, ¹ Anteil am Lebensstandard „gerecht/mehr als gerecht“, ² Mittelwerte auf der Oben-Unten-Skala von 1 bis 10, ³ Mittelwerte auf der Zufriedenheitsskala von 0 bis 10, ⁴ alle Männer + Frauen West sowie alle Männer + Frauen Ost jeweils 100 Prozent

Quelle: zusammengestellt nach Habich 2011, 174ff. (Datenbasis: ALLBUS 2010).

gliedert und dann untersucht, welche Mentalitäten, Einstellungen, Verhaltensweisen und Lebenschancen mit diesen unterschiedlichen Lebensumständen typischerweise verknüpft sind, gruppiert der Milieuansatz die Menschen zunächst nach „subkulturellen Einheiten“, nach Unterschieden in ihren Wertorientierungen und Lebensstilen. In einem zweiten Schritt wird danach gefragt, wie sich diese Milieus auf verschiedene Schichten verteilen.

Das Sinus-Institut definiert den zentralen Milieubegriff wie folgt: „Soziale Milieus fassen, um es vereinfacht auszudrücken, Menschen zusammen, die sich in Lebensauffassung und Lebensweise ähneln, die also gleichsam ‚subkulturelle‘ Einheiten innerhalb der Gesellschaften bilden“ (Ueltzhöfer/Flaig 1992: 64). Die Bevölkerung wird nach ihren Wertorientierungen und Lebenszielen, nach ihren Einstellungen zu Arbeit, Freizeit und Konsum, zu Familie und Partner-

schaft, nach ihren Zukunftsperspektiven, nach politischen Grundüberzeugungen und Lebensstilen befragt und dann nach diesen Merkmalen zu „sozialen Milieus“ bzw. „subkulturellen Einheiten“ zusammengefasst. Die Abgrenzungen zwischen den sozialen Milieus ähneln den Grenzlinien in den Schichtmodellen: Sie markieren keine scharfen „realen“ Grenzen. Milieus sind – wie Schichten – keine klar voneinander abgrenzbaren Gruppen, sondern es gibt fließende Übergänge, Zwischenformen und Überschneidungen.

Sinus gruppiert die deutsche Bevölkerung 2016 zu zehn Milieus mit ihren beruflichen Schwerpunkten. Diese sind

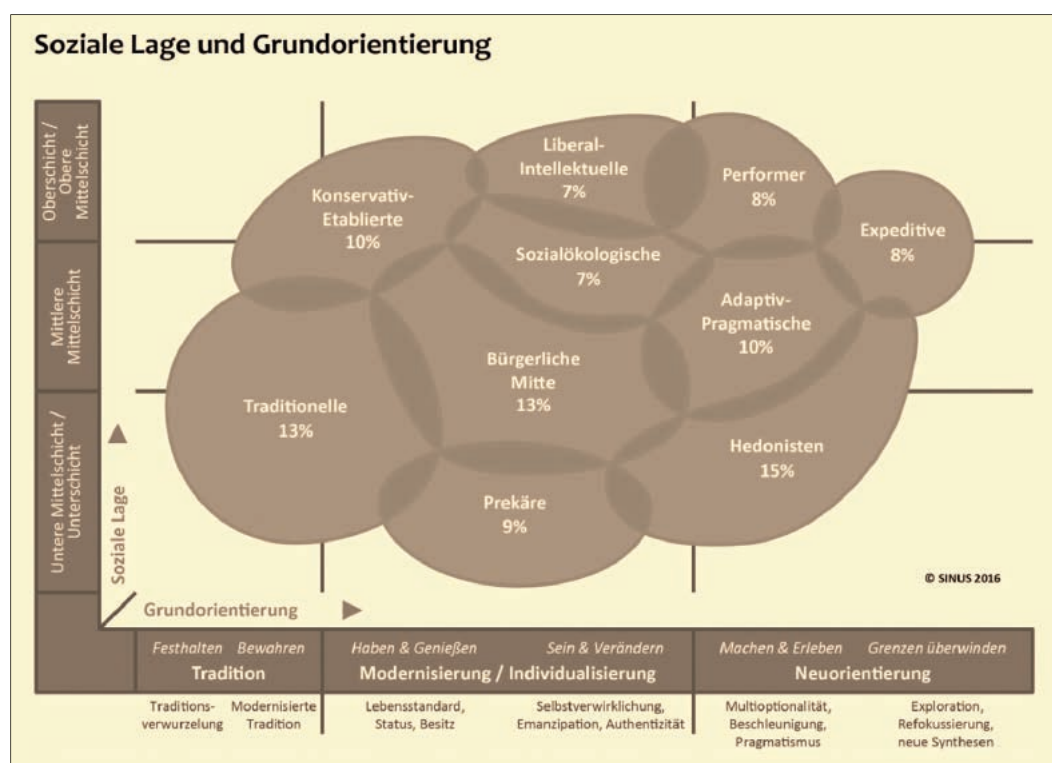


Abbildung 6: Sinus-Milieus in Deutschland 2016

Sozial gehobene Milieus

Konservativ-etablierte (10%): Das klassische Establishment: Verantwortungs- und Erfolgsethik; Exklusivitäts- und Führungsansprüche versus Tendenz zu Rückzug und Abgrenzung; Statusorientierung und Standesbewusstsein

Liberal-intellektuelle (7%): Die aufgeklärte Bildungselite mit liberaler Grundhaltung und postmateriellen Wurzeln; Wunsch nach selbstbestimmtem Leben, vielfältige intellektuelle Interessen

Performer (7%): Die multi-optionale, effizienzorientierte Leistungselite mit globalökonomischem Denken: Selbstbild als Konsum- und Stil-Avantgarde; hohe IT- und Multimedia-Kompetenz

Expeditiv (6%): Die ambitionierte kreative Avantgarde: unkonventionell und individualistisch; mental und geografisch mobil, online und offline vernetzt und immer auf der Suche nach neuen Grenzen und neuen Lösungen

Milieus der Mitte

Bürgerliche Mitte (14%): Der leistungs- und anpassungsbereite bürgerliche Mainstream: generelle Bejahung der gesellschaftlichen Ordnung; Streben nach beruflicher und sozialer Etablierung, nach gesicherten und harmonischen Verhältnissen

Adaptiv-pragmatische (9%): Die moderne junge Mitte der Gesellschaft mit ausgeprägtem Lebenspragmatismus und Nutzenkalkül: zielstrebig und kompromissbereit, hedonistisch und konventionell, flexibel und sicherheitsorientiert: starkes Bedürfnis nach Verankerung und Zugehörigkeit

Sozialökologische (7%): Idealistisches, konsumkritisches / -bewusstes Milieu mit normativen Vorstellungen vom „richtigen“ Leben: ausgeprägtes ökologisches und soziales Gewissen; Globalisierungs-Skeptiker, Bannerträger von Political Correctness und Diversity

Milieus der unteren Mitte / Unterschicht

Traditionelle (15%): Die Sicherheit und Ordnung liebende Kriegs- / Nachkriegsgeneration: in der alten kleinbürgerlichen Welt bzw. in der traditionellen Arbeiterkultur verhaftet

Prekäre (9%): Die um Orientierung und Teilhabe bemühte Unterschicht mit starken Zukunftsängsten und Ressentiments: Anschluss halten an die Konsumstandards der breiten Mitte als Kompensationsversuch sozialer Benachteiligungen; geringe Aufstiegsprospektiven und delegative / reaktive Grundhaltung, Rückzug ins eigene soziale Umfeld

Hedonistische (15%): Die spaß- und erlebnisorientierte moderne Unterschicht / untere Mittelschicht: Leben im Hier und Jetzt, Verweigerung von Konventionen und Verhaltenserwartungen der Leistungsgesellschaft

Quelle: Sinus-Institut.

auf der waagerechten Achse des Schaubildes nach ihren Grundorientierungen drei verschiedenen Modernisierungsphasen zugeordnet. Die senkrechte Achse stellt den Zusammenhang der Milieustruktur mit einer dreistufigen Schichtstruktur her und zeigt, in welchen Schichten die verschiedenen Milieus verankert sind. Dabei wird dreierlei deutlich: Erstens haben sich im oberen Bereich der Schichtungshierarchie andere Milieus herausgebildet als in der Mitte und in der Mitte andere als in der unteren Ebene. Zweitens sind die meisten Milieus in zwei Schichten verankert. Und drittens haben sich auf denselben Ebenen des Schichtgefüges unterschiedliche Milieus entwickelt, wobei die „kulturelle Pluralisierung“ in der gesellschaftlichen Mitte deutlich weiter vorangeschritten ist als oben und unten – ein Phänomen, das Theodor Geiger (1932: 122ff.) be-

reits in der deutschen Sozialstruktur der 1920er Jahre diagnostizierte. Die Größe und die inhaltliche Ausprägung der Milieus sind ständigen Veränderungen unterworfen. Ein Vergleich der heutigen Situation mit der Milieustruktur von 1982 zeigt den Bedeutungsverlust traditioneller zugunsten moderner Orientierungen sowie eine weitere Differenzierung der Milieustruktur in der Mitte. Die folgenden Beispiele sollen diese Trends verdeutlichen. Die beiden traditionellen Milieus des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft haben sich vom Umfang her mehr als halbiert und sind heute zu den „Traditionellen“ zusammengefasst. Seit 1991 ist zu den acht Milieus der 1980er Jahre das „Neue Arbeitermilieu“ als neuntes Milieu hinzugekommen, heute umbenannt in „Adaptiv-Pragmatische“. Bei der Aktualisierung im Jahr

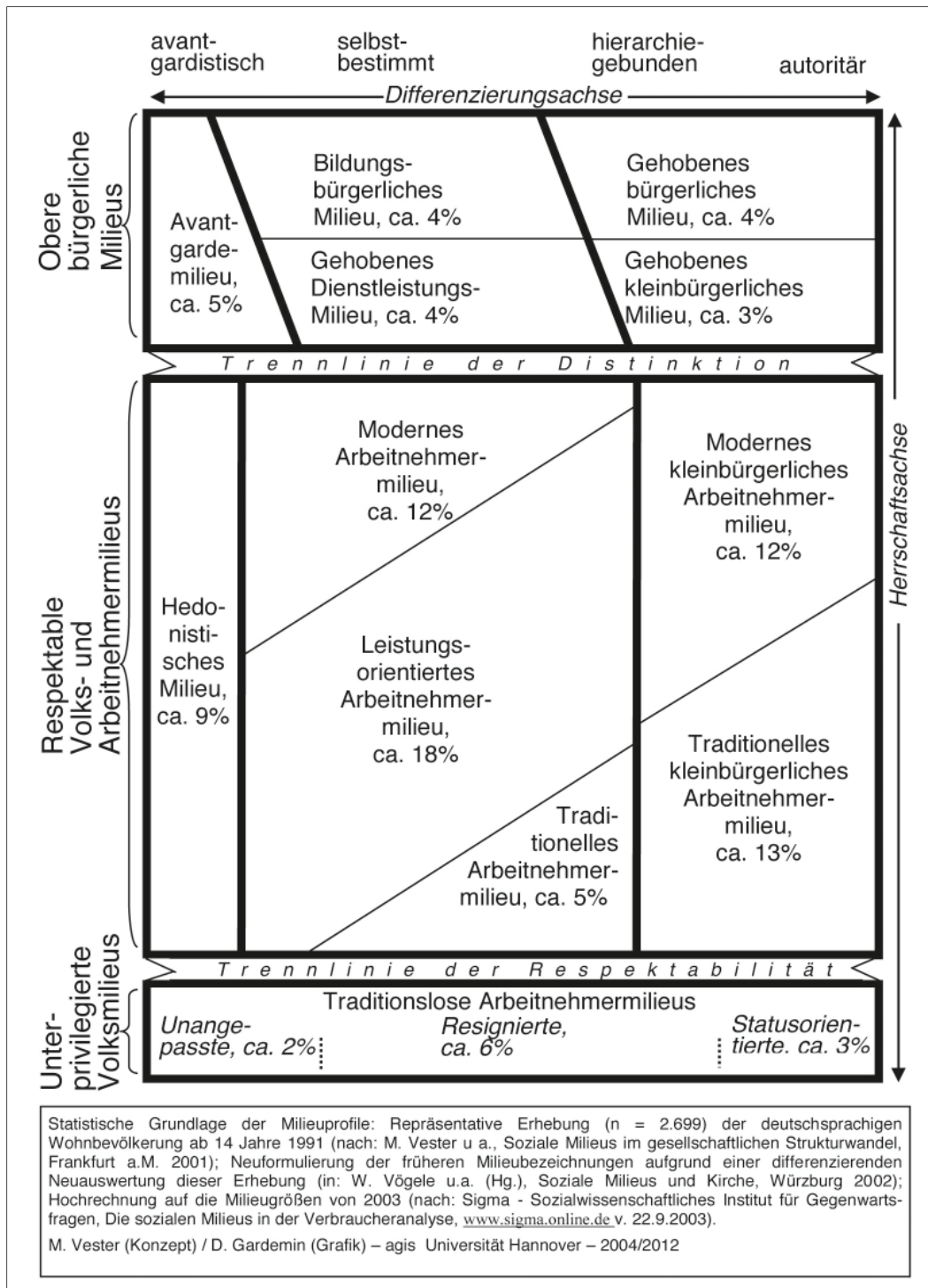


Abbildung 7: Soziale Milieus in Westdeutschland 2003

2000 entsteht am modernen Rand der gesellschaftlichen Mitte eine zehnte Gruppierung, das „postmoderne Milieu“; heute wird dieses mit der Bezeichnung „Performer“ den „sozial gehobenen Milieus“ zugeordnet.

Einen interessanten Ansatz der Milieuanalyse hat die Hannoveraner Arbeitsgruppe Interdisziplinäre Sozialstrukturforschung (agis) in starker Anlehnung an das klassische Werk von Pierre Bourdieu (1979) entwickelt. Dieser hatte Lebensstilforschung und Klassentheorie eng miteinander verzahnt.

Michael Vester u. a. (1993 und 2001) verknüpfen die Sinus-Milieus mit der Klassenanalyse und den sozialkritischen Fragestellungen der Ungleichheitsforschung. Milieus werden als „Nachfahren der früheren Stände, Klassen und Schichten“ angesehen. Im Zentrum der Analyse stehen sowohl horizontale Differenzierungen als auch vertikale Ungleichheiten. Horizontal werden die Klassen nach der beruflichen Spezialisierung in „Klassenfraktionen“ untergliedert, die unterschiedliche Mentalitäten entwickelt haben. Sie verdeutlichen die fortschreitende Dynamik der gesellschaftlichen Arbeitsteilung. Die vertikale Einteilung arbeitet vertikale Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Milieus heraus: Herrschaftsbeziehungen, Distinktion (Ab- und Ausgrenzung), soziale Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten.

Vertikal wird die Grobstruktur der Gesellschaft dreigeteilt: Etwa ein Fünftel der Bevölkerung gehört zu den fünf „Oberen bürgerlichen Milieus“ mit Privilegien in Macht, Besitz und Bildung. Die Trennlinie der Distinktion grenzt sie von der großen Mehrheit (ca. 70 Prozent) der sechs „Respektablen Volks- und Arbeitnehmermilieus“ ab. Deren soziale Stellung ist durch Statussicherheit („Respektabilität“) gekennzeichnet, die in den modernen Milieus stärker ausgeprägt ist als in den traditionellen. Abgedrängt nach unten und jenseits der Trennlinie der Respektabilität leben die „unterprivilegierten Volksmilieus“. Es sind „traditionslose Arbeitnehmer“ mit in der Regel niedrigen Qualifikationen. Zu ihnen gehören „Resignierte“ und „Unangepasste“, aber auch „Statusorientierte“ ohne Erfolg. Sie umfassen etwa gut ein Zehntel der Bevölkerung. Die Hannoveraner Arbeitsgruppe hat mit ihrem Milieukonzept zahlreiche Studien zu verschiedenen sozialstrukturellen Zusammenhängen durchgeführt.⁸

Exklusion – Inklusion

Das Modell Exklusion-Inklusion ist das jüngste der vier Modelle. Sein zentrales Konzept der Exklusion – in der genuin deutschen Sprache lässt sich Exklusion am besten als soziale Ausgrenzung bezeichnen – beginnt seine Karriere in den 1990er Jahren in Frankreich bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der sogenannten neuen Armut, der Arbeitslosigkeit und der räumlichen Segregation (z. B. Danzelot 1991). Wichtige Impulse für die weitere Ausbreitung in Europa kommen aus dem politischen Raum: Seit den 1990er Jahren kämpft die Kommission der Europäischen Union gegen die „social exclusion“. Diese fort dauernden Bemühungen werden u. a. daran sichtbar, dass das Jahr 2010 zum „Europäischen Jahr gegen Armut und Ausgrenzung“ ausgerufen wurde. Die deutsche Sozialforschung reagierte mit einiger Verzögerung, aber seit Ende der 1990er Jahre greift auch sie das Konzept der Exklusion häufiger auf (z. B. Martin Kronauer 1997 und 2002) und

verwendet es in zahlreichen, zum Teil umstrittenen Varianten.

Vom Klassen-Schichten-Modell unterscheidet sich das Exklusion-Inklusion-Modell in drei wesentlichen Punkten:

- Das analytische Zentrum wird nicht mit der Metapher des vertikalen Oben-Mitte-Unten erfasst, sondern mit der Metapher des bipolaren Drinnen und Draußen. Es geht nicht darum, wer oben, in der Mitte oder unten ist, sondern darum, wer drinnen oder draußen ist.
- Der Metaphorik des Drinnen und Draußen macht auch die zweite Abweichung vom vertikalen Modell und in diesem Punkt auch vom Modell der sozialen Lagen deutlich: Soziale Ungleichheit wird nicht als graduell abgestufte Ungleichheit zwischen verschiedenen Schichten, Geschlechtern, Altersgruppen u. ä. erfasst, sondern im Zentrum der Analyse steht ein gesellschaftlicher Bruch, ein Riss durch die Gesellschaft, eine Spaltung der Gesellschaft in Zugehörige und Ausgeschlossene, „Überzählige“ (Karl Marx), Überflüssige, an den Rand Gedrängte, Marginalisierte. Im Fokus stehen die extrem Benachteiligten, denen ein Platz im anerkannten gesellschaftlichen Gefüge verweigert wird. Exklusion wird dabei mehrdimensional analysiert. Wichtige Dimensionen sind die bereits erwähnten Ausgangspunkte Arbeitslosigkeit als Ausschluss vom Erwerbsleben, Armut sowie räumliche Ausgrenzung durch Wohnen und Leben in Armutsvierteln und sozialen Brennpunkten. In den Blick genommen werden auch die Auflösung der sozialen Netzwerke, der Ausschluss von einer angemessenen politischen und kulturellen Teilnahme sowie psychische Folgen wie geschädigtes Selbstbild, lähmende Gefühle der Erniedrigung und Missachtung, der Chancen- und Perspektivlosigkeit. Mehrdimensionale Analyse meint nicht nur den Blick auf die verschiedenen Dimensionen von Exklusion, sondern auch die Erforschung der Zusammenhänge zwischen diesen Dimensionen, ihre wechselseitig sich steigernde Verstärkung.
- Die analytische Kraft des bipolaren Modells wird häufig erweitert im Anschluss an das Drei-Zonen-Konzept des französischen Soziologen Robert Castel. Dieser platziert zwischen den beiden Polen Exklusion und Inklusion eine Zwischenzone und nennt sie die Zone der vulnérabilité, der sozialen Verwundbarkeit (Castel 2000: 13). In Deutschland wird Verwundbarkeit in der Regel durch Prekarität ersetzt (z. B. Vogel 2008). Die Zone der Prekarität verbindet das Drinnen mit dem Draußen. Sie lenkt den Blick auf Zonen der prekären Unsicherheit im Drinnen, auf Gruppen, deren Inklusion instabil geworden ist und die daher Gefahr laufen, ins Draußen zu rutschen und ausgegrenzt zu werden. So wird z. B. in der vertikalen Struktur eine „verunsicherte Mitte“ (Kronauer 2010: 258) ausgemacht mit versperrten Aufstiegschancen, schwindender Arbeitsplatzsicherheit und zunehmenden Schwierigkeiten bei der Aufrechterhaltung des Lebensstandards sowie unsicheren Zukunftsaussichten der Kinder.

Im Vergleich zu den anderen Modellen hat das Exklusion-Inklusion-Modell einen stark eingeschränkten Blickwinkel. Es ist fokussiert auf eine kleine Gruppe von extrem Benachteiligten sowie auf die gesellschaftlichen Gefahrenzonen,

auf Gruppen, deren Position im Drinnen prekär geworden ist. Dabei muss hervorgehoben werden, dass dieser Fokus auf extreme Benachteiligung und Prekarität von besonderer gesellschaftspolitischer Bedeutung ist.

Ein analytischer Vorteil des Modells besteht darin, dass es ermöglicht, Exklusionsprozesse und -risiken in vielen Bereichen der Sozialstruktur, in verschiedenen Schichten, Soziallagen und Milieus ausfindig zu machen. Das Modell kann Ausgrenzungsprozesse und -risiken erfassen, die zum Teil „quer“ zur vertikalen Ungleichheitsstruktur und zur Milieustruktur liegen. Pierre Bourdieu (1998) hat diese Sichtweise auf die Formel gebracht: „Prekarität ist überall.“ Exklusion „passiert auf allen Ebenen und in den verschiedenen Milieus unserer Sozialwelt: In den Milieus der Unterprivilegierten genauso wie in den Arbeitnehmersmilieus der Mitte, im [...] Mittelstand der Ärzte, Therapeuten und Lehrer genauso wie im Bildungsbürgertum der Professoren, Pfarrer und Rechtsanwälte, in der Manager- und Bankerklasse genauso wie in den Reihen des Besitzbürgertums. Die Milieus teilen sich in relative Gewinner und relative Verlierer“ – so Heinz Bude (2008: 34) in seinem Buch „Die Ausgeschlossenen“.

Allerdings suggerieren diese aus Einzelbeobachtungen abgeleiteten Aussagen ein falsches Bild von der Verbreitung der Zonen von Exklusion und Prekarität auf den verschiedenen vertikalen Ebenen des Gefüges der sozialen Ungleichheit. Die verarmten, in einem sozialen Brennpunkt lebenden Banker und Professoren dürften Ausnahmefälle sein, aber es gibt Zigtausende von armen, arbeitslosen Ungelernten. Quantitative Analysen (z. B. Böhnke 2006; Groh-Samberg 2009) belegen, dass soziale Ausgrenzung und Prekarität sehr deutlich schichttypisch ungleich verteilt sind. Das Exklusion-Inklusion-Modell erfasst soziale Realität dann am besten, wenn es in Kombination mit dem Klassen-Schichten-Modell eingesetzt wird.

Jenseits von Klasse und Schicht?

In der deutschen Sozialstrukturforschung wird seit den 1980er Jahren kontrovers darüber diskutiert, ob sich die Klassen und Schichten im Zuge der Modernisierung der Gesellschaft auflösen oder bereits aufgelöst haben. Anhänger der Auflösungsthese – in der wissenschaftlichen Literatur wird sie häufig „Entstrukturierungsthese“ genannt – sind unter anderem Ulrich Beck („Risikogesellschaft“ 1986) und Gerhard Schulze („Erlebnisgesellschaft“ 1993). Zu ihren Kritikern gehören zum Beispiel Michael Vester („Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel“ 2001, zuerst 1993) und Rainer Geißler (1996, 1998).

Die Auflösungstheoretiker dominierten den Mainstream der deutschen Sozialstrukturforschung fast zwei Jahrzehnte lang seit den ausgehenden 1980er Jahren. Sie heben insbesondere die folgenden sozialstrukturellen Entwicklungstendenzen hervor:⁹

- Steigender Wohlstand und Massenkonsum lassen – begünstigt durch staatliche Umverteilung – auch die unteren Schichten zunehmend an den Privilegien der mittleren und oberen Schichten teilhaben (an komfortablen Wohnungen, Autos, Farbfernsehern, Urlaubsreisen etc.). Frühere Statussymbole haben ihre unterscheidende Kraft verloren, weil sie heute allen zugänglich sind.
- Auch die neuen Risiken der „Risikogesellschaft“ – wie sie Ulrich Beck nennt – kennen keine Schichtgrenzen, sie



„Smog ist demokratisch“ – so der „Auflösungstheoretiker“ Ulrich Beck in seinem 1986 erschienenen Buch „Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne“. Mit der Gefährdung der Natur und der Gesundheit relativieren sich laut Beck die sozialen Unterschiede und Grenzen. Risiken entfalten eine egalisierende Wirkung und ebnen soziale Schichten- und Klassenlagen ein. picture alliance/dpa

sind „demokratisiert“. Von Massenarbeitslosigkeit, Umweltgefährdungen oder atomarer Bedrohung sind alle Gruppen der Gesellschaft bedroht.

- Schichttypische Milieus mit entsprechenden schichttypischen Mentalitäten, Einstellungen und Verhaltensweisen haben sich nach und nach aufgelöst. Dieser Entwicklung liegen zwei zentrale Ursachen zugrunde: Zum einen werden die Lebensbedingungen, die Soziallagen immer differenzierter und vielfältiger (Differenzierung und Diversifizierung der Sozialstruktur); zum anderen hat der ökonomische, soziale und kulturelle Wandel einen starken Individualisierungsschub ausgelöst, der die Menschen aus ihren bisherigen Bindungen löst und ihre Verhaltensspielräume erheblich erweitert. Steigender Wohlstand lockert die materiellen Bindungen, der moderne Sozialstaat traditionelle Solidaritäten, zunehmende Freizeit die zeitlichen Bindungen, zunehmende Mobilität die sozialen und räumlichen Bindungen und das höhere Bildungsniveau schließlich die psychosozialen Bindungen, da es mehr Nachdenklichkeit und Selbstfindung ermöglicht und fordert.
 - Die Schichten werden im Alltag immer weniger wahrgenommen und bestimmen immer weniger die alltäglichen Handlungen und Beziehungen. Menschen identifizieren sich nicht mehr mit bestimmten Schichten.
 - Die zunehmende soziale Mobilität wirbelt die Lebenswege und Lebenslagen der Individuen durcheinander und verhindert die Herausbildung schichttypischer Milieus.
- Auch die Gegner der Auflösungsthese sehen den Anstieg des Lebensstandards, die zunehmende Vielfalt der Lebensbedingungen, den Individualisierungsschub und die zu-

nehmende Mobilität als wichtige Entwicklungstendenzen in der modernen Sozialstruktur an. Aber sie werfen den Auflösungstheoretikern vor, die entstrukturierenden Auswirkungen dieses Wandels auf das Schichtungssystem stark zu überzeichnen. Die Schichtstruktur der modernen Gesellschaft – so ihre These – ist nicht verschwunden, sondern sie ist dynamischer, mobiler und pluraler geworden. Kennzeichen einer modernen Gesellschaft ist nicht die Auflösung der sozialen Schichten, sondern ein dynamisches, pluralisiertes Schichtgefüge, das wegen seiner Vielfalt auch unübersichtlicher und auf den ersten Blick schwerer erkennbar geworden ist. Die Schichtungstheoretiker führen die folgenden, empirisch belegten Argumente ins Feld:¹⁰

- Wichtige Lebenschancen (wie Bildungs- und Aufstiegschancen, Chancen auf eine hohe Erbschaft, auf politische Teilnahme, auf angenehme und qualifizierte Arbeit) und wichtige Lebensrisiken (wie Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit, Kriminalisierung) sind auch heute noch schichttypisch verteilt.
- Auch viele Wertorientierungen, Lebensstile und Verhaltensweisen – teilweise mit distinktivem, ausgrenzendem Charakter – variieren weiterhin von Schicht zu Schicht. Dazu gehören unter anderem die Erziehungsziele, die Nutzung der Massenmedien, der hochkulturellen Angebote (Theater, Opern, Konzerte, Museen) und des Internets, die sportlichen Aktivitäten oder die Partnerwahl. So sind zum Beispiel nur 1,5 Prozent der Frauen mit Hauptschulabschluss mit einem Akademiker verheiratet, und von den Männern mit Hauptschulabschluss hat nur jeder 300. eine Ehepartnerin mit Universitätsabschluss. Mehrere empirische Studien belegen, dass sich die Heiratskreise über die Generationen hinweg nicht sozial geöffnet, sondern weiter sozial geschlossen haben. Wie bereits dargestellt, sind auch die zu sozialen Milieus zusammengefassten Lebensauffassungen und Lebensweisen im oberen Bereich des Schichtgefüges anders ausgeprägt als in der Mitte und dort wiederum anders als in den unteren Ebenen. Auch für die soziale Selbsteinstufung spielt die Schichtungshierarchie weiterhin eine wichtige Rolle.
- Die oft erwähnten Individualisierungs- und Pluralisierungsprozesse erfassen nicht gleichmäßig alle gesellschaftlichen Gruppen, sondern vollziehen sich in höheren Schichten intensiver; denn mit hohem Wohlstand ist eine starke Freisetzung aus materiellen Zwängen und mit höherem Bildungsniveau ein höheres Maß an Selbstreflexion und eine weitgehendere Lösung aus traditionellen Bindungen verknüpft.
- Auch im Alltagsbewusstsein sind die Schichten weiterhin präsent. Norbert Elias (1989: 61) hebt mit Recht hervor, dass „das Erleben der Schichtung durch die Beteiligten zu den konstituierenden Elementen der Schichtstruktur gehört.“ Pierre Bourdieu (1979: 562) fasst denselben Gedanken in andere Worte: „Les sujets sociaux comprennent le monde social qui les comprend.“¹¹ Umfragen unter Studierenden und unter Arbeiterinnen, Arbeitern und Angestellten von Industriebetrieben belegen, dass fast alle von einer fortbestehenden Schichtstruktur (einige auch von einer fortbestehenden Klassenstruktur) ausgehen. Nach einer empirischen Studie (Geißler/Weber-Menges 2014) sind lediglich drei Prozent der Studierenden und sechs Prozent der industriellen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (von den Ungelernten bis zu den leitenden Angestellten) der Ansicht,

dass es heute keine Schichten oder Klassen mehr gibt. Eine neuere repräsentative Umfrage bestätigt, dass die sozialen Akteurinnen und Akteure ihre soziale Umwelt weiterhin vor allem als eine geschichtete Gesellschaft wahrnehmen. Auf die Frage „Was sind in Deutschland die eigentlichen Gegensätze: Was trennt, was unterscheidet die Menschen in unserer Gesellschaft vor allem?“ antworteten 74 Prozent der Bevölkerung mit „die soziale Schicht, zu der man gehört“. Häufig genannt werden auch die damit zusammenhängenden Unterschiede nach Einkommen (65 Prozent), Bildung (58 Prozent) und Besitz (52 Prozent). Unterschiede nach Alter/Generation (41 Prozent), Familienstand (31 Prozent), Ost-West (31 Prozent), Stadt-Land (27 Prozent), Religion (27 Prozent) oder verschiedenen Einstellungen (19–27 Prozent) sind lediglich zweit- oder drittrangig (Köcher 2009). Die Auflösungsthese ist offensichtlich eine „akademische“, „gelehrte“ Rekonstruktion der Sozialstruktur, die am Schreibtisch und am Computer entworfen wurde und von den alltäglichen Erfahrungen der Menschen in ihrer sozialen Praxis weit entfernt ist. „Jenseits von Klasse und Schicht“ (Beck 1986: 121) wähten sich zwar viele deutsche Sozialstrukturanalysen, aber nur eine verschwindend kleine Minderheit der sozialen Akteurinnen und Akteure.

- Schließlich spiegelt sich der traditionelle „Klassengegensatz“ zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern auch heute noch in der Wahrnehmung von Konflikten durch die Bevölkerung wider, die eine Repräsentativumfrage im Jahr 2010 zutage gefördert hat. Zusammen mit den Konflikten zwischen Arm und Reich sowie zwischen Deutschen und Ausländern gehört er zu den dominanten Konfliktlinien, während der „Generationenkonflikt“ zwischen Jung und Alt oder der „Geschlechterkampf“ lediglich als zweit- bzw. drittrangig eingestuft werden (Goebel/Habich/Krause 2011: 383).

Die Auflösungsthese war nicht nur in der Sozialstrukturforschung präsent, sondern hatte erstaunlicherweise auch das Denken in der politischen Elite der Sozialdemokraten beeinflusst. Im Mai 2010 entwickelte sich im Zusammenhang mit der Diskussion um die sozialen Folgen der „Hartz IV“-Gesetze ein Streit um „neue Unterschichten“. Der ehemalige Arbeitsminister Franz Müntefering wies den Begriff „Unterschicht“ zurück und sagte: „Es gibt keine Schichten in Deutschland“. Dem widersprach der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse mit den Worten: „Denn wir leben eben in einer Klassengesellschaft“ (Süddeutsche Zeitung vom 17. Mai 2010).

Seit einigen Jahren ist es um die Auflösungsthese stiller geworden; die Schichten-Klassen-Gesellschaft ist in die Köpfe des Mainstreams der deutschen Sozialstrukturforscher zurückgekehrt – in der sozialen Wirklichkeit und in den Köpfen der Bevölkerung war sie nie verschwunden. Für dieses Umdenken lassen sich mehrere Ursachen ausmachen: die öffentlichen Diskussionen um die zunehmende Polarisierung des Wohlstands, um die Ausbreitung von Armut und Prekarität, um die schrumpfende Mittelschicht¹² und nicht zuletzt die durch PISA wiederbelebte Debatte um die deutsche Altlast der schichttypischen Bildungsungleichheit.

LITERATUR

- Beck, Ulrich (1983): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2013): Mittelschicht unter Druck? Gütersloh.
- Böhnke, Petra (2006): Am Rande der Gesellschaft – Risiken sozialer Ausgrenzung. Opladen.
- Bourdieu, Pierre (1979): La distinction. Critique sociale du jugement. Paris (deutsch: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main 1982).
- Bourdieu, Pierre (1998): Prekarität ist überall. In: Bourdieu, Pierre (Hrsg.): Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion. Konstanz, S. 96–102.
- Bremer, Helmut/Lange-Vester, Andreas (Hrsg.) (2014): Soziale Milieus und Wandel der Sozialstruktur. Die gesellschaftlichen Herausforderungen und die Strategien der sozialen Gruppen. 2., aktualisierte Auflage, Wiesbaden.
- Bude, Heinz (2008): Die Ausgeschlossenen. Das Ende vom Traum einer gerechten Gesellschaft. Bonn.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit. Konstanz.
- Dahrendorf, Ralf (1965): Gesellschaft und Demokratie in Deutschland. München.
- Danzelot, Jacques (Hrsg.) (1991): Face à l'exclusion. Le modèle français. Paris.
- Elias, Norbert (1989): Studien über die Deutschen. Frankfurt am Main.
- Erikson, Robert/Goldthorpe, John H./Portocarero, Lucienne (1979): Intergenerational Class Mobility in Three Western European Societies – England, France and Sweden. In: British Journal of Sociology, 4/1979, S. 415–441.
- Erikson, Robert/Goldthorpe, John H. (1992): The Constant Flux. A Study of Class Mobility in Industrial Societies. Oxford.
- Geiger, Theodor (1932): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes. Stuttgart (Nachdruck Darmstadt 1972).
- Geiling, Heiko (Hrsg.): Integration und Ausgrenzung. Hannoversche Forschungen zum gesellschaftlichen Strukturwandel. Hannover 1997.
- Geißler, Rainer (1996): Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2/1996, S. 309–338.
- Geißler, Rainer (1998): Das mehrfache Ende der Klassengesellschaft. Diagnosen sozialstrukturellen Wandels. In: Friedrichs, Jürgen/Lepsius, Rainer M./Mayer, Karl U. (Hrsg.): Die Diagnosefähigkeit der deutschen Soziologie (Sonderheft 38 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie) Opladen, S. 207–233.
- Geißler, Rainer (2014): Die Sozialstruktur Deutschlands. 7., grundlegend überarbeitete Auflage, Wiesbaden.
- Goebel, Jan/Habich, Roland/Krause, Peter (2011): Subjektives Wohlbefinden. In: Statistisches Bundesamt u. a. (Hrsg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 377–384.
- Groh-Samberg, Olaf (2009): Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur. Wiesbaden.
- Habich, Roland (2011): Soziale Lagen und soziale Schichtung. In: Statistisches Bundesamt u. a. (Hrsg.): Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn, S. 173–179.
- Hradil, Stefan (1983): Die Ungleichheit der „Sozialen Lage“. In: Kreckel, Reinhardt (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Göttingen, S. 101–118.
- Hradil, Stefan (1987): Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Opladen.
- Köcher, Renate (2009): Der Statusfatalismus der Unterschicht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 16. Dezember 2009, S. 5.
- Kronauer, Martin (1997): „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“. Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. In: Leviathan, 1/1997, S. 28–49.
- Kronauer, Martin (2008): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hochentwickelten Kapitalismus. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage, Frankfurt am Main/New York.
- Mau, Steffen (2012): Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht? Berlin.
- Schelsky, Helmut (1979): Auf der Suche nach Wirklichkeit. München.
- Schulze, Gerhard (1993): Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt am Main/New York.
- Ueltzhöffer, Jörg/Flaig, Berthold (1992): Spuren der Gemeinsamkeit? Soziale Milieus in Ost- und Westdeutschland. In: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Deutschland. Eine Nation – doppelte Geschichte. Köln, S. 61–81.
- Vester, Michael u. a. (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Köln.
- Vester, Michael u. a. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Frankfurt am Main.
- Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Hamburg.
- Vögele, Wolfgang/Bremer, Helmut/Vester, Michael (2002): Soziale Milieus und Kirche. Würzburg.
- Vogel, Berthold (2008): Prekarität und Prekariat – Signalwörter neuer Ungleichheiten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 33–34/2002, S. 12–18.
- Weischer, Christoph (2011): Sozialstrukturanalyse. Grundlagen und Modelle. Wiesbaden.
- Zapf, Wolfgang (1989): Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel. In: Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hrsg.): Deutschland-Handbuch. Bonn, S. 99–124.

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. auch Erikson/Goldthorpe 1992; zu den theoretischen Grundlagen des Schemas vgl. Weischer 2011, S. 363–370; eine Übersicht zu den EGP-Klassen bei Geißler 2014, S. 106.
- 2 Zum Habitus-Konzept s. Bourdieu 1982, S. 277 ff.
- 3 Schelsky, Helmut (1979): Auf der Suche nach Wirklichkeit. München (1. Auflage 1961 – Aufsätze zur nivellierten Mittelstandsgesellschaft von 1953 und 1956).
- 4 Dazu Geißler 2014, S. 189.
- 5 Genauerer zur tendenziellen Unterschichtung der deutschen Gesellschaft durch Migrantinnen und Migranten und ihre Nachkommen bei Geißler 2014, S. 288ff.
- 6 Genauerer zu den Besonderheiten bei Geißler 2014, S. 103 f.
- 7 Vgl. die kurze Skizze zu den Soziallagen in West- und Ostdeutschland 2010 bei Geißler 2014, S. 108f..
- 8 Z. B. Geiling 1997; Vögele/Bremer/Vester 2002; Vester/Teiwes-Kügler 2007; Bremer/Lange-Vester 2014.
- 9 Genaue bibliografische Angaben zu den vielen Studien, in denen die Auflösungsthese vertreten wird, bei Geißler 2014, S. 121 ff.
- 10 Genauerer sowie bibliographische Angaben zu der großen Fülle von empirischen Belegen bei Geißler 2014, S. 124 ff.
- 11 Die sozialen Subjekte begreifen die soziale Welt, die sie umgreift.
- 12 Vgl. Mau 2012; Bertelsmann Stiftung 2013; Aus Politik und Zeitgeschichte, 49/2014 (Heft zum Thema „Mitte“), 10/2015 (Heft zum Thema „Unten“).

Prof. Dr. Rainer Geißler hat Geschichte, Romanistik, Philosophie, später auch Soziologie an den Universitäten Kiel, Freiburg i. Br., Pau (Frankreich) sowie Basel studiert. 1967 legte er das Staatsexamen für das Lehramt an Gymnasien in den Fächern Geschichte und Französisch sowie Sozialwissenschaften (1969) an der Universität Kiel ab. Von 1968 bis 1975 war er Wissenschaftlicher Assistent am Soziologischen Seminar der Universität Basel und Berater bei der PROGNO AG in Basel. 1975 bis 1981 hatte er eine Professur für Soziologie an der Universität der Bundeswehr Hamburg inne. Seit 1981 ist Rainer Geißler Professor für Soziologie an der Universität Siegen.

Soziale Milieus in Europa: Eine soziokulturelle Landkarte

Jörg Ueltzhöffer

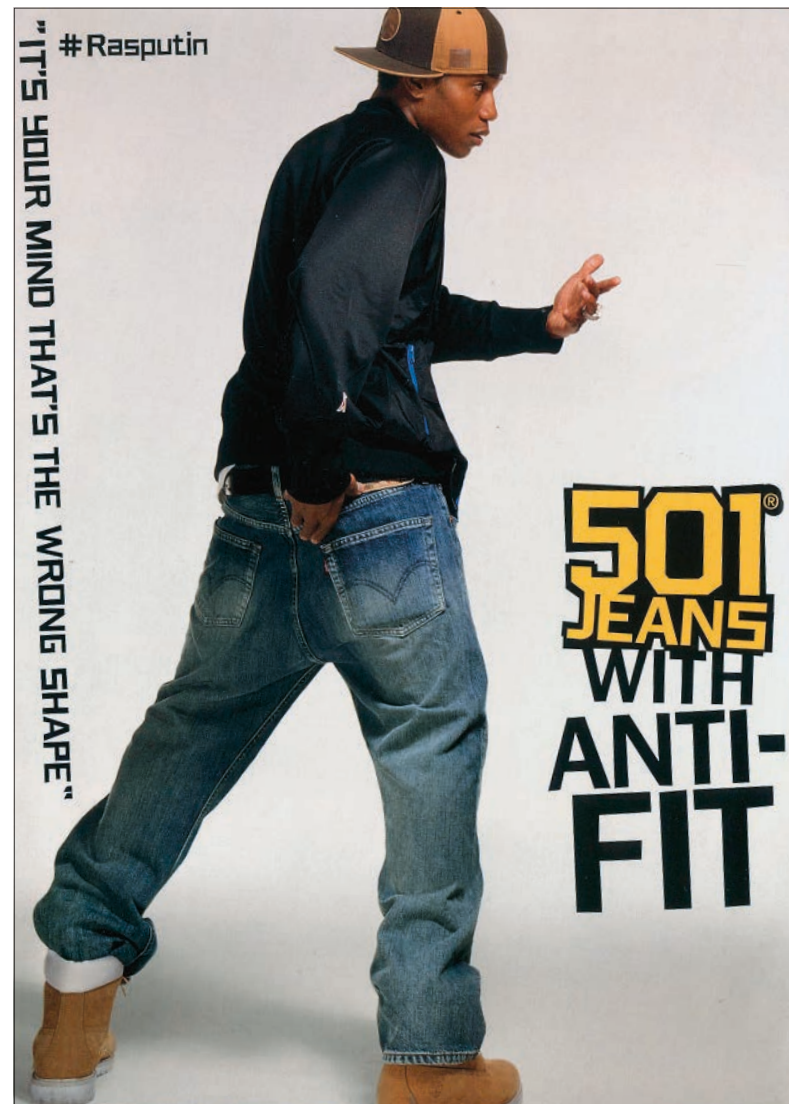
Das Modell der Sozialen Milieus ist ein Mittelweg zwischen Klassen- bzw. Schichtanalyse auf der einen und Lebensstilansätzen auf der anderen Seite. Die vergleichsweise stabile soziokulturelle Landkarte der Sozialen Milieus fasst soziale Gruppen mit ähnlichen Wertorientierungen, Lebenszielen, Lebensweisen und alltagsästhetischen Vorlieben zusammen. Die Milieuanalyse nimmt hierbei den ganzen Menschen in den Blick und versucht all jene subjektiven und objektiven Merkmale zu erfassen, die die soziokulturelle Identität von Menschen konstituieren. Durch die zunehmende Globalisierung der Märkte hat sich die Milieuforschung auf zahlreiche weitere Länder ausgedehnt. Auf europäischer Ebene lassen sich aktuell elf transnationale Milieusegmente unterscheiden, die von Jörg Ueltzhöffer skizziert werden. Anhand zweier Themen – der Herausbildung sozialer Ungleichheiten und der Virulenz kultureller Ängste – wird abschließend exemplarisch dargestellt, welchen Beitrag die Milieuforschung zum Verständnis gesellschaftlicher Veränderungsprozesse leistet. |

Soziokulturelle Gesellschaftsanalyse: Der Ansatz der Sozialen Milieus

Der Begriff „Landkarte“ mag im Kontext sozialwissenschaftlicher Analyse etwas ungewöhnlich erscheinen, bringt die Logik gesellschaftsanalytischer Modellbildung aber durchaus auf den Begriff. Wie beispielsweise in der Geografie, so gelangt man, je nach Fragestellung und theoretisch-methodischem Ansatz, auch bei der Strukturanalyse von Gesellschaften zu sehr unterschiedlichen Segmentierungsmustern („Landkarten“) ein- und desselben Terrains. In der Geografie finden sich beispielsweise, um nur wenige Beispiele zu nennen, sowohl morphologische als auch politische, sozioökonomische, demografische, ökologische Kartierungen, die, jede für sich genommen, sehr unterschiedliche, teilweise überraschende Ansichten von Ländern, Kontinenten oder des gesamten Planeten abbilden.¹

Gesellschaftsanalysen erschließen, je nach theoretischem Ansatz, Erkenntnisinteresse und Differenzierungslogik – möglicherweise auch beeinflusst von wissenschaftshistorischen Traditionen und dem jeweiligen „Zeitgeist“ –, ebenfalls sehr unterschiedliche Modelle der in den Blick genommenen (gesellschaftlichen) Wirklichkeit. Für Erklärungskraft wie auch Validität entscheidend bleibt immer die Adäquatheit von sozialwissenschaftlichem Modell (im Sinne „typischer Konstruktion“) und Wirklichkeit. Eine sozialwissenschaftlich erfahrbare Wirklichkeit „an sich“ gibt es nicht. In der sozialwissenschaftlichen Gesellschaftsanalyse dominieren nach wie vor klassen- bzw. schichttheoretische

Ansätze, die soziale Schicht nach „objektiven Lagemerkmalen“ wie Beruf, Bildung und Einkommen definieren, aber zunehmend auch „subjektive“ Determinanten der sozialen Lage(n) einbeziehen (in Deutschland beispielsweise seit den 1980er Jahren die Arbeiten von Stefan Hradil und Rainer Geißler).² Ausgehend von den Vereinigten Staaten gab und gibt es aber auch gesellschafts- und marktanalytische Ansätze, die von – objektiven wie auch subjektiven – Schichtmerkmalen nahezu völlig abstrahieren. Über die Vereinigten Staaten hinaus bekannt geworden ist das am Stanford Research Institute (SRI) entwickelte „VALS“-System („Values & Lifestyles“), ein sozialpsychologisch orientiertes



Subjektiv erfahrene Identität wird heutzutage weniger von schicht- bzw. klassenspezifischen Merkmalen geprägt als von Gemeinsamkeiten der Wertorientierungen, alltagsästhetischen Optionen und der Lebensweise.

picture alliance/dpa

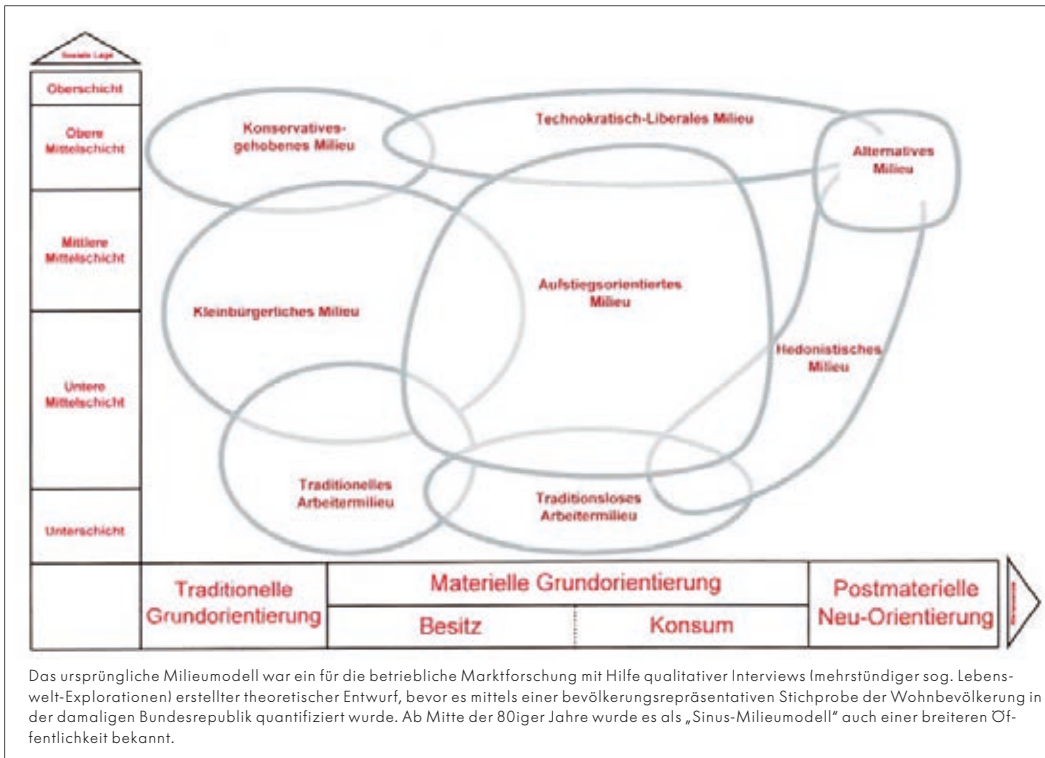


Abbildung 1: Ursprüngliches Milieumodell 1980 von Ueltzhöffer/Flaig

Quelle: SIGMA

(psychografisches) Modell, das in Anlehnung an die Arbeiten von David Riesman und Abraham Maslow acht Gesellschaftstypen identifizierte, mit den „Survivors“ am unteren Ende der (amerikanischen) Sozialskala und den „Integrated“ an der Spitze.³ In diesem Zusammenhang auch zu nennen ist natürlich Gerhard Schulzes kultursoziologisches Konstrukt der „Erlebnisgesellschaft“, das sozialhierarchische Strukturmerkmale für die Typenbildung weitgehend außer Acht ließ.⁴ Hinzu kamen in den vergangenen Jahrzehnten Myriaden von Lebensstiltypologien, die für ihre Modellbildung überwiegend rein subjektive Merkmale (z. B. Freizeitinteressen, Stilpräferenzen, Konsumverhalten, etc.) heranzogen. Sie waren zumeist von geringer analytischer Reichweite und Lebensdauer.

Einen Mittelweg zwischen Klassen- bzw. Schichtanalyse auf der einen und psychografischen wie auch Lebensstilansätzen auf der anderen Seite suchten wir (Ueltzhöffer/Flaig) Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre – angeregt von unserer 1976/77 für die Bundesregierung erstellten Studie zu Wertorientierungen, politischem Bewusstsein und Milieustrukturen von Studenten – mit der Entwicklung des „Modells der Sozialen Milieus“ für die damalige Bundesrepublik.

Unsere theoretischen Überlegungen gingen von folgenden Beobachtungen aus:

- Die dem Schicht- bzw. Klassenmodell als dominierendem Differenzierungsparadigma der Moderne zugrunde liegenden sozioökonomischen Lebensbedingungen werden in der Alltagswelt postindustrieller Gesellschaften in sehr unterschiedlichen lebensweltlichen und alltagsästhetischen Inszenierungen wirksam, sichtbar und erfahrbar.
- Gleiche sozioökonomische Lebensbedingungen produzieren im Alltag offensichtlich ungleiche Lebens- und Stilwelten.
- Bestimmte Lebenswelten scheinen sich losgelöst vom Schicht- bzw. Klassenzusammenhang und den ihn gene-

rierenden Merkmalen zu entfalten, während andere wiederum schicht- bzw. klassenspezifischen Linien folgen.

- Die Unterschiedlichkeit von Lebensstilen ist für die Alltagswirklichkeit von Menschen – und somit für die Prozesse subjektiver Sinnkonstitution – vielfach bedeutsamer als die Unterschiedlichkeit sozioökonomischer Lebensbedingungen.
- Subjektiv erfahrene Identität wird weniger von schicht- bzw. klassenspezifischen Merkmalen geprägt als von Gemeinsamkeiten der grundlegenden Wertorientierungen, alltagsästhetischen Optionen und der Lebensweise.

Das Modell der Sozialen Milieus sollte in Form einer neuartigen soziokulturellen Landkarte einen anderen Blick als bisher üblich auf Menschen und Märkte der – zunächst bundesrepublikanischen – Gegenwartsgesellschaft ermöglichen, indem es bisher unverbundene theoretische Ansätze und Sichtweisen zusammenführte: den Milieubegriff der soziologischen Gründerväter wie Max Weber, allerdings in umfassenderem Sinne, den vorwiegend in den USA entwickelten Ansatz der gesellschaftlichen Wertorientierungen, Erich Fromms Theorie des handlungsleitenden Sozialcharakters und den Lebenswelt- bzw. Alltagsweltansatz nach Edmund Husserl und Alfred Schütz.⁵

Die theoretische Konzeption des Milieuansatzes lässt sich am ehesten durch das in Abbildung 1 wiedergegebene ursprüngliche Milieumodell für Deutschland (alte Bundesländer) von 1980 mit zunächst acht Sozialen Milieus verdeutlichen.⁶ Sein Strukturmuster wird hier in Form eines zweidimensionalen soziokulturellen Raumes abgebildet. Der in der Alltagswirklichkeit multidimensionale Raum wurde aus Darstellbarkeitsgründen auf die beiden modellkonstitutiven Dimensionen der sozialen Lage (vertikal) und der subjektiven Wertorientierungen (horizontal) reduziert. Die Spannweite der an den „klassischen“ soziostrukturellen Variablen (Beruf, Bildung, Einkommen) orientierten Dimen-

sion der sozialen Lage reichte vom Traditionslosen Arbeitermilieu bis hin zum Konservativ-gehobenen und – so die damalige Milieubezeichnung – Technokratisch-liberalen Milieu. Die Wertedimension wurde aufgespannt von der traditionellen Wertewelt des Konservativ-gehobenen, aber auch des Kleinbürgerlichen- und des Traditionellen Arbeitermilieus bis hin zum jugendkulturell geprägten Hedonistischen- und Alternativen Milieu. Letztere waren die Lebensstiltrendsetter ihrer Zeit, das Alternative Milieu darüber hinaus Trägermilieu der vielfach beschriebenen postmateriellen Verschiebung des gesellschaftlichen Wertespektrums.

Was genau sind nun aber Soziale Milieus im Sinne unserer Definition?

- Soziale Milieus beschreiben Menschen mit jeweils charakteristischen Einstellungen und Lebensorientierungen. Sie fassen, ganz allgemein gesprochen, soziale Gruppen, also Menschen, zusammen, deren Wertorientierungen, Lebensziele, Lebensweisen, alltagsästhetische Vorlieben – und damit auch ihre zentralen Konsummuster – ähnlich sind.
- Die Milieuanalyse zielt auf den ganzen Menschen, versucht also nicht, wie z. B. herkömmliche Gesellschaftsanalysen, ein einziges oder einige wenige objektive Merkmale (z. B. Schichtzugehörigkeit, Einkommen, Berufsgruppe) typisierend zu verdichten.
- Umgekehrt isoliert sie auch nicht ein einziges oder einige wenige subjektive Merkmale des Alltagslebens, Geschmacks oder des Lebensstils, um Markt und Gesellschaft als strukturlose Agglomeration kurzatmiger Moden und Geschmackskulturen erscheinen zu lassen.
- Die Milieuforschung versucht vielmehr alle jene – subjektiven wie objektiven – Merkmale empirischer Analyse zugänglich zu machen, die die soziokulturelle Identität von Menschen konstituieren.

Soziale Milieus sind also keine frei im sozialen Raum schwebenden Assemblages, zusammengefügt von der gemeinsamen Vorliebe für kurzatmige Lebensstilmoden – um sich alsbald wieder zu verflüchtigen und neue Strukturen zu bilden. Soziale Milieus bilden vergleichsweise stabile, wenn auch veränderbare soziokulturelle und sozialästhetische Strukturen (wie Zeitreihenmessungen in Deutschland seit Beginn der 1980er Jahre und in anderen europäischen Ländern seit Beginn der 1990er Jahre belegt haben). Und Milieuwahlen sind nicht individueller Beliebigkeit überlassen, sondern werden auf dem Hintergrund objektiv strukturierender Merkmale getroffen, die der Einzelne zwar mehr denn je beeinflussen und verändern kann, denen er aber nach wie vor auch „ausgeliefert“ ist, so z. B. dem Milieu, in das er hineingeboren wurde. Dies bedeutet allerdings auch, dass subjektiv zu treffende alltagskulturelle Optionen heute nicht nur über Lebensweise, Lebensziele des Einzelnen und von Gruppen entscheiden (dies ist eine soziologische Binsenweisheit), sie prägen zunehmend auch die strukturierenden Merkmale von Gesellschaften und die damit verknüpften individuellen wie auch gesellschaftlichen Verhaltensmuster, Einstellungen und Verhaltensoptionen. Milieugrenzen schließlich sind fließend, sie lassen sich nicht, wie die Überlappungen im Milieumodell vermitteln sollen, so (scheinbar) exakt gegeneinander abgrenzen wie Berufsgruppen oder soziale Schichten. Dies ist kein metho-

discher Nachteil des Ansatzes, den dieser in Kauf nimmt, sondern folgt der Einsicht, dass die Strukturen der Alltagswirklichkeit selbst unscharf sind.

Alltagsweltlicher Bezug, Ganzheitlichkeit, Stabilität und Unschärfe gehören somit zu den wesentlichen theoretischen Grundlagen des Milieuansatzes.

Zum methodischen Inventar der Milieuforschung

Ausgangspunkt für die Entwicklung eines milieuanalytischen Methodeninventars war die Einsicht, dass eine zureichende Rekonstruktion der subjektiven Wirklichkeit von Menschen nur über die seismographische Erfassung ihres Alltagsbewusstseins gelingen kann. Die Leistungsfähigkeit des Ansatzes stützt sich daher zunächst auf qualitative Forschungsstrategien, z. B. mehrstündige Explorationen, in denen die Gesprächspartner ihre Alltagswelt in der ihnen eigenen Sprache schildern und interpretieren.

Das Alltagsleben einer Person wird, so unsere Überzeugung, am ehesten dann transparent, wenn sie möglichst frei über alle ihr wichtig erscheinenden Lebensinhalte berichten kann. Die Erzählung, also das „narrative Interview“, als Erhebungsmethode hat den Vorteil, dass Menschen möglichst unbeeinflusst darstellen können, was in ihrem Leben Bedeutung hat und was sie nur am Rande interessiert oder überhaupt nicht. Die Milieuforschung versucht also, die Alltagswelten der Menschen aus ihrem eigenen Erleben und Deuten heraus zu verstehen und nachzuzeichnen. Darauf aufbauend werden in einem weiteren Forschungsschritt quantitative Instrumente (sogenannte Milieuidekatoren) entwickelt, mit deren Hilfe große quantitative Stichproben milieuanalytisch segmentiert werden können.⁷ Erst auf der Grundlage dieses methodischen Vorgehens lassen sich soziokulturelle Zielgruppenmodelle entwickeln, die der an sie zu stellenden Anforderung der Adäquatheit von gewähltem sozialwissenschaftlichem Modell und Wirklichkeit genügen (s. oben).

Transnationale Milieusegmente: Die europäische Milieulandkarte

Durch die Ausdehnung der Milieuforschung auf alle großen (westeuropäischen Nationen zu Beginn der 1990er Jahre stehen heute – außer für Deutschland – auch Milieumodelle für Frankreich, Großbritannien, Italien, und Spanien zur Verfügung.⁸ Mit Blick auf die zunehmende Globalisierung der Märkte hat das SIGMA-Institut die Milieuforschung seither auf zahlreiche weitere Länder und Märkte ausgedehnt. Milieumodelle gibt es inzwischen auf allen Kontinenten, außer für West- und Mitteleuropa sowie Skandinavien auch für Ostmitteleuropa, Russland, die USA, China, Japan, Südkorea, Südafrika, Australien, Brasilien, etc.⁹

Ergebnis der empirischen Milieuforschung in den fünf (westlichen) Kernländern der Europäischen Union (EU) war jedenfalls ein vielfältiges Universum von insgesamt 53 Sozialen Milieus, also neun bis elf Sozialen Milieus pro Land. Es überraschte nicht, dass die jeweiligen soziokulturellen Strukturmuster der großen europäischen Gesellschaften

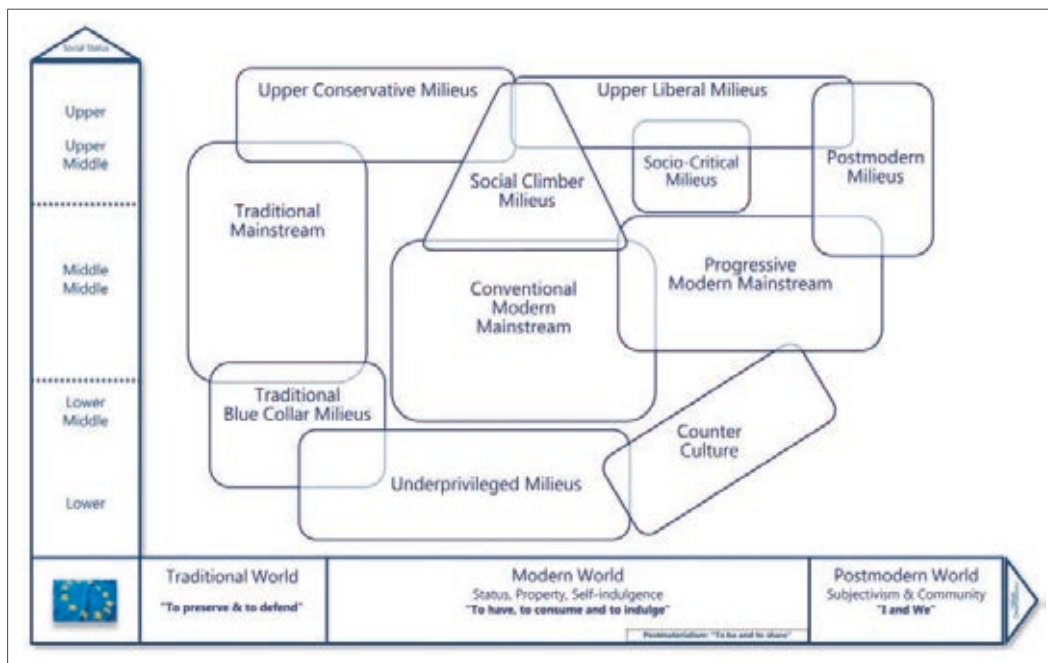


Abbildung 2:
SIGMA-Milieus in Europa

Quelle: SIGMA

ausgeprägte interkulturelle Gemeinsamkeiten aufwiesen. So ließen sich in der Tat transnationale europäische Milieusegmente identifizieren, mit jeweils ähnlichen Wertorientierungen, Lebensstilen, alltagsästhetischen Neigungen und Konsummustern. Innerhalb eines europäischen Segments erwies sich die kulturelle Übereinstimmung (hinsichtlich Wertorientierungen, Lebensweisen, Konsummustern usw.) zumeist als höher als zwischen – hinsichtlich Wertorientierungen und Lebensstil – weit auseinander liegenden Milieus ein- und derselben nationalen Gesellschaft. Trotz krisenhafter Entwicklungen, vor allem in den mediterranen Ländern, und wachsender sozioökonomischer Ungleichheiten innerhalb der EU (vgl. Abbildung 4) verlaufen die Strukturmuster der soziokulturellen Segmentierung, also die jeweiligen Milieulandschaften, in Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien und Spanien in vielerlei Hinsicht nach wie vor gleichsinnig, bei mannigfaltigen Unterschieden im Detail. Auf (kern)europäischer Ebene unterscheiden wir (das SIGMA-Institut) heute insgesamt elf transnationale europäische Milieusegmente (vgl. Abbildung 2).

Sozialästhetische Segmentierung

Auf die Bedeutung alltagsästhetischer Differenzierungsmuster für die Milieuforschung wurde in der Literatur vielfach hingewiesen.¹⁰ Der Begriff des Ästhetischen zielt dabei weniger auf Fragen des (guten) Geschmacks, sondern reflektiert die Beobachtung, dass alltagsästhetische Optionen nicht nur als eine Art Schaufenster des kollektiven Ich für eigene („Seht her, ich gehöre dazu!“) wie auch für andere Milieuvvertreter dienen, sondern auch das komplexe Gefüge milieuspezifischer Eigenheiten ausformen, verfestigen, in manchen Fällen gar erst konstituieren. Es ist unmöglich, in diesem Zusammenhang Pierre Bourdieus berühmte Studien zu den „feinen Unterschieden“ zwischen den Geschmackskulturen moderner Gesellschaften unerwähnt zu lassen.¹¹ Während Bourdieu aber auf strikt klas-

senstheoretischem Hintergrund forschte und argumentierte, spüren wir den Regeln, Motiven und Ausdrucksformen sozialästhetischer Segmentierung auf Milieuebene nach. Wir können im vorliegenden Beitrag nicht ausführlich auf diesen zentralen Aspekt der Milieuforschung eingehen, haben in Abbildung 3 aber Beispiele milieutypischer alltagsästhetischer Inszenierungen aus europäischen Milieuwelten zu einer Collage zusammengefügt.

Man erkennt ohne weiteres die von Einkommen und Bildung beeinflussten (vertikalen) Unterschiede zwischen Milieus im unteren Teil der Collage und jenen in der Mitte und im oberen Teil. Spannender – und für die Milieuforschung erkenntnisleitender – sind aber die unterschiedlichen Inszenierungen auf horizontaler Ebene, also zwischen Milieus, die hinsichtlich ihres Sozialstatus ähnlich sind, keineswegs aber hinsichtlich ihrer alltagsästhetischen Motive und Ausdrucksformen. Im oberen Teil der Milieulandschaft reicht die Bandbreite vom Louis XV-Salon einer Angehörigen der „Grande Bourgeoisie Traditionelle“ (dem französischen Upper Conservative Milieu) im 16. Pariser Arrondissement (oben links), über die aufstiegsorientierte Outfitinszenierung einiger Damen beim jährlichen „White Turf“ in St. Moritz, bis hin zu jener für europäische Upper Liberal Milieus so typischen Bücherwanddekoration (lässig gestaltete Unordnung teilt mit, dass die Bibliothek „lebt“) und einem im milieutypisch ironisch-distanzierten Modus gestalteten postmodernen „Hausaltar“. Aber auch im (vertikal gesehen) mittleren Teil der Collage, also in der Welt der europäischen Mittelschichtmilieus (wie auch ganz unten), erkennt man, je nach Milieusegment, manifeste alltagsästhetische Unterschiede.

Europa 2015

Vergleicht man das ursprüngliche Milieumodell von 1980 mit der heutigen europäischen Milieulandkarte, so fallen – über die Binnenveränderung von Wertorientierungen und Lebensstilen innerhalb der Sozialen Milieus, auf die wir hier nicht näher eingehen können, hinaus – mehrere epochale Entwicklungslinien ins Auge, darunter die wichtigsten:

- Ausdifferenzierung neuer Mittelschichtmilieus;
- Entstehung postmoderner Milieus als Ausdruck und Ergebnis von Veränderungen, die wir als „Postmodernisierung der Alltagswelt“ bezeichnen;
- Aufspaltung des einst eher schichtübergreifenden Segments der „Hedonistischen Milieus“ in ein Milieusegment im unteren sozialen Drittel („Counter Culture“) und in „Postmoderne Milieus“ in der oberen Mittelschicht/Oberschicht;
- Wachsende soziale und alltagskulturelle Polarisierung innerhalb der europäischen Milieulandschaft (die „Underprivileged Milieus“ bilden heute beispielsweise das zahlenmäßig stärkste Milieusegment in Europa).

Man kann den Prozess der alltagsweltlichen Postmodernisierung – Rolf Frankenberg kennzeichnet ihn als „Enttraditionalisierung, Individualisierung, Pluralisierung, Subjektivierung und Ästhetisierung individueller Lebenszusammenhänge (verbunden mit) der Entgrenzung von Raum und Zeit“¹² – und die zunehmende soziale und alltagskulturelle Polarisierung wohl als (mit)entscheidende Determinanten der gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen auf dem Kontinent verstehen.

Zum besseren Verständnis nachfolgend stichwortartig die Schlüsselmerkmale der europäischen Milieusegmente:

Upper Conservative Milieus

- Konservativ (hinsichtlich Wertorientierungen und Lebensführung) orientierte Elitemilieus (nicht selten: „Old Money“);
- die 50+ Generation ist ebenso überrepräsentiert wie höhere Bildungsabschlüsse und hohe bis höchste Einkommen;
- wichtig sind ihnen beruflicher und materieller Erfolg, Leistung, Vermögen, finanzielle Unabhängigkeit, ein distinguerter Lebensstil, gute Umgangsformen, Understatement und Diskretion.

Traditional Mainstream

- Mittelschichtmilieus mit ausgeprägt traditionellen Werten, ästhetischen Vorlieben, Moralvorstellungen und

gesellschaftlichen – vorwiegend in Italien und Spanien auch religiösen – Konventionen;

- typischerweise Menschen 60+ („Empty Nesters“), verheiratet oder verwitwet mit niedrigen bis mittleren Bildungsabschlüssen und mittleren Einkommen;
- wichtig sind ihnen ein „bürgerlicher“ Lebensrahmen, Familienwerte, soziale und finanzielle Sicherheit (die in ihren Augen zunehmend bedroht ist).

Traditional Blue Collar Milieus

- Häufig noch in den Werte- und Stilwelten der „alten“ Industriegesellschaften verwurzelte Arbeitermilieus mit niedriger Formalbildung und eher geringen Einkommen;
- in den letzten Jahren nicht selten sinkende Kaufkraft;
- verbreitete Unzufriedenheit mit einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, die sie „zurücklässt“;
- wichtig: ein zufrieden stellender Lebensstandard, Solidarwerte, soziale Sicherheit und Integration (anerkannt sein bei Freunden, Kollegen, Nachbarn).

Underprivileged Milieus

- Wirtschaftlich und sozial zumeist in prekären Verhältnissen lebende Milieus, deren Angehörige am Arbeitsmarkt gegenwärtig nur geringe Chancen haben;
- überwiegend geringe Formalbildung (viele „Ungelehrte“), Arbeitslosigkeit oder unregelmäßige Jobs, sehr geringe Einkommen;
- wichtig: sozial und wirtschaftlich „überleben“, den Konsumstandard halten oder verbessern (der in den aufstiegsorientierten Milieus gepflegte Lebens- und Konsumstil als Vorbild), eine bessere Zukunft für die Kinder.

Social Climber Milieus

- Typisch: „New Money“ oder der Wunsch, es möglichst schnell zu verdienen;



Abbildung 3: SIGMA-Milieus in Europa: Alltagsästhetische Inszenierungen

Quelle: SIGMA

- prestige- und statusorientierte Lebensstile, der Besitz von Luxusgütern und Luxusmarken als Maßstab des Erfolgs – man zeigt gerne, was man (erreicht) hat;
- breite Altersverteilung, mittlere, teilweise auch höhere Bildungsabschlüsse, überdurchschnittlich viele Freiberufler, Selbstständige, Manager und Unternehmer mit hohen, teilweise höchsten Einkommen;
- wichtig sind ihnen finanzieller Erfolg, Exklusivität, Luxuskonsum (der Lebensstil der „Schönen und Reichen“ als Vorbild), Besitz der neuesten technologischen Innovationen.

Conventional Modern Mainstream

- Die Moderne Mitte oder auch das „soziale Herz“ Europas: mittleres Alter, mittlere Bildungsabschlüsse und berufliche Positionen (Angestellte, Beamte, kleine Selbstständige), häufig Kinder im Haushalt;
- durch die krisenhafte wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre teilweise deutliche Kaufkraftverluste und sinkender Lebensstandard (in Deutschland in geringem Maße);
- wichtig: gutes Auskommen, glückliches Familienleben (idealerweise „gender equality“), gemeinschaftsorientierter Lebensstil, aber auch: Verwirklichung von Ich-Ansprüchen (in Konsum, Freizeit, usw.).

Progressive Modern Mainstream

- Insgesamt etwas jünger und höher gebildet als die Angehörigen des Conventional Modern Mainstream;
- vielfach in modernen High-Tech-Berufen (IT, moderne Dienstleistungen, usw.);
- hinsichtlich Lebensstil und alltagsästhetischen Vorlieben Orientierung an postmodernen Werten und Konsummustern (z. B. Intensivnutzer neuer Technologien und sozialer Netzwerke);
- wichtig: Ausgleich zwischen Karriere- und Ich-Ansprüchen („work-life-balance“), Outdoor-Lebensstil, kommunikativ vernetzt sein, individualisierter Trendkonsum ohne aufstiegsorientierte Verkrampfungen.

Upper Liberal Milieus

- Kosmopolitisch orientierte Bildungs- und Funktionselitens mit ausgeprägt liberalen (in mediterranen Ländern: laizistischen) Wertorientierungen;
- breites Altersspektrum, die 50- bis 60-Jährigen sind jedoch bereits leicht überrepräsentiert, zumeist höhere Einkommen;
- vielfach akademischer Hintergrund und Berufe, überdurchschnittlich viele Studenten;
- wichtig: ein sinnstiftender Beruf, Bildung/Kunst/Kultur, zunehmend: nachhaltiger Lebensstil/Konsum, „epikuräische“ Lebenskunst, humanistische Werte, Toleranz (Offenheit für andere Menschen, Kulturen, alternative Lebensstile, usw.).

Socio-Critical Milieus

- Sozialkritisch, zumeist „links“ eingestellte Milieus mit einer Mischung aus traditionell postmaterialistischen, kommunitären, „grünen“ und neo-antikapitalistischen Überzeugungen;
- nahezu alle Altersgruppen, überdurchschnittlich häufig (aber keinesfalls ausschließlich) akademische Bildung (Lehrer, Ärzte, Journalisten, Sozialberufe, Studenten, usw.);
- nicht selten in Nichtregierungsorganisationen aktiv (z. B. Greenpeace, Attac, Ärzte ohne Grenzen, usw.);
- wichtig: Selbstentfaltung, politisch-gesellschaftliches Engagement, ökologisch-nachhaltiger Konsum, Durchsetzung (globaler) sozialer Gerechtigkeit und Menschenrechte.

Counter Culture

- Jugend- teilweise subkulturell geprägte Unterschichtmilieus mit „unkonventionellen“, nicht selten ausgeprägt hedonistischen Lebensstilen;
- Altersschwerpunkt bis ca. 40 Jahre, überwiegend niedrige Bildungsabschlüsse und/oder ohne Berufsausbildung;
- mit Schwerpunkt in Frankreich, Italien und Spanien sehr hoher Anteil an jungen Arbeitslosen/Drop-outs;
- wichtig: die eigene Peer-Group, Fun-Konsum, „way cool“-Lebensstil, Smartphone, Trend-Outfit (den man sich häufig kaum noch leisten kann).

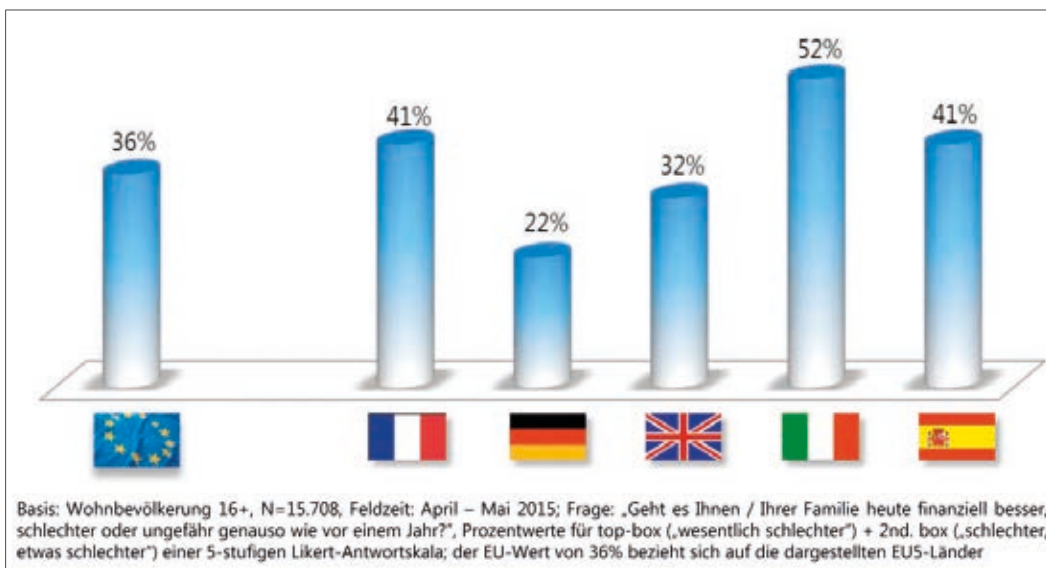


Abbildung 4:
SIGMA-Milieus in Europa
2015: Persönliche/familiäre finanzielle Lage
„schlechter als vor einem Jahr“

Quelle: SIGMA

Postmodern Milieus

- Junge (Altersschwerpunkt unter 35) Lebensstilavantgarden, die häufig die „angesagten“ Viertel europäischer Metropolen bevölkern;
- überwiegend akademisch ausgebildet und häufig in sogenannten „kreativen“ Berufen zu finden, überdurchschnittlich viele Studenten;
- subjektivistische Lebensphilosophie (der Einzelne als Ingenieur seines persönlichen Universums), neuerdings aber Abschwächung der früheren postmodernen „I-am-me“-Lebensphilosophie;
- Konsum-Trendsetter (neue Technologien, Body-Styles, Outfit, Marken, „Leben im Netz“, usw.);
- wichtig: Beruf und Karriere, Selbstbestimmung, Kreativität, personalisierter, zunehmend „grüner“ Konsum.

Das SIGMA-Institut setzt den Milieuansatz in einem weltweiten jährlichen Forschungsprogramm vorwiegend für die Milieusegmentierung großer Märkte aber auch für die Beobachtung gesellschaftlicher Trends („trend-tracking“) ein, mittels bevölkerungsrepräsentativer Stichproben in den großen Ländern der EU, darüber hinaus in China, Japan, den USA, usw. So liegen auch für 2015 milieusegmentierte Datensätze zur Entwicklung gesellschaftlicher Trends in Europa vor. Anhand zweier aktueller Themen, der Herausbildung spezifischer sozialer Ungleichheiten und der Virulenz kultureller Ängste, lässt sich (abschließend) beispielhaft darstellen, welchen Beitrag die Milieuforschung zum Verständnis sozialer und alltagskultureller Veränderungsprozesse leisten kann.

Soziale Ungleichheiten

Das SIGMA-Forschungsprogramm erhebt nicht nur Daten zur aktuellen Höhe des Familieneinkommens oder des sogenannten „frei verfügbaren Einkommens“ nach Abzug aller Steuern, Abgaben und regelmäßigen Zahlungen, sondern erfragt auch die Veränderungen der persönlichen/familiären finanziellen Lage im Zeitverlauf, u. a. mittels fol-

gender Fragestellung: „Geht es Ihnen und Ihrer Familie heute finanziell besser, schlechter oder ungefähr genauso wie vor einem Jahr?“ Abbildung 4 zeigt die Ergebnisse auf nationaler Ebene für jedes der fünf großen (westeuropäischen) Länder Frankreich, Deutschland, Großbritannien, Italien, Spanien und für alle fünf Länder zusammengenommen (EU5), Abbildung 5 für die europäischen Milieusegmente.

Die Länderunterschiede fallen recht deutlich aus und werfen ein Licht auf die Disparitäten der sozioökonomischen Entwicklung zwischen den großen (westeuropäischen) Nationen. Der Anteil jener, die eine Verschlechterung ihrer finanziellen Lage beklagen, fiel vor gerade einmal einem Jahr in Italien mehr als doppelt so hoch aus wie in Deutschland, in Frankreich und Spanien annähernd doppelt so hoch. Auch auf Milieuebene zeigen sich massive Unterschiede, zunächst zwischen den Milieus im „oberen“ und „unteren“ Teil der Milieulandkarte, was zu erwarten war. Während von den Angehörigen der europäischen „Underprivileged Milieus“ mehr als die Hälfte (55%) angeben, dass sich ihre finanzielle Lage verschlechtert hat, sind es bei den „Upper Conservative Milieus“ „lediglich“ 21 Prozent. Dies bedeutet, dass Letztere selbst in den mediterranen Krisenländern von Einkommensverlusten in wesentlich geringerem Maße betroffen sind, als andere Milieusegmente.

Jenseits des Oben-Unten-Schemas offenbart der Milieuansatz aber auch sozioökonomische Disparitäten zwischen – hinsichtlich ihrer Schichtzugehörigkeit – vergleichbaren Milieusegmenten, z. B. zwischen den Mittelschichtmilieus „Conventional Modern Mainstream“ („verschlechtert“: 38%) und dem „Progressive Modern Mainstream“ („verschlechtert“: 29%), oder zwischen den „Social Climber Milieus“ („verschlechtert“: 23%) und den „Socio-Criticals“ („verschlechtert“: 37%). Verantwortlich sind dafür eine Reihe subjektiver Lagemerkmale, z. B. Bildungsgrad und Berufswahl,

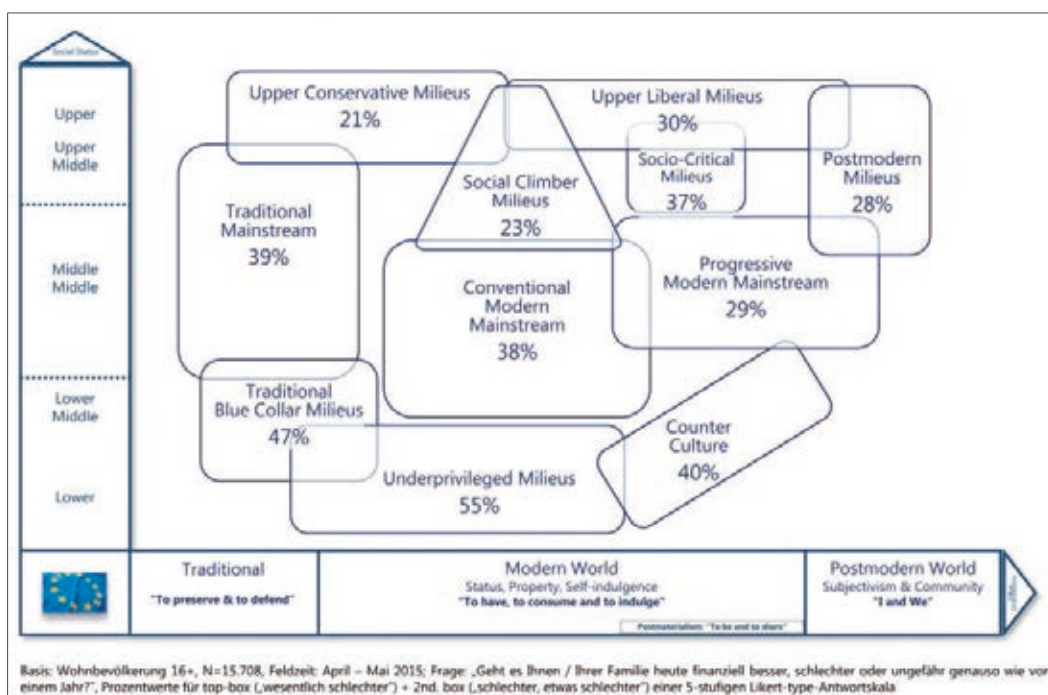


Abbildung 5:
SIGMA-Milieus in Europa
2015: Persönliche/familiäre finanzielle Lage
„schlechter als vor einem Jahr“

Quelle: SIGMA

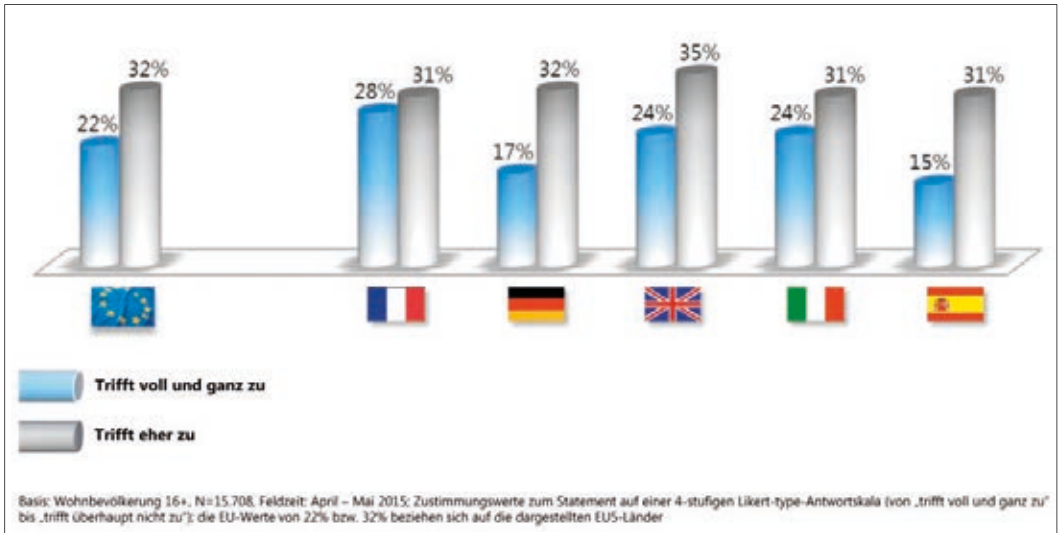


Abbildung 6:
SIGMA-Milieus in Europa 2015: „Die Welt ohne Grenzen ist zu einer Bedrohung für uns alle geworden“

Quelle: SIGMA

aber zweifellos auch milieutypische Wertorientierungen, die die Lebensführung des Einzelnen beeinflussen.

Kulturelle Ängste

Abbildungen 6 und 7 geben die Zustimmungswerte zu einem Statement aus dem SIGMA-Trend-Inventar wieder, mit welchem regelmäßig die Entwicklung zahlreicher gesellschaftlicher Trends gemessen werden (z.B. Akzeptanz neuer Technologien, Umwelteinstellungen, soziale Absteigsängste, Einstellungen zur „Sharing Economy“, usw.). So beobachten wir auch Einstellungen zum Thema „Globalisierung“ und u. a. damit verbundene soziale und kulturelle Ängste.

Für die Beurteilung der Zustimmungswerte nicht unwichtig ist der Erhebungszeitraum April und Mai 2015, d. h. die Daten wurden noch vor Einsetzen der großen Flüchtlingsströme im Sommer dieses Jahres erhoben. Auf Länder-

ebene fällt zunächst auf, dass Deutschland und Spanien bei der Top-Box-Zustimmung („trifft ganz genau zu“) deutlich geringere Zustimmungswerte aufweisen als die übrigen drei Länder, bei der Antwortkategorie „trifft eher zu“ aber „aufschließen“; hier liegen die Prozentwerte für alle fünf Nationen nahe beieinander.

Verglichen mit den oben berichteten Daten zur Entwicklung der Einkommenssituation liegen die Werte zwischen den Milieugruppen, wie man sieht, sehr viel weiter auseinander, d.h. die Gesamtvarianz ist vergleichsweise hoch. Die Spannweite reicht von 37 Prozent „trifft voll und ganz zu“ bei den Traditionellen Arbeitermilieus („Traditional Blue Collar Milieus“) bis zu sieben Prozent bei den vorwiegend sozialökologisch orientierten „Socio-Criticals“. Spannender sind jedoch die Unterschiede auf der Ebene der Mittelschichtmilieus. Während in den Milieus des „Conventional Modern Mainstream“ jeder/jede Vierte (25%) sich voll und ganz davon überzeugt zeigt, dass „die Welt ohne Grenzen zu einer Bedrohung für uns

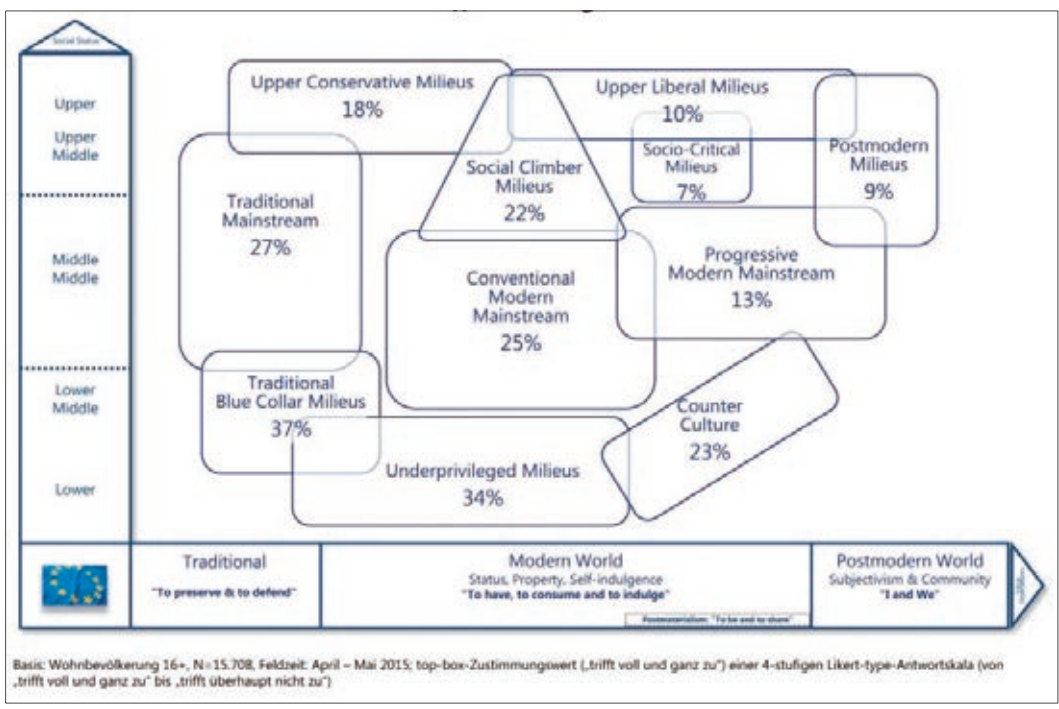


Abbildung 7:
SIGMA-Milieus in Europa 2015: „Die Welt ohne Grenzen ist zu einer Bedrohung für uns alle geworden“ (trifft voll und ganz zu)

Quelle: SIGMA

alle“ geworden ist, sind es im Nachbarmilieu des sich eher an postmodernen Werten orientierenden „Progressive Modern Mainstream“ nur etwas mehr als jeder/jede Zehnte (13%).

Es gibt, wie wir sehen, zahlreiche empirische Befunde, die belegen, dass lebensweltliche Segmentierungsmodelle, die, wie der Milieuansatz, sozioökonomische und soziokulturelle Merkmale, die alltagsästhetischen eingeschlossen, miteinander verbinden, insgesamt erklärungskräftiger sind als reine schicht- oder klassenanalytische Modelle, wenn es darum geht, Strukturen und Entwicklungslinien von Gesellschaften zu verstehen und zu deuten.

ANMERKUNGEN

- 1 Für Sozial- und Politikwissenschaftler besonders interessant sind die Weltkarten von Daniel Dorling, Mark Newman und Anna Barford (2008): *The Atlas of the Real World: Mapping the way we live*. London.
- 2 Vgl. beispielsweise die Aufsätze der beiden Autoren in diesem Heft. Zusammenfassend auch Steffen Mau (2014): *Die Mittelschicht – das unbekannte Wesen*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 49/2014, S. 3–10; insbesondere S. 4 ff.
- 3 Arnold Mitchell (1983): *The Nine American Lifestyles*. New York.
- 4 Gerhard Schulze (1992): *Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart*. Frankfurt am Main.
- 5 Der Begriff der „Alltagswelt“ als sozialphilosophische und soziologische Kategorie geht zurück auf den Versuch Edmund Husserls und seines Schülers Alfred Schütz, dem (naiven) Objektivismus der positivistischen Wissenschaften eine phänomenologisch-subjektivistische Analyse von Sinnkonstitution gegenüberzustellen.
- 6 Vgl. Jörg Ueltzhöffer/Bodo Flaig (1980): *Lebensweltanalyse. Explorationen zum Alltagsbewusstsein und Alltagshandeln*. Projektbericht, masch., Januar 1980.
- 7 Die Zuordnung zu einem bestimmten Sozialen Milieu erfolgt clusteranalytisch auf der Grundlage des subjektiven Antwortprofils jedes Befragten, das auf Länderebene mit Hilfe landesspezifischer Statementbatterien von jeweils ca. 50 Likert Type-Items, die unterschiedliche Muster der Wertorientierungen und des Lebensstils skalieren, ermittelt wird.
- 8 Norbert Homma/Jörg Ueltzhöffer (1990): *The Internationalization of Everyday-Life-Research: Markets and Milieus*. In: *Marketing and Research Today*, *Journal of the European Society for Opinion and Marketing Research*, 4/1990, S. 197–207.
- 9 Vgl. Carsten Ascheberg (2006): *Milieuforschung und Transnationales Zielgruppenmarketing*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 44–46/2006, S. 18–25; hier S. 23 ff.; abrufbar unter URL: www.sigma-online.com/de/Home/Artikel_CA_APuZ_2006.pdf [05.04.2016].
- 10 Vgl. Rolf Frankenberger/Gerd Meyer (2008): *Postmoderne und Persönlichkeit. Theorie – Empirie – Perspektiven*. Baden-Baden, S. 45 ff.; Bodo

Flaig/Thomas Meyer/Jörg Ueltzhöffer (1993): *Alltagsästhetik und politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation*. Bonn, S. 75 ff.; Jörg Ueltzhöffer: *Europa auf dem Weg in die Postmoderne. Transnationale soziale Milieus und gesellschaftliche Spannungslinien in der Europäischen Union*. In: Wolfgang Merkel/Andreas Busch (Hrsg.) (1999): *Demokratie in Ost und West*. Für Klaus von Beyme. Frankfurt am Main, S. 624–652.

11 Pierre Bourdieu (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main.

12 Rolf Frankenberger/Gerd Meyer (2008): *Postmoderne und Persönlichkeit. Theorie – Empirie – Perspektiven*. Baden-Baden, S. 75.



UNSER AUTOR

Jörg Ueltzhöffer ist Geschäftsführender Gesellschafter des SIGMA-Instituts. Nach dem Studium von Politikwissenschaft, Geschichte, Germanistik und Staatsrecht war er Assistent Klaus von Beymes. Danach folgten Lehr- und Forschungstätigkeiten an den Universitäten Tübingen, Heidelberg und Stanford. 1980–1988 war er Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg. 1980 entwickelte Jörg Ueltzhöffer gemeinsam mit Bodo Flaig das „Modell der Sozialen Milieus“. 1990 erfolgte zusammen mit Carsten Ascheberg die Gründung des SIGMA-Instituts und 1998 der SIGMA-Gesellschaft für Internationale Marktforschung und Beratung. SIGMA hat die Milieuforschung über Deutschland hinaus in den wichtigsten globalen Märkten etabliert. Heute nutzen zahlreiche international operierende Hersteller SIGMA-Milieuemodelle auf allen Kontinenten.

IMPRESSUM

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick

Redaktion: Prof. Siegfried Frech, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99-77

Herstellung: Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit),

Telefon (07 11) 44 06-0, Telefax (07 11) 44 06-174

Vertrieb: Süddeutsche Verlagsgesellschaft Ulm, Nicolaus-Otto-Straße 14, 89079 Ulm,

Telefon (07 31) 94 57-0, Telefax (07 31) 94 57-224, E-Mail: www.suedvg.de

Preis der Einzelnummer: EUR 3,33, Jahresabonnement EUR 12,80 Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Wie viel soziale Ungleichheit verträgt eine Gesellschaft?

Stefan Hradil

Nach Jahrzehnten ökonomischer Prosperität und wachsender materieller sowie sozialer Angleichung verschärfte sich nach den 1970er Jahren die soziale Ungleichheit. Seit dem Jahr 1973, das eine sozialstrukturelle Wendemarke darstellt, stieg die Arbeitslosigkeit an. In der Folge wurde auch die Einkommens- und Vermögensverteilung immer ungleicher. Der Abstand zwischen Arm und Reich nahm zu. Die soziale Ungleichheit war immer weniger mit dem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung in Einklang zu bringen. Dennoch hielten sich Proteste und politische Konflikte als Reaktion auf die gewachsene Ungleichheit in Grenzen. Die Folgen sozialer Ungleichheit wurden in Deutschland weitgehend privat verarbeitet. Einem Großteil der Bevölkerung waren und sind andere Zielvorstellungen (z. B. wachsender Wohlstand) mindestens ebenso wichtig oder wichtiger wie soziale Gerechtigkeit. Die Stabilität der Gesellschaft war durch die gewachsene Ungleichheit der vergangenen vier Jahrzehnte – so ein Fazit von Stefan Hradil – nie wirklich gefährdet, wenngleich in Teilen des gesellschaftlichen Gefüges durchaus ein Auseinanderrücken zu konstatieren ist. Wahlenthaltung, eine merkliche Politikabstinenz sowie der zu beobachtende Fatalismus von Arbeitslosen, Niedrigqualifizierten und prekär Beschäftigten sind politisch durchaus bedenklich. ■

Vorbemerkung

Will man herausfinden, wie viel soziale Ungleichheit eine Gesellschaft „verträgt“ – was immer das im Einzelnen bedeutet –, so dürfte es hilfreich sein, zunächst einmal die wichtigsten Entwicklungen sozialer Ungleichheit darzustellen. Wir konzentrieren uns dabei einstweilen auf Deutschland. Wie „verträglich“ diese Trends waren bzw. sind, hängt dabei auch von den zentralen Modellvorstellungen ab, die in den jeweiligen Entwicklungsphasen verwendet wurden, um Gegebenheiten sozialer Ungleichheit zu analysieren und zu interpretieren.

Zur Entwicklung sozialer Ungleichheit und diesbezüglicher sozialwissenschaftlicher Modelle

Sieht man von kurzfristigen Entwicklungen ab, so wurde Deutschland seit etwa dem Ersten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre hinein immer gleicher (vgl. zum Folgenden: Hradil 2015b). Dies galt noch zu Beginn der 1980er Jahre als selbstverständlich, weil in den vorangegangenen Jahrzehnten die Mittelschicht ständig gewachsen war, die Armut abgenommen hatte und Reichtum meist diskret gehandhabt wurde. Bevölkerung und Sozialwissenschaftler

sahen die Angleichung als Kennzeichen der modernen Industriegesellschaft, die entsprechend gefeiert wurde. Es bedurfte damals schon eines gewissen Aufwands darauf hinzuweisen, dass es soziale Ungleichheit überhaupt noch gab, dass die damals weit verbreiteten Thesen von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ überzogen waren, dass sogar als ungerecht angesehene Formen der Ungleichheit vorkamen.

Dafür stand in den 1970er Jahren neben dem marxistischen Klassenkonzept das aufkommende, „moderne“ Schichtkonzept zur Verfügung. Hiermit wurde die Stellung der Menschen im Oben und Unten sozialer Schichtung aufgrund ihrer Bildung, ihres Einkommens und ihrer beruflichen Stellung festgelegt. Im Unterschied zum marxistischen Klassenbegriff war das Schichtkonzept beschreibend und theorieoffen angelegt. Wenn eine Theorie überhaupt bemüht wurde, hat man zunächst oft auf die aus den USA importierte funktionalistische Schichtungstheorie zurückgegriffen. In diesem Fall wurden soziale Schichten als Gruppierungen gesehen, die je nach ihrem Beitrag zu gesamtgesellschaftlich geteilten Zielvorstellungen mehr oder minder gut belohnt und angesehen waren. Damit ließen sich per definitionem nur leistungsgerechte Ungleichheiten



Seit dem Jahr 1973, das einer sozialstrukturellen Wendemarke gleichkommt, nahm die Arbeitslosigkeit treppenförmig zu. Die Einkommensverteilung, später dann auch die Vermögensverteilung wurden ungleicher. Der Abstand zwischen Oben und Unten wuchs, Armut und Reichtum nahmen zu.

picture alliance/dpa

ten sichtbar machen. Das Schichtkonzept wurde dann aber auch im Sinne der „Erwerbsklassen“ Max Webers aufgefasst. Hiermit wurden die Menschen aufgrund ihrer Stellung im Berufsleben und im Arbeitsmarkt (z. B. als Facharbeiter oder als qualifizierte Angestellte) in Schichten eingeordnet. Dies war die europäische Tradition, die von Theodor Geiger, Ralf Dahrendorf und Rainer Geißler weitergeführt wurde. Damit ließen sich soziale Schichten als Markt-, aber auch als Machtergebnisse erkennen und somit auch ungerechte Ungleichheiten sichtbar machen, wobei sich die ungerechten Ungleichheiten nicht auf die marktbedingten beschränkten. Denn Max Weber hatte seine „Erwerbsklassen“ zwar als Markterscheinungen, nicht notwendigerweise aber als gerechte definiert.

Wie immer in Zeiten der Prosperität und wachsender bzw. nachwirkender sozialer Angleichung, so rückten auch in den 1970er und noch in den 1980er Jahren die soziokulturell geprägten Lebensweisen der Menschen in den Vordergrund öffentlicher und sozialwissenschaftlicher Aufmerksamkeit. Während in Knappheitsgesellschaften vor allem das Vorhandensein von Ressourcen beachtet wird, so wird in Wohlstandsgesellschaften vermehrt danach gefragt, wie die Menschen aufgrund ihrer Werte, Einstellungen und Gewohnheiten ihre Ressourcen nutzen. Milieu- und Lebensstilkonzepte sind in der Lage, diese Fragen zu beantworten. Hierbei konzentrieren sich Milieukonzepte auf die Werte und die Grundeinstellungen von Menschen, indem zum Beispiel traditionale, hedonistische oder ökologische Milieus unterschieden werden. Lebensstilkonzepte sind dagegen primär auf die Routinen und typischen Verhaltensweisen der Menschen ausgerichtet. So werden zum Beispiel häusliche oder nach außen orientierte Lebensstilgruppierungen auseinandergelassen.



Anders als gelegentlich unterstellt (Geißler 1996), dienen Milieu- und Lebensstilkonzepte nicht nur der Analyse sozialer Verschiedenartigkeit, sondern auch der Untersuchung sozialer Ungleichheit. Denn solange über die Einstellungen der Menschen und über ihre dementsprechende Verwendung von Ressourcen nichts bekannt ist, bleibt auch unklar, wie „gut“ oder „schlecht“ das Leben der Menschen verläuft. Das ist nicht nur eine Frage persönlicher, sondern auch sozialer Umstände. Selbst ein gebildeter und begüterter Mensch kann aus sozialen Gründen ein elendes Leben führen, wenn er etwa in bestimmte soziale Milieus gerät. Außerdem fühlen sich die Mitglieder bestimmter sozialer Milieus und Lebensstilgruppierungen gewissen anderen Menschen über- bzw. unterlegen oder sie fühlen sich von ihnen bedroht und sie verhalten sich auch so. So entstehen soziokulturelle soziale Ungleichheiten.

Die anfängliche heftige Konfrontation zwischen jenen Sozialwissenschaftlern, die die materiell ausgerichteten Schichtkonzepte bevorzugten, und anderen Sozialwissenschaftlern, die die soziokulturell orientierten Milieu- und Lebensstilkonzepte verwenden, ist mittlerweile einer sehr viel ruhigeren Arbeitsteilung gewichen (Hradil 2015a). Milieu- und Lebensstilkonzepte haben heute ihren festen Platz unter anderem in der politischen Soziologie, der Jugendforschung, der Religionssoziologie, der Stadt- und Regionalsoziologie und der Marktforschung. Dort werden Wählerpotenziale für die einzelnen Parteien, mehr oder minder rebellische oder leistungsbereite Jugendkulturen, Varianten der Religiosität und Kirchenbindung von Menschen, ihre lokalen Bindungen, Käuferpotenziale und vieles andere mehr ermittelt. Allerdings ist das Schichtkonzept sehr viel einfacher und billiger anzuwenden als Milieu- und Lebensstilkonzepte. Es ist daher nach wie vor die erste Wahl, wenn Übersicht über das Ausmaß und die Entwicklung sozialer Ungleichheit gefragt ist.

Die Verschärfung sozialer Ungleichheit nach den 1970er Jahren

Dass das Schichtkonzept nicht von Milieu- und Lebensstilkonzepten verdrängt wurde, hat aber auch viel mit der Verschärfung sozialer Ungleichheit nach den 1970er Jahren zu tun. Sie führte dazu, dass die materiellen Lebensbedingungen der Menschen wieder in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit rückten.

So nahm seit dem Jahre 1973, das sich in der Rückschau immer mehr als eine sozialstrukturelle Wendemarke herausstellt, die Arbeitslosigkeit treppenförmig zu. Die Einkommensverteilung, später dann auch die Vermögensverteilung wurden ungleicher. Im Laufe der 1980er Jahre wurde allmählich immer offenkundiger, dass die gesamte sozioökonomische Kernstruktur des Ungleichheitsgefüges auseinander rückte: Der Abstand zwischen Oben und Unten wuchs, Armut und Reichtum nahmen zu. Nach jahrzehntelangem Wachstum stagnierte die Mittelschicht. Ihre normative Bedeutung ging zurück. Die folgenden Jahrzehnte zeigten, dass diese Verschärfung sozialer Ungleichheit keine Eintagsfliege war, sondern eine wirkliche historische Wende darstellte.

Dem widerspricht nicht, dass bestimmte Ungleichheiten weiterhin abnehmen, zum Beispiel die Genderungleichheit, das Autoritätsgefälle in Familien sowie die Diskriminierung von Randgruppen und bestimmten Lebensstilen. Gemäß dem Paradoxon, das Alexis de Tocqueville schon 1834/35 beschrieben hatte, war es der Kampf gegen diese Ungleichheiten und daher ausgerechnet ihr Abnehmen, das die verbleibenden Restbestände dieser Ungleichheiten in den Mittelpunkt öffentlicher Aufmerksamkeit rückte.

Mit gehöriger Verspätung kümmerte sich die Soziologie um die Ursachen der wachsenden finanziellen Ungleichheit. Erst als die wirtschaftswissenschaftliche These des „skill biased technological change“ – also die Behauptung, dass der technologische Wandel weltweit dazu führe, dass immer mehr Qualifizierte benötigt werden und sie daher höher belohnt werden müssten – in Wissenschaft und Öffentlichkeit schon fast ein Erklärungsmonopol erreicht hatte, erinnerten sich einige Soziologen an Max Webers These von der sozialen Schließung. Im Unterschied zur Erklärung von Ökonomen, die mit dem technologischen Wandel und der Globalisierung die Unausweichlichkeit und mit der nachfragegerechten Belohnung den Markt als Ursache der wachsenden Ungleichheit hervorhoben, betont die soziologische Erklärung Macht als Ursache und Ungerechtigkeit als Folge wachsender sozialer Ungleichheit. Freilich liegen zu dieser soziologischen Perspektive bislang kaum empirische Untersuchungen vor. Zahlreiche empirische Studien belegen dagegen, dass an der wirtschaftlichen Sicht „etwas dran ist“.

Seit etwa 2005, also seit schon einem Jahrzehnt, ändern sich die Strukturen sozialer Ungleichheit aufs Neue, zumindest in Deutschland. Das Nachrücken geburtenschwacher Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt, eine gute wirtschaftliche Konjunktur und die Vermehrung von Arbeitsplätzen (gefördert unter anderem durch jahrelange Lohnzurückhaltung, einen schwachen Euro und Arbeitsmarktreflexen) lassen die Arbeitslosigkeit sinken. Die Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt verschieben sich zulasten der Arbeitgeberinnen bzw. Arbeitgeber und zugunsten der Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer. Während die Ungleichheit an der Spitze weiterhin stark zunimmt, schwächt sich die Verschärfung der Einkommensungleichheit im Ganzen ab, denn die Lage der Geringverdiener verbessert sich. Die Beschäftigungschancen Qualifizierter sind gut und werden immer besser. Die „Generation Praktikum“ läuft aus. Das bringt das Thema der sozialen Ungleichheit aus den Schlagzeilen, obwohl nach wie vor jeder fünfte gering Qualifizierte arbeitslos ist, Spitzenmanager niemandem mehr vermittelbare Verdienste einstreichen und der Vermögensbesitz sich immer weiter konzentriert. Aber die Vermögensverteilung liegt den meisten Menschen ohnehin fern.

Folgen der gewachsenen sozialen Ungleichheit: die Wahrnehmung sozialer Ungerechtigkeit

Wer herausfinden will, wieviel soziale Ungleichheit eine Gesellschaft verträgt, der muss nicht nur wissen, wie sich soziale Ungleichheit entwickelt hat und welche Begriffe verwendet werden, um das zu „begreifen“ und zu interpretieren. Er sollte zudem und vor allem die Folgen sozialer Ungleichheit kennen.

Die erste Folge des gewachsenen und weiter wachsenden Reichtums und der lange Zeit immer häufigeren Armut be-



steht darin, dass seit den 1980er und 1990er Jahren die Zweifel an der Gerechtigkeit dieser Entwicklungen wuchsen. Es wurde immer schwieriger, sie mit den in der Bevölkerung verbreiteten Gerechtigkeitsverständnissen in Einklang zu bringen.

Diese Gerechtigkeitswahrnehmungen sind deshalb wesentlich, weil moderne Gesellschaften sich von traditionellen nicht notwendigerweise durch geringere soziale Ungleichheit unterscheiden wollen, sondern den Anspruch haben, über ein legitimes Gefüge sozialer Ungleichheit zu verfügen. Inwieweit dieser Anspruch eingelöst wird, wird vor allem dann wichtig, wenn eine Gesellschaft immer ungleicher wird, wie das in der deutschen Gesellschaft der letzten Jahrzehnte der Fall war.

Unter sozialer Gerechtigkeit (vgl. Hradil 2012) sind moralisch begründete, allgemein akzeptierte und wirksame Regeln zu verstehen, die der Verteilung von Gütern und Lasten durch gesellschaftliche Einrichtungen (Unternehmen, Fiskus, Sozialversicherungen, Behörden etc.) an eine Vielzahl von Gesellschaftsmitgliedern zugrunde liegen, nicht aber Verteilungsregeln, die beispielsweise ein Ehepaar unter sich ausmacht. Wie alle moralischen Regeln, so setzen auch die Normen sozialer Gerechtigkeit voraus, dass Menschen ihr Verhalten und Verteilungsprozesse gestalten können. Gerechtigkeitsforderungen angesichts von Sachzwängen sind sinnlos.

Soziale Gerechtigkeit findet sich auf mehreren Ebenen: Erstens ist sie gewissermaßen „eingebaut“ in viele gesellschaftliche Einrichtungen (z. B. in die höheren Steuerklassen für Ledige oder in die gesetzliche Krankenversicherung, in der Familienmitglieder unter Umständen kostenlos mitversichert sind). Zweitens ist soziale Gerechtigkeit in den Einstellungen der Menschen enthalten. Und drittens wird sie deutlich in deren Verhalten, z. B. in der politischen Partizipation.

Konzentriert man sich auf die Einstellungen der Menschen, so finden sich in ihren Köpfen – oft gleichzeitig, häufig vage und nicht selten vermischt – meist mehrere unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen. Wenn von Empfindungen „sozialer Gerechtigkeit“ die Rede ist, dann bleibt also festzustellen, um welche Gerechtigkeit es sich im Einzelfall handelt:



Unter sozialer Gerechtigkeit sind moralisch begründete, allgemein akzeptierte Regeln zu verstehen, die der Verteilung von Gütern und Lasten durch gesellschaftliche Einrichtungen (Fiskus, Behörden, Sozialversicherungen) an eine Vielzahl von Gesellschaftsmitgliedern zugrunde liegen.

picture alliance/dpa

dass eine „gerechte“ Gesundheitsversorgung für alle Menschen gleich gut sein müsse.

Die skizzierten vier Grundtypen sozialer Gerechtigkeitsvorstellungen sind nicht alle vereinbar. Wer Leistungsgerechtigkeit und/oder Chancengerechtigkeit fordert, befürwortet die Verteilung von *ungleich* hohen Belohnungen, also soziale Ungleichheit. Wer sich jedoch für Gleichheitsgerechtigkeit oder Bedarfsgerechtigkeit ausspricht, sieht *gleich* oder ähnlich hohe Belohnungen als Kern der Gerechtigkeit. Diese Konzeptpaare stehen also im Widerspruch zueinander und können nicht ohne weiteres gleichzeitig gefordert werden. Will man sie vereinbaren, so sind mindestens gegenseitige Begrenzungen erforderlich. Auch die Beziehungen innerhalb der beiden Gerechtigkeitspaare sind teils gegensätzlich und erfordern ein gegenseitiges Austarieren. So kann durch die ausschließliche Beachtung von Leistungsgerechtigkeit (z. B. in der Schule) schnell die Chancengerechtigkeit unter die Räder geraten – und umgekehrt.

Ungeachtet ihrer prinzipiellen Gegensätzlichkeit setzen die genannten Gerechtigkeitsformen einander aber auch ein Stück weit voraus. So dient ein Mindestmaß an Bedarfsbefriedigung und sozialer Gleichheit – Ralf Dahrendorf nannte dies einmal den Fußboden und die Decke, die jede Gesellschaft benötigt – der Realisierung von Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Und die motivierenden und produktiven Kräfte der Chancen- und Leistungsgerechtigkeit schaffen erst die Ressourcen, um Bedarfs- und Gleichheitsgerechtigkeit realisieren zu können.

Zwar sind die Gerechtigkeitsvorstellungen unterschiedlich und mit unterschiedlichen Schwerpunkten innerhalb der sozialen Milieus, Schichten und Berufsgruppen vertreten. Aber gleichwohl ließen sich zahlreiche sozialstrukturelle Entwicklungen der letzten vier Jahrzehnte mit den Gerechtigkeitsempfindungen großer Bevölkerungskreise immer weniger in Einklang bringen. Dies gilt unter anderem für die Massenarbeitslosigkeit der 1980er und 1990er Jahre, die Zunahme prekärer und niedrig entlohnter Arbeitsverhältnisse, die immensen Entlohnungen von Spitzenmanagern, die wachsende Vermögenskonzentration und die anhaltende soziale Selektion in Schulen.

Insbesondere konnten viele Menschen das zentrale Gerechtigkeitskriterium in modernen Industriegesellschaften, die berufliche Leistung, in der Entlohnungswirklichkeit immer weniger wiederfinden. Zum einen wurde immer klarer, dass in arbeitsteiligen, pluralen Gesellschaften die individuelle Leistung kaum noch definiert und gemessen werden kann. Zum anderen entzogen sich insbesondere die wachsende Armut und der zunehmende Reichtum mehr und mehr jedem Versuch, sie mit irgendeiner Leistungsvorstellung zu legitimieren.

Bezeichnenderweise wurde dies auch immer seltener versucht. Wenn überhaupt eine Legitimation zum Beispiel für bestimmte Managergehälter, für immense Kapitaleinkommen, für Arbeitslosigkeit oder Niedrigeinkommen beansprucht wurde, dann hat man statt auf die (Leistungs-)Gerechtigkeit immer mehr auf den Markt verwiesen. Dessen Legitimationskraft bezieht sich freilich auf andere Zielvorstellungen der Menschen als auf die Gerechtigkeit. Niemand, auch kein Liberaler, behauptet ernsthaft, der Markt

- Vorstellungen von Leistungsgerechtigkeit fordern, dass Menschen so viel erhalten sollen (Lohn, Schulnoten, Lob etc.), wie ihr persönlicher Beitrag und/oder ihr Aufwand für die jeweilige Gesellschaft ausmachen. Konzepte der Leistungsgerechtigkeit sehen also ungleiche Belohnungen vor, um die Menschen für ungleiche Bemühungen und ungleiche Effektivität zu belohnen, sie zur weiteren Anstrengung zu motivieren und so für alle Menschen bessere Lebensbedingungen zu erreichen.
- Vorstellungen von (Start-)Chancengerechtigkeit zielen darauf ab, dass alle Menschen, die im Wettbewerb stehen, die gleichen Chancen haben sollen, Leistungsfähigkeit zu entwickeln und Leistungen hervorzubringen. Das Konzept der Chancengerechtigkeit bezieht sich also nicht auf das Ergebnis, sondern auf die Ausgestaltung von Leistungswettbewerb. Unterstellt werden ungleiche Verteilungsergebnisse. Die Vorstellung von Chancengerechtigkeit hat nur dann einen Sinn, wenn Chancen bestehen, mehr oder weniger große Erfolge zu erzielen (zum Beispiel das Abitur statt einen Hauptschulabschluss zu absolvieren). Das Konzept der Chancengerechtigkeit erstreckt sich auf ganz unterschiedliche Startpunkte und Konkurrenzfelder.
- Als bedarfsgerecht gelten Verteilungen, die dem „objektiven“ Bedarf von Menschen entsprechen, insbesondere ihren Mindestbedarf berücksichtigen. Empirisch vorzufinden ist Bedarfsgerechtigkeit zum Beispiel in den unterschiedlichen Steuerklassen des Einkommenssteuerrechts. Hinter diesem Konzept steht die Einsicht, dass Chancen- und Leistungsgerechtigkeit nicht in der Lage sind, dem jeweiligen Bedarf der nicht Leistungsfähigen, das heißt der Kranken, Alten, Kinder etc. gerecht zu werden.
- Vorstellungen der egalitären Gerechtigkeit zufolge sollen Güter und Lasten möglichst gleich verteilt werden. In einer abgeschwächten Version dieser Gerechtigkeitsvorstellung werden auch Verteilungen von Gütern und Lasten, die gewisse Bandbreiten der Ungleichheit nicht überschreiten, als gerecht angesehen. Empirisch äußern sich egalitäre Gerechtigkeitsvorstellungen zum Beispiel in der Kritik an bestimmten Managergehältern allein aufgrund ihrer enormen Höhe oder an der Erwartung,



Vorstellungen von Leistungsgerechtigkeit fordern, dass Menschen so viel erhalten sollen (Schulnoten, Lohn, Lob usw.), wie ihr persönlicher Beitrag und/oder ihr Aufwand für die jeweilige Gesellschaft ausmachen.

picture alliance/dpa

sei gerecht. Er gilt aber als produktiv und als innovativ. Und das Argument, bestimmte Menschen bewirkten – wodurch auch immer, und sei es durch ihr ererbtes Vermögen – große, andere Menschen dagegen kaum Beiträge zur Schaffung von verkaufsfähigen Gütern und Dienstleistungen, damit zu Wirtschaftsleistung, Arbeitsplätzen und Wohlstand, hat schon eine Legitimationswirkung bei der Zuerkennung auch ungleicher Entgelte. Nur ist das nicht mit Leistungsgerechtigkeit gleichzusetzen.

Die Frage ist also, wie die Bevölkerung auf wachsende Ungleichheiten, auf sinkende Gerechtigkeitswahrnehmungen und die wachsende Versuche reagierte, Ungleichheiten mit Markterfordernissen zu legitimieren.

Folgen der gewachsenen Ungleichheit: öffentliche Proteste und politische Konflikte

Wenn Formen sozialer Ungleichheit entstehen, die – wie wachsende Armut, Massenarbeitslosigkeit, Kapitalkonzentration und explodierende Managereinkommen – von sehr vielen Menschen als ungerecht angesehen werden, dann erwarten viele Sozialwissenschaftler reflexartig Proteste der Bevölkerung und politische Instabilität bis hin zum Zerfall der Gesellschaft. Die letzten 40 Jahre zeigten, dass dies nicht der Fall war. Die Proteste hielten sich in Grenzen, auch in dem Sinne, dass sie sich auf bestimmte politische Milieus und interessierte Institutionen konzentrierten. Kritische politische Reaktionen, insbesondere auch an der Wahlurne, blieben weitgehend aus.

Die Gründe hierfür liegen auf der Hand: Offenkundig sind großen Teilen der Bevölkerung andere Zielvorstellungen mindestens ebenso wichtig wie soziale Gleichheit und Ge-

rechtigkeit. Dazu gehörten angesichts der Massenarbeitslosigkeit und der De-Industrialisierung der 1980er und 1990er Jahre vor allem wachsende Beschäftigungschancen und steigende Realeinkommen. Daher erstaunt es nicht, dass große Teile der Bevölkerung auf die wachsende Ungleichheit und Ungerechtigkeit mit Achselzucken reagierten und Bestrebungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit sich für die Parteien, die sie verfochten, bei Wahlen nicht auszahlten.

Wenn es politisch relevante Folgen der wachsenden Ungleichheit gab, so die zunehmende Wahlenthaltung und der wachsende Fatalismus der neuen Unterschicht von Arbeitslosen, niedrig Qualifizierten und prekär Beschäftigten vor allem im Dienstleistungsbereich. Vermutlich ist diese politische Abstinenz weniger durch die niedrigen Einkommen an sich, sondern durch das berechtigte Gefühl dieser Menschen zustande gekommen, ökonomisch überflüssig zu sein und keine Aufstiegsmöglichkeiten zu haben. Wenn dies richtig ist, dann bleibt abzuwarten, inwieweit die sich derzeit verbessernden Arbeitsmarktchancen auf die politische Partizipation auswirken werden.

Folgen der gewachsenen Ungleichheit: private Auswirkungen

Die Folgen wachsender sozialer Ungleichheit wurden in Deutschland nicht politisch, sondern weitgehend privat abgearbeitet. So versuchten Arme, Bezieher von Niedrigeinkommen und Langzeitarbeitslose sich einzurichten, so gut es ging. Wenn Pierre Bourdieus Theorem vom Habitus der Arbeiterklasse (1979) irgendwo zutraf, dann hier und sehr viel weniger in der Arbeiterschaft, auf die Bourdieu sein Habituskonzept gemünzt hatte.

Anders als viele Sozialwissenschaftler annehmen, hatte der wachsende Reichtum bislang kaum Auswirkungen im Alltagsleben der Menschen, die den Zusammenhalt der Gesellschaft ernsthaft hätten gefährden können. In mancher Hinsicht scheint sogar das Gegenteil zuzutreffen. So war der Blick der Benachteiligten auf den Reichtum, sagen wir plakativ auf den Ferrari vor einer Villa, selten von Neid, Wut und Protest, aber oft von Faszination geprägt. Auch das kann eine Gesellschaft zusammenhalten.

Richard G. Wilkinson und Kate Pickett haben (2009) ein vielbeachtetes Buch veröffentlicht, in dem sie aufgrund internationaler Vergleiche darlegen, dass Gesellschaften, die mehr soziale Ungleichheit als andere aufweisen, gravierende Nachteile für das Leben der Bevölkerung mit sich bringen. Dies mag im zeitlichen Querschnitt zutreffen, zum Beispiel wenn man die USA mit skandinavischen Ländern vergleicht. In der zeitlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte sind diese prognostizierten Folgen in Deutschland bisher größtenteils (noch?) nicht eingetreten. Hierzulande gibt es zwar immer mehr psychische Erkrankungen. Aber man wird nicht fehlgehen in der Vermutung, dass sie mehr mit der allgemein wachsenden Belastung im Arbeits- und Privatleben zu tun haben, die ironischerweise oft mit wachsenden Freiheitsgraden einhergeht, und durch die Klemme zwischen Familienbildung und Karriere gefördert werden als durch die wachsende Ungleichheit. Die Kriminalität erhöhte sich bisher genau so wenig, wie die Lebenserwartung sank. Es mag sein, dass es Schwellenwerte wachsender sozialer Ungleichheit gibt, nach deren Überschreiten diese Folgen zu erwarten sind. Aber die sind hierzulande

offenkundig noch nicht erreicht. Ob diese Folgen eintreten, wird auch davon abhängen, welche sonstigen Eigenschaften unsere Gesellschaft aufweist, zum Beispiel welches Bildungswesen, welche Aufstiegschancen, welche familien- und sozialpolitischen Einrichtungen, welche Kultur der Nachbarschaft, der Familie etc.

Fazit: Wie viel soziale Ungleichheit verträgt eine bzw. unsere Gesellschaft?

Überblickt man die voranstehenden Argumente, so wird deutlich, dass schnelle und pauschale Antworten auf die Ausgangsfrage dieses Beitrags nicht angebracht sind. Dies gilt schon für die Gesellschaft Deutschlands und erst Recht für die Gesellschaften der Welt im Allgemeinen.

Die Geschichte zeigt einerseits, dass einige Gesellschaften wegen zu geringer Ungleichheit implodiert sind. Hierzu zählt die DDR, in deren letzten Jahren ausgerechnet die Sozialwissenschaftler der „Akademie für Sozialwissenschaft beim Zentralsekretariat der SED“ die Regierung in Denkschriften beschworen, mehr „soziale Differenzierung“ (gemeint war mehr Lohnungleichheit) vorzunehmen. (Mitteilung des prominenten DDR-Soziologen Manfred Lötsch, 1991) Nur so könne die rapide sinkende Motivation wieder gestärkt werden.

Die Geschichte zeigt andererseits, dass zu groß gewordene soziale Ungleichheit am explosiven Zusammenbruch nicht weniger historischer Gesellschaften beteiligt war. Dies gilt unter anderem für das Römische Reich, das Ancien Régime in Frankreich und für das zaristische Russland. Dass soziale Ungleichheit innerhalb einer gewissen Bandbreite bleibt, stellt also zweifellos einen wesentlichen Bestandsfaktor für jede Gesellschaft dar.

Nur wird es stark von den übrigen Eigenschaften der jeweiligen Gesellschaft abhängen, wo die Grenzen dieser Bandbreiten im Einzelfall liegen: Gesellschaften mit im Sinne der Reichen „gut“ ausgebautem Polizei- und Überwachungsstaat „vertragen“ mehr soziale Ungleichheit als demokratische Gesellschaften; Gesellschaften mit liberalen Kulturen „vertragen“ mehr Ungleichheit als auf sozialen Ausgleich gerichtete; Gesellschaften mit integrierenden Bildungseinrichtungen und mit daher guten Aufstiegschancen „vertragen“ mehr Ungleichheit als solche mit einem stark sozial selektiven Bildungswesen und deutlichen Mobilitätsbarrieren; Gesellschaften mit ausgebauten sozialstaatlichen Einrichtungen mindern soziale Ungleichheit wie auch ihre Folgen und „vertragen“ insofern mehr Ungleichheit usw.

Was die Gesellschaft Deutschlands betrifft, so war ihr Zusammenhalt und ihre Stabilität durch die gewachsene Ungleichheit der letzten vier Jahrzehnte nie ernsthaft gefährdet. Sicher kann man unter anderem die Konzentration von Armut und von Reichtum in bestimmten Quartieren, die gewachsene Lethargie und gesunkene politische Partizipation der gesellschaftlichen Unterschicht sowie die mangelnde Integration von bestimmten Migrantenumilieus als Auseinanderrücken (Hradil 2012) der Gesellschaft Deutschlands interpretieren. Aber Bestandsrisiken, etwa durch wachsende und unkontrollierbare Konflikte, waren damit nie verbunden. Dazu trug auch bei, dass großen Teilen der Bevölkerung andere Zielvorstellungen mindestens ebenso wichtig waren wie soziale Gleichheit und Gerechtigkeit. Dazu gehörten bessere Beschäftigungschancen

und steigender Wohlstand. Da viele Menschen insbesondere seit den letzten zehn Jahren diese Zielsetzungen in wachsendem Maße erfüllt sehen, ist ihnen die wachsende Ungleichheit eher gleichgültig.

Wesentlich größere Bestandsrisiken bringen da schon die derzeitigen Befürchtungen vieler Menschen im Hinblick auf wachsende und abgeschlossene Milieus „fremder“ Migrantinnen und Migranten mit sich. Dies zeigt, dass soziale Differenzierungen nicht selten „unverträglicher“ sind als soziale Ungleichheiten zwischen Klassen und Schichten.

LITERATUR

- Bourdieu, Pierre (1979): *La distinction. Critique sociale du jugement*. Paris. (Dt.: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*. Frankfurt am Main 1982).
- Geißler, Rainer (1996): Kein Abschied von Klasse und Schicht: Ideologische Gefahren der deutschen Sozialstrukturanalyse. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 2/1996, S. 319–338.
- Hradil, Stefan (2012): Soziale Ungleichheit. Eine Gesellschaft rückt auseinander. In: Ders. (Hrsg.; in Zusammenarbeit mit Adalbert Hepp): *Deutsche Verhältnisse. Eine Sozialkunde*. Bonn, S. 155–188.
- Hradil, Stefan (2015a): Die wachsende soziale Ungleichheit in der Diskussion. Eine Einführung. In: *Bundeszentrale für politische Bildung* (Hrsg.): *Oben – Mitte – Unten. Zur Vermessung der Gesellschaft*. Bonn, S. 10–29.
- Hradil, Stefan (2015b): Leistung, Markt oder Macht? In: *Soziologische Revue*, 4/2015, S. 515–526.
- Hradil, Stefan (2015c): Der Markt: Ungerecht, aber hilfreich? In: *Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 4/2015, S. 593–600.
- Mau, Steffen/Schöneck, Nadine M. (2015) (Hrsg.): *(Un-)Gerechte (Un-)Gleichheiten*. Berlin.
- Piketty, Thomas (2013): *Le Capital au XXI siècle*. Paris. (Dt.: *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München 2014).
- Tocqueville, Alexis de (1835/1840): *De la démocratie en Amérique*. 2 Bde. Paris. (Dt.: *Über die Demokratie in Amerika*. Frankfurt am Main 1956).
- Wilkinson, Richard G./Pickett, Kate (2009): *The Spirit Level: Why Equality is Better for Everyone*. London. (Dt.: *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*. Berlin 2010).



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Stefan Hradil, geboren 1946, studierte Soziologie, Politologie und Slawische Philologie an der Universität München, wo er noch bis 1989 als wissenschaftlicher Mitarbeiter tätig war. Anschließend übernahm er bis 1990 die Professur für soziologische Strukturanalyse an der Universität Bamberg. Zwischen 1991 und 2011 war er Professor für Soziologie an der Universität Mainz. 1994 wurde er zum Ehrendoktor der Universität für Wirtschaftswissenschaften Budapest ernannt, von 1995 bis 1998 war er Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Seit 2006 ist er Mitglied, seit 2012 Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften und der Literatur, Mainz. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die Sozialstrukturanalyse, soziale Ungleichheit, soziale Milieus und Lebensstile sowie sozialer Wandel.

Soziale Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis

Clarissa Rudolph

In klassischen Modellen der Sozialstrukturanalyse taucht die Kategorie „Geschlecht“ überhaupt nicht oder nur am Rande auf. Erst die feministische Theorieentwicklung und die genderorientierte Wissenschaft haben Geschlechterverhältnisse als Erklärungsvariable für soziale Ungleichheiten in den Fokus sozialwissenschaftlicher Forschung gerückt. Die feministische Theorieentwicklung hat nicht nur patriarchale Machtverhältnisse und bestehende Ungleichheitsmodelle thematisiert und erweitert, sondern mit Nachdruck auf die Verknüpfung verschiedener Ungleichheitslagen hingewiesen, die soziale Positionen und Ungleichheitsverhältnisse konstituieren. Clarissa Rudolph zeichnet in ihrem Beitrag die wesentlichen Stationen der feministischen Theorieentwicklung nach und präsentiert empirische Befunde zu Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis, sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene. ■

Geschlechterverhältnisse in der Ungleichheitsforschung

Aus einer Geschlechterperspektive sind die klassischen Modelle der Ungleichheitsforschung und Sozialstrukturanalyse unbefriedigend: Taucht doch die Kategorie „Geschlecht“ entweder gar nicht im Modell bzw. im Analysekonzept auf oder spielt sie nur eine marginalisierte Rolle. Dies ist eng mit dem Androzentrismus – also der Anwendung einer männlichen Perspektive – in der Gesellschaftsdeutung verbunden. Wenn qua Definition z. B. das Entscheidende für die soziale Platzierung und ökonomische wie politische Macht die Produktionsverhältnisse darstellen (wie es bei Karl Marx der Fall ist), und Frauen aufgrund geschlechtsspezifischer Zuweisung von Produktionsprozessen tendenziell¹ ausgeschlossen sind, dann erscheint es weder notwendig, die soziale und ökonomische Position von Frauen erklären zu müssen noch sinnvoll, Geschlechterverhältnisse als Erklärungsvariable und Ungleichheitsstruktur in die wissenschaftliche Bearbeitung aufzunehmen. Erst durch die feministische und genderorientierte Wissenschaft sind solche Fragestellungen zum Bestandteil sozialwissenschaftlicher Forschung und Konzeptentwicklung geworden – zumindest teilweise. Hierdurch hat sich der Blick auf Gesellschaft, ihre Strukturierung und ihre Lebenswirklichkeiten nicht nur erweitert, sondern neu sortiert.

Ausgangspunkt dieser wissenschaftlichen Prozesse war die Identifizierung von *Geschlecht* als soziales Konstrukt. In den englischen Begriffen von *sex* und *gender* wird deutlich, was dies bedeutet: Während *sex* das biologische Geschlecht bezeichnet, welches nur wenige Spezifika von Männern und Frauen vor allem in körperlicher Hinsicht um-

fasst, steht *gender* für das soziale Geschlecht. Das heißt, die wesentlichen Differenzen zwischen den Geschlechtern sind gesellschaftlich hergestellt und werden gesellschaftlich bewertet. *Geschlecht/gender* ist eine Kategorie, die Gesellschaft strukturiert und Lebensformen und -möglichkeiten der Individuen vorwegnimmt. Die soziale Konstruktion wird deutlich, wenn man die Positionierungen und Handlungsräume von Frauen in verschiedenen historischen und kulturellen Kontexten vergleicht. Konnten im 19. Jahrhundert nur wenige Mädchen und junge Frauen in Deutschland an einer (höheren) Bildung teilhaben, so machen sie heute öfter Abitur als Jungen an einem Gymnasium. In Polen und Italien sind 30 Prozent der MINT-Studierenden Frauen und in den arabischen Staaten teilweise sogar über 50 Prozent, während in Deutschland mit den Förderprogrammen „Frauen in die MINT-Berufe“ nur mühsam ihr geringer Anteil von 18 Prozent an ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen erhöht werden kann.

Diese unterschiedlichen Zugänge zu einer der wichtigsten gesellschaftlichen Ressourcen – zur Bildung – lassen sich nicht allein durch Klassenzugehörigkeit erklären. Noch weniger lässt sich dadurch klären, warum in Deutschland Frauen trotz ihrer hohen schulischen Qualifikation immer noch geringere Zugangschancen auf dem Arbeitsmarkt haben, warum sie deutlich seltener in Führungspositionen zu finden sind oder warum sie ca. 23 Prozent weniger als Männer verdienen.

Absolventenfeier zum bestanden Examen an der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Was heute selbstverständlich ist, war nicht immer so! Im 19. Jahrhundert konnten nur wenige Mädchen und junge Frauen in Deutschland an einer höheren Bildung teilhaben oder studieren.

picture alliance/dpa



Klassische Ungleichheitsmodelle erfassen diesen Teil der Wirklichkeit allerdings kaum, weil sie sich auf den Bereich der Produktion beschränken und informelle Care-Arbeit (Fürsorgearbeit), die überwiegend im privaten Sektor angesiedelt ist, marginalisieren. Bleibt dieser Aspekt unberücksichtigt, dann kann selbst eine Gleichstellung in der Erwerbsarbeit nicht klären, wer zuhause die Windeln wechselt, die Wäsche macht oder das Abendessen kocht. Verbleiben diese Tätigkeiten bei den Frauen, dann sind die gesellschaftlichen Anforderungen an sie immer größer und kaum zu schaffen. Darüber hinaus strukturieren die geschlechtsspezifischen Zuweisungen auch den Arbeitsmarkt selbst, sowohl in unterschiedliche Berufssegmente als auch hinsichtlich der Verteilung von Frauen und Männern in die verschiedenen hierarchischen Positionen.

Feministische Theorien haben nicht nur bestehende Ungleichheitsmodelle erweitert, sondern zunehmend auf die Verknüpfung verschiedener Ungleichheitslagen hingewiesen. Diese Entwicklung wird im Folgenden nachgezeichnet. Daran anschließend lenke ich den Blick auf empirische Befunde zu ungleichen Geschlechterverhältnissen, sowohl auf nationaler wie internationaler Ebene.

Feministische Theorieentwicklung

Die feministische Kritik (nicht nur) an der Ungleichheitsforschung hat zunächst auf die Marginalisierung von Frauen und Frauenfragen in Forschungsprojekten und Theoriekonzepten hingewiesen und die Situation von Frauen als schlechter im Vergleich zu der von Männern gekennzeichnet – und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen: die Frauen waren in deutlich geringerem Maße erwerbstätig als Männer, sie waren in Führungspositionen nicht präsent und auch die politische Repräsentation von Frauen war kläglich, betrug doch z. B. ihr Anteil an den Abgeordneten in Deutschen Bundestag bis 1987 lediglich zehn Prozent

oder weniger. Für die feministische Theorie stellte zunächst die Kritik an (patriarchalen) Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die zu solchen Ungleichheitsverhältnissen führen, den Ausgangspunkt der Analyse dar. Macht bildet die Grundlage moderner (westlicher) Gesellschaften und zeigt die gesellschaftliche, sich historisch verändernde Konstruktion von sozialen Verhältnissen auf. Diese Verhältnisse wurden zurückgeführt auf eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und auf die direkten institutionellen und individuellen Diskriminierungen von Frauen. Die Gleichheitsperspektive in der Genderforschung formulierte als Ziel in folgedessen gleichberechtigte Teilhabemöglichkeiten für Frauen und Männer in allen gesellschaftlichen Bereichen. Ungleichheit und mangelnde Gleichberechtigung wurden delegitimiert. Parallel bzw. alternativ wurden die Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern in einer Differenzperspektive diskutiert: Frauen und Männer sind nicht gleich; aber problematisch ist es vor allem, wenn diese Differenzen ungleich bewertet und die Kompetenzen und Tätigkeiten von Frauen nicht anerkannt werden.²

Aus der Gleichheits- und/oder Differenzdebatte resultierte die Auseinandersetzung darüber, ob eine Umverteilung (von Ressourcen) oder eine Anerkennung (der Differenz) eher zu einem gerechteren Geschlechterverhältnis führen könne. Nancy Fraser hat in ihrem „postindustriellen Gedankenexperiment“ (1996) dies zusammengeführt, weil die Verwirklichung der Demokratie nur mit mehr Geschlechtergerechtigkeit gelingen kann. Dafür notwendig sei die Verwirklichung von sieben normativen Kriterien: die Bekämpfung der Armut, die Bekämpfung der Ausbeutung, durch gleiche Einkommen, Freizeit und Achtung, die Bekämpfung der Marginalisierung sowie die Bekämpfung des Androzentrismus (vgl. Fraser 1996). All diesen Punkten, so Fraser, kann man sich nur dann annähern, wenn es neben der Integration von Frauen in den Erwerbsarbeitsmarkt auch zu einer Integration von Männern in die informelle Betreuungsarbeit kommt. Der entscheidende Punkt ist, „dass die Männer dazu gebracht werden sollen, in einem stärkeren Maße so zu werden, wie die Frauen heute sind“ (Fraser 1996: 492). Notwendig dafür sind Strategien der Umverteilung, der Anerkennung und der Repräsentation. Diese Ungleichheiten werden sichtbar in der ungleichen Teilhabe an politischen und wirtschaftlichen Prozessen, in sozial ungleichen Lebenslagen und in der mangelnden Anerkennung der ausgegrenzten Gruppen – vor allem Frauen oder ethnische Gruppen. Fraser knüpft die Verwirklichung der Demokratie eng an die Gestaltung eines Wohlfahrtsstaates, der auf der Gleichheit der Geschlechter beruht (Fraser 1996: 471) und in dem die „Bedingungen von Arbeit und Reproduktion“ (ibid.) neu ausgehandelt werden.

„Achsen der Ungleichheit“ und Intersektionalität

Auch wenn sich die Auseinandersetzung um Gleichheit und Differenz nicht geklärt hat, so ist dabei doch ein wichtiger Punkt sichtbar geworden: Differenzen gibt es nicht nur im Verhältnis von Frauen und Männer, sondern auch



unter Frauen. Um diese Differenzen sichtbar machen zu können, ist nicht nur die Kategorie Geschlecht relevant, sondern die Verknüpfung verschiedener Kategorien bzw. Ungleichheitsachsen (vgl. Klinger 2003; Klinger u. a. 2007). Eine Hartz IV-Empfängerin und eine Oberärztin in Deutschland haben scheinbar nicht viel mehr gemein als das Geschlecht, aber auch eine polnische Putzfrau oder eine brasilianische Ingenieurin trennen nicht nur Nationalitäten, sondern auch Klassenzugehörigkeiten und gesellschaftliche Erfahrungen. Kimberlé Crenshaw (2013) hat als eine der ersten darauf hingewiesen, dass die Verknüpfungen von Ungleichheitskategorien nicht einfach additiv erfolgt („Carola“ ist eine Frau und hat einen Migrationshintergrund und ist auf die Hauptschule gegangen), sondern dass diese Kategorien in spezifischer Form zusammenwirken und damit soziale Positionierungen und Ungleichheitsverhältnisse konstituieren. Sie hat dies mithilfe von Beispielen der amerikanischen Rechtsprechung illustriert, in denen schwarze Frauen aufgrund der Kombination beider „Merkmale“ Diskriminierung erfahren hatten; allerdings wurde das von den amerikanischen Gerichten nicht anerkannt, weil der Gesetzgeber Diskriminierung nur entweder aufgrund von „Rasse“³ oder von „Geschlecht“ erfasst. Mit der Zusammenführung von Rassismus- und Sexismusanalysen zu einer intersektionalen Perspektive könne man nicht nur den Diskriminierungserfahrungen, sondern auch der Komplexität von Gesellschaft eher gerecht werden.

Der Blick auf Differenzen zwischen Frauen, die sich aus unterschiedlichen Kombinationen von Ungleichheitskategorien ergeben, hat durchaus eine gewisse Tradition, wie sich in Forschungen z. B. über nationalsozialistische Täterinnen oder über den Zusammenhang von Patriarchat und Kapitalismus nachzeichnen lässt. Die Fragen und Konzepte, die von Crenshaw und nachfolgend weiteren Autorinnen und Autoren entwickelt wurden, haben aber die Theoriebildung und auch (Un-)Möglichkeiten der empirischen Umsetzung weiter vorangetrieben (vgl. Lutz u. a. 2013). Auf theoretischer Ebene hat sich dabei insbesondere die Frage danach gestellt, welche „Achsen der Ungleichheit“ in Analysen der sozialen Ungleichheiten einzu beziehen sind und wie sie im Verhältnis zueinander stehen. Cornelia Klinger und Gudrun-Axeli Knapp haben im Anschluss an die (kritische) Weiterentwicklung der Kritischen Theorie die Grundannahme formuliert, „dass die Trias Klasse, ‚Rasse‘/Ethnizität und Geschlecht Verhältnisse bezeichnet, die auf ebenso unterschiedliche wie nachhaltige Weise die Ungleichheitsstruktur nahezu aller Gesellschaften prägen“ (Klinger/Knapp 2007: 20). Dabei betonen sie, dass insbesondere die Wechselwirkungen dieser Ungleichheitsachsen – und zwar in ihren soziostrukturellen Ausprägungen – zu konzeptualisieren und weiterzuentwickeln seien. Um zu einem angemessenen Verhältnis unterschiedlicher Kategorien zu gelangen, schlagen Nina Degele und Gabriele Winker vor, unterschiedliche Kategorien auf drei Ebenen zu verorten, indem sie zwischen der (1) gesellschaftlichen, strukturellen Ebene, (2) der Ebene der Repräsentation und (3) der individuellen Ebene unterscheiden: auf der gesellschaftlichen sind die Kategorien Geschlecht, Klasse, „Rasse“/Ethnie und Körper angesiedelt, auf der individuellen Ebene, auf der Identitäten konstruiert werden, können es zunächst unbegrenzt viele sein (z. B. Alter, Kultur, Region, Religion etc.). Auf der Ebene der Repräsentation geht es z. B. um Normen, die dazu dienen, Ungleichheiten zu rechtfertigen (vgl. Degele/Winker 2007).

Intersektionalität stellt mithin ein anspruchsvolles theoretisches und praktisches Programm dar.

Politische Umsetzung

Feministische Wissenschaft ist von Beginn an eng mit einer feministischen Praxis verknüpft gewesen. Dies gilt auch oder insbesondere für die Analyse von Ungleichheitslagen und deren Gründe im Hinblick auf notwendige Transformationsprozesse. Insbesondere die Neue Frauenbewegung hatte seit Ende der 1960er Jahre auf Ungleichheitslagen hingewiesen und Maßnahmen zur Gleichstellung und gegen Diskriminierung gefordert. Viele der heute schon bewältigten oder zumindest diskutierten Themen kamen erst durch die Frauenbewegung auf die politische Agenda. Konkret umgesetzt wurden Strategien gegen Ungleichheiten und für mehr Geschlechtergerechtigkeit z. B. auf normativer Ebene durch Gesetze (1977 Abschaffung der Hausfrauenehe im Ehe- und Familienrecht; 1997 wird Vergewaltigung in der Ehe zu einem Straftatbestand; 2015 Gesetz zur Quotierung von Aufsichtsräten etc.) und als konkrete Gleichstellungspolitik in Form von Gleichstellungs- und Frauenbüros auf kommunaler, Landes- und Bundesebene und in öffentlichen Institutionen. Politikfelder sind beispielsweise Gewalt gegen Frauen, Erwerbsbeteiligung von Frauen, Existenzsicherung bei Scheidung, die soziale Lage von Alleinerziehenden – also alles Bereiche, in denen soziale Ungleichheiten sichtbar werden. Diese Form der Politik folgt eher einer gleichstellungsorientierten Perspektive, wobei es insbesondere in der Familienpolitik auch immer wieder differenzorientierte Ansätze gibt. Aber auch intersektionale Aspekte finden sich mittlerweile in der Politik: So formuliert die UN-Behindertenrechtskonvention in Artikel 6 explizit, dass Frauen mit Behinderung von Mehrfachdiskriminierungen betroffen sind und dass die Staaten geeignete Maßnahmen zum Abbau dieser Diskriminierungen ergreifen müssen.

Geschlechterverhältnisse in nationaler und internationaler Perspektive

In westlichen Wohlfahrtsstaaten, wie Deutschland einer ist, haben sich die ungleichen Geschlechterverhältnisse insbesondere durch den Dualismus von Öffentlichkeit und Privatheit und dessen sozialstaatlicher Verankerung strukturell verfestigt (vgl. Rudolph 2015). Die Zuweisung der Geschlechter zu einer der beiden Sphären – Männern war der öffentliche Raum, Frauen das Wirken im Privaten vorbehalten – war mit jeweils passenden Geschlechterstereotypen, mit einer spezifischen Arbeitsteilung und ungleichen Anerkennungsprozessen und damit insgesamt mit Exklusionsprozessen verbunden. Der öffentliche Raum gilt als die Sphäre, in der alles was die gesamte Gesellschaft betrifft, verhandelt wird. Die dort ausgeübten Tätigkeiten haben deshalb einen hohen Wert, der sich sowohl in symbolischer Anerkennung als auch im Gehalt ausdrückt. Tätigkeiten im Privaten, die vermeintlich nur wenigen nutzen, gelten entsprechend weniger. Dies auch deshalb, weil diese privaten Tätigkeiten nicht erlernt werden müssen – sie liegen ja „in der Natur der Frauen“. Selbst nachdem viele dieser Tätigkeitsfelder mittlerweile professionalisiert wurden, bleiben die mangelnde gesellschaftliche Aner-

kennung und die niedrige Entlohnung, insbesondere im sozialen Bereich.

Die Institutionalisierung ungleicher Geschlechterverhältnisse erfolgt u. a. durch den Sozialstaat und die Sozialpolitik. Im Fokus steht dabei die Bedeutung der Erwerbsarbeit in Form eines sogenannten Normalarbeitsverhältnisses für die soziale Absicherung, die Übertragung gesellschaftlicher Aufgaben auf die Familie ohne sozialpolitische Anerkennung sowie die rechtliche und gesellschaftliche Bevorzugung eines spezifischen Familien- und Ehemodells, traditionell das der sogenannten Hausfrauen- und Alleinernährerehe. Der Mann ging einer Erwerbtätigkeit nach, in der er Vollzeit, unbefristet und bis an sein Lebensende angestellt war und mit deren Lohn er die gesamte Familie versorgen konnte (Normalarbeitsverhältnis). Die Frau, die im familialen Bereich für die Pflege und Erziehung der Kinder, die Unterstützung ihres Ehemannes und gegebenenfalls die Pflege der Eltern bzw. Schwiegereltern zuständig war, konnte mit dieser Arbeit keine eigenen Ansprüche an das Versicherungssystem erlangen. Sie war aber im Falle einer Krankheit über ihren Mann familienmitversichert, im Falle des Todes ihres Mannes erhielt sie eine Witwenrente (heute: Hinterbliebenenrente). Diese Konstruktion der Ernährerehe wurde jahrzehntelang durch vielerlei rechtliche Bestimmungen abgesichert, so z. B. durch das entsprechende Unterhaltsrecht, aber auch durch das Steuerrecht. Diese nachhaltige Regulierung der Geschlechterverhältnisse durch den Sozialstaat wurde auch kulturell durch gesellschaftliche Leitbilder abgesichert. Das heißt, Vorstellungen von Geschlecht und Geschlechterverhältnissen gehen in die vorherrschenden Normen und Werte ein, die die Grundlage für gesellschaftliches Zusammenleben darstellen. Sozialstaatsforscherinnen und -forscher haben deutlich gemacht, dass bei einer solchen Sozialstaatskonzeption die Leistungen, die in der Familie, und dort vor allem

von den Frauen, erbracht werden, nicht sichtbar werden, obwohl sie einen zentralen Beitrag gesellschaftlich notwendiger Aufgaben übernehmen.

Der Wandel der Geschlechterverhältnisse und des Sozialstaates hat zu einer deutlich erhöhten Frauenerwerbstätigkeit und zu einem Wandel von Partnerschaften zu sogenannten Zuverdienermodellen geführt: Frauen sind in geringerem Umfang als Männer erwerbstätig, da sie weiterhin die Hauptverantwortung für die Erziehung und Betreuung der Kinder und die Pflege von Angehörigen haben. So bleibt der Mann zumeist Hauptverdiener, auch wenn er sich stärker an der Betreuung der Kinder beteiligt: fast 30 Prozent der Väter nehmen Erziehungszeit in Anspruch, auch wenn sie dies zumeist nur für zwei Monate tun. Frauen sind oftmals in Teilzeit erwerbstätig. In immer wiederkehrenden öffentlichen Debatten wird regelmäßig eine Reduzierung der Vollzeit-Arbeitszeit gefordert, weil dies nicht nur für Frauen und Männer die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht, sondern auch die Gleichstellung in der Erwerbsarbeit und in der Care-Arbeit (Fürsorgearbeit) befördert. Bisher allerdings sind noch einige Ungleichheiten in den Geschlechterverhältnissen zu konstatieren.

Geschlechterverhältnisse im Lebensverlauf

Viele Studien, die Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis erfassen, stellen Querschnittsanalysen dar. Das heißt, sie erheben und analysieren Daten zu einem bestimmten Zeitpunkt und verbinden damit überwiegend Fragestellungen aus einem gesellschaftlichen Teilbereich. Erfasst wer-

Im öffentlichen Raum ausgeübte Tätigkeiten erfahren eine hohe Anerkennung. Tätigkeiten im Privaten hingegen, die vermeintlich nur wenigen nutzen, gelten entsprechend weniger. Dies auch deshalb, weil diese privaten Tätigkeiten nicht erlernt werden müssen – sie liegen ja in „der Natur der Frauen“.

picture alliance/dpa



den können damit z. B. Auswirkungen von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Veränderungen, von Ungleichheiten im Zugang zur Bildung oder geschlechtsspezifischen Unterschieden bei der politischen Partizipation. Mit diesen Momentaufnahmen können individuelle bzw. kollektive Folgen von gesellschaftlichen Geschlechterstrukturen sichtbar gemacht werden.

Intensiv vorangetrieben von Helga Krüger (vgl. z. B. Krüger 1995/2009; 2007) und im Weiteren von anderen Forscherinnen und Forschern übernommen, wurde durch die Lebenslaufperspektive der Blick auf Verknüpfungen sozialstruktureller Lagen über alle Lebensphasen hinweg erweitert. Mit der Lebenslaufperspektive werden Institutionen wie Ehe, Familie, Beruf etc. fokussiert, über die der Zusammenhang und das Zusammenwirken von verschiedenen strukturellen Differenzierungen (Klasse, Geschlecht, ethnischer Hintergrund) und Ungleichheitslagen wirksam wird. So zeigt sich, dass nicht nur die Erwerbsarbeit und die berufliche Positionierung oder die Bildung für die soziale Lage verantwortlich sind, sondern z. B. auch das Eingebundensein in die Familie. Allerdings sind die Wirkungen je nach Geschlecht unterschiedlich: Ergibt sich für Männer aufgrund familiärer Verpflichtungen die Notwendigkeit, mehr zu arbeiten, um die größer werdende Familie ernähren zu können, beinhaltet Familie für Frauen oftmals der Beginn mehrerer Berufsunterbrechungen, zunehmende Teilzeit in Arbeitsverhältnissen, die nicht ihrer Qualifikation entsprechen. Vor allem aber lenkt diese Perspektive den Blick auf mittel- und langfristige Folgen von Lebens- und Berufsentscheidungen. So können vermeintlich positive Entscheidungen, die in einer spezifischen Situation getroffen werden, in einer späteren Lebensphase problematische Folgen haben. Beispielsweise kann es in einer bestimmten familiären Situation (verheiratet, kleine Kinder, wenig Kinderbetreuungsmöglichkeiten, verdienender Ehemann) vermeintlich sinnvoll sein für die Ehefrau und Mutter, weitgehend die Kinderbetreuung zu übernehmen und zusätzlich einem Mini-Job nachzugehen. Aufgrund der sozial- und steuerpolitischen Rahmenbedingungen (Ehegattensplitting) erscheint diese Entscheidung vernünftig. Mittelfristig erschwert dies aber den Berufseinstieg für Frauen nach der Familienphase: Studien haben nachgewiesen, dass Mini-Jobs kaum zu sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen führen. Zudem werden über Mini-Jobs keine bzw. kaum Rentenansprüche erworben, was am Ende des Erwerbslebens zu keinen eigenständigen existenzsichernden Renten führt. Frauen sind mithin weiterhin von der Erwerbsrente ihres Ehemannes abhängig, was in Zeiten niedriger Rentenniveaus für beide schwieriger wird. Sollte es allerdings zu einer Trennung und Scheidung der Eheleute gekommen sein, so kommt es immer häufiger zu (weiblicher) Altersarmut. Dass es deshalb notwendig ist, sozial-, arbeitsmarkt- und familienpolitische Regulierungen ebenfalls aus einer Lebenslaufperspektive zu gestalten, darauf hat der erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung hingewiesen (BMFSFJ 2011). Sichtbar wird bei solchen Analysen, dass die institutionellen Zuschreibungen und deren Wirkungen weiterhin bipolar, an zwei eindeutigen Geschlechtern ausgerichtet sind und zudem, dass der Erwerbsarbeitsmarkt trotz vermeintlicher Gleichstellungserfolge weiterhin geschlechtlich strukturiert ist, wie die folgenden Daten zeigen.

Die Erwerbsquoten von Frauen und Männern vermitteln zunächst ein Bild der Angleichung zwischen den Geschlech-



Eine Krankenschwester hält die Hand einer Patientin. Sogenannte Frauenberufe, also Berufsfelder mit einem Frauenanteil von über 70 Prozent, sind die Gesundheitsdienstberufe sowie Sozial- und Erziehungsberufe. In ihnen reproduziert sich die weibliche Zuständigkeit und Kompetenz in der Fürsorge im weiteren Sinn. **picture alliance/dpa**

tern, so liegt die Erwerbsquote von Frauen 2013 bei 72 Prozent und damit „nur“ noch zehn Prozentpunkte niedriger als die der Männer.⁴ 1991 lagen die Erwerbsquoten noch mehr als 20 Prozentpunkte auseinander. Allerdings stellen sich die Arbeitsbedingungen und Beschäftigungsverhältnisse deutlich unterschiedlich dar. So arbeitet mehr als die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen in Teilzeit, während es bei Männern 2014 gut 16 Prozent waren.⁵ Bei vielen Frauen sind Teilzeitarbeit und Mini-Job miteinander kombiniert, was aktuell zu geringem eigenen Einkommen, mittelfristig zu wenig Chancen auf einen sozialversicherungspflichtigen Job und noch weniger auf berufliche Aufstiegschancen und langfristig zu einem Risiko auf Arbeitslosigkeit und Altersarmut führt. Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer, und sie erwerben durchschnittlich nur dreiviertel der von Männern erworbenen Rentenentgeltpunkte. Die geschlechtliche Segregation in Frauen- und Männerberufe ist nicht nur verbunden mit unterschiedlichen Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten, sondern ist darüber hinaus geknüpft an unterschiedliche Formen der gesellschaftlichen Anerkennung und Bewertung. Sogenannte Frauenberufe, also Berufsfelder mit einem Frauenanteil von über 70 Prozent, sind z. B. die Gesundheitsdienstberufe, die Sozial- und Erziehungsberufe, aber auch Friseurinnen, Angestellte in der Gästebetreuung, Hauswirtschafterinnen und Reinigungskräfte. In ihnen reproduziert sich die weibliche Zuständigkeit und Kompetenz in der Fürsorge im weiteren Sinn (Care). Ungleichheiten und Weiblichkeits- bzw. Männlichkeitskonstruktionen drücken sich mithin nicht nur in materiellen Werten oder



Vielmehr zeigt sich hier auch die Notwendigkeit der weiteren Differenzierung, weil sich Ungleichheitslagen nicht nur mit den Kategorien Klasse und Geschlecht erfassen lassen. Die Kategorie Ethnizität/Nationalität⁷ verweist nicht nur darauf, dass nationale Herkunft bzw. ethnizierende Zuschreibungen relevant für soziale Positionierungen und Lagen sind, sondern auch darauf, dass Sozialstruktur und Wohlstand eines Landes von seinen Verhältnissen und Möglichkeiten in globalisierten Wirtschaftsprozessen abhängig sind.

Transnationale Pflegearbeit steht für das Phänomen, dass im Zuge der Alterung der Gesellschaft und des Wandels der Geschlechterverhältnisse insbesondere die Pflege und Betreuung älterer Menschen zuhause zunehmend von Pflegekräften aus dem Ausland übernommen wird. Frauen, bisher überwiegend aus Osteuropa, übernehmen diese Arbeit jenseits ihrer eigentlichen beruflichen Qualifikation, um ihre Familien in ihren Heimatländern, die nur wenig und schlecht bezahlte Arbeitsplätze bieten, zu ernähren. Damit ermöglichen sie es nicht nur den älteren Menschen zuhause zu bleiben, sondern auch deren Angehörigen, einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Da die Beschäftigten meistens in ihrem Heimatland oder irregulär angestellt sind, ist diese Form häuslicher Pflegearbeit für die Familien in Deutschland bezahlbar. Für die Beschäftigten, die in den Haushalten wohnen, bedeutet dies eine permanente Verfügbarkeit (24 Stunden, „Live-in“) bei einem Stundenlohn von 70 Cent bis 2 Euro (vgl. Emunds/Schacher 2012). Gleichwohl verdienen sie damit noch mehr als in ihrem Heimatland, was auf die sozialen Ungleichheiten zwischen Ländern hinweist. Problematisch sind nicht nur die Arbeits- und Lebensbedingungen der Pflegekräfte in den deutschen Haushalten, sondern auch die Folgen im Herkunftsland: Auf der Mikroebene sind hier insbesondere die familiären Zumutungen zu nennen, die oftmals die Betreuung bzw. Pflege der eigenen Kinder bzw. Eltern, aber auch insgesamt die sozialen Kontakte betreffen. Auf der Makroebene ist z. B. der Verlust der Herkunftsländer von qualifizierten Arbeitskräften relevant. Transnationale Pflegearbeit greift in vielfacher Hinsicht auf fest verankerte Konstruktionen von Geschlecht und Ethnie zurück, indem sie sich des Bildes der „hingebungsvollen Polin“ bedient, die aufgrund ihres Geschlechts (weiblich) und ihrer Herkunft (polnisch) besonders gut den Erwartungen an häusliche Pflege entspricht. Oftmals wird sie auch noch als quasi neues Familienmitglied bezeichnet, und Familienmitglieder übernehmen ja traditionell die privaten Pflegeleistungen. Damit wird der „Sonderarbeitsmarkt für Pendelmigrantinnen“ (Schilliger 2015: 155) gerechtfertigt.

Internationale Ungleichheiten prägen auch über Europa hinaus die Perspektive auf Geschlechterverhältnisse. Globalisierungsprozesse produzieren insbesondere in den nördlichen und westlichen Industriestaaten Gewinnerinnen und Gewinner, die von qualifizierten Bildungs- und Erwerbsmöglichkeiten profitieren und Verliererinnen und Verlierer in Ländern des globalen Südens und Ostens, die in prekären Arbeits- und Lebensbedingungen versuchen, ihre Existenz zu sichern. Dabei finden mittlerweile in zweierlei Richtungen Angleichungsprozesse statt: Es gibt zunehmend mehr Frauen, die in hochqualifizierten Bereichen

Zugängen zu Ressourcen, sondern auch in kulturellen Leitbildern aus. Darüber hinaus, dies wurde schon kurz angesprochen, stabilisiert der Sozialstaat diese Ungleichheitslagen, indem er an den sozial- und familienpolitischen Rahmungen des Ernährermodells festhält. Prominentestes Beispiel dafür ist das Ehegattensplitting, das deutlich ungleiche Einkommensverhältnisse in einer Ehe unterstützt; in der Umsetzung also ein Modell, bei dem einer (eine) vor allem für das Familieneinkommen sorgt und die andere (der andere⁶) gar nicht oder wenig arbeitet und somit die Care-Arbeiten im Haushalt übernehmen kann. Aber auch die mangelhafte Umsetzung von Ganztagschulen, zu wenig Möglichkeiten für die Betreuung von Kranken und Pflegebedürftigen, die immer noch eingeschränkten Kinderbetreuungsangebote (vor allem in ländlichen Regionen) erfordern bzw. begünstigen eine ungleiche Verteilung von Erwerbs- und familiärer Fürsorgearbeit.

Vermeintlich gleichstellungspolitische Ansätze in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik haben z. B. die Implementierung des *adult-worker*-Modells – also die Forderung an alle erwerbsfähigen Erwachsenen, dass sie zur Existenzsicherung beitragen sollen, unabhängig vom Geschlecht – befördert. Die Frage nach der Qualität (weiblicher) Erwerbsarbeit bleibt damit allerdings ebenso unberücksichtigt wie die danach, wer denn dann die Familienarbeit macht: die verbleibt nämlich weiterhin ganz überwiegend bei den (Ehe-)Frauen oder wird an andere, oftmals weibliche Migrantinnen verlagert, wodurch sich ein weiterer Komplex sozialer Ungleichheiten eröffnet (vgl. Lutz 2009).

Intersektionale und internationale Perspektiven

Der Blick auf die zunehmende transnationale Pflegearbeit macht nicht nur deutlich, dass der Privathaushalt immer weniger privat, sondern z. B. auch immer öfter Arbeitgeber ist.



Flüchtlinge im Hafen von Piräus. 50 Prozent der Flüchtlinge weltweit sind Frauen. (Flüchtlinge, denen der Weg nach Europa gelingt, sind allerdings zu 75 Prozent männlich.) Weibliche Flüchtlinge haben oftmals noch geschlechtsspezifische Fluchtgründe (z.B. Vergewaltigungen, Genitalverstümmelungen oder Zwangsverheiratung).

picture alliance/dpa

tätig sind, aber auch mehr Männer, deren Anteil im Niedriglohnsektor in einem Angleichungsprozess nach unten immer größer wird. Gleichwohl „lässt sich erkennen, dass Frauen und bei Frauen besonders verarmte und/oder migrierte bzw. farbige Frauen die schlechtesten Chancen, die geringste Sicherheit und die meisten Risiken haben, weiter zu verarmen, an heilbaren Krankheiten vorzeitig zu sterben, über geringe Bildungschancen zu verfügen und von Gewalt, inkl. Vertreibung betroffen zu sein“ (Roß 2008: 76). Über 50 Prozent der Flüchtlinge weltweit sind Frauen. Flüchtlinge, denen der Weg nach Europa gelingt, sind allerdings zu 75 Prozent männlich. Weibliche Flüchtlinge haben oftmals noch geschlechtsspezifische Fluchtgründe, wie z. B. Vergewaltigungen oder Massenvergewaltigungen in kriegerischen Konflikten, Genitalverstümmelung oder Zwangsverheiratung. Auch hier zeigt die schwierige Anerkennung dieser geschlechtsspezifischen Gewalt als asylberechtigende Fluchtgründe weiterhin existierende Ungleichheitslagen.

Ausblick: Ambivalenzen, (Un-)Gleichzeitigkeiten und Herausforderungen

In einer gewissen historischen und sozialen Phase war es sicherlich gerechtfertigt, die Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis mit dem Begriff des „Patriarchats“ zu belegen und auch zu erklären. Durch die Frauenbewegung, durch politische, soziale und ökonomische Transformationsprozesse haben sich die Eindeutigkeiten des „oben“ und „unten“ verloren bzw. ausdifferenziert. Weder sind „die“ Frauen die Unterdrückten noch sind alle Transformationsprozesse – oft unter dem Label Neoliberalismus zusammengefasst – schlecht. Eine bestimmte Gruppe von Frauen hat durchaus von der immer stärkeren Erwerbsorientierung der Gesellschaft profitiert und dies nicht nur auf Kosten einer anderen Gruppe von Frauen, sondern auch auf Kosten einer Gruppe unqualifizierter und exkludierter Män-

ner. Auch auf kultureller Ebene hat ein sichtbarer Wandel stattgefunden: vielfältige Lebensformen jenseits einer heterosexuellen Partnerschaft konnten sich gesellschaftliche Freiräume verschaffen und damit auch ihre (materiellen) Existenzweisen sichern. Gleichzeitig formieren sich starke gesellschaftliche Gegenbewegungen, die nicht nur eine Re-Naturalisierung von Geschlecht propagieren, sondern auch Ehe und Familie als Keimzelle des Staates re-traditionalisieren. Emanzipatorische Errungenschaften der Autonomie, Gleichstellung und Vielfalt werden hierbei oftmals als soziale Abweichung denunziert.

Die Vision der Geschlechtergerechtigkeit als Gegenentwurf zu den Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis war schon immer von einer gewissen Unschärfe geprägt. Es zeigt sich, dass sich diese Vision nicht denken und noch weniger umsetzen lässt, wenn sie nicht mit anderen Gerechtigkeitsanliegen verknüpft wird. Gleichwohl lässt sich in dieser Entwicklung auch eine Tendenz dazu feststellen, Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis wiederum zu marginalisieren. Dies liegt zum Teil darin begründet, dass gerade die Debatten zur Auflösung von Kategorien sicherlich notwendige Differenzierungen innerhalb von Gruppenbildungsprozessen und Zuweisungen aufgrund von Merkmalen darstellen. Allerdings hätte dies zur Folge, dass gesamtgesellschaftliche Schief lagen nicht mehr sichtbar gemacht werden können und im Rahmen einer solchermaßen vorgenommenen Differenzierung und Individualisierung politisch kollektive Handlungsmöglichkeiten erschwert werden. Die richtige Infragestellung des kollektiven „Wir Frauen“ hat deutlich gemacht, dass es innerhalb der Gruppe der Frauen große Unterschiede der Identität, der sozialen Lage und der Teilhabechancen gibt. Damit haben sich aber Aktionsmöglichkeiten einer starken Frauenbewegung verringert – sozialer Wandel ist aber u. a. wesentlich von einer sozialen Bewegung abhängig, die neue Perspektiven und Visionen in die politische Debatte einbringt. Umso wichtiger ist es, die theoretischen Erkenntnisse zur Intersektionalität weiter zu schärfen und das Verhältnis der

„Achsen der Ungleichheit“ zueinander zu differenzieren. Dies muss aber auch anhand der empirischen Analysen erfolgen: Was bedeutet es, dass Frauen heutzutage gleichzeitig Verliererinnen und Gewinnerinnen von Transformationsprozessen sind, sich aber auch ein eindeutiges Beharrungsvermögen hinsichtlich geschlechtlicher Leitbilder und Handlungsoptionen zeigt und z. B. Frauen in Führungspositionen immer noch eher die Ausnahme und nicht die Regel sind? Die Kunst besteht weiterhin darin, geschlechtliche Ungleichheiten zu benennen, zu analysieren und damit auch zu bekämpfen, ohne durch diese kategoriale Analyse „Geschlecht“ als Ungleichheitskategorie wieder zu reproduzieren.

LITERATUR

- BMFSFJ/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2011): Neue Wege – Gleiche Chancen. Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebensverlauf. Erster Gleichstellungsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Crenshaw, Kimberlé W. (2013): Die Intersektion von „Rasse“ und Geschlecht demarginalisieren: eine schwarze feministische Kritik am Antidiskriminierungsrecht, der feministischen Theorie und der antirassistischen Politik. In: Lutz, Helma u. a. (Hrsg.): Fokus Intersektionalität. 2. Auflage, Wiesbaden, S. 35–58.
- Degele, Nina/Winker, Gabriele (2007): Intersektionalität als Mehrebenenanalyse. URL: <http://doku.b.tu-harburg.de/volltexte/2008/455/> [15.02.2016].
- Emunds, Bernhard/Schacher, Uwe (2012): Ausländische Pflegekräfte in Privathaushalten. Frankfurter Arbeitspapiere zur gesellschaftsethischen und sozialwissenschaftlichen Forschung, Heft 61. URL: http://www.boeckler.de/pdf_fof/S-2009-253-4-1.pdf [08.02.2016].
- Fraser, Nancy (1996): Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinda (Hrsg.): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität. Frankfurt am Main, S. 469–498.
- Klinger, Cornelia (2003): Ungleichheiten in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht. In: Knapp, Gudrun-Axeli/Wetterer, Angelika (Hrsg.): Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II. Münster, S. 14–48.
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli (2007): Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz: Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, „Rasse“/Ethnizität. In: Klinger, Cornelia u. a. (Hrsg.): Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht, Ethnizität. Frankfurt am Main/New York, S. 19–41.
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun-Axeli/ Sauer, Birgit (2007): Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht, Ethnizität. Frankfurt am Main/New York.
- Krüger, Helga (2007): Geschlechterungleichheit verstimmt: Institutionalisierte Ungleichheit in den Verhältnissen gesellschaftlicher Reproduktion. In: Klinger, Cornelia u. a. (Hrsg.): Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht, Ethnizität. Frankfurt am Main/New York, S. 178–192.
- Krüger, Helga (2009) (Erstveröffentlichung 1995): Prozessuale Ungleichheit. Geschlecht und Institutionenverknüpfungen im Lebenslauf. In: Solga, Heike/Powell, Justin/Berger, Peter A. (Hrsg.): Soziale Ungleichheit. Klassische Texte zur Sozialstrukturanalyse. Frankfurt am Main/New York, S. 447–461.
- Lutz, Helma (2009): Who Cares? Migrantinnen in der Pflegearbeit in deutschen Privathaushalten. In: Larsen, Christa/Joost, Angela/Heid, Sabine (Hrsg.): Illegale Beschäftigung in Europa. Die Situation in Privathaushalten älterer Personen. München/Mering, S. 41–52.
- Lutz, Helma/Herrera Vivar, Maria Teresa/Supik, Linda (Hrsg.) (2013): Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzepts. 2. Aufl., Wiesbaden.
- Rudolph, Clarissa (2015): Geschlechterverhältnisse in der Politik. Opladen/Toronto.

Schilliger, Sarah (2015): Globalisierte Care-Arrangements in Schweizer Privathaushalten. In: Nadai, Eva/Nollert, Michael (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse im Post-Wohlfahrtsstaat. Weinheim/Basel, S. 154–174.

ANMERKUNGEN

- Die Einschränkung tendenziell verweist darauf, dass auch schon in der frühen Industrialisierung Frauen (und Kinder) in den Produktionsstätten (Fabriken) arbeiteten, weshalb die proletarische Frauenbewegung massiv für die Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen und ihrer Rechte eintrat. Theoretisch wurde aber die Situationen von Arbeiterinnen zwischen Fabrik und Familie zunächst kaum aufgearbeitet.
- In klassischen Differenzierungsansätzen, wie sie sich z. B. in Milieu- oder sozialen Lagestudien wiederfinden, erscheint „Geschlecht“ wiederum als eines von vielen Differenzierungsmerkmalen; allerdings lassen solche Ansätze die Frage nach oder Analyse von Machtprozessen, die der Generierung von Ungleichheiten zugrunde liegen, weitgehend außer Acht.
- Anders als in der Bundesrepublik Deutschland ist in den USA der Begriff der „Rasse“ auch in sozialwissenschaftlichen Kontexten gebräuchlich.
- Diese und die folgenden Daten stammen – sofern nicht anders erwähnt – vom GenderDatenPortal des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung. URL: http://www.boeckler.de/wsi_38957.htm [08.02.2016].
- Vgl. URL: www.sozialpolitik-aktuell.de [18.04.2016].
- Formal ist diese Konstellation nicht geschlechtsspezifisch gebunden, de facto überwiegt die Ernährer-Zuverdienerin-Kombination. Es finden sich mittlerweile aber auch Haushalte, in denen Frauen alleine für das Familieneinkommen zuständig sind (z. B. weil der Mann erwerbslos geworden ist). Interessanterweise verbleiben auch hier die Zuständigkeiten für die Care-Arbeiten weitgehend in weiblicher Verantwortung.
- Es spricht viel dafür, die oftmals in der Trias Klasse/„Rasse“/Geschlecht als „Rasse“ bezeichnete dritte Kategorie als Ethnizität bzw. Nationalität zu benennen – nicht nur weil es „Rassen“ nicht gibt, sondern weil die damit gemeinte Kategorie („fremd“) umfassender und vielschichtiger und damit eher über die beiden Begriffe Ethnizität und Nationalität zu erfassen ist.



UNSERE AUTORIN

Prof. Dr. Clarissa Rudolph ist seit 2011 Professorin für Politikwissenschaft und Soziologie an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg. In den Jahren 2002 bis 2011 führte sie diverse Forschungsprojekte zum Bereich Arbeit und Geschlecht und zur Frauen- und Gleichstellungspolitik durch. Ihre aktuellen Lehr- und Forschungsschwerpunkte sind: Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, Gender und Care, soziale Ungleichheiten, Gleichstellungspolitik, Rechtsextremismus, Bildungspolitik.

Gebot oder Tabu? Der Milieuansatz in der kommunalen Sozialberichterstattung

Silke Mardorf

Sozialplanung ist sowohl ein Berufsfeld als auch lokales Steuerungsinstrument zugleich. Als Steuerungsinstrument zielt kommunale Sozialplanung auf die Gestaltung sozialer Lebensbedingungen und auf Teilhabe im Rahmen kommunaler Daseinsvorsorge. Eine der Kernaufgaben ist die kommunale Sozialberichterstattung. Sie hat das Ziel, soziale Fakten und Entwicklungen so aufzubereiten, dass sie argumentativ nutzbar und grundlegend für kommunale Planungsprozesse sind. Während „soziale Milieus“ in der Stadtforschung zunehmend Verbreitung finden, haben sie in der kommunalen Sozialberichterstattung aus verschiedenen Gründen ein Akzeptanzproblem. Der Beitrag von Silke Mardorf erklärt, woran das liegen könnte und warum hier auf der analytischen Ebene – soweit voraussehbar – auch künftig kein Trend in Richtung Milieuansatz erkennbar ist, während soziale Milieus auf der Handlungsebene, d. h. wenn es darum geht, ganz bestimmte Zielgruppen zu erreichen, immer wichtiger werden könnten. ■

Kommunale Sozialplanung: Aufgaben und Zielsetzung

Sozialplanung ist sowohl Berufsfeld als auch Steuerungsinstrument zugleich. Als Berufsfeld ist sie üblicherweise in der kommunalen (Sozial-)Verwaltung verankert, überwiegend in großen Großstädten, zunehmend auch in Groß-, Mittelstädten und Landkreisen. Von dort bewegt sie sich entlang der Schnittstellen Verwaltung, Sozialwissenschaft und Politikberatung stets um Fragen lokaler Lebensbedingungen und sozialer Strukturen. Als Steuerungsinstrument zielt kommunale Sozialplanung auf die Gestaltung sozialer Lebensbedingungen und auf Teilhabe im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge (VSOP 2008).

Steuerungsunterstützende Kernaufgabe der Sozialplanung ist die Analyse, Erklärung und Kommunikation sozialer Fakten und ihrer Entwicklungen. Adressatinnen und Adressaten sind neben der Fachplanung aus Verwaltung und Verbänden oder der fachlich interessierten Öffentlichkeit vor allem die politischen Ratsgremien, damit diese Entscheidungen wohlbegründet und möglichst faktenbasiert treffen und Prioritäten setzen können.

Eine der sozialplanerischen Herausforderung besteht darin, bestehende oder sich abzeichnende soziale Prozesse in einer Stadt oder einem Landkreis aufzudecken und in ihrer ganzen Komplexität verständlich zu kommunizieren, zum Beispiel:

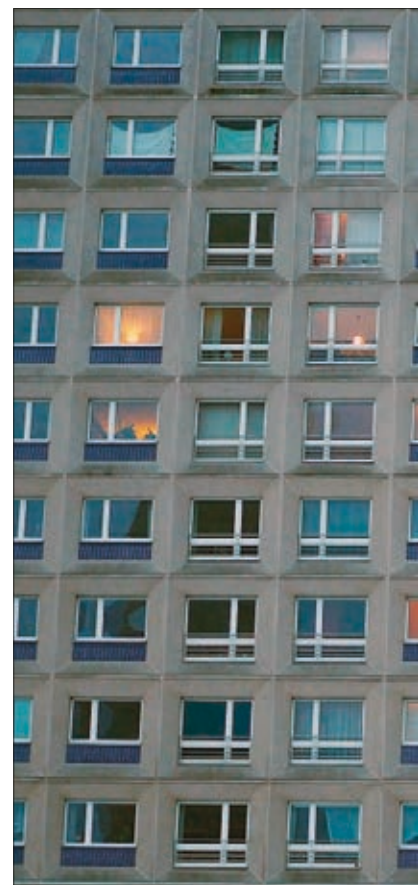
- Demografische Prozesse wie Alterung und Schrumpfung vor allem in eher ländlich geprägten Teilen des Landes oder Wachstum und Internationalisierung in urbanen Räumen. Diese müssen in ihrer Entwicklung fundiert vorausgeschätzt (Prognosen) werden.

- Vermehrte Zuwanderung erfordert eine gezielte Bedarfsermittlung und eine zielgruppen- oder milieuspezifische Ansprache sozial und kulturell höchst unterschiedlich strukturierter Einwanderungsgruppen, wie z. B. Studierende aus der Ukraine, Fachkräfte aus Spanien, Flüchtlinge aus Syrien oder geflüchtete Roma-Familien aus Bulgarien.
- Reurbanisierung, Wohnraumverteuerung durch Verknappung und Gentrifizierung in den Städten können ebenso wie Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit soziale, ethnische und demografische Segregationsprozesse befördern. Diese gilt es, in ihrer Dynamik und räumlichen Verortung zu beobachten, um gegensteuern zu können.

Konkrete soziale Prozesse werden dabei meist von übergeordneten Fragestellungen umrahmt: Handelt es sich dabei um eine lokale Besonderheit oder ist sie Ausdruck einer regionalen, bundesweiten oder gar globalen „Großwetterlage“? Ist das jeweilige soziale Phänomen ungleich über die Stadt verteilt und ergibt sich daraus ein lokaler, gesamtstädtischer oder gar kein Handlungsbedarf? Welche Zielgruppen und lokalen Räume sind davon besonders oder gar nicht betroffen und welche Bedarfe ergeben sich daraus jeweils? In welchen möglichen Szenarien könnte

Eine sozialplanerische Herausforderung besteht darin, bestehende oder sich abzeichnende soziale Prozesse in einer Stadt (oder einem Landkreis) aufzudecken und in ihrer ganzen Komplexität verständlich zu kommunizieren. Die Sozialplanung nimmt z.B. Stadtteile mit einem besonderen Entwicklungsbedarf in den Blick, um kumuliert auftretende bauliche, ökologische und funktionelle Mängel zu erkennen.

picture alliance/dpa



sich eine soziale Entwicklung zu einer Problemlage fortentwickeln und welche integrierten Lösungsansätze gibt es, die im kommunalen Einflussbereich liegen und also vor Ort steuerbar sind?

Planungsanlässe kommunaler Sozialplanung

Sozialplanerisches Handeln ergibt sich nicht nur aus sozialen Entwicklungen, die üblicherweise mit Instrumenten der Sozialberichterstattung beschrieben werden. Gleichmaßen planungsauslösend ist neben Rats- oder Verwaltungsaufträgen die (soziale) Gesetzgebung, hierzu vier Beispiele aus unterschiedlichen Planungsfeldern:

- **Erstens, das Sozialgesetzbuch im Allgemeinen:** Große Teile der Sozialgesetzgebung (SGB I, II, III und VIII–XII) sind direkt oder indirekt fachplanungs- und steuerungsrelevant, z. B. für die Altenhilfe- und Pflegestrukturplanung, die Jugendhilfe-, Kindertagesstätten-, Schulentwicklungs- und Bildungsplanung oder die Quartiersentwicklung und Wohnungslosenhilfeplanung und allgemein die Stadtentwicklungsplanung.
- **Zweitens, ein Beispiel aus der Kitabedarfsplanung:** Das Kinderförderungsgesetz (KiföG), das seit 2013 jedem Kind ab seinem ersten Geburtstag einen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz oder eine Tagespflege garantiert, verursacht seither folgende planerische Dauerfragestellung: Wie viele Eltern wollen ab welchem Zeitpunkt einen Betreuungsplatz nutzen? Bevorzugen sie dabei wohnort- oder arbeitgebernahe Plätze? Welche zusätzlichen Betreuungsbedarfe ergeben sich durch Geburtenanstiege, gezielte Förderung von Familienwohnraum oder Zuwanderung? Welche Auswirkungen auf die Inanspruchnahme der Betreuungsplätze hat(te)

die von Anfang an umstrittene und mittlerweile vom Bundesverfassungsgericht wegen der fehlenden Gesetzgebungskompetenz des Bundes als nichtig eingestufte Einführung des Betreuungsgelds?

- **Drittens, Arbeitsmarkt- und Rentenreformen:** Haben die Einführung der Mütterrente, des Mindestlohns oder der Riesterrente einen bremsenden, verstärkenden oder gar keinen Effekt auf die Entwicklung der bundesweiten und damit ggf. auch lokalen Seniorenarmut? Und was heißt das mittelfristig für die kommunale Seniorenfachplanung und deren Ausrichtung auf Teilhabeförderung der Generation 60 plus?
- **Viertens, inklusive Sozialplanung:** Das einem Bundesgesetz in seiner rechtlichen Bedeutung rangähnliche Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (Behindertenrechtskonvention) stellt in seinem darin formulierten Anspruch an eine inklusive Gesellschaft Sozialplanung vor neue Planungsherausforderungen: Denn Inklusion erfordert die systematische Ausrichtung aller Planungsprozesse, Institutionen und Angebote am inklusiven Maßstab (VSOP 2012: 10).

Je nach dem sozialplanerischen Selbstverständnis und der Planungskultur vor Ort agiert Sozialplanung auch vollkommen losgelöst von jeglichem Ratsauftrag, Gesetzesnovellierung oder sozialem Ereignis: In ihrer Koordinierungs-, Dienstleistungs- und Beratungsfunktion kann Sozialplanung Themen allein dadurch setzen, dass sie bestimmte Handlungsfelder in laufende Sozialmonitorings einbezieht und damit einen Scheinwerfer setzt.

Sozialmonitorings als Analyse- und Planungsinstrument

Eine der Aufgaben der Sozialplanung ist es, Daten für eine zum Teil datenungeübte (Fach-)Öffentlichkeit und Verwaltung so aufzubereiten, dass sie möglichst kennziffernbasiert, aber verständlich, aussagekräftig, argumentativ nutzbar und planungsgrundlegend sind. Dies geschieht klassischerweise mit dem Instrument der Sozialberichterstattung (Bestandsaufnahme mit Rückblick und Ausblick) oder des Sozialmonitorings (fortlaufende Dauerbeobachtung).

Die erste Hochphase kommunaler Armuts- und Sozialberichterstattung fiel in die späten 1970er bis frühen 1990er Jahre. Inspiriert von der (bundesweiten) Sozialindikatoren-, Sozialstruktur- und Wohlfahrtsforschung strebten viele Städte danach, auch für ihren Raum soziale Entwicklungen zu analysieren, um notwendiges soziales Handeln mit Fakten zu untermauern. Die ersten kommunalen Armuts- oder Sozialberichte entstanden. Diese waren zunächst oft sehr engagiert und leidenschaftlich in der Sache, aber konzeptlos, noch ohne Standards, aber individuell kreativ. Sie thematisierten das soziale Geschehen schwerpunktmäßig anhand von Indikatoren wie Sozialhilfebezug oder Arbeitslosenquote (Mardorf 2006). Nicht wenige stießen sehr schnell an methodische Grenzen, weil die lokal verfügbaren Datenquellen begrenzt waren und zum Teil noch sind. Das erklärt, warum die ersten kommunalen Sozialbe-



richte faktisch reine Sozialhilfe- oder Arbeitslosenberichte waren, gelegentlich angereichert mit einem konzeptionell-theoretischen Überbau, der selten hielt, was er versprach: Ressourcen- und einkommensorientierte Konzepte, Lebenslagen- und Wohlfahrtsansätze, Konzepte der Entfaltungsmöglichkeiten und Verwirklichungschancen, oder soziale Exklusions- und Deprivationsansätze lauteten die hehren Ziele, die sich selten praktisch umsetzen ließen. Soziale Milieus als Strukturierungsmerkmal tauchten dabei zunächst weder konzeptionell noch empirisch auf. Mittlerweile haben die meisten Kommunen (mindestens lokale) Standards der Sozialberichterstattung entwickelt, basierend auf kleinräumig verfügbaren Datengrundlagen, optimaler Weise als fortlaufende Zeitreihen. Methodisch kommen dabei überwiegend sekundäranalytische Auswertungen amtlicher (kommunaler) Statistiken zum Einsatz. Klassische Datenquellen sind das Einwohnermelderegister, das darauf basierende Haushaltegenerierungsverfahren, Wanderungsdaten (Zuzüge und Fortzüge, Geburten und Sterbefälle), Leistungsbezugsdaten wie Hilfen zur Erziehung, Arbeitslosengeld I, Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (nach dem SGB II oder XIII) sowie Schuleingangsuntersuchungen, Schulabgängerstatistiken oder Zensusdaten (einmalig) und Mikrozensusdaten (zwar jährlich, aber selten kleinräumig nutzbar). Daneben können ergänzend multivariate Analysemethoden, Interviews, Befragungen sowie Dialog- oder Partizipationsangebote methodisch zum Einsatz kommen. Open-Space-, Sozialraum- oder Planungskonferenzen, Stadtteil- und Familiendialoge sowie Runde Tische stehen exemplarisch für Methoden lokal praktizierter Dialogvielfalt (MAIS 2011: 151 ff.), mit dem Ziel, einen Überblick über subjektive Bedarfe und Ressourcen in einem Quartier zu gewinnen. Hierzu nutzt Sozialplanung (quantitative und qualitative) Methoden der Sozialraumanalyse, um neben objektiv messbaren sozialen Strukturen auch die subjektive Wahrnehmung der Bewohnerinnen und Bewohner einzubeziehen ggfg. zu kontrastieren (Mardorf 2010: 88ff.).

Im optimalen Fall gelingt es arbeitsfeldübergreifenden und integrierten Berichtsansätzen, einerseits das „große Ganze“ und andererseits lokale Besonderheiten eines Quartiers oder Stadtteils in den Blick zu nehmen. Raumbezüge in der Sozialberichterstattung sind daher so kleinräumig wie möglich (weit unterhalb der gesamtstädtischen Ebene) und so großräumig wie nötig (weit oberhalb der datenschutzrelevanten Einzelfallebene). In der Regel sind die kleinräumigen Bezüge flächig entlang politischer oder administrativer Grenzen ausgerichtet. Diese bilden bestenfalls auch die Ebene des (sozial)planerischen oder politischen Handelns ab. Ein typisches Beispiel zeigt die folgende Abbildung aus dem Sozialbericht 2013 der Stadt Hannover mit unmittelbarer Handlungsrelevanz. Die Karte stellt den jeweiligen Anteil der Kinderarmut¹ in den rund 50 Stadtteilen Hannovers dar. Auf dieser und weiteren analytischen Grundlagen werden Priorisierungs- und Standortentscheidungen getroffen: Welche Stadtteile benötigen am dringendsten ein Familienzentrum, einen Nachbarschaftstreff oder ein Quartiersmanagement? Oder auch andersherum: In welchen Quartieren sind Einrichtungen dieser Art verzichtbar? An welchen Grundschulen sind Angebote wie „Rucksack- und Stadtteilmütter“ oder Elterncafés anzuregen? Welche Quartiere eignen sich aus sozialstruktureller Perspektive zur Anmeldung ins Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“? Das Beispiel zeigt: Sozialberichte sind argumentativ nutzbar und handlungsauslösend.

Soziale Milieus als konzeptioneller Ansatz

Um es kurz zu machen: Das Milieukonzept hat sich in der lokalen Sozialberichterstattung nicht oder nur zögerlich durchgesetzt. Die Gründe dazu werden später ausgeführt. Zunächst: Was sind soziale Milieus und worin liegt deren Innovation? In der neueren Forschung „werden unter ‚sozialen Milieus‘ üblicherweise Gruppen Gleichgesinnter verstanden, die jeweils ähnliche Werthaltungen, Prinzipien

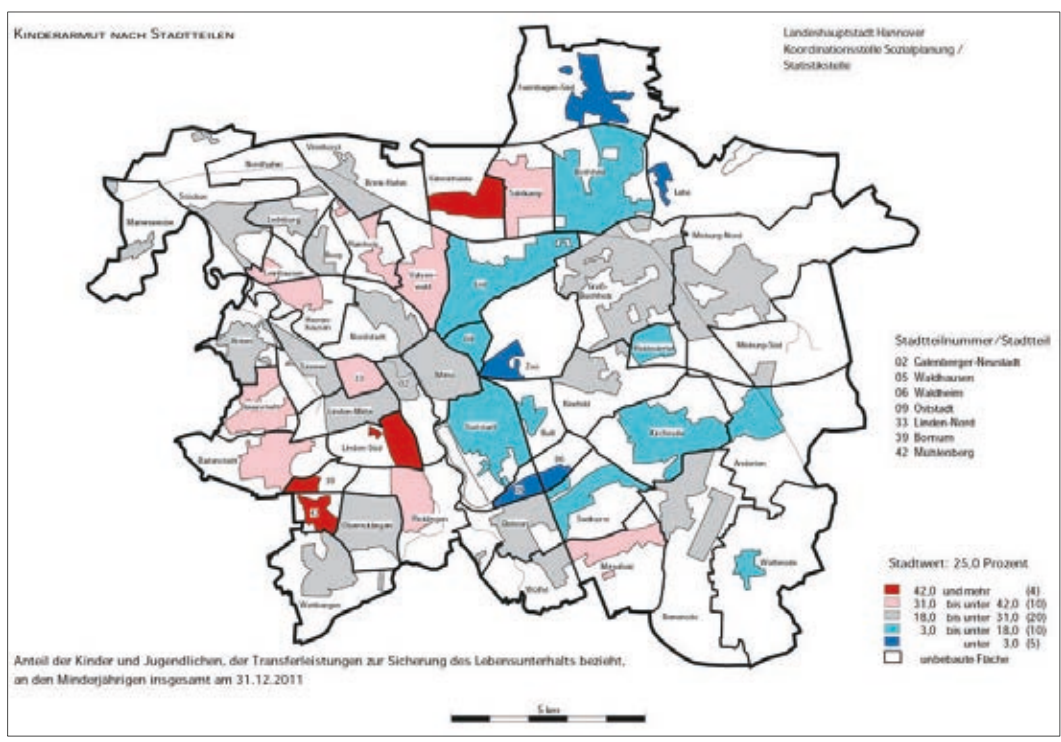


Abbildung 1: Kinderarmut nach Stadtteilen

Quelle: Hannoverscher Sozialbericht 2013a, S. 54.

der Lebensgestaltung, Beziehungen zu Mitmenschen und Mentalitäten aufweisen“ (Hradil 2006: 4). Milieubegriffe betonen im Unterschied zu den häufig in der klassischen Sozialberichterstattung verwendeten Schicht- und sozialen Lebenslagenkonzepten die „subjektive‘ Seite der Gesellschaft“ (Hradil 2006: 5). Oder in Worten der Heidelberger SINUS Markt- und Sozialforschung GmbH ausgedrückt: Die Sinus-Milieus sind ein Gesellschafts- und Zielgruppenmodell, das Menschen nach ihren Lebensstilen und Werthaltungen gruppiert.² Menschen selben Milieus haben ähnliche Grundeinstellungen, Wertorientierungen und Alltagsinteressen. Diese zeigen sich beispielsweise in ihrem Streben nach Führung, Exklusivität, Stand und Status (die Konservativ-Etablierten) oder in ihrem Wunsch nach sozialer sowie beruflicher Etablierung und Harmonie im Alltag (Bürgerliche Mitte) oder in dem Bedürfnis nach Anschluss an Konsumstandards eben jener bürgerlichen Mitte, aber gepaart mit Ausgrenzungserfahrungen, Verbitterung und Ressentiments (die Prekären).³ Das häufig abgebildete Panorama der Sinus-Milieus⁴ zeigt, dass Milieuzugehörigkeit nicht vollkommen unabhängig von der Schichtzugehörigkeit ist, sondern sich entlang dieser vertikal ausdifferenziert. Die Marktforschung hat sich die Erkenntnisse der Sozialforschung zunutze gemacht und Milieus immer weiter ausdifferenziert in adress-selektive, zielgruppen- und marktsegmentierte Altersgruppen mit und ohne Migrationshintergrund und geografischer Verortung, so dass es mittlerweile Sinus-Jugendmilieus, Sinus-Migrantenmilieus und die Microm Geo-Milieus gibt. Obwohl im Zeitverlauf äußerst dynamisch – das traditionelle Milieu hat sich nach Stefan Hradil (2006: 8) demografisch bedingt seit den 1980er Jahren fast halbiert – zeigt sich offenbar eine hohe internationale, länderübergreifende Übereinstimmung der jeweiligen sozialen Milieus. Kurz: Hedonisten gibt es nicht nur in Deutschland, sondern gleichermaßen auch in Brasilien oder der Türkei.

Der unmittelbare Nutzen der Milieuansätze für die Marktforschung liegt auf der Hand: Durch das Überangebot von Produkten müssen Unternehmen besser denn je ihre Zielgruppen, ihr Konsumentenverhalten und ihre Präferenzen kennen, um sich in ihrem Marktsegment gegenüber konkurrierenden Produkten durchzusetzen (vgl. Diaz-Bone 2004). Für die Sozialforschung wird auf der theoretischen Ebene das Milieukonzept als längst überfällige, weil mehrdimensionale Weiterentwicklung der „Bolte-Zwiebel“⁵, als Gegenkonzept zur Individualisierungsthese von Ulrich Beck und als logische Fortsetzung der Habitustheorie von Pierre Bourdieu gepriesen. Auf der empirischen Ebene finden Milieuansätze dann Verwendung, wenn das Verhalten von Gruppen erklärt werden soll: Das Konsumverhalten, ihre Wahlentscheidung bei politischen Wahlen, das Freizeitverhalten oder Ähnliches.

Milieuansätze in der kommunalen Sozialberichterstattung

Im Bereich kommunaler Sozialberichterstattung hat der Milieuansatz aus verschiedenen Gründen ein Akzeptanzproblem. Im Bereich der angewandten (Groß-)Stadtforschung ist der Milieuansatz hingegen weit verbreitet. Über die exakten Gründe der Nicht-Akzeptanz in der Sozialberichterstattung lässt sich nur spekulieren. Hier ein paar Hypothesen:

Soziale Lage statt Habitus

Kommunale Sozialberichterstattung verfolgt in erster Linie das Ziel, handlungsrelevante, objektiv nachvollziehbare, soziale Fakten abzubilden: Räumliche Schwerpunkte von Kinderarmut, soziale Problemlagen von Alleinerziehenden, Bedarfe von kinderreichen Familien oder Teilhabe von und Zugänge zu jungen Flüchtlingen. Es geht um den zunehmenden Anstieg von Menschen der Generation 60plus in Armut, deren Einnahmen im Alter unterhalb des Existenzminimums liegen, oder um die Aktivierung und Kanalisierung bürgerschaftlichen Engagements, beispielsweise in der Flüchtlingshilfe. Auf der analytischen Ebene geht es Sozialberichterstattung primär um soziale Strukturen, ihre räumliche Verortung und Entwicklung. Im Vordergrund steht die soziale Lage der Menschen und nicht ihr Lifestyle, Lebensziel oder ihre Szene- und Freizeitorientierung.

Rechtsanspruch statt Lifestyle

Auch auf der Interventionsebene ist für die Sozialverwaltung zunächst irrelevant, ob die alleinstehende Rentnerin einen Rechtsanspruch auf Grundsicherung im Alter hat, weil sie zu den „Prekären“ gehört, die soziale Benachteiligungen nicht erst im Alter kennengelernt hat oder zu den „Konservativ-Etablierten“ und auf ein Leben im Wohlstand zurückblickt, aber im Alter feststellt, nicht genug entgeltwirksame Rentenpunkte vorweisen zu können. Der Rechtsanspruch besteht für alle Milieus gleichermaßen. Erst in der Kommunikation und Ansprache der Betroffenen wird der Milieuzusammenhang bedeutsam. Dann nämlich, wenn es wie am Beispiel der oben genannten Rentnerin darum geht, sie über entsprechende Angebote zu erreichen (z. B. den Pflegestützpunkt oder die Seniorenberatung), damit sie ihre Rechtsansprüche kennen lernt und nicht aus Unkenntnis, Fehlinformation oder Scham verfallen lässt.

Quartiersprofile statt mikrogeografischer Segmentation der Milieu-Zielgruppen

Oben genannte soziale Prozesse sind zentral für die soziale Quartiers- und Stadtentwicklung. Das Wissen über soziale Fakten und Entwicklungen ist grundlegend für Standortfragen, Infrastrukturentwicklung und Kommunikation. Das betrifft auch das Wissen über Quartiere. Mit den Instrumenten der Sozialraumanalyse können Quartiersprofile erstellt werden, die darauf abzielen, typische Bedarfe der dort lebenden Menschen aufgrund der vorherrschenden sozialen Lage zu erkennen. Von primärem Interesse ist, was ein Quartier prägt und wie sich Quartiere sozialstrukturell unterscheiden und entwickeln. Grundlegend ist die Analyse der Ungleichheit der sozioökonomischen Lebensbedingungen und nicht die der ungleichen Lebensstilwelten.

Transparenz statt Blackbox

Sofern eine Kommunalverwaltung Daten für sozialplanerische Zwecke erhebt, greifen diverse gesetzliche Regelungen zur Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe persönlicher Daten (vgl. Abele 2014). Möchte eine Stadtverwaltung beispielsweise eine Repräsentativerhebung unter ihren Einwohnerinnen und Einwohnern durch-

führen, muss sie dafür eine Satzung vorlegen, die zuvor vom Rat der Stadt verabschiedet und im Amtsblatt veröffentlicht wird. Die Satzung legt in allen Einzelheiten Umfang und Zweck der Erhebung, verwendete Hilfsmerkmale und den Zeitpunkt ihrer Löschung offen sowie alle Erhebungsmerkmale (Fragebogen) bis zur Methodik der Stichprobenziehung etc. Dies geschieht nicht nur aus Gründen der Offenlegung gegenüber den Befragten oder dem Rat der Stadt, damit diese nachvollziehen können, ob und welche Daten wie lange und von wem über sie gespeichert werden, sondern ist schlicht auch Ausdruck von methodischer Transparenz steuerfinanzierter Dienstleistungen. Selbstverständlich ist es auch Städten jederzeit möglich, sozialwissenschaftliche Dienstleistungen „einzukaufen“, beispielsweise Milieustrumente der Sozial- und Marktforschungsinstitute. Dem prominenten Milieuansatz von Sinus Sociovision wird häufig die mangelnde Transparenz ihrer Methoden vorgeworfen (vgl. Diaz-Bone 2004). Sofern sich die exakten Datengrundlagen und die Vorgehensweise bei der Milieuzuordnung sowie deren räumlicher Verortung jeglicher Überprüfbarkeit entziehen, haftet dem Instrument ein Blackbox-Charakter an, der es Stadtverwaltungen schwer machen könnte, diesen Ansatz kritikal zu verwenden.

Pragmatismus statt Hedonismus

Sozialberichterstattung, eingebettet in turnusmäßige Sozialmonitorings, ist klassische Kernaufgabe der Sozialplanung. Klassische Sozialstruktur- und Sozialraumanalysen auf Basis von Lagemodellen sind in der angewandten Sozialberichterstattung deutlich weniger aufwändiger als mehrdimensionale Milieuansätze, die in der Regel eine Zusammenarbeit mit externen Sozialwissenschaftlern oder Marktforschungsinstituten erfordern. Der Einkauf der Milieumodelle kann dabei recht hochpreisig sein.

Interkommunal statt unikal

Die bis auf wenige Ausnahmen kollektive Nichtanwendung sozialer Milieuansätze in der kommunalen Sozialberichterstattung hat den unbeabsichtigten Nebeneffekt, dass kommunale Sozialberichte und damit die Städte in ihren sozialen Strukturen und Entwicklungen nicht noch weniger untereinander vergleichbar sind, als sie es ohnehin schon sind. Wissenschaft, Benchmarking-Zirkel, der Verein für Sozialplanung und der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge bemühen sich seit Jahrzehnten um Standards in der Sozialberichterstattung. Diese scheitern häufig an den ungleichen Datenverfügbarkeiten und Sozialplanungskulturen vor Ort (Mardorf 2006). Die Verwendung eines Milieuansatzes und die darauf fußenden Erkenntnisse sind für die jeweiligen Kommunen mit hoher Wahrscheinlichkeit selbst nicht reproduzierbar, weshalb ohne fortlaufende, externe wissenschaftliche Begleitung oft keine Milieuentwicklungen beobachtet, sondern nur Momentaufnahmen gemacht werden können. Andererseits ist festzustellen, dass die räumliche Verortung sozialer Milieus ebenso stabil zu sein scheint, wie die sozialer Lagen und damit über Jahre eine gewisse Gültigkeit hat.

Milieus in der Stadtforschung

Diverse Großstädte nutzen den Milieuansatz für ganz spezielle Fragestellungen, zum Beispiel für:

- **Wirtschaftsförderung:** Die Freie und Hansestadt Hamburg zum Beispiel gab 2010 ein Gutachten in Auftrag, mit dem Ziel, die spezifischen Eigenschaften kreativer Milieus darzustellen, um darauf aufbauend Strategien für eine gezielte Wirtschaftsförderung der Kreativ- und Kulturwirtschaft zu entwickeln und die Standortentwicklung kreativer Milieus voranzutreiben. Hierzu konzentrierte sie sich methodisch auf die Auswertung bestehender Studien, auf Fallstudien und Expertenanhörungen (Freie und Hansestadt Hamburg 2010).
- **Stadtforschung:** Ziele allgemeiner Art formulierte die Stadt Wiesbaden, als sie 2006 erstmals die sozialen Milieus in ihrer Stadt untersuchen ließ, mit der Absicht, neue, kleinräumige, auch „subjektive“ Daten für Wiesbaden zu erschließen. „Lebenswelttypen“ konnten anschaulich dargestellt werden. Die ermittelten Milieustrukturen sollten auf ihre Brauchbarkeit für Praxis und Planung hin überprüft werden. Hierfür wurde die Sinus-Milieu-Typologie auf Basis von Microm-Daten verwendet (Landeshauptstadt Wiesbaden 2009).
- **Integrationsforschung:** Von ähnlich Grundlagen erforschendem, analytischem Interesse sind die von vielen Städten in Auftrag gegebenen Studien zu Migrantenmilieus. In München stellte sich die Frage, wo „sich die Lebenswelten von Mehrheitsgesellschaft und Migranten trennen“ und ob „kleinräumliche Tendenzen von Segregation, von bevorzugter oder vermiedener Nachbarschaft spezifischer, migrantischer Gruppen erkennbar sind“ (Landeshauptstadt München 2010: 3). Köln verfolgte mit einer Studie über die Lebenswelten und Milieus von Kölnerinnen und Kölnern mit Migrationshintergrund das Ziel, „den durch Vorurteile geprägten Pauschalierungen gegenüber Migrantinnen und Migranten ein wissenschaftlich belegtes, differenziertes Bild entgegenzustellen und so den Blick zu schärfen, wie unterschiedlich dieses Drittel der Kölnerinnen und Kölner in Wirklichkeit ist – und damit einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion zu leisten“ (Stadt Köln 2011: 65).
- **Wahlanalysen:** Lokale Wahlberichterstattung nutzt Erkenntnisse aus der Wahl- und Milieuforschung, um Wahlbeteiligung, Wahlverhalten oder Wählerwanderungen milieuspezifisch zu erklären (z. B. Landeshauptstadt Hannover 2013b).

Fazit und Ausblick: Bleibt lokale Sozialberichterstattung „milieulos“?

Derzeit und soweit voraussehbar ist kein Trend in Richtung Milieuansatz in der kommunalen Sozialberichterstattung erkennbar. Vermutete Gründe sind mangelnde Transparenz der Methodik, Pragmatismus, Bevorzugung sozialer Lagemodelle und der Wunsch nach Standardisierung und interkommunaler Vergleichbarkeit. Zunehmend Verbreitung findet der Milieuansatz hingegen in der Stadtforschung mit Fragestellungen aus den Reihen der Wirtschaftsförderung, Wohnungsmarktbeobachtung, Integrationsforschung oder Wahlberichterstattung.

Während der Milieuansatz auf der analytischen Ebene in der kommunalen Sozialberichterstattung fast keine Rolle spielt, wird er auf der Handlungsebene umso wichtiger. Nicht nur der „Markt“ hat Interesse an einer zielgruppen-gerechten Ansprache seiner Kundinnen und Kunden, auch der Staat oder die Wohlfahrtsverbände. Kommunen (und

Verbände) halten einen beträchtlichen Umfang an Dienstleistungen und Infrastruktur vor und haben ein erhebliches Interesse daran, dass diese auch genutzt werden. Damit ist nicht nur der Wunsch nach möglichst hohen Nutzerzahlen in Bibliotheken, Schwimmbädern oder kommunalen Kinos gemeint. Zunehmend kommt es nicht nur darauf an, „irgendwen“ und davon „möglichst viele“, sondern ganz bestimmte Zielgruppen zu erreichen. Dazu vier Beispiele:

- In vielen Großstädten wird ein für Eltern schier unüberschaubares Angebot vorgehalten: Von Babyschwimmen über Beratungstelefone bis Eltern- und Familienbildung oder Kinderbetreuung in Ferienzeiten. Eltern bemängeln die Unübersichtlichkeit des Angebotsdschungels und fordern Informationspakete ein, die exakt auf ihre Familienphase, ihren Familientyp, das Alter ihrer Kinder und auf den Stadtteil, indem sie leben, zugeschnitten sind.
- Einrichtungen wie Familienzentren oder Elterntreffs wollen und sollen nicht nur die klassische Mittelschicht (bzw. die „Sozial-Ökologischen“ oder „Liberal-Intellektuellen“) erreichen, sondern allen voran auch die bildungsgewohnten, einkommensärmeren Eltern und darüber deren Kinder mit dem Ziel frühkindlicher Bildung, Elternbildung und Teilhabe.
- Nachbarschaftstreffs verfolgen das Ziel, gerade den weniger gut Vernetzten, weniger Mobilen und weniger gut Informierten im Quartier einen Ort zu geben, der kostenlose Begegnung bei kurzen Wegen ermöglicht, schnellen Austausch, ggf. Beratung oder schlicht Kontakt und eine bezahlbare Tasse Kaffee.
- Seniorenbegegnungsstätten oder Pflegeeinrichtungen müssen sich auf neue Zielgruppen einstellen, zunehmend auch auf Migrantenmilieus. Hier gilt es, zeitgemäße Formen der Ansprache, der Angebote und der Angebotskommunikation zu entwickeln.

Insbesondere die Weiterentwicklung ihrer digitalen (und milieuspezifischen) Kommunikationsstrategie ist für Kommunen bedeutend. Perspektivisch geht es dabei auch darum, die erweiterten Darstellungs- und Servicemöglichkeiten mobiler Geräte zu nutzen. Insbesondere Jugend- und Migrantenmilieus nutzen das Internet als Erstmedium zu Informationen und Angeboten, als Lotse durch den kommunalen „Angebots- und Zuständigkeitsdschungel“, als Wegezeit-Ersparer (Online-Formulare, Terminreservierungen etc.) und stellen diesbezüglich hohe Erwartungen an die Verwaltung. Die digitale Souveränität kommender Generationen und Zuwanderungsgruppen wird steigen, dennoch bleibt der Zugang zu Angeboten eine Lebenslagen- und Milieufolge. Folglich bedarf es perspektivisch auch im digitalen Kommunikationsbereich der Verwaltungen zunehmend milieu- und zielgruppenspezifischer Anpassungen.

LITERATUR

- Abele, Franz (2014): Rechtsgrundlagen der Kommunalstatistik. In: Statistik und Informationsmanagement. Monatsheft 2/2014, S. 88ff.
- Diaz-Bone, Rainer (2004): Milieumodelle und Milieustrumente in der Marktforschung. In: Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, 5/2004. URL: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/595/1291> [06.12.2015].
- Freie und Hansestadt Hamburg (2010): Kreative Milieus und offene Räume in Hamburg. Hamburg.
- Hradil, Stefan (2006): Soziale Milieus – eine praxisorientierte Forschungsperspektive. In: Aus Politik und Zeitgeschehen, 44–45/2006, S. 3–10.
- DV – Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge (2011): Eckpunkte für eine integrierte Sozial- und Finanzplanung in Kommunen. Berlin.

- Landeshauptstadt Hannover/Jugend- und Sozialdezernat (2013a): Sozialbericht 2013. Die Vielfalt Hannovers. Soziale Lagen und soziale Räume. Hannover.
- Landeshauptstadt Hannover/Sozialforschungszentrum agis e.V. Hannover (2013b): Bundestagswahl 2013 in der Region Hannover. Ergebnisse, Analyse, Vergleiche. Hannover.
- Landeshauptstadt Wiesbaden/Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik (2009): Soziale Milieus in Wiesbaden. Stadtanalysen Nr. 29. Wiesbaden.
- Landeshauptstadt München/Statistisches Amt der Landeshauptstadt München (2010): Migranten-Milieus. In: Münchner Statistik, 1. Quartalsheft 2010, S. 1–10.
- Mardorf, Silke (2006): Konzepte und Methoden von Sozialberichterstattung. Eine empirische Analyse kommunaler Armuts- und Sozialberichte. Wiesbaden.
- Mardorf, Silke (2010): Raum – Daten – Kommunikation. In: Hammer, Veronika/Lutz, Ronald/Mardorf, Silke/Rund, Mario (Hrsg.) (2010): Gemeinsam leben – gemeinsam gestalten. Zugänge und Perspektiven integrierter Sozialraumplanung. Frankfurt/New York, S. 73–94.
- MAIS – Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (2011): Moderne Sozialplanung. Ein Handbuch für Kommunen. Düsseldorf.
- Stadt Köln/Integrationsrat der Stadt Köln/Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt der Stadt Köln (2011): Kulturelle Vielfalt einer Stadt. Lebenswelten und Milieus von Kölnerinnen und Kölnern mit Migrationshintergrund. Köln.
- VSOP – Verein für Sozialplanung (2008): Kompass Sozialplanung. Zwischen Gestaltung und Verwaltung im Reformprozess. Speyer.
- VSOP – Verein für Sozialplanung (2012): Positionspapier „Inklusive Sozialplanung“. Speyer.

ANMERKUNGEN

- 1 Kinderarmut wird dabei gemessen über den Anteil der Kinder und Jugendlichen, die Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (SGB II und SGB XIII) beziehen, an den Minderjährigen insgesamt.
- 2 Vgl. auch www.sinus-institut.de [03.03.2016].
- 3 Vgl. ebenda.
- 4 Vgl. den Beitrag von Rainer Geißler in diesem Heft, S. 96ff.
- 5 Die „Bolte-Zwiebel“ ist ein soziales Schichtenmodell der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland in den 1960er Jahren, das der Soziologe Karl Martin Bolte entwickelte.



UNSERE AUTORIN

Dr. Silke Mardorf ist seit 2008 Sozialplanerin bei der Landeshauptstadt Hannover. Sie studierte von 1993 bis 1999 Ökotoxikologie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Als wissenschaftliche Mitarbeiterin erstellte sie den kommunalen Armutsbericht für die Stadt Gießen (2002). Am Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft (Prof. Dr. Uta Meier-Gräwel) promovierte sie 2006 über Methoden und Konzepte kommunaler Armuts- und Sozialberichterstattung. Bis 2008 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Statistischen Bundesamt in der Gesundheitsberichterstattung des Bundes und Lehrbeauftragte an den Hochschulen Erfurt, Coburg und Hannover. Sie ist Mitglied im Verein für Sozialplanung.

Das Schrumpfen der Mittelschicht – Schichtdynamik und Sozialstruktur Deutschlands im europäischen Vergleich

Nina-Sophie Fritsch, Roland Verwiebe

In der Forschung wird aktuell in einer Vielzahl von Beiträgen die These der Auflösung der Mittelschicht diskutiert. Diesem Thema widmet sich der Beitrag von Nina-Sophie Fritsch und Roland Verwiebe. Der Fokus der Analysen liegt dabei auf einem Vergleich zwischen Deutschland und anderen europäischen Ländern, insbesondere mit den strukturell ähnlich geprägten Vergleichsfällen Österreich und Schweiz. Damit greift der Beitrag ein Desiderat der Forschung auf. Inhaltlich werden unter Verwendung von unterschiedlichen europäischen Daten Schichtzugehörigkeiten und Schichtdynamiken über einen Untersuchungszeitraum von mehr als 15 Jahren betrachtet (1996–2013). Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, dass die Mittelschicht in Deutschland in einem viel stärkeren Maße geschrumpft ist als dies in vielen anderen europäischen Ländern der Fall ist. ■

Einleitung: Die These von der Auflösung der Mittelschicht

In der soziologischen Forschung wurde zuletzt verstärkt diskutiert, dass die Sozialstruktur Deutschlands im Wandel begriffen ist und die wachsende Armut in Deutschland zunehmend auch die Mittelschichten gefährdet. Dabei spielen Individualisierungs- und Pluralisierungstendenzen eine ebenso wichtige Rolle wie Migrationsbewegungen, die Vervielfältigung von Lebensentwürfen und die Flexibilisierung der Arbeitswelt. Eine prägnante Zuspitzung erfuh diese Diskussion in der These der Auflösung der Mittelschicht (vgl. Grabka/Frick 2008; Böhnke 2010; Mau 2012; Burkhardt u. a. 2013; Groh-Samberg u. a. 2014). Was eine mögliche Auflösung der Mittelschicht genau bedeutet, wie man sie messen kann und welche sozialen Konsequenzen diese Entwicklung potenziell hat, ist umstritten. Einige Autorinnen und Autoren sehen das Schrumpfen der Mittelschicht im Kontext einer weiteren Verfestigung von Armutslagen und Ausgrenzungen am unteren Rand der Gesellschaft (z. B. Groh-Samberg 2009). Andere Autorinnen und Autoren postulieren eine wachsende Schichtdynamik in Deutschland, die von Entgrenzung, Temporalisierung und Individualisierung sozialer Lagen geprägt ist (Leibfried u. a. 1995). Damit lassen sich zwei, im Kern verwandte theoretische Argumente diskutieren. Basierend auf der *Ausgrenzungsthese* ist anzunehmen, dass ein Schrumpfen der Mittelschichten vor allem mit einer Ausweitung sozial deprivierter Schichten einhergeht; darauf hat Olaf Groh-Samberg zuletzt immer wieder hingewiesen. Mit der *Entgrenzungsthese* kann man ebenfalls argumentieren, dass die Mittelschichten im Umfang abnehmen und durch Abwärtsmobilität prekari-

sierte Schichten und/oder dauerhaft ausgegrenzte Bevölkerungsschichten wachsen. Allerdings lässt sich aus der Entgrenzungsthese auch eine weitere Überlegung ableiten. Durch eine wachsende Schichtdynamik können auch wohlhabende Schichten an Bedeutung gewinnen, z. B. durch verstärkte Aufstiegsmobilitäten aus mittleren sozialen Lagen. Gemeinsam teilen beide Thesen die Vorstellung, dass die sozialen Dynamiken in Deutschland in den letzten Jahren von wachsenden Ungleichheiten und einer Zunahme sozialer Polarisierung geprägt sind.

Unterschiedliche Entwicklungslogiken trotz Gemeinsamkeiten

Die sozialwissenschaftliche Forschung zeigt allerdings, dass die Sozialstrukturen europäischer Länder nicht in gleichem Maße von solchen Veränderungen geprägt sind. Auch wenn Flexibilisierungsprozesse in einer globalisierten Welt nicht vor nationalstaatlichen Grenzen Halt machen, reagieren Nationalstaaten und deren Institutionen (Stichwort Pfadabhängigkeit) auf neue Herausforderun-

Arbeiter demonstrieren vor dem Werk Bleicherode der Kali Südharz AG für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Als wesentlicher Motor des sozialen Wandels gelten der Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik. Der Fall der Mauer hat in Deutschland eine besondere Dynamik erzeugt. Besonders im Osten des Landes waren die 1990er Jahre von einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen gekennzeichnet.

picture alliance/dpa



gen auf unterschiedliche Weise (Alesina/Spolaore 2003; Palier 2010). Damit behalten die einzelnen Nationalstaaten mit ihren jeweiligen Wohlfahrtsstaatsmodellen und Modellen der Arbeitsmarktregulierung weiterhin eine Relevanz (Mau/Verwiebe 2010).

Für Deutschland sind Österreich und die Schweiz in diesem Kontext besonders interessante Vergleichsfälle, da diese Länder durch Gemeinsamkeiten auf ökonomischer und institutioneller Ebene eng miteinander verbunden sind (Haller u. a. 2015). Die drei Länder werden in der Literatur dem konservativen Wohlfahrtsstaatsregime zugeteilt bzw. als koordinierte Arbeitsmarktsysteme beschrieben und besitzen ähnliche Logiken der sozialen Integration (Esping-Andersen 1990; Crouch 1993). Sie gehören damit jener Gruppe korporatistischer Länder an, die durch ein ähnliches Niveau der De-Kommodifizierung gekennzeichnet sind (Esping-Andersen 1990; Crouch 1993). Aufgrund der geografischen und kulturellen Nähe zueinander ergeben sich zum Teil intensive – historisch gewachsene – ökonomische Verflechtungen und ein stetiger Austausch zwischen den Arbeitsmärkten. So wurden sozial- und wohlfahrtsstaatliche Leistungen in diesen Ländern im Zeitraum des „golden age of the welfare state“ flächendeckend ausgebaut. Soziale und materielle Unterstützungsleistungen gewannen dadurch für weite Teile der Bevölkerung eine große Bedeutung; sie sind in diesen Ländern stark an den Erwerbsstatus gekoppelt. Ähnlichkeiten zeigen sich ebenso im dualen (Aus-)Bildungssystem mit einer jeweils starken Koppelung von Schule und Arbeitsmarkt. Dieses System kombiniert praktischen, betriebsspezifischen und theoretischen Wissenserwerb. Unter Berücksichtigung dieser Gemeinsamkeiten würde man erwarten, auch ähnliche institutionelle und ökonomische Entwicklungsprozesse des sozialen Wandels vorzufinden.

Trotz dieser Gemeinsamkeiten folgt die Entwicklung dieser Länder aufgrund veränderter sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen und spezifischer politischer Schwerpunktsetzungen – insbesondere ab den 1990er Jahren – zum Teil unterschiedlichen Logiken. Blickt man also unter die Oberfläche der institutionellen Gemeinsamkeiten, kann man in den letzten zwanzig Jahren zunehmende Unterschiede zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz beobachten (Teitzer u. a. 2014). In diesem Zusammenhang schlagen Autoren wie Christine Trampusch (2010) vor, sich auf die Entwicklungsmodalitäten, die den sozialen Wandel bedingen, zu konzentrieren. In dieser Lesart ist Deutschland von einem transformativen, umfassenden Muster geprägt. Sozialer Wandel findet hier gleichzeitig in mehreren institutionellen Dimensionen statt. Österreich ist hingegen durch einen stufen- bzw. schrittweisen Wandel geprägt, d. h. Veränderungen finden hier ohne fundamentale Brüche oder „tektonische“ Verschiebungen statt. Vielmehr dauern diese Veränderungen sehr lange (z. T. mehrere Jahrzehnte) und betreffen auch nur bestimmte Teile des Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikmodells (Verwiebe u. a. 2014). In der Schweiz sind hingegen beide Entwicklungsmodalitäten (rasant/eruptiv vs. kontinuierlich/exemplarisch) in unterschiedlichen Abstufungen vorzufinden (Trampusch 2010). Vor diesem Hintergrund liegt der Schwerpunkt des Beitrags auf drei miteinander verknüpften Forschungsfragen:

- Wie hat sich die soziale Schichtung in Deutschland in den letzten 15 Jahren entwickelt?
- Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede zeigen sich zwischen den deutschsprachigen Ländern Deutschland, Österreich und der Schweiz?
- Können unterschiedliche Entwicklungsmuster im gesamteuropäischen Vergleich identifiziert werden?

Arbeitsmarktrestrukturierung und wohlfahrtsstaatlicher Wandel als Motor des sozialen Wandels

Als wesentlicher Motor des sozialen Wandels gelten der Arbeitsmarkt und die Sozialpolitik eines Landes (Esping-Andersen 1990, 1999). Diesbezüglich stellt Deutschland keine Ausnahme dar, dennoch hat die historische Situation nach dem Fall des Eisernen Vorhangs besondere Dynamiken erzeugt. Speziell im Osten des Landes waren die 1990er Jahre von einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen gekennzeichnet. In der Folge setzte eine starke Binnenmigration zwischen Ost- und Westdeutschland ein. Zeitgleich erreichte die Zuwanderung von sogenannten Spätaussiedlern eine Zahl von ca. 400.000 Personen pro Jahr (Statistisches Bundesamt 2012), die ebenfalls in das Beschäftigungs- und das Wohlfahrtsystem integriert werden mussten. Die 1990er Jahre waren in der Folge in Deutschland von wachsender Arbeitslosigkeit geprägt (Giesecke/Verwiebe 2010; Klinger/ Rothe 2012). Als Antwort auf diese schwierige Situation setzte die Politik in Deutschland auf eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes und relativ umfassende Reformen des Wohlfahrtsstaates im Bereich der Renten- und Beschäftigungspolitik. Unter





Bundeskanzler Gerhard Schröder während seiner Regierungserklärung zur Agenda 2010 im Bundestag in Berlin. Die Agenda 2010 beinhaltete erhebliche Kürzungen bei Rentenansprüchen, Lohnersatzleistungen und in der Sozialhilfe sowie eine Liberalisierung des Kündigungsschutzes und Senkungen der Lohnnebenkosten. **picture alliance/dpa**

den Prämissen der Agenda 2010 beinhaltete dies erhebliche Kürzungen bei Rentenansprüchen, Lohnersatzleistungen und in der Sozialhilfe sowie eine Liberalisierung des Kündigungsschutzes, Senkungen der Lohnnebenkosten und eine verstärkte Förderung von Selbstständigkeit. Der deutsche Politikansatz zu Beginn der 2000er Jahre verfolgte das Ziel von gleichzeitig mehr Wirtschaftswachstum und der Umsetzung eines Spar- und Konsolidierungsprogramms wie Emmerich Talos prägnant schreibt (Talos 2004: 216ff.). Im Ergebnis führten diese Restrukturierungen zu einem stetigen Ausbau von flexiblen Beschäftigungsformen und einem Wachstum von Arbeitsmarktsegmenten, in denen schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Bezahlung typisch sind (Giesecke/Verwiebe 2008, 2009).

Die Situation am österreichischen Arbeitsmarkt war bis in die späten 1980er Jahre von günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einem im internationalen Vergleich stark ausgebauten öffentlichen Beschäftigungssektor gekennzeichnet. Der Arbeitsmarkt stellte in dieser Zeit nahezu Vollbeschäftigung sicher (Hermann/Flecker 2009). Die starken sozialpartnerschaftlichen Beziehungen und die übereinstimmenden Zielstellungen der beiden großen Volksparteien in Fragen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik leisteten einen entscheidenden Beitrag zur Stabilität des gesellschaftlichen Gefüges.¹ Maßnahmen zur Ausgabenkürzung im Bereich der Pensions- und Arbeitslosenversicherung sowie eine Flexibilisierung der Arbeitsmarktstrukturen setzten in Österreich deutlich später und weniger umfassend ein als in Deutschland und in den meisten anderen westeuropäischen Gesellschaften (Hermann/Flecker 2009).² Einschnitte in den Transferleistungen und Anspruchsrechten wurden durch die steigenden Kosten gerechtfertigt, die eine erhöhte Arbeitslosigkeit verursachte

(auch wenn die Arbeitslosigkeit im europäischen Vergleich niedrig war). Argumentiert wurde mit der notwendigen Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit innerhalb eines gemeinsamen europäischen Wirtschafts- und Währungsraums (Hermann/Flecker 2009).

Das besondere Kennzeichen des Schweizer Arbeitsmarktes ist die auffallend niedrige Arbeitslosenrate. Nationale Statistiken weisen im Zeitraum zwischen 1995 und 2015 Quoten unterhalb der Fünfprozentmarke aus (Flückiger 1998; Eurostat 2016). Die stabile Arbeitsmarktentwicklung der Schweiz fußt insbesondere auf einer starken Exportorientierung und einer Dezentralisierung der politischen Aushandlungsprozesse (z. B. Dezentralisierung der tariflichen Lohnverhandlungen). Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern – wie beispielsweise Deutschland, Österreich, Frankreich oder Großbritannien – und im Vergleich zum OECD-Durchschnitt weist die Schweiz einen deutlich größeren Außenhandelssektor auf (Flückiger 1998; Haller u. a. 2015). Aufgrund der fehlenden Schwerindustrien und der Größe des Landes hat die Schweiz schon sehr früh auf innovative Beschäftigungs- und Arbeitsmarktstrukturen gesetzt. Dies schließt unter anderem eine vergleichsweise große Flexibilität bei der Höhe der Reallöhne ein (Flückiger 1998). Dieser Flexibilität wirkt eine neu organisierte Sozialpolitik vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten verstärkt entgegen.

Die Entwicklung des Schweizer Wohlfahrtsstaates kann durch zwei charakteristische Merkmale beschrieben werden: Zum einen erfolgte die Einführung einer staatlichen Sozialgesetzgebung relativ spät, bei der sich die staatlichen Sozialausgaben auch im internationalen Vergleich auf einem relativ niedrigem Niveau bewegten. Zum anderen setzte ab den 1960er Jahren eine Art Um- und Ausbauphase ein, die die Schweiz hinsichtlich der Sozialausgaben an andere europäische Wohlfahrtsstaaten heraufführte (Trampusch 2008). In den letzten Jahrzehnten lässt sich also im liberalen Profil der Schweiz eine Positionsverschiebung beobachten, die eine Phase des Postliberalismus einleitet (Trampusch 2008, 2010).³

Daten und Variablen

Für diesen Beitrag wurden Daten des Sozioökonomischen Panels, EU-SILC Daten, Daten des Europäischen Haushaltspanels und des Schweizer Haushaltspanels verwendet. Die Analysen zu den Schichtdynamiken erstrecken sich über einen Untersuchungszeitraum von 1996 bis 2013. Dazu gehen wir in zwei Schritten vor. Zunächst betrachten wir mit einem detaillierten Vergleich die Entwicklungen in Deutschland, Österreich und die Schweiz. In einem zweiten Schritt werden Daten aus weiteren europäischen Ländern (z. B. Schweden, Niederlande, Spanien, Polen) hinzugezogen, um die Schichtdynamiken im deutschsprachigen Raum auch im Kontext europäischer Trends zu verstehen. Aufgrund der nicht einheitlichen Verfügbarkeit von Daten ist dieser Vergleich nicht bei allen Ländern über den gesamten Zeitraum von 1996 bis 2013 möglich.

Die zentrale Variable der Schichtzugehörigkeit enthält fünf Ausprägungen: (1) Personen, die der Oberschicht zugeordnet werden können, verfügen über mehr als 200 Prozent des nationalen Medianeinkommens. (2) Angehörige der oberen Mittelschicht haben Einkommen von 140 bis 200 Prozent des nationalen Medianeinkommens. (3) Per-

sonen, die der Mittelschicht angehören, verfügen über 80 bis 140 Prozent des Medianeinkommens. (4) Personen, die in einer „Prekariats-Zone“ leben, können auf Einkommen von 60 bis 80 Prozent des Medianeinkommens zurückgreifen. (5) Die fünfte Gruppe enthält armutsgefährdete Personen, deren Einkommen unterhalb von 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens liegt. Dieses Messkonzept orientiert sich an vergleichbaren Studien der aktuellen Sozialforschung (u. a. Grabka/Frick 2008; Groh-Samberg/Hertel 2010). Grundlage der empirischen Bestimmung der Schichtzugehörigkeit ist das jährliche Haushaltsnettoeinkommen aus dem vergangenen Kalenderjahr. Staatliche Umverteilungen durch Steuern und Sozialtransfers werden hier berücksichtigt. Die unterschiedliche Größe der Haushalte und die dadurch divergierenden Kosten- und Ausgabenstrukturen werden durch die Verwendung

einer Gewichtungsvariable ausgeglichen (Basis OECD-Skala neu).

Schichtdynamiken – Deutschland im europäischen Vergleich

Vor dem Hintergrund dieser konzeptionellen und methodischen Erörterungen sollen im Folgenden soziale Schichtdynamiken für Deutschland im Vergleich mit anderen europäischen Ländern diskutiert werden. Dazu impliziert die *Entgrenzungsthese*, dass die Mittelschichten schrumpfen und gleichzeitig Armut und Reichtum zunehmen. Mit der Aus-

Tabelle 1: Veränderungen der sozialen Schichtung in Deutschland und anderen europäischen Ländern, 1996 bis 2013 (Angaben in %)

	Soziale Schichtung in den deutschsprachigen Ländern																	
	Deutschland						Österreich						Schweiz					
	2013	2010	2008	2006	2004	1996	2013	2010	2008	2006	2004	1996	2013	2010	2008	2006	2004	2000
unter 60 (Armut)	14,7	15,0	14,6	14,8	13,6	12,4	14,4	11,7	12,4	12,6	12,8	13,8	8,8	8,5	9,2	8,9	8,6	8,5
60–80 (Prekarität)	17,0	17,5	17,2	16,5	17,1	16,7	16,1	17,0	18,1	17,3	16,2	16,7	12,3	11,0	10,9	10,7	11,2	13,9
über 80–140 (Mitte)	44,0	44,3	45,7	45,4	47,3	49,4	48,1	50,0	47,6	49,5	49,9	48,7	43,7	43,7	42,6	41,3	40,9	40,4
über 140–200 (Wohlstand)	16,2	15,8	14,5	15,1	15,3	15,2	15,0	14,5	15,6	15,2	15,3	15,4	24,2	24,6	23,9	25,0	24,9	23,9
über 200 (Reichtum)	8,2	7,4	7,9	8,1	6,7	6,2	6,4	6,9	6,3	5,5	5,8	5,2	11,1	12,2	13,4	14,0	14,4	13,3

	Soziale Schichtung in ausgewählten Ländern Europas																
	Norwegen				Dänemark					Schweden				Lettland			
	2011	2008	2005	2000	2011	2008	2005	2000	1996	2011	2008	2005	2000	2011	2008	2005	2000
unter 60 (Armut)	12,0	12,5	14,1	-	18,7	15,6	16,7	11,2	10,9	15,3	13,2	11,3	12,6	18,1	20,7	15,7	-
60–80 (Prekarität)	18,9	17,2	18,6	-	21,9	21,9	22,1	13,8	17,1	17,5	19,0	19,1	18,1	15,8	11,6	15,3	-
über 80–140 (Mitte)	55,5	55,6	53,7	-	47,1	51,3	49,9	59,0	55,9	50,7	52,3	53,0	53,7	34,0	29,8	37,3	-
über 140–200 (Wohlst.)	10,6	11,6	10,5	-	9,6	8,8	9,2	13,5	12,8	13,4	12,6	12,9	12,2	17,8	20,3	17,3	-
über 200 (Reichtum)	3,1	3,1	3,2	-	2,8	2,4	2,1	2,5	3,3	3,0	2,9	3,7	3,5	14,2	17,6	14,4	-
	Frankreich				Spanien					Niederlande				Großbritannien			
	2011	2005	2000	1996	2011	2008	2005	2000	1996	2011	2008	2000	1996	2011	2008	2000	1996
	unter 60 (Armut)	14,6	14,2	14,8	14,9	19,9	17,3	18,1	16,9	17,0	13,8	14,1	11,0	13,1	15,5	18,1	19,1
60–80 (Prekarität)	17,5	18,2	16,6	16,4	14,8	14,3	14,8	14,9	16,4	22,8	22,0	19,0	20,1	17,0	15,8	15,7	16,3
über 80–140 (Mitte)	45,4	45,7	43,6	44,4	35,5	39,1	37,3	40,0	37,8	47,6	47,1	48,9	43,2	39,5	38,8	40,9	38,7
über 140–200 (Wohlst.)	13,7	14,6	17,6	15,9	18,0	18,6	18,7	15,7	16,6	11,7	11,9	15,9	16,7	17,4	16,2	15,9	16,9
über 200 (Reichtum)	8,8	7,3	7,4	8,4	11,8	10,7	11,0	12,6	12,1	4,1	4,8	5,3	6,9	10,7	11,0	8,4	9,6

Quelle: ECHP, EU-SILC, SHP, SOEP, 1996–2013, eigene Berechnungen (gewichtete Analysen); (-) Daten nicht verfügbar; Quoten: Angaben in % des nationalen Median-Äquivalenzeinkommens (Lesebeispiel: Personen die der Mittelschicht zugeordnet werden, verfügen über 80–140% des Äquivalenzeinkommens; in der „Wohlstandsschicht“ verfügt man über 140–200% des Äquivalenzeinkommens).



Eine Nachbarin beobachtet von ihrem Balkon die Zwangsräumung einer Wohnung in Madrid. Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise gerieten viele Privathaushalte in die Zahlungsunfähigkeit. Aktuell ist ein Viertel der spanischen Bevölkerung von Armut betroffen.

picture alliance/dpa

grenzungsthese würde man im Zusammenhang mit dem Schrumpfen der Mitte der Gesellschaft eher von einem Anwachsen der Schichten am untersten Rand der Gesellschaft ausgehen.

Unsere Analysen für Deutschland zeigen nun, dass die Mittelschicht tatsächlich schrumpft (1996: 49,4%; 2013: 44,0%), während die sozialen Schichten an den „Rändern“ der Gesellschaft expandieren. Damit geht einher, dass die Gruppe der armutsgefährdeten Personen mit einem Einkommen unterhalb von 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens zwischen 1996 und 2013 anwächst (12,4% in 1996; 14,7% in 2013). Das bedeutet, dass im Jahr 2013 ca. ein Siebtel der deutschen Bevölkerung mit ihrem Einkommen unter die Armutsgrenze fällt. Interessant ist zudem, dass im gleichen Zeitraum die Quote der Personen, die zur Oberschicht zugeordnet werden können und über mehr als 200 Prozent des nationalen Medianeinkommens verfügen, ebenfalls zunimmt (6,2% in 1996; 8,2% in 2013). Der Anteil der Personen, die in Wohlstand leben – also über 140 bis 200 Prozent des nationalen Medianeinkommens verfügen –, ist im gleichen Zeitraum ebenfalls leicht angestiegen.

Die vorliegenden Zahlen zeigen letztlich, dass eine Schrumpfung der Mittelschicht in Deutschland über den Zeitraum der letzten 15 bis 20 Jahren vergleichsweise stark ausgeprägt ist, was man als Beleg für die transformativen Entwicklungen und Umbrüchen am Arbeitsmarkt und in der Sozialpolitik interpretieren kann (Trampusch 2010). Vertiefende Analysen in diesem Bereich zeigen zudem, dass vor allem Migrantinnen und Migranten aus der gesellschaftlichen Mitte herausfallen (Verwiebe 2014).⁴ Kurz nach der deutschen Wiedervereinigung war die migrantische Mittelschicht etwa so groß wie die der deutschen Bevölkerung. Inzwischen kann man nur noch ca. 35 Prozent der Bürgerinnen und Bürger ohne deutsche Staatsbürgerschaft dieser Gruppe zurechnen (Verwiebe 2014).

In Österreich können wir andere Dynamiken beobachten. Die vergleichsweise hohe Stabilität am Arbeitsmarkt und die stufenweise bzw. schrittweise Flexibilisierung der wohlfahrtsstaatlichen Institutionen federn wachsende Ungleichheiten immer noch weitgehend ab (Hermann/Flecker 2009; Mairhuber 2009). Während die Quote der Personen, die in Armut leben nur leicht ansteigt (1996: 13,8%; 2013: 14,4%), bleibt die Mittelschicht im Untersuchungszeitraum stabil (1996: 48,7%; 2013: 48,1%). Ähnlich stabil bleibt die Schicht der Personen, die in Wohlstand leben und über 140 bis 200 Prozent des nationalen Medianeinkommens verfügen. Lediglich in der obersten Schicht können wir Veränderungen verzeichnen – die Quoten steigen von 5,2 Prozent im Jahr 1996 auf 6,4 Prozent im Jahr 2013. In der Schweiz finden wir eine Entwicklung vor, die mit Blick auf den Ausbau des Schweizer Wohlfahrtsstaates und einer gestärkten sozialpolitischen Gesetzgebung diskutiert werden könnte: Während die Gruppe der Personen, die armutsgefährdet ist, in Österreich und Deutschland im Zeitverlauf größer wird, ist dies in der Schweiz nicht der Fall. Zudem ist die Armutsgefährdung deutlich schwächer ausgeprägt als in den anderen deutschsprachigen und den meisten anderen europäischen Staaten. Der Zeitvergleich zwischen 2000⁵ und 2013 belegt zudem, dass die „Prekaritäts-Quote“ in der Schweiz stabil ist. Der augenscheinlichste Unterschied besteht in der Dynamik in der Mitte der Gesellschaft: Im Gegensatz zu Deutschland und Österreich wächst die Schweizer Mittelschicht im Zeitverlauf (2000: 40%; 2013: 43,7%). Diese Entwicklungen weisen insgesamt auf sehr spezifische ungleichheitsrelativierende Dynamiken und eine Abnahme sozialer Polarisierung in der Schweiz hin.

Was lässt sich zusätzlich über die Schichtdynamiken in den deutschsprachigen Ländern mit Blick auf europäische Trends aussagen? Zunächst ist für die nordischen Länder

(Norwegen, Schweden, Dänemark) auffallend, dass der Reichtum sehr gering ausgeprägt ist, wenn man wie in unserem Fall die verfügbaren Haushaltseinkommen als Basis nimmt. Im gesamten Zeitverlauf können weniger als fünf Prozent der Bevölkerung dieser sozialen Schicht zugeordnet werden (ähnlich hier die Niederlande). In der Mittelschicht leben hingegen wesentlich mehr Menschen, als dies in anderen europäischen Ländern der Fall ist. In Norwegen liegt dieser Anteil beispielsweise bei über 55 Prozent. Spanien wäre hierzu das Gegenbeispiel. Die Armut ist weit verbreitet, circa ein Viertel der Gesellschaft ist betroffen. Gleichzeitig schrumpft die Mittelschicht, die im Vergleich zu den deutschsprachigen und anderen europäischen Ländern deutlich kleiner ist. Ein wichtiger Vergleichsfall ist auch das liberal geprägte Großbritannien: Hier sind die Ränder der Gesellschaft – also Armut und Reichtum – überdurchschnittlich stark ausgeprägt, während die Mittelschicht im europäischen Vergleich eher klein ist. Damit ähnelt die britische Schichtdynamik der, die wir in baltischen Staaten wie zum Beispiel in Lettland beobachten können. Ein Land wie Frankreich nimmt in diesem Gesamtbild eine mittlere Position; die soziale Schichtung ist hier, ähnlich wie in Österreich, relativ stabil.

Man kann die vorliegenden Analysen für den Zeitraum seit Mitte der 1990er Jahre wie folgt zusammenfassen:

- Für Deutschland deutet sich eine mehrfache Dynamik der sozialen Polarisierung an, die mit einem Anwachsen von Armutslagen, einem Schrumpfen der Mittelschicht und einer gleichzeitigen Zunahme des Reichtums korrespondiert. Die These der Entgrenzung scheint in diesem Zusammenhang plausibel. In Österreich beobachten wir hingegen eine relativ starke Stabilität der sozialen Schichtung. In der Schweiz lässt sich vor dem Hintergrund des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates sogar eine Ausdehnung der Mittelschicht beobachten, gleichzeitig nehmen Prekarität und Reichtum bei den Haushaltseinkommen etwas ab.
- Mit Blick auf gesamteuropäische Trends können wir unterschiedliche Muster der sozialen Schichtung beobachten. Auffallend ist vor allem der markante Unterschied zwischen süd- und nordeuropäischen Ländern. In den südlichen Ländern sind die „Ränder“ der Gesellschaft überdurchschnittlich ausgeprägt. Armut und Reichtum nehmen im Vergleichszeitraum tendenziell zu, während die Mittelschicht gleichzeitig stark schrumpft. Hier weisen unsere Analysen also ebenfalls auf eine wachsende soziale Polarisierung hin. Im Gegensatz dazu ist in den nordischen Ländern die Mitte der Gesellschaft gut geschützt und der Reichtum nur schwach ausgeprägt.

Fazit

Die vorgestellten Analysen dieses Beitrags belegen eine wachsende Polarisierung der Einkommensverteilung für Deutschland. Kernelemente dieser Entwicklung sind eine Schrumpfung der Mittelschicht sowie ein Wachstum der Bevölkerungsgruppen an den Rändern der Gesellschaft. Sowohl der Reichtum als auch die Armut haben zwischen 1996 und 2013 zugenommen. Neben den Analysen zur Sozialstruktur Deutschlands wurden im vorliegenden Beitrag auch weitere europäische Länder genauer betrachtet. Wir können mit diesen Analysen insgesamt deutlich machen,

dass der Aus- bzw. Umbau der Wohlfahrtsstaaten, die veränderten sozioökonomischen Rahmenbedingungen der Nationalstaaten und die spezifischen politischen Schwerpunktsetzungen jeweils unterschiedliche Entwicklungsmodalitäten des sozialen Wandels hervorbringen. Interessant ist dabei, dass die drei deutschsprachigen, zentraleuropäischen Länder – trotz zahlreicher Gemeinsamkeiten und historisch gewachsener Verflechtungen – recht unterschiedlich auf neue Herausforderungen reagieren. Während der transformative Charakter des sozialen Wandels in Deutschland mit wachsender Ungleichheit und einer Zunahme sozialer Polarisierung einhergeht, bleibt die Sozialstruktur in Österreich auffallend stabil (vgl. Trampusch 2010). In der Schweiz beobachten wir sogar ungleichheitsrelativierende Dynamiken, die in einem Ausbau des Sozialstaates und im Wachstum der Mittelschicht resultieren. Und letztlich zeigt unser gesamteuropäischer Vergleich auch sehr deutlich, dass die wohlfahrtsstaatlichen Rahmenbedingungen einen erheblichen Einfluss auf die Schichtzugehörigkeit der Personen haben. Auffallend sind dabei das Gefälle zwischen nord- und südeuropäischen Ländern, aber auch die Besonderheiten der sozialen Schichtung in eher liberalen Staaten wie Großbritannien und Lettland.



Seit dem Jahr 2011 sind in Spanien Demonstrationen der Indignados („Empörte“) an der Tagesordnung. Die Indignados kritisieren die Austeritätspolitik und die sozialen sowie politischen Missstände.

picture alliance/dpa

LITERATUR

- Alesina, Alberto/Spolaore, Enrico (2003): *The Size of Nations*. Cambridge, MA.
- Atzmüller, Roland (2009): Aktivierung statt Vollzeitbeschäftigung. Die Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Österreich. In: Hermann, Christoph/Atzmüller, Roland (Hrsg.): *Die Dynamik des „österreichischen Modells“. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem*. Berlin, S. 135–186.
- Böhnke, Petra (2010): Hoher Flug, tiefer Fall? Abstiege aus der gesellschaftlichen Mitte und ihre Folgen für das subjektive Wohlbefinden. In: Burzan, Nicole/Berger, Peter A. (Hrsg.): *Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte*. Wiesbaden, S. 231–249.
- Burkhardt, Christoph u. a. (2013): *Mittelschicht unter Druck?* Gütersloh.
- Crouch, Colin (1993): *Industrial Relations and European State Traditions*. Oxford.
- Esping-Andersen, Gøsta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge.
- Esping-Andersen, Gøsta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford.
- Eurostat, Unemployment; URL: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes> [02.02.2016].
- Flückiger, Yves (1998): The Labour Market in Switzerland: the End of a Special Case? In: *International Journal of Manpower*, 6/1998, S. 369–395.
- Giesecke, Johannes/Verwiebe, Roland (2008): Die Lohnentwicklung in Deutschland zwischen 1998 und 2005 – Wachsende Ungleichheit. In: *WSI-Mitteilungen*, 2/2008, S. 85–91.
- Giesecke, Johannes/Verwiebe, Roland (2009): Wages and Labor Market. The Changing Wage Distribution in Germany between 1985 and 2006. In: *Journal of Applied Social Science Studies*, 2/2009, S. 191–201.
- Giesecke, Johannes/Verwiebe, Roland (2010): Erwerbschancen und Arbeitsmarktintegration im wiedervereinigten Deutschland. In: Krause, Peter A./Ostner, Ilona (Hrsg.): *20 Jahre Fall der Mauer – Bilanz der deutschen Einheit*. Frankfurt am Main, S. 247–276.
- Grabka, Markus M./Frick, Joachim R. (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen? In: *DIW-Wochenbericht*, 10/2008, S. 101–115.
- Groh-Samberg, Olaf (2009): *Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur*. Wiesbaden.
- Groh-Samberg, Olaf/Hertel, Florian R. (2010): Abstieg der Mitte? Zur langfristigen Mobilität von Armut und Wohlstand. In: Burzan, Nicole/Berger, Peter A. (Hrsg.): *Dynamiken (in) der gesellschaftlichen Mitte*. Wiesbaden, S. 137–158.
- Groh-Samberg, Olaf u. a. (2014): *Lebensführung unter Druck? Die Statusarbeit der Mittelschichten*. Weinheim.
- Haller, Max u. a. (2015): Drei Wege zur Zählung des Kapitalismus. Die Wahrnehmung und Bewertung sozialer Ungleichheit in Deutschland, Österreich und der Schweiz. In: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie*, 1/2015, S. 1–31.
- Hermann, Christoph/Flecker, Jörg (2009): Das Modell Österreich im Wandel. In: Hermann, Christoph/Atzmüller, Roland (Hrsg.): *Die Dynamik des „österreichischen Modells“. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem*. Berlin, S. 17–44.
- Klinger, Sabine/Rothe, Thomas (2012): Der Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland: Ein Erfolg der Hartz-Reformen oder konjunktureller Effekt? In: *Schmollers Jahrbuch*, 1/2012, S. 89–121.
- Leibfried, Stephan u. a. (1995): *Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat*. Frankfurt am Main.
- Mairhuber, Ingrid (2009) Entwicklung der österreichischen Alterssicherung seit den 1980er Jahren. In: Hermann, Christoph/Atzmüller, Roland (Hrsg.): *Die Dynamik des „österreichischen Modells“. Brüche und Kontinuitäten im Beschäftigungs- und Sozialsystem*. Berlin, S. 187–213.
- Mau, Steffen (2012): *Lebenschancen. Wohin driftet die Mittelschicht?* Berlin.
- Mau, Steffen/Verwiebe, Roland (2010): *European Societies. Mapping Structure and Change*. Bristol.
- Palier, Bruno (2010): *A Long Good Bye to Bismarck. The Politics of Welfare Reforms in Continental Europe*. Amsterdam.
- Statistisches Bundesamt (2012): *Wanderungen über die Grenzen Deutschlands nach ausgewählten Zuwanderungsgruppen 1991 bis 2011*; URL: www.destatis.de [03.03.2012].
- Talos, Emmerich (2004): *Umbau des Sozialstaates? Österreich und Deutschland im Vergleich*. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 4/2004, S. 213–236.
- Teitzer, Roland u. a. (2014): *Arbeitsmarktflexibilisierung und Niedriglohnbeschäftigung: Deutschland und Österreich im Vergleich*. In: *WSI-Mitteilungen*, 4/2014, S. 257–266.
- Trampusch, Christine (2008): Von einem liberalen zu einem post-liberalen Wohlfahrtsstaat: Der Wandel der gewerkschaftlichen Sozialpolitik in der Schweiz. In: *Swiss Political Science Review*, 1/2008, S. 49–84.
- Trampusch, Christine (2010): *Employers, the State and the Politics of Institutional Change: Vocational Education and Training in Austria, Germany and Switzerland*. In: *European Journal of Political Research*, 4/2010, S. 545–573.
- Verwiebe, Roland (2014): *Die Auflösung der migrantischen Mittelschicht und wachsende Armut in Deutschland. Eine empirische Analyse für den Zeitraum zwischen 1991 und 2012*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 42–43/2014, S. 79–86.
- Verwiebe, Roland u. a. (2014): *Austria – The Bastion of Calm?* In: Nolan, Brian u. a. (Hrsg.): *Changing Inequalities and Societal Impacts in Rich Countries: Thirty Countries' Experiences*. Oxford, S. 71–95.
- Visser, ICTWSS Database Version 4 (April 2013); URL: <http://www.uva-aias.net/>.

UNSER AUTORENTEAM



Mag. Dr. Nina-Sophie Fritsch ist Universitätsassistentin am Institut für Soziologie der Universität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Gender, Ungleichheit, Arbeitsmarkt.



Prof. Dr. Roland Verwiebe ist Universitätsprofessor für Sozialstrukturforschung und quantitative Methoden sowie stellvertretender Vorstand des Instituts für Soziologie der Universität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind: Ungleichheit, Arbeitsmarkt, Migration, Europäisierung.

ANMERKUNGEN

- 1 Charakteristisch für Österreich ist auch die im internationalen Vergleich außergewöhnlich hohe Tarifbindung. Aufgrund der Pflichtmitgliedschaft der Betriebe in den Arbeitgeberverbänden werden über 90 Prozent der Beschäftigten nach Kollektivverträgen entlohnt. Zum Vergleich: In Deutschland betrifft dies nur noch etwa die Hälfte der Beschäftigten, im Osten des Landes sogar nur ca. ein Drittel der Arbeitnehmer; in skandinavischen Staaten oder auch in Frankreich gilt eine Tarifbindung für ca. 70 bis 80 Prozent der Beschäftigten (Visser 2013).
- 2 Ein wichtiges Element der österreichischen Austeritätspolitik ist die Pensionsreform im Jahr 2003, die zu erheblichen Reduktionen des Leistungsniveaus und Einschränkungen beim Zugang zu den vorzeitigen Alterspensionen führte (Hermann /Flecker 2009). Das Ziel der Pensionsreform war es, die Beschäftigungsrate der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu steigern und das Pensionsantrittsalter zu erhöhen (Mairhuber 2009). Fast zeitgleich wurden viele staatliche Betriebe zur Sanierung des Staatshaushalts privatisiert und die Beschäftigungsverhältnisse im Bereich der Leiharbeit und Werkvertragsarbeit liberalisiert (Atzmüller 2009).
- 3 Seit den 1990er Jahren gibt es in der Schweiz eine Reihe von sozialpolitischen Reformen, die den Ausbau des Wohlfahrtsstaates unterstützen; dazu zählen beispielsweise der obligatorische und bezahlte Mutterschaftsurlaub und die nationale Regelung der Kinderzulagen (Trampusch 2008). Aktuell wird gesellschaftlich über die Einführung von Mindestlöhnen und Grundeinkommen verhandelt.
- 4 Für vertiefende Analysen wurden an dieser Stelle Regressionsmodelle für Deutschland, Österreich und Schweiz für jeweils zwei Zeitpunkte berechnet. Aus Platzgründen werden sie in diesem Artikel nicht dargestellt. Sie belegen, dass insbesondere Migrantinnen und Migranten ein erhöhtes Risiko tragen, aus der Mittelschicht „herauszufallen“.
- 5 Aufgrund der Datenverfügbarkeit konnten für die Schweiz nur die Jahre 2000 bis 2013 analysiert werden.

Verunsicherte Milieus – eine Mittelschicht in Abstiegsangst?

Judith Niehues

Seit geraumer Zeit ist die Mittelschicht, die als Gradmesser für die Stabilität des sozialen Zusammenhalts gilt, ins Zentrum der medialen Berichterstattung gerückt, die mit besorgniserregenden Szenarien nicht spart. Einigkeit in der öffentlichen Debatte und in der Bewertung der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Mittelschicht herrscht jedoch keineswegs. Während einige Studien eine schrumpfende Mittelschicht konstatieren, betonen andere deren Stabilität. Judith Niehues geht der Frage nach, ob sich tatsächlich eine zunehmende Verunsicherung der Gesellschaft, insbesondere der Mittelschicht, beobachten lässt. Der Beitrag analysiert auf der Grundlage repräsentativer Haushaltsbefragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels zunächst die Entwicklung des bundesrepublikanischen Schichtgefüges seit der Wiedervereinigung und untersucht die Häufigkeit sozialer Auf- und Abstiege. In einem abschließenden Schritt wird die reale Entwicklung mit der „gefühlten“ Situation einzelner gesellschaftlicher Schichten verglichen. |

Vorbemerkungen

Die Mittelschicht wird in Deutschland häufig als Gradmesser für die gesellschaftliche Entwicklung und für die Stabilität des sozialen Zusammenhalts gesehen. Meldungen, dass die Mittelschicht immer weiter zu Lasten der Ränder ausdünn, werden daher als besorgniserregend empfunden. Ein Blick auf unterschiedliche Mittelschichtstudien zeigt allerdings: Einigkeit in der Bewertung der langfristigen Entwicklung der (Einkommens-)Mittelschicht gibt es nicht. Einige Studien stellen eine schrumpfende Mittelschicht fest,¹ andere wiederum konstatieren eine – auch in längerfristiger Perspektive – sehr stabile Mittelschicht.² Neben der anhaltenden Diskussion, ob die ökonomische Mittelschicht nun langfristig zurückgeht oder nicht, rückt zunehmend auch die gefühlte Situation in der Mittelschicht in den Fokus der Debatten. Gesellschaftliche Veränderungen wie die zunehmende Modernisierung und Individualisierung, Einflüsse der Globalisierung und Prozesse der Digitalisierung – all dies kann zu einer wachsenden Verunsicherung der Gesellschaft führen. Die Mittelschicht, die stets bestrebt ist, mindestens ihren sozialen Status zu bewahren oder zu verbessern, nimmt in der Debatte eine besondere Rolle ein. Insbesondere seit den Hartz-Reformen befürchten Angehörige der Mittelschicht einen unmittelbaren Abstieg ins Bodenlose, und die zunehmenden „Abstiegsängste der Mitte“ sind zentraler Bestandteil der medialen Berichterstattung geworden.

Lässt sich tatsächlich eine zunehmende Verunsicherung der Gesellschaft und insbesondere der Mittelschicht beobachten? Dieser Frage geht der vorliegende Beitrag mit

Hilfe der repräsentativen Haushaltsbefragungsdaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) nach. Zunächst wird die tatsächliche Entwicklung des Schichtgefüges seit der Wiedervereinigung beleuchtet und die Häufigkeit der sozialen Auf- und Abstiege untersucht. Im Anschluss wird der realen Entwicklung die gefühlte Situation in den einzelnen gesellschaftlichen Schichten gegenübergestellt.

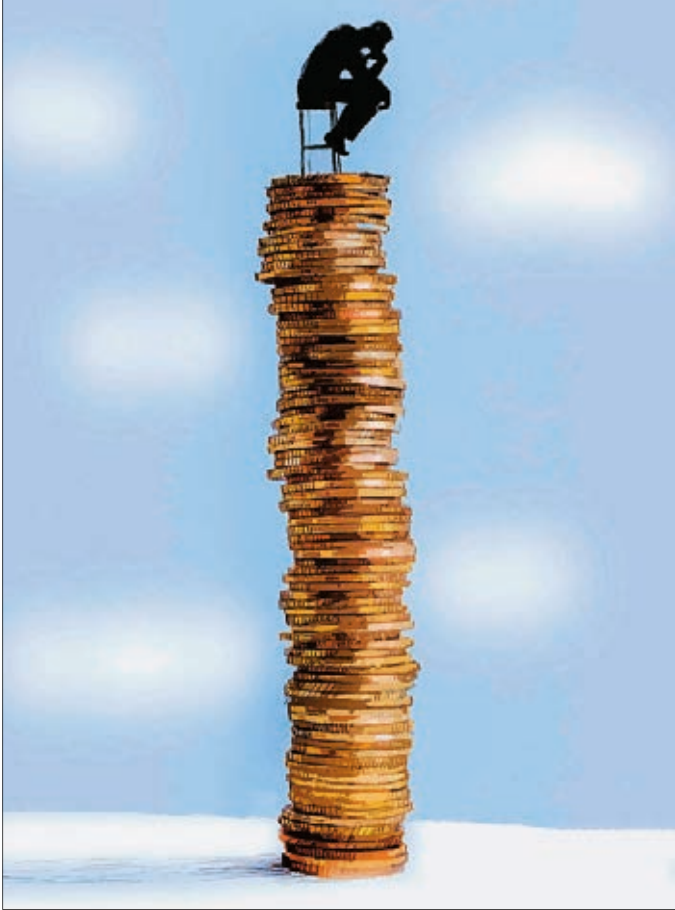
Gesellschaftliche Schichtungsmodelle

Um die Entwicklung der Sorgen in der Gesellschaft zu analysieren und mit der realen Situation abzugleichen, muss zunächst festgelegt werden, auf welches gesellschaftliche Strukturierungskonzept zurückgegriffen werden soll. Dies



Eine Teilnehmerin einer Demonstration in Erfurt. Insbesondere seit den Hartz-Reformen befürchten Angehörige der Mittelschicht einen unmittelbaren Abstieg ins Bodenlose, und die zunehmenden „Abstiegsängste der Mittelschicht“ sind zentraler Bestandteil der medialen Berichterstattung geworden.

picture alliance/dpa



Für eine empirische Analyse ist eine vereinfachte Strukturierung der Gesellschaft erforderlich. Hierzu bietet sich eine Abgrenzung über das Einkommen an, da es ein zentrales Statusmerkmal darstellt, in dem sich viele soziologische Kriterien widerspiegeln. picture alliance/dpa

ist essentiell, um Bewegungen in und zwischen den einzelnen Bereichen feststellen zu können. Schichten, Klassen, Milieus – wie die unterschiedlichen Begriffe schon andeuten, gibt es eine Reihe von theoretischen Konstrukten, um die Gesellschaft in unterschiedliche Bereiche zu strukturieren. Eine Gemeinsamkeit der Schichtungsmodelle ist die Abbildung vertikaler sozio-ökonomischer Statusvariablen, wie beispielsweise Beruf, Bildung und/oder Einkommen. „Milieus“ bilden darüber hinaus in einer zweiten Dimension gemeinsame Lebensweisen und Wertevorstellungen ab. Durch die Kombination von sozialem Status und Wertevorstellungen lassen sich homogene soziale Gruppen in der Gesellschaft abgrenzen. Da sich die Gesellschaft über die Zeit wandelt, verändern sich auch die Milieumodelle und werden zunehmend komplexer. Die Komplexität ist notwendig, um die steigende Heterogenität der Gesellschaft abzubilden. Allerdings hat die Differenzierung den Nachteil, dass sich die Entwicklung bestimmter Merkmale in den Gruppen und Bewegungen zwischen den Gruppen im Zeitablauf nur schwer konsistent analysieren lassen. Für die empirische Analyse ist es somit erforderlich, zu einer vereinfachten Strukturierung der Gesellschaft zurückzugehen. Hierzu bietet sich eine Abgrenzung über das Einkommen an, da es ein zentrales Statusmerkmal darstellt, in dem sich viele soziologische Kriterien widerspiegeln. Diese Vereinfachung hat jedoch den Preis, dass es sich bei den Einkommensschichten notwendigerweise um eher heterogene Gruppen handelt, die sich lebensweltlich in sehr unterschiedlichen Realitäten befinden können. Aber dafür erlaubt das Einkommen eine konsistente und eindeutige Abgrenzung unterschiedlicher Schichten auch über einen län-

geren Zeitraum und eine Vergleichbarkeit mit anderen Studien.

Definition der Einkommensschichten

Einkommensschichten werden meist in Relation zum sogenannten Medianeinkommen definiert. Dieses ist das Einkommen, welches die Bevölkerung genau in zwei gleich große Hälften teilt: Eine Hälfte hat ein höheres Einkommen, die andere Hälfte ein geringeres. Wo genau aber die Grenzen zwischen unterer Einkommensschicht, Mittelschicht und Reichtum verlaufen sollen, ist allein aus dem Merkmal Einkommen nicht eindeutig bestimmbar. Mithilfe einer mehrdimensionalen Betrachtung lassen sich jedoch sinnvolle Einkommensgrenzen begründen. Hierzu definiert man zunächst eine sozio-kulturelle Mitte und untersucht dann, welche Einkommensbereiche Haushalte mit mittelschichtstypischen Bildungsabschlüssen und Berufen vorwiegend besetzen.³

Tonangebend sind diese insbesondere in einem Bereich von 80 bis 150 Prozent des mittleren Einkommens (Median). Aber auch in den Bereichen über und knapp unter diesen Grenzen sind noch viele typische Mittelschichtshaushalte vertreten. Bei der einkommensbezogenen Mittelschichtdefinition kann man dies berücksichtigen, indem man die Gesellschaft nicht in die Armen, die Mitte und die Reichen – sondern in fünf Gruppen teilt: Den armutsgefährdeten Bereich (unter 60 Prozent des Medianeinkommens), die einkommensschwache oder „untere“ Mitte (60 bis 80 Prozent des Medianeinkommens), die Mitte im engen Sinne (80 bis 150 Prozent des Medianeinkommens), eine einkommensstarke oder „obere“ Mitte (150 bis 250 Prozent des Medianeinkommens) und die Einkommensreichen (mehr als 250 Prozent des Medianeinkommens).

Andere Studien zur Einkommensmittelschicht greifen beispielsweise auf die Abgrenzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zurück und verorten die Mittelschicht zwischen 70 und 150 Prozent des Medianeinkommens. Verschiedene internationale Studien beginnen erst bei 75 Prozent, und das Statistische Amt der Europäischen Union (EU) arbeitet mit der Spanne von 60 bis 200 Prozent des Medianeinkommens, um die Mittelschicht abzugrenzen. Neben der zusätzlichen sozialen Differenzierung hat die Verwendung von fünf anstatt drei Schichten somit auch den Vorteil, dass die weite Abgrenzung von 60 bis 250 Prozent eine Art Obergrenze für die Mittelschicht bildet und die enge Definition von 80 bis 150 Prozent eine Untergrenze.

Als Einkommenskonzept wird wie in Verteilungsanalysen üblich ein bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen betrachtet, um unterschiedliche Haushaltsgrößen und Skaleneffekte innerhalb von Haushalten zu berücksichtigen.⁴ Auf Basis des SOEP des Jahres 2013 beträgt das bedarfsgewichtete Medianeinkommen 1.712 Euro netto pro Monat. Die Einkommen beziehen sich jeweils auf das Vorjahr der SOEP-Befragungswelle.⁵ Demnach gehörte ein Alleinlebender im Jahr 2012 zur Mittelschicht im engen Sinn (i. e. S.), wenn er über ein Nettoeinkommen zwischen 1.370 und 2.568 im Monat verfügte. Die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedarfe spiegelt sich darin wider, dass ein Paar ohne Kinder beispielsweise nur über das 1,5-fache des Einkommens eines Singles verfügen muss, um zur Mittelschicht zu gehören. Bei einer Familie mit zwei Kindern

unter 14 Jahren liegen die Einkommensgrenzen um den Faktor 2,1 höher. Daraus folgt beispielsweise, dass ein Paar ohne Kinder im Jahr 2012 ab einem gemeinsamen monatlichen Haushaltseinkommen von 6.420 Euro netto zur Gruppe der Reichen zählte – und damit zu den einkommensmäßig oberen vier Prozent der Gesellschaft.

Entwicklung der Einkommensschichten

Bevor die Sorgen in den einzelnen Einkommensbereichen näher untersucht werden, wird zunächst analysiert, wie sich die Größe der einzelnen Schichten im Zeitablauf entwickelt hat. Eine zulasten der Ränder schrumpfende Mittelschicht deutet hierbei auf eine zunehmende (Einkommens-) Ungleichheit in der Gesellschaft hin. Die Wiedervereinigung stellt einen nahe liegenden Startpunkt für die Analyse dar, da sich hieraus auch ein markanter struktureller Bruch für die Entwicklung Westdeutschlands ergibt. Seither lässt sich die Entwicklung der Mittelschicht in Deutschland in drei Phasen einteilen (Abbildung 1).

Im Zuge des ostdeutschen Aufholprozesses vergrößerte sich der Anteil der Mitte i. e. S. zunächst bis 1997 von 50,4 auf knapp 55,1 Prozent.⁶ Bis 2005 ist der Anteil der Mittelschicht dann wieder auf 49,8 Prozent geschrumpft. Parallel zu dieser Entwicklung sind die Anteile der relativ einkommensarmen sowie der Reichen etwas gestiegen. Dieser schrumpfende Trend hat sich aber nicht kontinuierlich bis an den aktuellen Rand fortgesetzt, sondern seit 2005 hat sich das Schichtgefüge nur noch wenig verändert. In den letzten beiden Beobachtungsjahren wird die Mittelschicht allerdings wieder etwas kleiner – wobei sich die Anteile gleichermaßen in die unteren und oberen Einkommensbereiche aufteilen.

An dieser Stelle ist bereits jetzt anzumerken, dass sich diese Entwicklung im kommenden Beobachtungsjahr voraussichtlich fortsetzen (und verstärken) wird. In der SOEP-

Welle 2013 wurde nämlich eine zusätzliche Migrationsstichprobe erhoben, um den positiven Wanderungssaldo der vergangenen Jahre abzubilden. Es zeigt sich, dass ein großer Teil dieser Befragten eher in den unteren Einkommensbereichen verortet ist. Da sich die Einkommensangaben im ersten Befragungsjahr jedoch häufig als verzerrt erweisen, werden die Neu-Befragten konventionell erst im Folgejahr bei den Verteilungskennziffern berücksichtigt.⁷ Wenn man die Stichprobe bereits jetzt berücksichtigt, steigt die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2012 von 14,4 auf 15,5 Prozent, gleichzeitig würde die Mitte i. e. S. dann auf 47,6 Prozent zurückgehen. Einen vergleichbaren Effekt auf den unteren Einkommensbereich erkennt man in Abbildung 1 im Jahr 1994, in der erstmals im SOEP eine Migrationsstichprobe ergänzt wurde.

Insgesamt hängt die Bewertung der Entwicklung der einzelnen Schichten somit stark vom Beginn des Betrachtungszeitraums ab. Eine Expertise für den Vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung kommt bei der Bewertung der Entwicklung des Schichtgefüges insgesamt zu dem Schluss: „Aber auch in längerfristiger Perspektive zeigt sich eine im Wesentlichen stabile mittlere Einkommensschicht“.⁸

Die Entwicklung der Realeinkommen

Die Entwicklung der Größe der Einkommensschichten illustriert den Grad der Ungleichheit in der Gesellschaft und bietet damit einen Indikator für die Stabilität des gesellschaftlichen Gefüges. Informationen über die Entwicklung des Wohlstands in den einzelnen Schichten enthält diese Darstellung aber nicht. Daher wird in diesem Abschnitt die

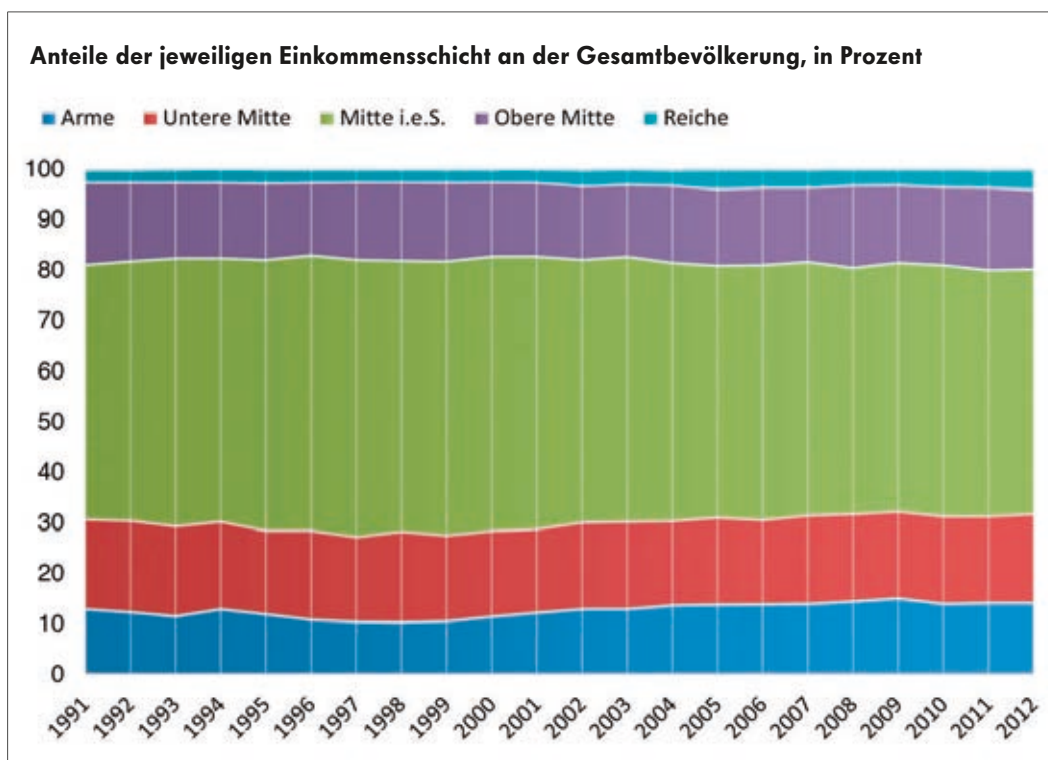


Abbildung 1: Entwicklung der Einkommensschichten

Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen

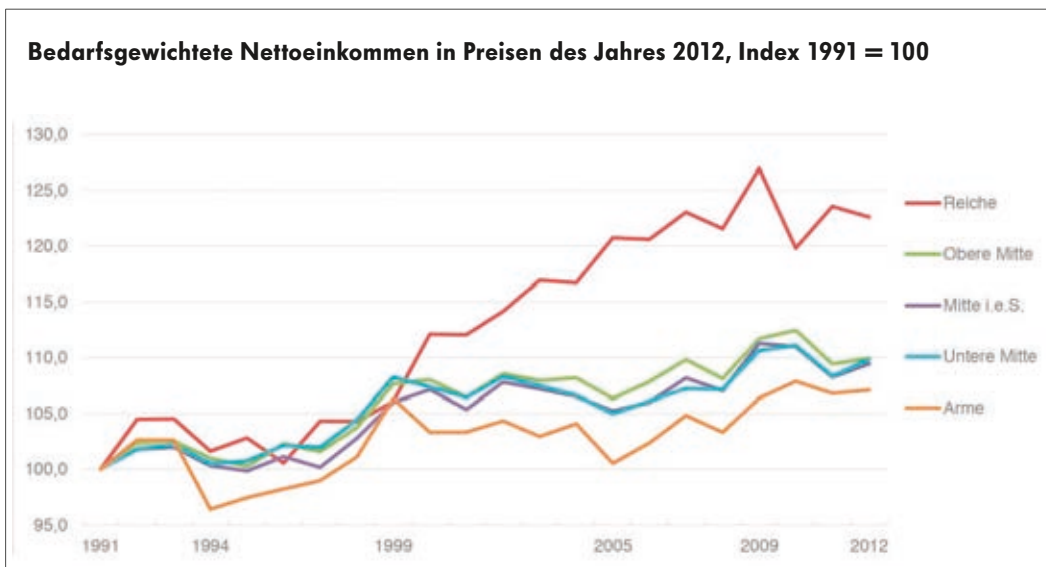


Abbildung 2: Entwicklung der Realeinkommen

Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen

Entwicklung der Realeinkommen als Proxy für die Wohlstandsentwicklung in den Einkommensschichten betrachtet. Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, hängt auch hier der Befund stark vom gewählten Betrachtungszeitraum ab. Berücksichtigt man, dass der deutliche „Knick“ in der Realeinkommensentwicklung bei den Armutgefährdeten zum Jahr 1994 maßgeblich auf eine in diesem Jahr neu eingehende Migrationsstichprobe zurückgeht (siehe oben), sieht man zunächst eine nahezu parallele Entwicklung der Realeinkommen in allen Schichten bis zum Jahr 1999. In den darauf folgenden Jahren öffnet sich die Einkommensschere: die Reichen profitieren von deutlich höheren relativen Einkommenszuwächsen gegenüber den mittleren und unteren Einkommensbereichen. Zwischen 1994 und 2005 steigt das Realeinkommen der Reichen um 19 Prozent, die anderen Einkommensgruppen können in diesem Zeitraum nur Zuwächse von rund fünf Prozent verbuchen.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn man nur den Zeitraum ab 2005 betrachtet: In diesem Zeitraum stagnieren die realen Nettoeinkommen der Reichen nahezu (+1,5 Prozent), die unteren und mittleren Einkommensbereiche können hingegen leichte Zuwächse verbuchen. Aus Vertei-

lungsperspektive besonders positiv ist, dass die relativen Zuwächse im untersten Einkommensbereich in diesem Zeitraum am größten waren (+6,5 Prozent).⁹ Auch wenn die Einkommensschere – wie in Abbildung 2 erkennbar – dadurch nur leicht zusammengeht, widerspricht es doch der Wahrnehmung, dass sich die Ungleichheitssituation in Deutschland insbesondere seit Einführung von Hartz IV im Jahr 2005 deutlich verschlechtert hat.

Mobilität zwischen den Schichten

Neben der Größe und dem Wohlstand der einzelnen Schichten spielen auch die Bewegungen zwischen den einzelnen Einkommensgruppen eine zentrale Rolle für das (Un-)Sicherheitsbewusstsein der Gesellschaft. Daher erfolgt an dieser Stelle ein Blick auf die tatsächlich beobachtbaren Auf- und Abstiege in einem bestimmten Zeitraum. Insbesondere seit den Hartz-Reformen herrscht in der Mittelschicht die Befürchtung eines unmittelbaren Abstiegs ins „Bodenlose“. Auf der anderen Seite ist eine Durchlässigkeit nach oben gewünscht. Eine stabile Zusam-

Tabelle 1: Mobilität zwischen den Einkommensschichten (Anteile in Prozent, 2008 bis 2012)

		Einkommens- arme	Einkommens- schwache Mitte	Mitte i. e. S.	Einkommens- starke Mitte	Einkommens- reiche	Insgesamt
		2012					
2008	Einkommensarme	57,3	21,3	19,2	2,1	0,3	100,0
	Einkommenschwache Mitte	19,9	40,1	40,2	1,7	0,0	100,0
	Mitte i. e. S.	2,8	12,9	72,5	11,2	0,6	100,0
	Einkommensstarke Mitte	0,9	0,5	32,6	57,4	8,6	100,0
	Einkommensreiche	0,0	0,2	5,6	24,0	70,2	100,0
	Insgesamt	12,5	16,3	50,8	16,3	4,1	100,0

Lesebeispiel: 2,8 Prozent der Personen, die im Jahr 2008 noch der Mittelschicht i. e. S. angehörten, sind im Jahr 2012 in den Bereich der relativen Einkommensarmut abgerutscht.

Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen

mensetzung der Mittelschicht auf der einen Seite geht allerdings notwendigerweise mit wenigen Aufstiegen aus der unteren Einkommensschicht auf der anderen Seite einher.

Tabelle 1 illustriert beispielhaft die Bewegungen zwischen den einzelnen Einkommensschichten innerhalb des Fünfjahreszeitraums zwischen 2008 und 2012 (Übergangshäufigkeit). Hierbei können allerdings nur die Personen berücksichtigt werden, die über die gesamten fünf Jahre im Rahmen des SOEP befragt wurden. Da das SOEP regelmäßig um Auffüllungs-Stichproben ergänzt wird und diese Personen hier unberücksichtigt bleiben, ändern sich die Bevölkerungsanteile in den einzelnen Einkommensschichten gegenüber der Abbildung 1. Bei unveränderter Befragungsstruktur ab der SOEP-Welle 2009 würde die Armutsgefährdungsquote im Jahr 2012 beispielsweise „nur“ 12,5 Prozent betragen.

Wie die Abbildung zeigt, ist das Risiko von der Einkommensmitte i. e. S. direkt in den Bereich der relativen Einkommensarmut abzurutschen vergleichsweise gering: Dies gilt nach fünf Jahren für 2,8 Prozent der ursprünglichen Mittelschichtshaushalte. In absoluten Zahlen sind hiervon rund eine Millionen Personen betroffen. Weitere Analysen zeigen, dass der größere Teil der abgestiegenen Haushalte nicht langfristig im unteren Einkommensbereich verharret. Auch liegt die Zahl der beobachteten Abstiege nicht signifikant höher als in früheren Beobachtungszeiträumen.¹⁰ Umgekehrt konnten im gleichen Zeitraum immerhin ein Fünftel der Armutsgefährdeten des Jahres nach fünf Jahren in die Mittelschicht i. e. S. aufsteigen. Da die untere Einkommensschicht im Umfang deutlich kleiner ist als die Mittelschicht, entspricht das in absoluten Zahlen rund zwei Millionen Aufsteigern.

Mit Blick auf die Stabilität in der Mittelschicht erkennt man, dass knapp drei Viertel der Angehörigen der Mitte i. e. S. von 2008 auch im Jahr 2012 der Einkommensmittelschicht angehörten. Verkürzt man den Betrachtungszeitraum auf beispielsweise drei Jahre, dann erhöht sich dieser Anteil auf etwa 80 Prozent. Unabhängig vom Betrachtungszeitraum erweist sich dieser Wert seit der Wiedervereinigung als relativ konstant.¹¹ Die positiv konnotierte Stabilität in

der Mitte korrespondiert mit einem Verharrungsanteil von knapp 60 Prozent im Bereich der Armutsgefährdeten. Hierbei ist zusätzlich anzumerken, dass die Verharrungstendenz im Bereich der relativen Einkommensarmut um die Jahrtausendwende leicht zugenommen hat. In den 1990er Jahren lag der Anteil derjenigen, die nach fünf Jahren weiterhin der untersten Einkommensschicht angehörten, noch bei knapp unter 40 Prozent.

Bezüglich der Mobilität lässt sich also erkennen, dass das Erreichen der Einkommensmitte durchaus mit einer gewissen wirtschaftlichen Sicherheit einhergeht – das Abstiegsrisiko ist gering und hat sich im Zeitablauf auch nicht erhöht. Besorgniserregender ist die erhöhte Persistenz in der untersten Einkommensgruppe.

Sorgen und Ängste in der Gesellschaft

Der realen Entwicklung in den Einkommensschichten sollen nun die Empfindungen und Sorgen der Bürger im gleichen Zeitraum gegenübergestellt werden. Die Möglichkeiten, die Entwicklung der Sorgen und Ängste in der Gesellschaft – und insbesondere getrennt nach Schichten – im Zeitablauf abzubilden, sind aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit begrenzt. Ein Indikator, welcher im Zeitablauf konsistent erhoben wurde, ist ein Item im SOEP, das die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation abfragt. Der Befragte kann sich in jedem Jahr zwischen den drei Antwortmöglichkeiten „große Sorgen“, „einige Sorgen“ und „keine Sorgen“ entscheiden.

In Abbildung 3 ist jeweils der Anteil derjenigen in jeder Schicht abgetragen, der sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation macht. Es zeigt sich das zu erwartende Bild: Die wirtschaftlichen Sorgen nehmen mit zunehmenden Einkommen strukturell ab. Geben in der untersten Einkommensgruppe knapp 40 Prozent im Durchschnitt des gesamten Betrachtungszeitraums an, dass sie sich große

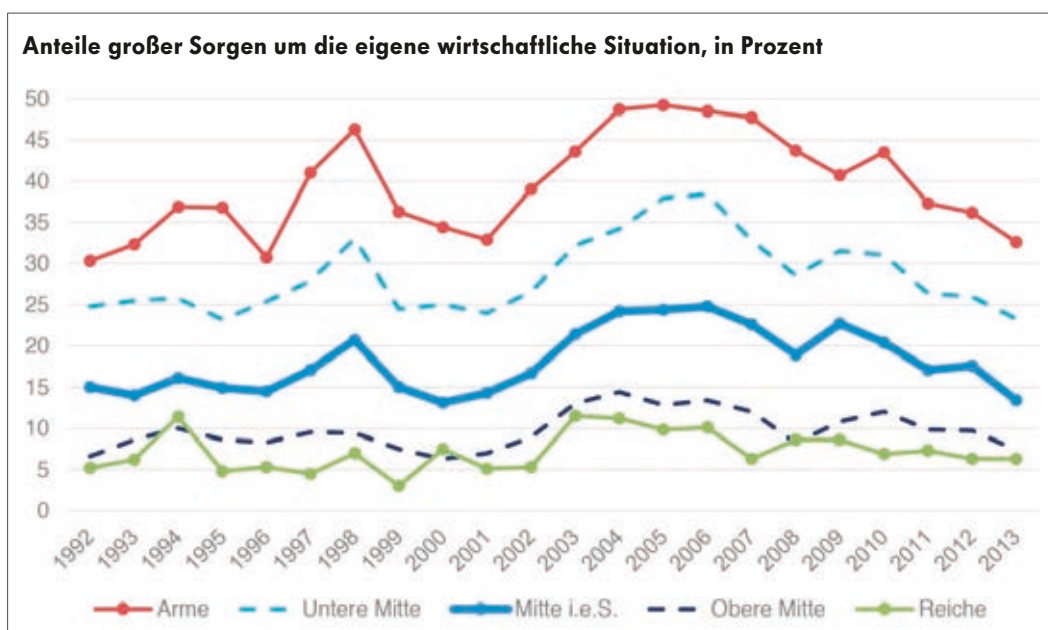


Abbildung 3: Wirtschaftliche Sorgen nach Einkommensschichten

Die Abgrenzung der Einkommensschichten basiert jeweils auf den Einkommen des Vorjahres.

Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen

Anteile großer Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung in der Gesamtbevölkerung, in Prozent

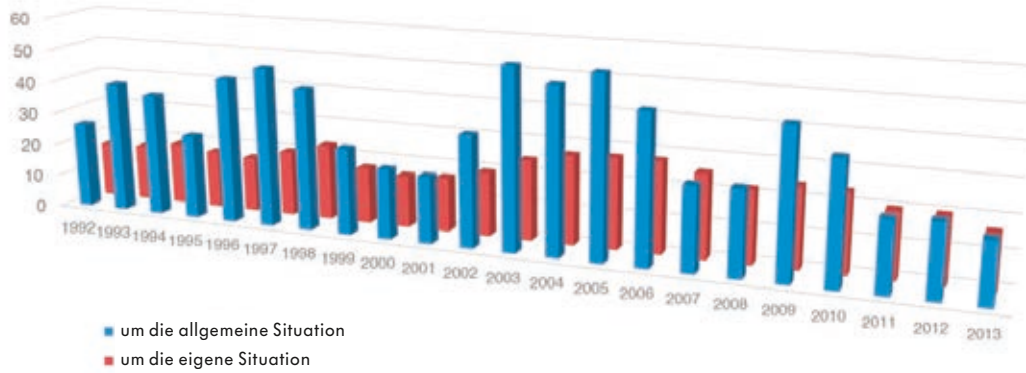


Abbildung 4: Wirtschaftliche Sorgen in der Gesellschaft

Quelle: SOEP v30, eigene Berechnungen

Sorgen um ihre wirtschaftliche Situation machen, sind es in der oberen Mittelschicht und bei den Reichen unter zehn Prozent.

Im Gegensatz zu den deutlichen Niveauunterschieden verläuft der zeitliche Trend allerdings über alle Einkommensgruppen hinweg bemerkenswert ähnlich. Lässt man die Gruppe der Reichen unberücksichtigt, dann erreichen die Sorgen im Zeitraum zwischen der Wiedervereinigung und der Jahrtausendwende zunächst im Jahr 1998 einen lokalen Höhepunkt. Bis zur Jahrtausendwende gehen sie leicht zurück, um schließlich zwischen 2005 und 2006 ihr globales Maximum im Betrachtungszeitraum zu erreichen. Seither geht der Anteil der Personen mit sehr großen Sorgen nahezu kontinuierlich zurück – mit einer temporären Abschwächung des Trends um die Zeit der Finanz- und Wirtschaftskrise. Am aktuellen Rand liegen die Sorgen in den Einkommensgruppen auf einem ähnlichen Niveau wie zu Zeiten der Wiedervereinigung. In der unteren bis mittleren Mittelschicht ist der Anteil sogar so gering wie nie zuvor seit der Wiedervereinigung.

Die Entwicklung der Sorgen geht somit deutlich stärker mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und mit konjunkturellen Faktoren einher, als mit der Entwicklung der Ungleichheit in der Gesellschaft. Auch wenn sich die Ungleichheit bis zum Jahr 1998 praktisch nicht verändert hat, erreichen die Sorgen ein lokales Maximum – nahezu zeitgleich mit einem temporären Höchstpunkt der Arbeitslosenquote. Und auch der deutliche Rückgang der Sorgen seit 2005 verläuft eher parallel zum Rückgang der Arbeitslosigkeit (und der positiven Realeinkommensentwicklung), als mit der sich praktisch nicht verändernden Ungleichheit.

Betrachtet man anstatt der Sorgen um die *eigene* wirtschaftliche Situation, die Sorgen um die *allgemeine* wirtschaftliche Situation in Deutschland, zeigt sich grundsätzlich ein ähnlicher Verlauf. Allerdings verläuft hier nicht nur der Trend zwischen den Einkommensgruppen ähnlich, sondern auch die Anteile derjenigen, die sich große Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung machen, sind in allen Einkommensgruppen ähnlich hoch. Dadurch ergibt sich der Effekt, dass insbesondere in schlechten Zeiten die ausgedrückte Sorge um die allgemeine wirtschaftliche Situation deutlich über der eigenen wirtschaftlichen Besorgtheit liegt (Abbildung 4). Bemerkenswert ist aber auch hier, dass sich im aktuellen Betrachtungsjahr nur noch 18,6 Prozent der deutschen Bevölkerung große Sorgen um

die allgemeine wirtschaftliche Situation hierzulande machen. Dies ist der geringste Wert im gesamten Betrachtungszeitraum.

Bewertung der Ergebnisse und Ausblick

Zeigt sich eine zunehmende Verunsicherung in der deutschen Gesellschaft? Wenn man sich zunächst die tatsächliche Situation anschaut, dann lässt sich die Entwicklung des Schichtgefüges seit der Wiedervereinigung grob in drei Zeiträume einteilen: eine stabile Entwicklung bis Ende der 1990er Jahre, ein Anstieg der Ungleichheit bis 2005 und seither wieder eine stabile bis positive Entwicklung. Aktuell zeigt sich in den Schichten also vor allem eines: die aktuell gute wirtschaftliche Situation in Deutschland. Die Mittelschicht ist dabei nicht nur Fundament der Entwicklung, sie profitiert auch davon. Insbesondere ist kein kontinuierlicher Trend dahingehend zu erkennen, dass sich die Mitte zunehmend von den Rändern abspaltet. Aus ökonomischer Perspektive ist es um die Mittelschicht aktuell somit gut bestellt. Auch der häufig befürchtete Abstieg in die Einkommensarmut ist eher selten zu beobachten. Allerdings gelingt in den letzten Jahren weniger Personen der Aufstieg in die Mittelschicht. Geht die Zugehörigkeit zur Mitte also durchaus mit einer beachtlichen wirtschaftlichen Sicherheit einher, besteht bei der Durchlässigkeit „nach oben“ noch Verbesserungspotenzial.

Noch positiver sieht die Entwicklung des subjektiven Empfindens in der Gesellschaft aus. Insbesondere in der Einkommensmittelschicht sind die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation so gering wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Gleiches gilt für die Sorgen um die allgemeine wirtschaftliche Situation in Deutschland. Mit dem Bild einer „verunsicherten Gesellschaft“ und einer „Mittelschicht in Abstiegsangst“ lassen sich die Befragungsdaten nur schwer vereinbaren. Würde in den vergangenen Jahren von einer zunehmend besorgten Mittelschicht gesprochen, sollten die hier dokumentierten empirischen Befunde eigentlich weitestgehend Entwarnung geben. Allerdings bleibt abzuwarten, welchen Einfluss die aktuellen Herausforderungen um die Flüchtlingszuwanderung – neben der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung – auf die zukünftigen Sorgen in der Gesellschaft haben.

- 1 Vgl. Jan Goebel/Martin Gornig/Hartmut Häußermann (2010): Die Polarisierung der Einkommen: Die Mittelschicht verliert. In: DIW-Wochenbericht, 24/2010, S. 2–8; Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2013): Mittelschicht unter Druck? Verfasser: Christoph Burkhardt u. a. Gütersloh.
- 2 Vgl. Christian Arndt (2010): Zwischen Stabilität und Fragilität: Was wissen wir über die Mittelschicht in Deutschland? Berlin; Judith Niehues/Thilo Schaefer/Christoph Schröder (2013): Arm und Reich in Deutschland: Wo bleibt die Mitte? Definition, Mythen und Fakten. In: IW-Analysen, Nr. 89 vom 24. Juli 2013.
- 3 Die im Folgenden verwendete Vorgehensweise und Abgrenzung richtet sich nach der ausführlichen Analyse von Judith Niehues/Thilo Schaefer/Christoph Schröder (2013): Arm und Reich in Deutschland: Wo bleibt die Mitte? Definition, Mythen und Fakten. In: IW-Analysen, Nr. 89 vom 24. Juli 2013.
- 4 Zur Bedarfsgewichtung wird die modifizierte OECD-Äquivalenzkala herangezogen, bei der dem Haushaltsvorstand ein Gewicht 1 und den weiteren Erwachsenen das Gewicht 0,5 zugewiesen wird. Kinder unter 14 Jahren erhalten den Skalenwert 0,3.
- 5 Im Gegensatz zu den sozio-kulturellen Merkmalen und den Sorgen der Befragten beziehen sich die Einkommen der SOEP-Welle 2013 somit auf das Vorjahr 2012.
- 6 Es ist auch dann ein Anstieg in diesem Zeitraum erkennbar, wenn man den Sondereffekt des Aufholprozesses außen vor lässt (J. Niehues et al. (Anm. 2), S. 30f).
- 7 Vgl. Jan Goebel/Markus M. Grabka/Carsten Schröder (2015): Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch: junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht. In: DIW-Wochenbericht, 25/2015, S. 571–586.
- 8 BMAS/Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013): Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin, S. 326. URL: http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen-DinA4/a334-4-armuts-reichtumsbericht-2013.pdf?__blob=publicationFile [03.05.2016].
- 9 Die erkennbare Entwicklung der Einkommensschere verläuft ähnlich, wenn man die Bevölkerung in zehn gleich große Einkommensgruppen einteilt (Dezile) und hängt somit nicht von der zugrunde gelegten Abgrenzung der Einkommensschichten gegenüber dem Medianeinkommen ab.
- 10 Vgl. Judith Niehues et al. (Anm. 2), S. 34f.
- 11 Vgl. Christoph Burkhardt et al. (Anm. 1), S. 28.



UNSERE AUTORIN

Dr. Judith Niehues studierte von 2002 bis 2007 Volkswirtschaftslehre an der Universität zu Köln und der San Diego State University in den USA. Daran folgte ein Promotionsstudium im Graduiertenkolleg SOCLIFE an der Universität zu Köln und eine Tätigkeit als wissenschaftliche Hilfskraft im Institut zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. Seit 2011 ist Judith Niehues im Institut der deutschen Wirtschaft Köln Senior Economist im Kompetenzfeld „Öffentliche Finanzen, Soziale Sicherung, Verteilung“ und seit 2015 Leiterin der Forschungsgruppe Mikrodaten.

Lehrerin und Lehrer werden

Mit dem Leitfaden Referendariat im Fach Politik



hg. von Valeska Bäder und Siegfried Frech

Das Studium ist beendet, das Referendariat beginnt. Die Praxis des alltäglichen Unterrichtens ist markanter Einschnitt und neue Herausforderung zugleich. Bei der LpB ist dazu jetzt der „Leitfaden Referendariat im Fach Politik“ erhältlich.

Er bietet für verschiedene Unterrichtssituationen eine ideale Hilfestellung – für die Kurzvorbereitung, die Planung eines kompetenzorientierten Unterrichts, die Bewertung von Schülerleistungen, die Planung einer Einzelstunde oder der Lehrprobe. Weitere Themen sind Methoden und Medien, Arbeitstechniken mit und ohne Schulbuch, Einzel-, Partner und Gruppenarbeit. Auch die Aspekte „Kategorien des Politischen“ und „Schule und Demokratie“ werden behandelt. Die zahlreichen Checklisten, Kopiervorlagen und Quellentexte machen den Band zum praktischen Arbeitsbuch.

Die Lebenswelten von (türkeistämmigen) Zuwanderern: Von sinnvollen und negativen Kontakten zu Einheimischen

Haci-Halil Uslucan

Migration und Integration sind emotional besetzte Themen. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland mehr als 50 Jahre mit dem Begriff „Einwanderungsland“ schwer tat. Erst mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 bekannte sich die Bundesrepublik zu ihrer Rolle als Einwanderungsland. Integrierte Migrantinnen und Migranten sind eine kulturelle, gesellschaftliche Bereicherung und nicht zuletzt ein ökonomischer Zugewinn. Haci-Halil Uslucan nimmt in seinem Beitrag die Sozialbeziehungen zwischen Deutschen und (türkeistämmigen) Zuwanderern in den Blick und beschreibt, wie durch Kommunikation und Kooperation kulturelle Distanz abgebaut und Integration gefördert werden kann. Vermehrte Kontaktmöglichkeiten zwischen Angehörigen verschiedener Kulturen führen allerdings nicht automatisch zu einem besseren gegenseitigen Verständnis. Dies zeigen vielfältige Diskriminierungserfahrungen im Alltag, die die Integrationsbemühungen von Migrantinnen und Migranten beeinträchtigen. ■

wusstsein, dass dies nur ein äußerst kleiner Ausschnitt ist. Doch zunächst etwas Grundsätzliches: Insbesondere von Migrations skeptikern wird immer wieder der Einwand gebracht, die größte Schwierigkeit der Integration – und gegenwärtig der Integration von Flüchtlingen aus dem arabischen bzw. islamischen Raum – seien kulturelle Distanzen bzw. Werteunterschiede; und deshalb sei es schwer bis unmöglich, die Integration von Migrantinnen und Migranten angemessen zu bewerkstelligen, weil Wertauffassungen sich nicht in kurzer Zeit ändern ließen.

Zwar lässt sich eine kulturelle Distanz zwischen Deutschen und Türkeistämmigen nicht gänzlich wegdiskutieren – und diese ist möglicherweise auch größer als zu italienischen, spanischen oder griechischen Familien. Kulturelle Distanz stellt selten das genuine Hemmnis gesellschaftlicher Teilhabe dar. Viel wichtiger erscheint die Frage, ob und wie weit diese kulturelle Distanz im Alltag durch Kooperation und Kommunikation abgebaut werden kann. Hierzu bedarf es auch der Bereitschaft und Akzeptanz seitens der Mehrheit bzw. der etablierten Einheimischen, sich auf diese Differenzen zunächst einzulassen und zu eruieren, wie diese in einem gemeinsamen sozialen Alltag gelebt werden können.

Einführung

Als der Soziologe Alfred Schütz den Begriff der „Lebenswelt“ in den wissenschaftlichen Diskurs einführte, hatte er kaum die Tragweite und die Diversifikation dieses Begriffes ahnen können (vgl. Schütz 1974). Der Begriff der „Lebenswelt“ zielte bei ihm auf einen „unschuldigen“ und vorwissenschaftlichen, aller Reflexion vorgängigen Orientierungsrahmen im Alltag; also auf ein unhinterfragt selbstverständliches Sein der Dinge und der erlebten menschlichen Umwelt. Einige Aspekte dieser Lebenswelt von Zuwanderern sollen im Folgenden etwas genauer beleuchtet werden – im Be-

Vermeintlich kulturelle Normalität muss hinterfragt werden

Der Rekurs auf Kultur bzw. kulturelle Verhaltensweisen des Anderen als Distanzierungsmerkmal irritiert oft, weil die Mehrheit davon ausgeht, dass nur Zuwanderer in ihrer Lebensweise und in der Gestaltung ihrer Sozialbeziehungen von kulturellen Prägungen geleitet sind. Kaum thematisiert wird hingegen, dass auch die Mehrheitsgesellschaft in ihren Handlungen nicht minder von kulturellen Entwürfen

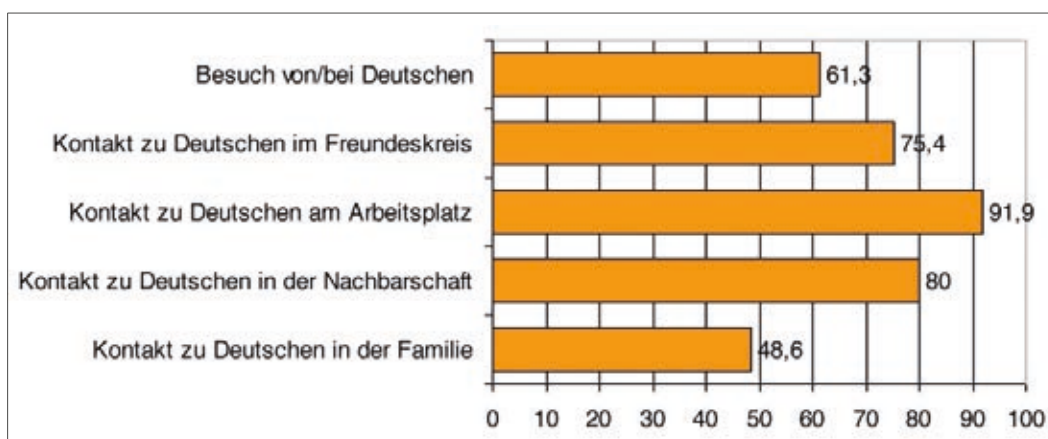


Abbildung 1: Interkulturelle Kontakte (in %)

Quelle: Eigene Darstellung; H.-H. Uslucan

und Zwängen geleitet ist. Gerade die erdrückende Dominanz der eigenen Kultur führt zum Paradox ihrer Unsichtbarkeit im Alltag. Die aktuell unterstellte radikale Fremdheit des Anderen in den Medien und der öffentlichen Debatte führt am Ende genau zu dieser Fremdheit, weil mit dieser Zuspitzung eine kommunikations- und interaktionshinderliche Atmosphäre erzeugt wird, die Begegnungen scheitern lässt, bevor sie überhaupt beginnen. Möglicherweise drückt sich – als Reaktion auf verweigerte Partizipationschancen – in einem Leben in sogenannten „ethnischen Kolonien“ oder „Parallelgesellschaften“ der Zuwanderer ein Bedürfnis nach kollektiver Zugehörigkeit ohne permanenten Bewährungszwang aus.

Die Lebenswelt des Einzelnen lässt sich nicht auf Kultur oder kulturelle Herkunft reduzieren. Lebenswelt transzendiert oftmals das kulturell vorgegebene. Kultur steht dabei nicht über oder hinter den Handlungen des Einzelnen, sondern verweist als Alltagspraxis auf Sinngelungen, die in Interaktionen immer wieder erzeugt und aktualisiert werden.

Als eine grundlegende Strategie, Lebenswelten von (nicht nur) Migranten zu verstehen, schlagen Rudolf Leiprecht und Helga Lutz die Intersektionalitätsanalyse vor, die den gleichzeitigen Einfluss von Geschlecht, Ethnie, Schicht, Nationalität, sexueller Orientierung etc. untersucht, um keiner falschen Homogenisierung zu erliegen (vgl. Leiprecht/Lutz 2006). Die zentrale Überlegung dabei ist, dass stets mehr als eine Differenzlinie betrachtet wird, weil auch soziale Gruppen nur selten homogen, sondern vielfach heterogen sind. Insofern sind Strategien, die versuchen, die Handlungen eines Menschen nur aus der Klasse, dem Geschlecht, der Kultur oder der Religion abzuleiten, inadäquat. So trivial das auch erscheinen mag: Wir erleben im Alltag immer wieder Deutungen, die das Handeln bestimmter Migrantengruppen vorschnell auf eines ihrer Herkunftsmerkmale zurückführen („Das hängt mit dem Islam zusammen!“).

Nach diesen knappen theoretischen Vorüberlegungen soll erörtert werden, wie sich die sozialen Beziehungen zwischen Deutschen und Türkeistämmigen in positiver Gestalt (Freundschaftsbeziehungen und Identifikationen mit der Aufnahmegesellschaft) wie in negativen Formen (Diskriminierungserlebnisse) äußern. Dabei konzentrieren wir uns – in Anlehnung an die Typologie von Hartmut Esser – auf die soziale und identifikative Dimension der Integration; strukturelle und kulturelle Aspekte werden hier vernachlässigt (vgl. Heckmann 2015). Als empirische Grundlage der Ausführungen wird auf die Mehrthemenbefragung des Zentrums für Türkeistudien im Jahre 2013 Bezug genommen.¹

Sozialbeziehungen zwischen Deutschen und Türkeistämmigen

Die Rede von unterschiedlichen Lebenswelten, manchmal auch abwertend von „Parallelgesellschaften“, geht von völlig disparaten Orientierungen von Einheimischen und Zuwanderern bzw. deren Nachkommen aus und unterschätzt völlig, dass es einen großen Bereich der Werteüberschneidung gibt, so etwa in den Wertauffassungen „familiale Sicherheit“, „Freiheit“ und „Bedeutung der Freundschaft“ (vgl. Uslucan 2008). Darüber hinaus verkennt diese dichotome Deutung, dass im alltäglichen Zusammenleben vielfältige freundschaftliche Beziehungen sowie Nachbarschaften bestehen und diese von beiden Seiten explizit gewünscht sind. Einige dieser Aspekte sollen im Folgenden mit empirischen Daten unterfüttert werden.

Interethnische Kontakte und Freundschaften

Türkeistämmige Zuwanderer wurden nach Ausmaß und situativem Kontext der Begegnungen mit Einheimischen befragt. Die Ergebnisse sind wie folgt (hier erfolgt nur eine Auswahlpräsentation; für eine umfassende Analyse der erhobenen Daten vgl. Sauer 2014):

So gaben knapp zwei Drittel der Befragten an, im letzten Jahr Besuch von Deutschen erhalten zu haben oder ihrerseits bei Deutschen zu Besuch gewesen zu sein. Rund drei Viertel (75%) haben Kontakt zu Deutschen in ihrem Freundeskreis, 92 Prozent (der Erwerbstätigen, der Schülerinnen, Schüler und Studierenden) haben am Arbeitsplatz bzw. in der Schule oder in der Universität Kontakte zu Einheimischen. Rund 80 Prozent haben Kontakte in der Nachbarschaft; und fast die Hälfte hat im familialen Umfeld Kontakte zu Einheimischen.

Nach der Häufigkeit der Kontakte gefragt, ergibt sich folgendes Bild: Rund 35 Prozent der Befragten gestalten häufig (fast jeden Tag/mindestens einmal in der Woche) und 23 Prozent manchmal (mindestens einmal im Monat) ihre Freizeit mit einheimischen Deutschen, hingegen tun dies aber 36 Prozent selten oder nie.

Im Zeitverlauf interkultureller Freizeitbeziehungen lassen sich zwar keine klaren Tendenzen ableiten, jedoch ist zu

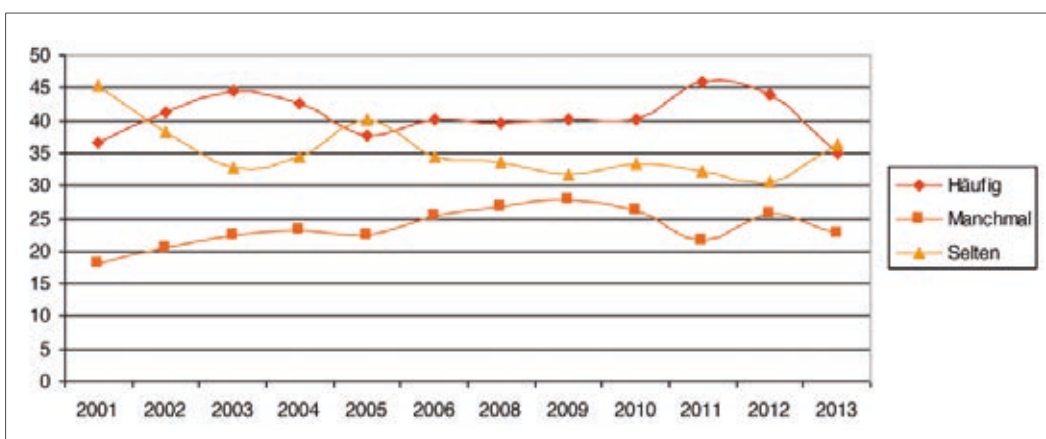


Abbildung 2: Häufigkeit des interkulturellen Freizeitkontakts 2001 bis 2013 (in %)

Quelle: Sauer 2014

unterstreichen, dass zwischen 35 Prozent und 46 Prozent der von uns befragten Türkeistämmigen häufige Freizeitkontakte zu Deutschen unterhalten.

Werden die Freizeitkontakte zusammengefasst, (Besuche von/bei Deutschen, häufig oder manchmal interkultureller Freizeitkontakt, Kontakt zu Deutschen im Freundeskreis) so resultiert ein Anteil von rund zwölf Prozent, der weder Deutsche besuchte, noch Besuch von Deutschen bekam und im Alltag selten oder nie Beziehungen zu Einheimischen unterhält. Auf der anderen Seite äußern aber 43 Prozent der Türkeistämmigen den Wunsch nach mehr Kontakten zu Einheimischen; und zwar unabhängig davon, ob bereits Freizeitkontakte bestehen oder nicht.

Werden die Gruppen nach faktisch vorhandenen Kontakten und fehlenden Kontakten unterschieden, so zeigen die Daten, dass etwa 48 Prozent der eher isoliert lebenden Türkeistämmigen den Wunsch nach Kontakten zu Deutschen äußern, also unfreiwillig isoliert sind. Hingegen beträgt der Anteil der freiwillig Isolierten (keine Kontakte und auch keine Kontaktwünsche zu Einheimischen) etwa sechs Prozent.

Werden die Gruppen detaillierter nach migrationsrelevanten soziodemographischen Merkmalen analysiert, so zeigt sich, dass Freizeitkontakte mit Deutschen insbesondere mit Deutschkenntnissen und der Sprachnutzung im Freundeskreis sowie der Generationszugehörigkeit zusammenhängen, d. h. freundschaftliche Beziehungen zu Einheimischen setzen Kenntnisse des Deutschen voraus. Sind diese nicht verfügbar oder sehr schlecht, finden folgerichtig eher wenige Kontakte auf freundschaftlicher Ebene statt. Ferner zeigt sich, dass mit zunehmendem Bildungsniveau die Kontakthäufigkeit zunimmt und die Folgegenerationen (Angehörige der zweiten und dritten Generation) deutlich häufigere interkulturelle Freizeitbeziehungen haben als die erste „Gastarbeitergeneration“.

Denkbar ist hier ein Zusammenhang von Bildungs- und Generationeneffekten: Folgegenerationen verfügen in der Regel über einen höheren Bildungsstatus und haben in ihrem Alltag auch häufigere Gelegenheiten zu Kontakten.

Ferner ist ein Befund interessant, der mit einigen Klischees aufräumt: Die obigen Ergebnisse widerlegen die vermeintliche Abschottung der türkischen Frauen; der Unterschied zu den Männern ist eher marginal.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die interkulturellen Freizeitkontakte türkeistämmiger Zuwanderer längst nicht so selten bzw. gering sind, wie der öffentliche mediale Diskurs dies manchmal nahe zu legen versucht.

Identifikation und Heimatverbundenheit

Im zweiten Schritt soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern Türkeistämmige sich in Deutschland „zuhause“ fühlen bzw. wie intensiv ihre Heimatverbundenheit ist. Vielfach wird die identifikative Integration, das „Sich-Deutsch-fühlen“, als Krönung und Symbol gelungener Integration betrachtet. Zumindest mit Blick auf die Nachfolgegenerationen wird dies von der Mehrheitsgesellschaft auch erwartet. Hingegen werden der Wunsch nach Beibehaltung herkunftskultureller Identitätsmerkmale im öffentlichen Diskurs eher als ein Zeichen gescheiterter Integration, manchmal gehässig auch als „Integrationsresistenz“ oder „Integrationsverweigerung“ wahrgenommen (vgl. Badawia/Hamburger/Humrich 2003). Vor allem in der psychologisch orientierten Akkulturationsforschung wird davon ausgegangen bzw. mit empirischen Daten belegt, dass Integrationsprozesse nicht ein allmähliches Ablösen von herkunftskulturellen Bezügen und eine bruchlose Annahme der Lebensentwürfe der neuen Gesellschaft bedeuten, wie es der assimilationsorientierte Diskurs nahe legt, sondern so-

Tabelle 1: Freizeitkontakte zu Einheimischen und Kontaktwunsch nach sozialen Merkmalen (in %)

	Freizeitkontakte	Kontaktwunsch	Isolation	
	vorhanden		freiwillig	unfreiwillig
Geschlecht				
Männlich	87,1	44,0	5,7	5,5
Weiblich	84,8	41,9	6,2	7,6
Zuwanderungsgeneration				
Erste Generation	74,1	51,5	8,6	14,1
Zweite Generation	89,8	38,7	4,9	4,0
Dritte Generation	97,0	19,4	-	3,0
Heiratsmigranten	83,7	51,7	7,6	7,6
Deutschkenntnisse				
Sehr gut/Gut	91,7	37,2	3,3	4,0
Mittelmäßig	82,8	51,0	7,6	8,2
Schlecht/Sehr schlecht	61,4	50,0	17,1	17,1
Sprachnutzung Freunde				
Herkunftssprache	77,6	44,8	9,5	10,4
Teils/teils	96,1	44,9	2,0	2,0
Deutsch	97,9	32,2	0,7	0,7

Quelle: Eigene Darstellung; H.-H. Uslucan

wohl erwachsene Zuwanderer als auch ihre in Deutschland geborenen Kinder im Prozess ihrer Sozialisation stets mindestens in doppelte soziale Bezugsnetze – manchmal sogar auch transnationale, also in die Heimat ihrer Eltern hineinreichende – involviert sind (Bourhis u. a. 1997). Sie stehen vielfach vor der Anforderung, einerseits das Verhältnis zur eigenen Herkunft bzw. zur Herkunft der Eltern, andererseits auch ihr Verhältnis zur Aufnahmegesellschaft bzw. den Einheimischen eigenaktiv gestalten und entsprechende Identitäten und Lebensentwürfe entwickeln zu müssen. Dabei ist zu betonen, dass eine Identifikation mit der Aufnahmegesellschaft keineswegs ein Verwerfen bzw. eine Zurückweisung der Verbundenheit mit der Herkunftskultur bedeutet. Das Gegenteil ist der Fall: Qualitativ orientierte Studien zeigen, dass Zuwanderer sich in der Regel mit beiden Kulturen identifizieren und je nach Lebenssituation zwischen den verschiedenen kulturellen Bezugs- und Orientierungssystemen wechseln (Mehrfachintegration, Mischidentität) (vgl. Schiffauer 2008).

Im Folgenden werden die Daten zur Verbundenheit mit Deutschland und dem Herkunftsland Türkei (oft eher das Herkunftsland der Eltern oder Großeltern) präsentiert: Demnach fühlen etwas mehr als ein Fünftel der Türkeistämmigen eine heimatliche Verbundenheit alleine zu Deutschland. 30 Prozent betrachten sowohl Deutschland als auch die Türkei als ihre Heimat. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass für mehr als die Hälfte der Türkeistämmigen auch Deutschland ihre Heimat ist. Etwa 44 Prozent der Befragten sehen jedoch ausschließlich die Türkei als ihre Heimat an. Eine kleine Minderheit von sechs Prozent sieht sich weder in Deutschland noch in der Türkei richtig beheimatet. Aus klinischer und psychologischer Sicht ist die Stressbelastung dieser Gruppe in der Regel höher als z. B. der eher separiert Lebenden, weil sie vielfach über geringere Netzwerke verfügen und sich nirgends zuhause fühlen (vgl. Berry/Kim 1988).

Die Abbildung zeigt zunächst, dass Prozesse der identifikativen Integration offensichtlich keine Stabilität und Gerichtetheit aufweisen, sondern stark von allgemeinen Stimmungen beeinflusst werden können, wie dies die über die Jahre schwankenden Verteilungen nahe legen.

Ferner fällt ein nahezu spiegelbildlicher Verlauf der Verbundenheit mit der Türkei und mit beiden Ländern auf: Nimmt auf der einen Seite die Verbundenheit mit der Türkei

ab, steigt sie auf der anderen Seite mit beiden Ländern und umgekehrt. Deutlich wird ferner, dass die Verbundenheit mit der Türkei zunächst bis zum Jahre 2005 steigt, dann wieder bis 2011 eher sinkt und seit 2012 wieder ein Anstieg festzustellen ist. Zwischen den Jahren 2005 und 2012 war der Anteil der ausschließlich mit Deutschland Verbundenen recht konstant; wird hingegen die Verbundenheit mit Deutschland und mit beiden Ländern zusammengefasst, so ist seit 2010 ein stetiger Rückgang zu verzeichnen.

Detailanalysen zeigen beträchtliche Differenzen zwischen den Geschlechtern und Zuwanderungsgenerationen. So fühlen sich Frauen deutlich seltener nur mit der Türkei, sondern wesentlich häufiger mit beiden Ländern verbunden als Männer. Ferner scheint auch die Religiosität mit der Heimatverbundenheit in Zusammenhang zu stehen: Gläubige Befragte berichten über eine stärkere Verbundenheit mit der Türkei. Was jedoch die Verbundenheit nur mit Deutschland betrifft, scheinen sich religiöse und nicht religiöse Türkeistämmige kaum voneinander zu unterscheiden: In beiden Gruppen beträgt die Rate knapp 20 Prozent. Hingegen berichten nicht religiöse Befragte häufiger von einer Verbundenheit mit beiden Ländern als Religiöse. Die Analyse der Daten nach Generationszugehörigkeit verdeutlicht, dass Angehörige der ersten Generation die Türkei seltener und beide Länder häufiger als ihre Heimat betrachten als Angehörige der zweiten und dritten Generation. Mit Blick auf die ausschließliche Verbundenheit mit Deutschland sind hingegen keine Unterschiede zwischen der ersten und zweiten Generation zu bemerken.

Interessant und erklärungsbedürftig ist der Befund, dass die dritte Generation sich häufiger mit keinem der beiden Länder verbunden fühlt. Intuitiv wäre anzunehmen, dass diese sich deutlich stärker mit Deutschland identifizieren. Eine Erklärung könnte sein, dass es Angehörigen der ersten Generation leichter als Angehörigen der Nachfolgenerationen fällt, sich bikulturell zu definieren, u. a. weil sie schon recht lange in Deutschland leben und hier etablierte Netzwerke haben. Möglicherweise sind hierfür auch Fremdzuschreibungen sowie unterschiedliche Selbstverständlichkeiten verantwortlich: Während für die erste Ge-

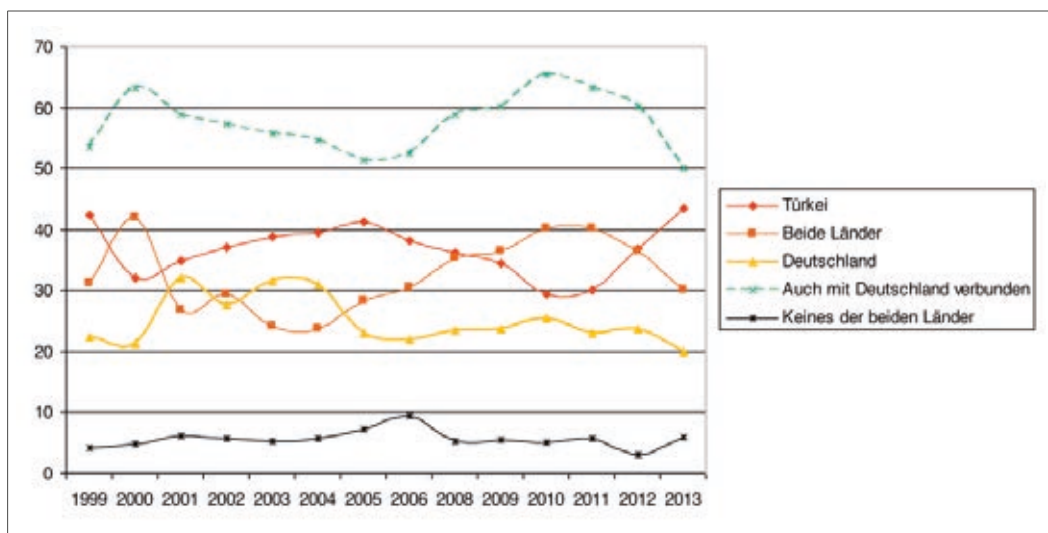


Abbildung 3: Heimatverbundenheit 1999 bis 2013 (in %)

Quelle: Sauer 2014

Tabelle 2: Heimatverbundenheit nach demographischen Merkmalen (in %)

	Heimatverbundenheit zu			
	Türkei	Deutschland	Beide Länder	Keinem
Geschlecht				
Männlich	49,1	18,3	27,6	5,0
Weiblich	37,4	21,7	33,0	7,9
Generation				
Erste Generation	34,7	21,2	37,1	7,1
Zweite Generation	45,0	21,0	30,9	3,1
Dritte Generation	45,0	25,0	20,0	10,0
Heiratsmigranten	49,0	15,1	28,0	7,9
Religiosität				
Sehr/eher religiös	46,2	19,2	28,3	6,3
Eher nicht/nicht religiös	38,5	19,5	36,1	5,9
Gesamt	43,5	19,9	30,1	6,4

Quelle: Sauer 2014

neration eine Bindung an ihr Herkunftsland als selbstverständlich betrachtet (weil sie dort relevante Phasen ihres Lebens und ihrer Sozialisation verbracht haben) und von der Mehrheitsgesellschaft auch nicht skeptisch bewertet wird, erwartet man von den Nachfolgegenerationen eine stärkere Abwendung von der Herkunftskultur.

Darüber hinaus lässt sich mit Rekurs auf die Befunde zum „paradox of integration“ (geringere Integrationswerte bei der zweiten und dritten Generation von Türken und Marokkanern in den Niederlanden) annehmen, dass die zweite und dritte Generation von Zuwanderern die Gleichheitsgrundsätze wesentlich stärker verinnerlicht haben, aber auf Erfahrungen der Ungleichbehandlung stärker mit einem „ethnischen Rückzug“, d. h. der Aktualisierung herkunftskultureller Dimensionen der Identität, reagieren (Iten Teije/Coenders/Verkuyten 2013).

Ein ähnlicher Befund konnte ebenfalls in einer früheren Studie des Autors ermittelt werden, bei der die jüngere Generation von Türkeistämmigen stärkere sicherheits- und traditionsorientierte Wertepreferenzen aufwies als ältere türk-

eistämmige Zuwanderer. Dieser Befund wurde mit zwei Gründen erklärt: (1) Jüngere Zuwanderer sind stärkeren lebensweltlichen Verunsicherungen ausgesetzt und bevorzugen deshalb eher Sicherheit und Halt versprechende Orientierungen (wie etwa Achtung der Tradition, Höflichkeit, Autorität). (2) Durch den häufigeren Kontakt und Diskurs mit Einheimischen verspüren jüngere Zuwanderer eher das Bedürfnis, sich von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen, offensiver die Differenzen zu betonen und die als „typisch“ für die „türkische Kultur“ unterstellten traditionellen Werte wie etwa Höflichkeit, Achtung vor Tradition, Autorität, nationale Sicherheit etc. verteidigen oder wertschätzen zu müssen (Uslucan 2008).

Diskriminierung als Teil der Lebenswelten von Zuwanderern

Diskriminierungserfahrungen sind zentral für das Verständnis, wer in einer Gesellschaft dazu gehört bzw. wer nicht

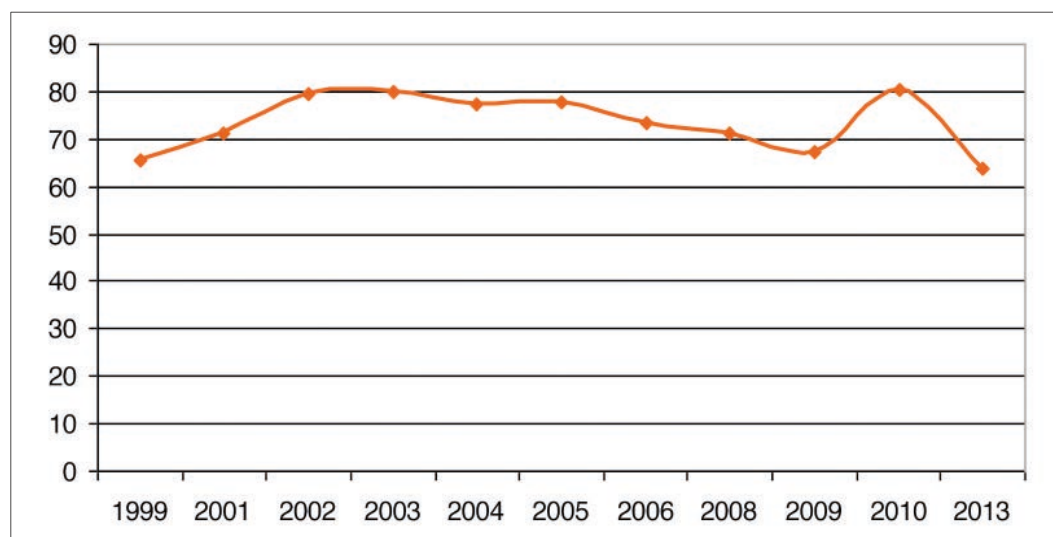


Abbildung 4: Diskriminierungswahrnehmung 2001 bis 2013* (in %)

*Diskriminierungswahrnehmungen wurden 2011 in einem anderen Frageformat und 2012 nicht erhoben.

Quelle: Sauer 2014

dazu gehört. Sowohl die Identifikation als auch die Bereitschaft, mit Angehörigen der Mehrheitsgesellschaft Kontakte einzugehen, sind stark davon beeinflusst, welche Signale in institutionellen und informellen Kontexten die Aufnahmegesellschaft den Zuwanderern sendet. So können häufige und nachhaltige Alltagsdiskriminierungen die Integrationsbemühungen von Zuwanderern erheblich beeinträchtigen. Insbesondere Erfahrungen der Ausgrenzungen erzeugen bei „gut integrierten“ Zuwanderern trotz beträchtlicher Integrationsleistungen kognitive Verunsicherungen („Was muss ich noch machen, um dazu zu gehören?“) sowie Selbstwerteinbußen.

Methodisch ist die Messung von Diskriminierungserfahrungen recht problematisch: Die subjektive Wahrnehmung stellt natürlich kein direktes Abbild objektiver Tatsachen dar, gleichwohl sind sie – trotz eventueller Verzerrungen – für den Einzelnen handlungsleitend, weil Menschen nicht stets durch exakte externe Ereignisse, sondern vielmehr aufgrund der subjektiven Repräsentation der sozialen Situationen, d. h. aufgrund ihrer Deutungen, ihr Handeln gestalten und ihre Intentionen bilden.

Andererseits dürfen wir die andere Form der Verzerrung, und zwar die Unterschätzung, auch nicht aus dem Blick verlieren: Menschen werden zwar real diskriminiert, sind sich dessen aber gar nicht bewusst und führen diese Formen des Ausschlusses von gesellschaftlicher Teilhabe auf ihr individuelles Versagen zurück (etwa, wenn sie aufgrund ihres ausländisch klingenden Namens bei Bewerbungen um eine Ausbildung oder um eine Wohnung erst gar nicht berücksichtigt werden).

Nicht zuletzt ist hier auf den oben erwähnten Befund noch einmal hinzuweisen: Zuwanderer der Nachfolgenerationen positionieren sich vielfach gesellschaftlich anders und stellen mit Blick auf ihre Akzeptanz und ihrer gleichberechtigten Teilhabe deutlich höhere Forderungen und Ansprüche. Die eher anspruchslose Haltung der ersten Generation geben sie weitestgehend auf. Die verinnerlichteten Gleichheitsgrundsätze macht sie gegenüber erlittenem Unrecht und Unfairbehandlung deutlich sensibler.

Die Abbildung verdeutlicht, dass fast zwei Drittel (64%) der befragten Türkeistämmigen in den letzten beiden Jahren Benachteiligungen in verschiedenen Lebensbereichen aufgrund ihrer Herkunft wahrgenommen haben. Hervorzuheben ist, dass dieser Anteil – trotz seiner Höhe – im Zeitvergleich der letzten fünfzehn Jahre bisher den niedrigsten Wert darstellt. Durchgehend variieren die berichteten Diskriminierungserfahrungen zwischen 60 und 80 Prozent. Insbesondere im Jahr 2010 stand dieser Anteil mit 81 Prozent auf seinem höchsten Punkt, der vermutlich unter anderem auf die durch Thilo Sarrazin ausgelöste Debatte zurückzuführen ist, in deren Verlauf in öffentlichen und medialen Diskursen insbesondere türkischen bzw. muslimischen Zuwanderern eine Integrationswilligkeit und -fähigkeit abgesprochen wurde.

Zunächst wird ersichtlich, dass sich der oben skizzierte Unterschied zwischen den Generationen bestätigt: So fühlen sich Angehörige der ersten Generation seltener benachteiligt als Angehörige der zweiten Generation, und diese wiederum seltener als Angehörige der dritten Generation. Kontraintuitiv ist auch der Befund, dass gerade bei guten Deutschkenntnissen und der Existenz interkultureller Freizeitkontakte häufiger Diskriminierungserfahrungen berichtet werden. Eine mögliche Erklärung könnte sein, dass bei höher Gebildeten und jenen, die enge Kontakte zu Ein-

heimischen unterhalten, die Sensibilität gegenüber Diskriminierungen stark ausgeprägt ist. Hingegen fallen die Unterschiede bei geschlechtsspezifischen Wahrnehmungen kaum ins Gewicht, obwohl Frauen etwas seltener Diskriminierungserfahrungen berichten als Männer.

Kein Zusammenhang zeigt sich bei der Religiosität, obwohl hier zu erwarten wäre, dass religiöse Menschen, deren Habitus auf ihre Religionszugehörigkeit schließen lässt (z. B. durch das Tragen eines Kopftuchs), häufiger Diskriminierungen erleben.

Die Abbildung unterstreicht, dass die wahrgenommene Diskriminierung je nach Lebensbereichen unterschiedlich ausfällt: Am stärksten fällt sie dort aus, wo es eine hohe Konkurrenzsituation um knappe Ressourcen gibt: So haben 35 Prozent der befragten Zuwanderer angegeben, eine Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz erfahren zu haben, etwa ein Viertel bei der Arbeitssuche und etwa genauso viele bei der Wohnungssuche. Zu betonen ist, dass es sich hierbei um Aspekte des sozialen Lebens handelt, bei denen ein individuelles Ausweichen auf andere Anbieter nur schwer möglich ist. Daher führen Erfahrungen der Ausgrenzung und Rückweisung in diesen Bereichen zu einer hohen persönlichen Vulnerabilität. Etwa 30 Prozent haben eine Ungleichbehandlung bei Behörden erfahren. Etwas geringer ist der Anteil der Ungleichbehandlung beim Einkaufen sowie in nachbarschaftlichen Beziehungen. Die Bereiche mit Erfahrungen geringster Ungleichbehandlung sind Gerichte, Gaststätten und Vereine.

Tabelle 3: Diskriminierungswahrnehmung nach verschiedenen Merkmalen (in %)

	Diskriminierungswahrnehmung
Geschlecht	
Männlich	66,6
Weiblich	60,5
Generation	
Erste Generation	44,1
Zweite Generation	68,9
Dritte Generation	83,0
Heiratsmigranten	60,3
Religiosität	
Sehr/eher religiös	64,0
eher nicht/nicht religiös	66,3
Deutschkenntnisse	
Sehr gut/gut	68,3
Mittel	59,0
Schlecht/sehr schlecht	51,1
Interkultureller Freizeitkontakt	
Nein	55,6
Ja	65,1

Quelle: Sauer 2014

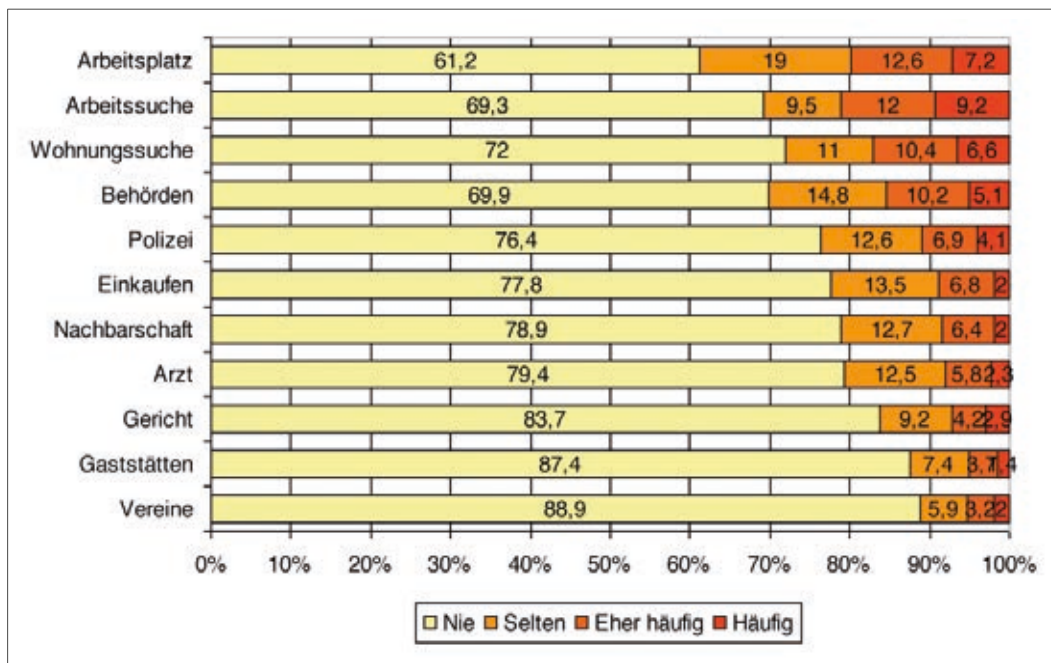


Abbildung 5: Häufigkeit der Diskriminierungswahrnehmung nach Lebensbereichen (Mehrfachnennungen möglich, in %)

Quelle: Sauer 2014

Auswirkungen erfahrener Diskriminierung

Die psychologische Analyse von Diskriminierungserfahrungen zeigt neben ihrer gesellschaftlich desintegrierenden Wirkung, dass diese in einigen Fällen zu gesundheitlichen Belastungen von Zuwanderern führen. Das müssen nicht immer außergewöhnliche „harte“ Fälle von Ausgrenzung sein; oft sind es „lediglich“ tagtägliche Stressfaktoren – sogenannte *daily hassles* (kleine Sticheleien), etwa mimische und gestische Herabsetzungen oder verspürte Ignoranz im Alltag –, die sich äußerst negativ auf die Lebenszufriedenheit auswirken und dazu führen, dass für Betroffene selbst einfache Anforderungen des täglichen Lebens (etwa ein Behördengang) zu einer großen Belastung werden. Solche Erfahrungen tragen zu einer „erlernten Hilflosigkeit“ von Zuwanderern bei. Sie trauen sich dann auch Aufgaben und Begegnungen nicht zu, die durchaus zu bewältigen bzw. von ihnen beherrschbar wären.

In den USA existiert für diese Fragestellung schon seit geraumer Zeit ein gesicherter Wissensbestand aus der sozialpsychologischen Forschung, der einen Teil der kognitiven Leistungsunterschiede von Einheimischen und ethnischen Minderheiten erklärt: So zeigen insbesondere die Arbeiten von Claude Steele (1997), dass eine Bedrohung durch (negative) Stereotype (*stereotype threat*) nicht nur das Selbstwertgefühl der Menschen, sondern auch ihre kognitiven Fähigkeiten beeinflusst. In Experimenten erwies sich z. B., dass die Angst von Afroamerikanern vor diesen Stereotypen dazu beitrug, dass sie in der Tat schlechtere Ergebnisse als die „weißen“ Studierenden zeigten. Die Befürchtung, dass man durch das eigene Verhalten negative Gruppenstereotype bestätigen könnte, wirkte sich sogar auf die Leistungen im Fach Mathematik aus. Die Bedrohung durch Stereotype, so das zusammenfassende Ergebnis, wirkt sich kurzfristig zwar nur auf die intellektuelle Leistungsfähigkeit aus, langfristig kann sie jedoch eine erfolgreiche Bildungsteilhabe verhindern. Als Erklärung lässt sich anführen, dass bei Schülerinnen und Schülern die Identifikation mit Bildung bzw. Bildungsinhalten abnimmt und es zu einer Verschiebung der selbstwertrelevanten

Domänen kommt (so etwa auf Hobbys, Freundschaften, Sport etc.). Um den Selbstwert – der durch eine negative Beurteilung im schulischen Erfolg beeinträchtigt wird – zu schützen, entwickeln dann Betroffene ein Selbstkonzept, das eine gewisse Immunität gegen Stigmatisierung aufgrund negativer schulischer Leistungen zeigt. Die Bewertung im schulischen Bereich verliert dadurch ihre Bedeutung für den Selbstwert und die Identität. Die geringere Identifikation mit schulrelevanten Bereichen stellt somit eine Reaktion auf den Druck dar, der durch die Bedrohung durch Stereotype entsteht. Sie hat also letztlich die Funktion, den Selbstwert aufrecht zu erhalten und zu schützen. Obwohl mit diesen Facetten natürlich nicht die Mannigfaltigkeit der Lebenswelt türkeistämmiger Zuwanderer abgebildet werden kann, sollte an exemplarischen Feldern und Themen eine empirisch gestützte Antwort auf die Frage gegeben werden, inwieweit diese in ihrem Alltag Begegnungen und Beziehungen haben, dazugehören, sich dazugehörig fühlen, und was die Inklusion bzw. Teilhabe im sozialen Alltag strukturell verhindert.

LITERATUR

- Badawia, Tarek/Hamburger, Franz/Hummrich, Merle (2003) (Hrsg.): *Wider die Ethnisierung einer Generation. Beiträge zur qualitativen Migrationsforschung*. Frankfurt am Main, London.
- Berry, John W./Kim, Uichol (1988): *Acculturation and Mental Health*. In: Dasen, Pierre/Berry, John, W./Sartorius, Norman (Hrsg.): *Health and Cross-cultural Psychology*. London, S. 207–236.
- Bourhis, Y. Richard/Moise, Celine-Lena/Senecal, Sacha/Perreault, Stephane (1997): *Immigration und Multikulturalismus in Kanada: Die Entwicklung eines interaktiven Akkulturationsmodells*. In: Mummendey, Amelie/Simon, Bernd (Hrsg.): *Identität und Verschiedenheit. Zur Sozialpsychologie der Identität in komplexen Gesellschaften*. Bern, S. 63–108.
- Heckmann, Friedrich (2015): *Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung*. Wiesbaden.
- Leiprecht, Rudolf/Lutz, Helga (2006): *Intersektionalität im Klassenzimmer: Ethnizität, Klasse und Geschlecht*. In: Leiprecht, Rudolf/Kerber, Angelika (Hrsg.): *Schule in der Einwanderungsgesellschaft*. Schwalbach/Ts., S. 218–234.
- Sauer, Martina. (2014): *Integrationsprozesse, wirtschaftliche Lage und Zufriedenheit türkeistämmiger Zuwanderer in Nordrhein-Westfalen. Ergebnisse der Mehrthemenbefragung 2013 im Auftrag des Ministeri-*

- ums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. URL: <http://zfti.de/downloads/publikationen/> [12.04.2016].
- Schiffauer, Werner (2008): Parallelgesellschaften. Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft? Für eine kluge Politik der Differenz. Bielefeld.
- Schütz, Alfred (1974): Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Frankfurt am Main.
- Steele, Claude (1997). A Threat in the Air: How Stereotypes Shape Intellectual Identity and Performance. In: *American Psychologist*, 4/1997, S. 613–629.
- ten Teije, Irene/Coenders, Marcel/Verkuyten, Maykel (2013): The Paradox of Integration: Immigrants and their Attitude toward the Native Population. In: *Social Psychology*, 4/2013, S. 278–288.
- Uslucan, Haci-Halil (2008): Die Parallelgesellschaft der Migrantencommunities in Deutschland: Fakt oder Fiktion? In: Witte, Erich (Hrsg.): 23. Hamburger Symposium zur Methodologie der Sozialpsychologie. Schwerpunktthema: Werte. Lengerich, S. 276–298.

ANMERKUNGEN

1 Diese Befragung türkeistämmiger Zuwanderer in Nordrhein-Westfalen führt die Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung (ZfTI) in Kooperation mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAIS) seit 1999 jährlich durch. Sie ist eine telefonische, zweisprachige Befragung von jeweils 1.000 türkeistämmigen Personen ab 18 Jahren in Nordrhein-Westfalen. Im Mittelpunkt dieser Mehrthemenbefragung stehen Grad und Entwicklung der Teilhabe sowie der Einbindung in zentrale Lebensbereiche, wie etwa Schul- und Ausbildungssituation, Teilhabe am Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Lage, mehrheitsgesellschaftliche soziale Beziehungen, Identifikation mit und Zugehörigkeit zur Mehrheitsgesellschaft sowie politische Partizipation. Der Datensatz erlaubt, diese unterschiedlichen Lebensbereiche zueinander in Beziehung zu setzen und eröffnet somit Möglichkeiten, Zusammenhänge zu erkennen, welches die Rahmenbedingungen erfolgreicher Teilhabeprozesse sind und wie die Integrationspolitik diese gestalten kann. Darüber hinaus lassen sich über den Zeitvergleich Entwicklungen und Veränderungen in der gesellschaftlichen Integration dieser Gruppe ausfindig machen.

DIE LEBENSWELTEN VON (TÜRKEISTÄMMIGEN) ZUWANDERERN: VON SINNVOLLEN UND NEGATIVEN KONTAKTEN ZU EINHEIMISCHEN

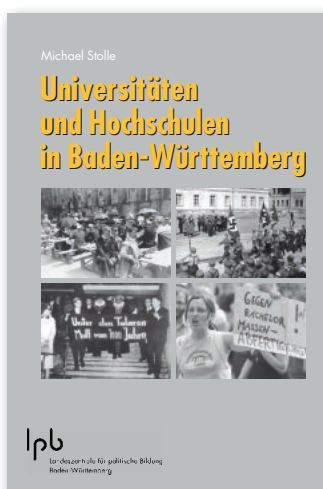
UNSER AUTOR



Prof. Dr. Haci-Halil Uslucan studierte Psychologie, Philosophie und Literaturwissenschaft an der Freien Universität Berlin und absolvierte den Aufbaustudiengang "Semiotik" an der Technischen Universität Berlin. 2006 erfolgte die Habilitation im Fach Psychologie. Es folgten mehrere Vertretungsprofessuren für Pädagogische Psychologie sowie für Motivationspsychologie an der Universität Potsdam und an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg sowie eine Gastprofessur an der Wiener Universität. Seit August 2010 ist Haci-Halil Uslucan wissenschaftlicher Direktor des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung sowie Professor für Moderne Türkeistudien und Integrationsforschung an der Universität Duisburg-Essen. Seine Forschungsschwerpunkte sind: intellektuelle Entwicklung im Kindesalter, Jugendgewalt und Jugendentwicklung im kulturellen und interkulturellen Kontext, interkulturelle Familien- und Erziehungsforschung, Islam und Integration, Gesundheit und Migration.

Universitäten und Hochschulen in Baden-Württemberg

Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs



Band 41, hrsg. von Michael Stolle

Noch nie waren so viele junge Menschen in Baden-Württemberg akademisch gebildet – und der starke Trend zum Studium an einer der Universitäten oder Hochschulen im Land wird anhalten. Der deutsche Südwesten hat eine dichte, dezentrale und ausdifferenzierte Universitäts- und Hochschullandschaft, die über Jahrhunderte hinweg gewachsen ist und sich in einer Umbruchphase befindet.

Dieses Buch beschreibt Geschichte, Genese und Gegenwart der akademischen Bildung im Land unter den Aspekten Tradition, Vielfalt und Wandel. Als historisch fundierter Wegweiser verbindet es Bildungsgeschichte, Universitätsgeschichte und aktuelle Bildungspolitik.

Bestellung: 6.50 EUR zzgl. Versand, ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
Kostenlosen Download als E-Book unter www.lpb-bw.de/e-books.html

l**pb**
BW

Zufriedenheit und Wohlbefinden in der Konsum- und Erlebnisgesellschaft: ein Forschungsüberblick

Sylvia Kämpfer, Michael Mutz

Die deutsche Gesellschaft wird in einigen Zeitdiagnosen als individualisierte und pluralisierte Konsum- und Erlebnisgesellschaft beschrieben. Diese Beschreibungen heben u. a. darauf ab, dass sich klassen- und schichttypische Muster der Lebensführung ein Stück weit aufgelöst und damit ihre Orientierungsfunktion eingebüßt haben. An Stelle dessen tritt nun das einzelne Individuum mit gewachsenen Ansprüchen an Selbstverwirklichung und Selbsterfüllung. Es muss sein Handeln vor dem Hintergrund einer noch nie da gewesenen Vielfalt an Konsum-, Erlebnis- und Sinnangeboten orientieren. Dabei würden Menschen verstärkt das eigene Wohlbefinden und die eigene Zufriedenheit reflektieren, zum Gradmesser für Lebenserfolg machen und daran ihr Handeln ausrichten. Vor dem Hintergrund dieser Gesellschaftsdiagnose stellt der Beitrag von Sylvia Kämpfer und Michael Mutz Forschungsbefunde zur Entwicklung der Lebenszufriedenheit in Deutschland vor und analysiert, von welchen Einflussfaktoren das Wohlbefinden der Menschen abhängt. Dabei stellt sich eine zentrale Frage: Kann die gegenwärtige Konsum- und Erlebnisgesellschaft das ihr inhärente Glücksversprechen einlösen? Und wenn ja, gilt das für die ganze Bevölkerung oder nur für einige wenige Teile? ■

Die Zeitdiagnose der individualisierten Konsum- und Erlebnisgesellschaft

Die meisten europäischen Gesellschaften haben in den vergangenen 60 Jahren einen bemerkenswerten Modernisierungsprozess durchlaufen. Das durchschnittliche Niveau an Bildung und Wohlstand hat in nahezu allen europäischen Ländern stark zugenommen. In Deutschland und anderen westlichen Gesellschaften ist der Lebensstandard gestiegen und marktvermittelte Konsumangebote haben sich geradezu explosionsartig vermehrt. In verschiedenen Gegenwartsdiagnosen wird angesichts dieser historisch einmaligen Zunahme des allgemeinen Wohlfahrtsniveaus ein epochaler gesellschaftlicher Wandel konstatiert: die klassenbasierte Industriegesellschaft verändert sich hin zu einer postindustriellen, individualisierten Konsum- und Erlebnisgesellschaft (vgl. Beck 1986; Schulze 1992).

Auf der Ebene der Sozialstruktur wurde dieser Wandel von Ulrich Beck als Individualisierungsschub beschrieben. Ausgelöst von einem „Fahrstuhleffekt“ (Beck 1986: 124), bei dem das Wohlstandsniveau der Gesellschaft seit den 1950er Jahren kollektiv eine Etage nach oben gefahren wurde, konnten immer größere Bevölkerungsanteile am Massenkonsum und an der Massenkultur partizipieren. An

die Stelle klassen- und schichtspezifischer Muster in der Lebensführung sind in Folge dessen nun verstärkt individualisierte Konsum- und Lebensstile getreten. Diese Konsummuster ergeben sich weniger aus ökonomischen Zwängen und Notwendigkeiten, sondern orientieren sich stärker als je zuvor an persönlichen Vorlieben und Sinnhorizonten, die selbst gewählt sind und daher immer wieder reflektiert und in Frage gestellt werden können.¹

Auf der Ebene der Kultur, d. h. der Wertorientierungen und Einstellungen, die Menschen mit ihrem Leben verbinden, wurden ebenfalls tiefgreifende Veränderungen beobachtet, die sich im Zuge des Wandels zur postindustriellen Konsum- und Erlebnisgesellschaft vollzogen haben. Ronald Inglehart und Christian Welzel (2005) haben auf der Basis der Weltwertestudien beschrieben, wie Orientierungen, die auf materiellen Wohlstand und hohen Status abheben, eher in den Hintergrund treten und sich dafür Werte wie Autonomie, Selbstbestimmung, Gesundheit, Selbstverwirklichung und Wohlbefinden in den Vordergrund

Ausgelöst von einem „Fahrstuhleffekt“, bei dem das Wohlstandsniveau der Gesellschaft seit den 1950er Jahren kollektiv eine Etage nach oben gefahren wurde, konnten immer größere Bevölkerungsanteile am Massenkonsum und an der Massenkultur partizipieren.

picture alliance/dpa



schieben. Auf der Basis eines hohen Wohlstandsniveaus drehen sich die zentralen Fragen und Lebensziele der Menschen also nicht mehr so stark darum, ihren materiellen Lebensstandard *noch weiter* zu steigern, sondern vielmehr geht es ihnen um sogenannte postmaterialistische Werte, vor allem um ein glückliches, erfülltes und als sinnvoll empfundenes Leben. Für das persönliche Glück und die eigene Selbsterfüllung gibt es nun aber kein Standardrezept. Zum Dreh- und Angelpunkt für das eigene Handeln wird deshalb die Frage: Was gefällt mir? Was macht mich zufrieden? Beck (1986) beschreibt eine ansteigende *Selbstreflexivität* als einen zentralen Aspekt der heutigen Zeit. Menschen sind demnach ständig im Zwiegespräch mit sich selbst. Ihre Gedanken kreisen dauerhaft um die Frage, was ihrer Selbstverwirklichung zuträglich ist und ob sie die vorhandenen Möglichkeiten optimal genutzt haben.

Mit dieser Suche nach Glück und Sinn einhergehend, richtet sich der Blick verstärkt nach innen, auf das eigene Erleben und Fühlen. Die eigenen Emotionen werden für die Bewertung des eigenen Lebens zu einem wichtigen Gradmesser: Um Entscheidungen und Erfahrungen im Rückblick als „schön“, „bereichernd“ und „lohnend“ beurteilen zu können, wird es immer wichtiger, wie sich das Erlebte subjektiv angefühlt hat. Besonders prägnant wird diese Tendenz von Gerhard Schulze (1992) beschrieben, der als Wesensmerkmal der gegenwärtigen Gesellschaft eine wachsende *Erlebnisorientierung* diagnostiziert. Schulze beschreibt die Sozialstruktur der Bundesrepublik mit dem Konzept der „Erlebnismilieus“, womit er sich von klassischen Milieukonzepten stark abhebt, die im Kontext sozialer Ungleichheit verortet sind. Für ihn konstituiert sich die

Milieuzugehörigkeit durch eine bevorzugte Form der Ästhetisierung des Alltagslebens. Schulze unterscheidet drei sogenannte „alltagsästhetische Schemata“, die jeweils mit typischen Formen des Erlebens und Genießens assoziiert sind: Im Hochkulturschema steht der anspruchsvolle Konsum im Mittelpunkt, z. B. von klassischer Musik oder klassischer Literatur, wobei der Erlebniswert laut Schulze durch kontemplative Versunkenheit (z. B. in eine Oper oder ein Gemälde) erzielt wird. Im Spannungsschema geht es um die Erfahrung von Abwechslung und Erregung, z. B. im Rahmen von Rock- und Popkonzerten, actionorientierten Sportaktivitäten oder Bar- und Diskothekenbesuchen. Im Trivialschema machen Gemütlichkeit und Geborgenheit den Kern des Erlebnisses aus. Typische Aktivitäten wären hier Volksmusik- und Schlagerkonzerte oder Fernsehabeende zu Hause. Ausgehend von diesen ästhetischen Grundorientierungen und in Kombination mit dem Lebensalter und dem Bildungsgrad einer Person verweist Schulze auf fünf Milieus, die sich durch ähnliche Lebens- und Konsumstile und eine Verdichtung sozialer Interaktionen konstituieren: das Niveau-, Integrations-, Harmoniemilieu bei älteren Personen sowie das Selbstverwirklichungs- und Unterhaltungsmilieu bei Jüngeren.

Zwar unterscheiden sich diese fünf „Erlebnismilieus“ darin, wie *genau* der Lebensgenuss typischerweise erzielt wird, was jedoch alle Menschen verbindet, unabhängig von der Milieuzugehörigkeit, ist die *Absicht*, das eigene Wohlbefinden zu maximieren. „Erlebe dein Leben“ laute das Motto der Gegenwartsgesellschaft, so Schulze. Deshalb würden sich alle Menschen zunehmend „erlebnisrational“ verhalten und sich vor die Wahl gestellt, verstärkt für jene Handlungsoptionen entscheiden, von denen sie sich eine Steigerung ihres eigenen Wohlbefindens versprechen. Insofern lässt sich die These aufstellen, dass es heutzutage geradezu zur *kulturellen Norm* geworden ist, das Leben so zu gestalten, dass es als schön und angenehm reflektiert wird. In einer von Glücks- und Erlebnisversprechen durchtränkten Konsumkultur *soll* man glücklich sein und sich gut fühlen. Nur stellt sich dann die Frage, ob die Konsum- und Erlebnisgesellschaft dieses Versprechen auch zu halten im Stande ist.

Zunehmende Bedeutung von Zufriedenheit in der Sozialberichterstattung

Die gestiegene Bedeutung von Lebenszufriedenheit und Wohlbefinden in der gegenwärtigen Gesellschaft führte auch zu einer erhöhten Aufmerksamkeit dieser Themen in der Sozialberichterstattung und der Wissenschaft. Nicht zuletzt ist die Förderung des Wohlergehens der Bürgerinnen und Bürger im Verfassungstext der Europäischen Union (EU) explizit verankert. In der Sozialberichterstattung werden vielfältige Indikatoren der Lebensqualität diskutiert und erhoben, um das Wohlergehen in Ländern, Regionen oder Kommunen einschätzen und vergleichen zu können. Das Bruttonationalprodukt als alleiniger Indikator für wirtschaftlichen Wohlstand wird zunehmend als untauglich für die Messung von Lebensqualität erachtet, und alternative, mehrdimensionale Maße, die neben dem



ökonomischen Wohlstand auch soziale Gerechtigkeit, Lebenserwartung, demokratische Teilhabe oder ökologische Nachhaltigkeit berücksichtigen, werden breit diskutiert (vgl. z. B. Enquete-Kommission 2013). Darüber hinaus gewinnen aber auch subjektive Indikatoren, die auf den Selbsteinschätzungen der Bürgerinnen und Bürger beruhen, an Bedeutung.

Sowohl in Deutschland (Statistisches Bundesamt 2013) als auch in der Europäischen Union (Eurostat 2015) wird die selbst berichtete Lebenszufriedenheit als Indikator im Rahmen der Sozialberichterstattung erhoben. Darüber hinaus hat das subjektive Wohlbefinden auch einen eigenen, nicht mehr wegzudenkenden Platz in der internationalen Umfrageforschung eingenommen. So werden im Rahmen der Eurobarometer-Umfragen seit 1973 regelmäßig repräsentative Daten zur Lebenszufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in den EU-Staaten erhoben, um die Lebensqualität in den Ländern und Regionen einschätzen und vergleichen zu können. Aber auch die Weltwertestudien, die europäische Sozialstudie sowie nationale Surveys, wie z. B. das Sozio-Ökonomische Panel oder die Bundesgesundheitsstudie, beinhalten verschiedene Fragen zum subjektiven Wohlbefinden. Entsprechend haben sich auch die Messinstrumente stark differenziert. Die wohl am häufigsten verwendete Frage, die zur Messung des subjektiven Wohlbefindens verwendet wird, lautet: „Wie zufrieden sind Sie alles in allem mit ihrem Leben?“, wobei die Antwort auf einer mehrstufigen Antwortskala – meistens zwischen 0 und 10 – abgestuft werden kann. Darüber hinaus finden aber auch komplexere Frageformate Verwendung, welche der Mehrdimensionalität der Lebenszufriedenheit stärker Rechnung tragen. Einige Studien fragen z. B. nach den sogenannten bereichsspezifischen Zufriedenheiten, wie der Zufriedenheit mit der Wohnung, dem Beruf, dem Einkommen oder dem Partner. Andere Studien beziehen das affektive Wohlbefinden mit ein, also Emotionen wie Freude, Gelassenheit, Ärger oder auch Trauer. Hierbei wird meist die Häufigkeit abgefragt, mit der diese positiven und ne-

gativen Emotionen in den letzten Tagen oder Wochen erlebt wurden.

Stimuliert durch diese Umfragestudien hat sich eine umfangreiche und sehr ausdifferenzierte Forschung entwickelt, die vor allem in der Psychologie, Ökonomie, Soziologie und der Politikwissenschaft angesiedelt ist. Das Interesse an subjektivem Wohlbefinden, ausgedrückt durch die Anzahl der Publikationen zu diesem Thema, ist in den letzten Jahren explosionsartig angestiegen und dieser Trend wird sich vermutlich in Zukunft fortsetzen.

Die Lebenszufriedenheit in Deutschland in den vergangenen 30 Jahren

Der von Beck als „Fahrstuhleffekt“ bezeichnete kontinuierliche Anstieg des ökonomischen Wohlstandes in der deutschen Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten lässt sich besonders gut über das verfügbare Haushaltseinkommen abbilden. Damit ist der Geldbetrag angesprochen, den die einzelnen Haushalte nach Abzug aller Steuern zur Verfügung haben. Wird dieser Betrag einerseits für die Inflationsrate bereinigt und wird andererseits die Anzahl der Haushaltsmitglieder einkalkuliert, erhält man einen aussagekräftigen Wert für die finanzielle Situation eines Haushalts.² Im Zeitverlauf von 1984 bis 2013 zeigt sich ein kontinuierlicher Anstieg des personengewichteten Haushaltsnettoeinkommens in Westdeutschland (vgl. Abbildung 1) von etwas über 1.000 Euro (1984) auf über 1.500 Euro (2013). Interessanterweise schlägt sich dieser Anstieg aber nicht auf die Lebenszufriedenheit der Menschen in Westdeutschland nieder, welche seit 1984 nahezu stabil geblieben ist. Auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht zufrieden“) bis 10 („ganz und gar zufrieden“) stufen sich die Westdeutschen 1984 im Durchschnitt bei 7,5 ein und 2013 beim Wert 7,3. Dies markiert zwar keinen drastischen Abstieg, jedoch ist der Verlauf abgekoppelt von der Entwicklung der Haushaltseinkommen.

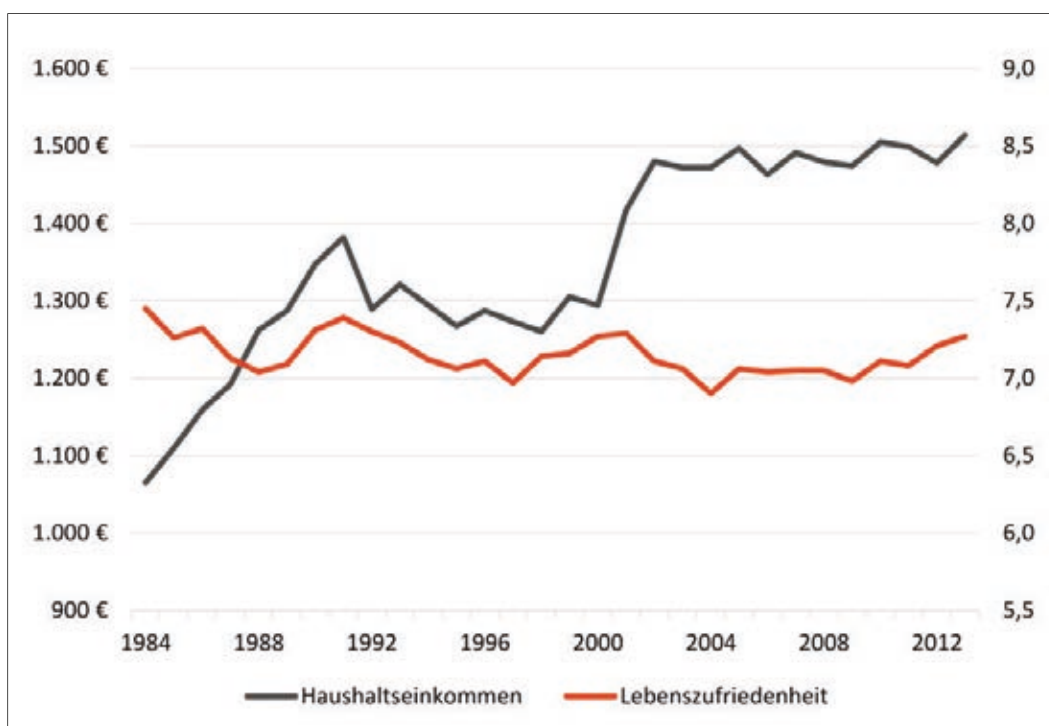


Abbildung 1: Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen (äquivalenzgewichtet, inflationsbereinigt) und der Lebenszufriedenheit in Westdeutschland, 1984–2013

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel, eigene Berechnungen.

Eine etwas andere Entwicklung lässt sich dagegen in Ostdeutschland erkennen (vgl. Abbildung 2). Hier lag die Lebenszufriedenheit nach einem Einbruch in den ersten zwei Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung 1992 bei einem Wert von 6,1 und ist bis 2013 auf 6,8 angestiegen. Im gleichen Zeitraum ist auch das personengewichtete Haushaltseinkommen von ca. 950 Euro (1992) auf ca. 1250 Euro (2013) gestiegen. Die Lebenszufriedenheit ist in Ostdeutschland also fast parallel zu den Einkommensverhältnissen angewachsen. Trotz dieses Anstiegs wird aber auch deutlich, dass die Menschen in Ostdeutschland im Jahr 2013 – also 23 Jahre nach der Wiedervereinigung – noch von einer geringeren Lebenszufriedenheit als die Menschen in Westdeutschland berichten.

Lebenszufriedenheit in verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Aber wie sieht es mit der Lebenszufriedenheit in verschiedenen Bevölkerungsgruppen aus? Insgesamt fallen die Unterschiede zwischen verschiedenen soziodemografischen Gruppen eher gering aus: Schaut man sich die Lebenszufriedenheit für Frauen und Männer getrennt an, findet man keine wesentlichen Unterschiede. Beide Geschlechter sind also im Durchschnitt ähnlich zufrieden mit ihrem Leben. Ergebnisse für verschiedene Altersgruppen weisen darauf hin, dass jüngere Altersgruppen ihr Leben etwas positiver bewerten als Ältere. Insbesondere die 50- bis 70-Jährigen sind in Deutschland weniger mit ihrem Leben zufrieden als alle anderen. Außerdem sind Männer im höheren Lebensalter etwas zufriedener als gleichaltrige Frauen. Darüber hinaus gibt es einen Bildungseffekt, der allerdings nur schwach ausgeprägt ist: Je höher das Bildungsniveau einer Person ist, desto zufriedener ist diese. Schließlich weisen Untersuchungen darauf hin, dass die in Deutschland lebenden Einwanderer eine vergleichsweise hohe Lebenszufriedenheit angeben (Kämpfer 2014).

Weiterhin lässt sich festhalten, dass Personen aus mittleren und höheren Einkommensgruppen von größerer Lebenszufriedenheit als Menschen aus niedrigen Einkommenschichten berichten (vgl. Abbildung 3). Bemerkenswert dabei ist aber, dass sich die mittleren und höheren Einkommensgruppen nicht mehr unterscheiden, die Zufriedenheit also nicht beliebig ansteigt. Interessant ist in diesem Zusammenhang eine jüngst publizierte Studie aus Schweden, in der gezeigt wird, dass Menschen, die über keine finanziellen Reserven verfügen, unglücklicher sind (Berlin/Kaunitz 2015). In Deutschland geben Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, im Durchschnitt eine sehr niedrige Lebenszufriedenheit an. Nicht die Maximierung des Wohlstands scheint für das Wohlergehen relevant zu sein, sehr wohl aber das Gefühl, finanziell grundlegend abgesichert zu sein (und dies auch in Zukunft zu sein).

Wovon hängt die Lebenszufriedenheit ab?

In der Forschung gibt es weitgehend Einigkeit, dass die Bestimmung der eigenen Lebenszufriedenheit einen Denkprozess voraussetzt, in dem Informationen über das eigene Leben herangezogen, bewertet und zu einem Gesamturteil verdichtet werden (Diener u. a. 1999). Die Lebenszufriedenheit hängt insofern davon ab, auf welche Informationen zurückgegriffen werden, wie diese Informationen bewertet werden und mit welchem Gewicht die einzelnen Informationen in das Gesamturteil eingehen. Als relevant werden vor allem Informationen über die eigenen Lebensbedingungen erachtet, wie z. B. über Wohn- und Einkommensverhältnisse, die berufliche Karriere, die Gesundheit sowie über Freundschaften, Familienverhältnisse oder Freizeitaktivitäten. Zudem sind positive und negative Emotio-

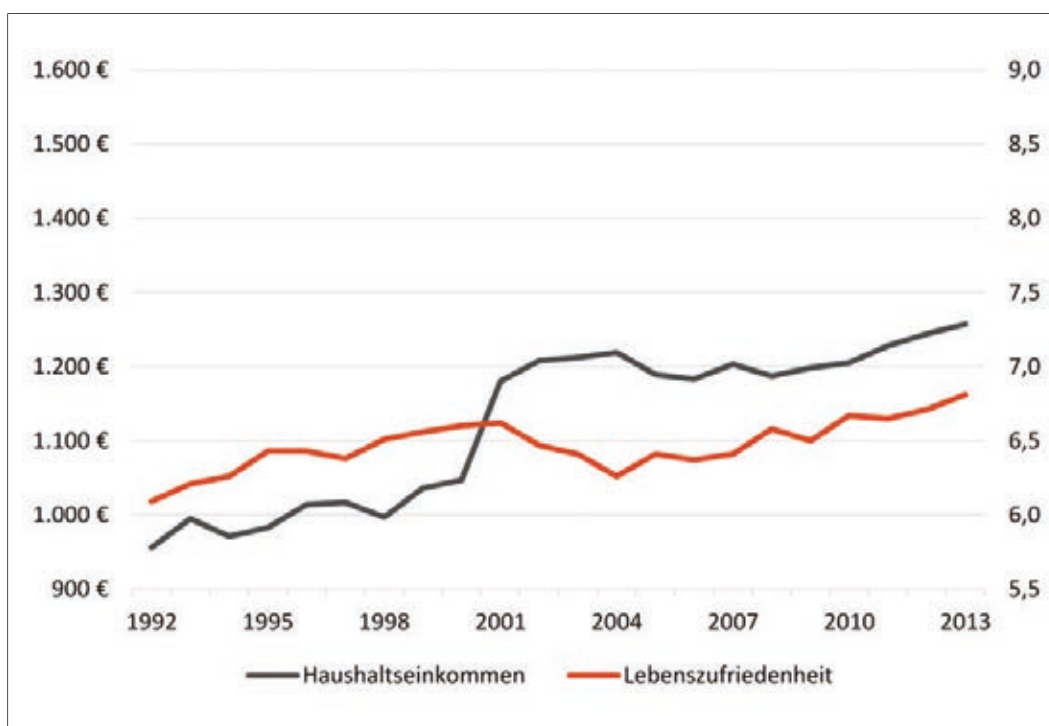


Abbildung 2: Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen (äquivalenzgewichtet, inflationsbereinigt) und der Lebenszufriedenheit in Ostdeutschland, 1994–2013

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel, eigene Berechnungen.

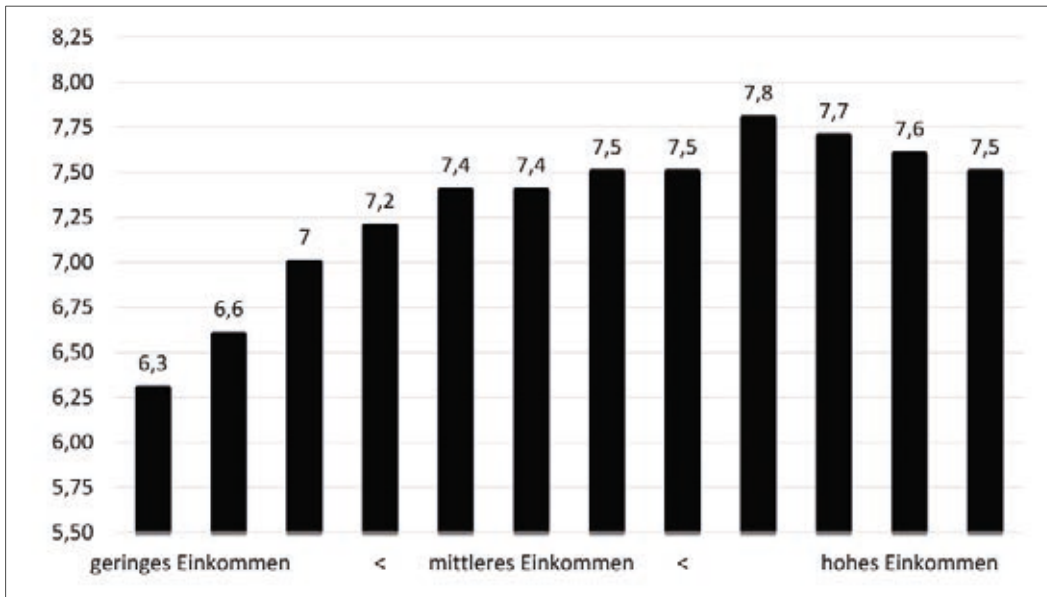


Abbildung 3: Lebenszufriedenheit in Deutschland nach Einkommensverhältnissen

Quelle: Sozio-Ökonomisches Panel, eigene Berechnungen.

nen, die man selbst in letzter Zeit erlebt hat, von Bedeutung. Die Bewertungen und Gewichtungen dieser Informationen erfolgen vor dem Hintergrund unterschiedlicher Vergleichsmaßstäbe, die z. B. durch persönliche Idealvorstellungen, kulturelle Normen oder soziale Bezugsgruppen geprägt werden. Zudem scheint die Bewertung und Gewichtung nicht unwesentlich von der eigenen Persönlichkeit abzuhängen.

Eine sehr alte Kontroverse in der Zufriedenheitsforschung, die bis in die Antike zurückreicht, existiert zwischen der „eudaimonischen“ Perspektive (wörtlich bedeutet das „einen guten Dämon oder Geist habend“, z. B. von Aristoteles und Sokrates vertreten) einerseits und der „hedonistischen“ Perspektive (aus dem Altgriechischen als „Lust“ übersetzt und z. B. von Epikur vertreten) andererseits. Während Menschen laut der hedonistischen Perspektive vor allem dann glücklich und zufrieden sind, wenn sie möglichst viele positive Emotionen wie Freude, Heiterkeit, Stolz oder Liebe und möglichst wenig negative Emotionen wie Ärger, Angst und Trauer erleben, stellt sich Zufriedenheit in der eudaimonischen Perspektive vor allem dann ein, wenn Menschen ein „wünschenswertes Leben“ führen und es schaffen, ihre menschlichen Potenziale zu verwirklichen. In dem Maße, in dem es ihnen gelingt, ihre Fähigkeiten zu entfalten, sich selbst zu akzeptieren und ihr Leben selbstbestimmt nach ihren Zielen zu gestalten, erlangen sie Zufriedenheit. Dabei können durchaus positive Gefühle entstehen, die auch als angenehm empfunden werden, welche sich aber eher als ein Nebenprodukt im Prozess der „guten Lebensführung“ ergeben.

Entsprechend sind es sehr unterschiedliche Situationen und Tätigkeiten, welche Zufriedenheit mit sich bringen. Sich etwas gönnen, sich verwöhnen, schöne Momente genießen oder einfach nur Spaß auf einer Party oder bei einem Kinobesuch haben, wären typische Situationen, welche laut hedonistischer Perspektive Zufriedenheit auslösen. In der eudaimonischen Perspektive können auch anstrengende und sogar zunächst unangenehme Tätigkeiten langfristig einen wichtigen Beitrag zur Lebenszufriedenheit leisten, solange sie dabei helfen, die eigenen langfristigen Ziele zu erreichen. Sich zu engagieren, für die eigenen Ziele zu kämpfen und dabei etwas bewegen zu können, sich persönlich wei-

terzuentwickeln und eigene Fortschritte zu bemerken, macht laut eudaimonischer Perspektive zufrieden. Beide Perspektiven knüpfen an die anfangs beschriebene Gesellschaftsdiagnose an. Während Ulrich Beck und Ronald Inglehart eine wachsende Bedeutung von Werten und Lebenszielen betonen, die auf Selbstverwirklichung, Autonomie und demokratischer Partizipation rekurrieren und die Erfüllung dieser Werte als bedeutsam für das Wohlergehen ansehen, postuliert insbesondere Gerhard Schulze eine zunehmende Relevanz von konsum- und erlebnis ausgelösten angenehmen Emotionen für die Lebenszufriedenheit. Im Folgenden werden wir einen Überblick über empirische Befunde aus der Forschung geben, um den Einfluss dieser Faktoren auf die Lebenszufriedenheit einzuschätzen.

Autonomie und Selbstbestimmung

Die psychologische Forschung hat sich ausführlich mit der Bedeutung von Autonomie und Selbstbestimmung für das persönliche Wohlbefinden beschäftigt. Aus der Perspektive der *Selbstbestimmungstheorie* (Ryan/Deci 2000) haben Handlungen vor allem dann einen positiven Einfluss auf die Zufriedenheit einer Person, wenn sie auf einer intrinsischen, von innen kommenden Motivation beruhen und zur Erfüllung menschlicher Grundbedürfnisse beitragen. Drei universelle Grundbedürfnisse werden in der Theorie unterschieden: Kompetenz, Autonomie und soziale Eingebundenheit. Kompetenzerleben bezieht sich auf die Erfahrung, Einfluss auf den Lauf der Dinge nehmen und gewünschte Veränderungen herbeiführen zu können; Autonomie rekurriert auf das Gefühl, unabhängig und frei von Zwang und Kontrolle handeln zu können; mit Eingebundenheit ist die Erfahrung von Zugehörigkeit, wechselseitiger Sympathie und Wertschätzung gemeint. Die Theorie geht davon aus, dass der Grad der Erfüllung dieser drei Grundbedürfnisse entscheidend das Wohlergehen einer Person beeinflusst. Zahlreiche Forschungsbefunde stützen diese Aussage. In einer Studie von Harry T. Reis und Kollegen (2000) füllten die Versuchspersonen täglich einen kurzen Fragebogen zu ihrem Befinden aus und berichteten in Tagebuch-

form jeden Abend von ihren Aktivitäten. Dabei sollten sie angeben, inwieweit sie die aufgeführten Aktivitäten freiwillig und aus intrinsischen Motiven heraus oder aus selbst-aufgelegtem oder externem Druck ausführten (Autonomie); wie wirkungsvoll und erfolgreich sie diese Aktivitäten einschätzten (Kompetenz) und inwieweit sie sich dabei nah und verbunden mit anderen Menschen fühlten (Eingebundenheit). Die Ergebnisse zeigen, dass alle drei Aspekte signifikant das tägliche Wohlbefinden beeinflussen: Je stärker die drei menschlichen Grundbedürfnisse an einem Tag befriedigt wurden, umso weniger negative Emotionen und umso mehr positive Emotionen wurden berichtet, umso vitaler fühlten sich die Versuchspersonen und desto weniger Krankheitssymptome gaben sie an. Tagesereignisse und Tagesaktivitäten, bei denen die Menschen das Gefühl haben, selbst mitgestalten zu können und nach ihren eigenen Wertvorstellungen handeln zu können, haben den stärksten positiven Einfluss auf das Wohlbefinden, während sich umgekehrt jene Situationen, in denen sich Personen fremdbestimmt fühlen oder gegen ihre eigentlichen Überzeugungen handeln müssen, besonders negativ auf das Wohlbefinden auswirken (Sheldon u. a. 2001).

In internationalen Vergleichsstudien ist zu erkennen, dass sich die Kriterien, an denen die Menschen ein erfülltes Leben festmachen, mit dem Modernisierungsniveau eines Landes verschieben. Wenn ärmere Entwicklungsländer und reichere, postindustrielle Länder, wozu auch die Bundesrepublik zählt, miteinander verglichen werden, ist zu erkennen, dass sich persönliche Autonomie in der Lebensgestaltung und kreative Freiräume am Arbeitsplatz stärker auf die Lebenszufriedenheit in wohlhabenderen Gesellschaften auswirken, während in den ärmeren Ländern das Einkommen eine größere Bedeutung besitzt (Delhey 2010; Welzel/Inglehart 2010). Dass der Einfluss des Einkommens auf die Lebenszufriedenheit mit dem Wohlstand einer Gesellschaft sinkt, haben zuvor bereits zahlreiche Studien belegen können (zusammenfassend: Diener/Biswas-Diener 2002). Es lässt sich also festhalten, dass die Erhöhung des Wohlstands dazu führt, dass sich die Lebensziele verschieben und postmaterialistische Werte wie Selbstbestimmung und Mitgestaltung priorisiert werden, der Grad der Erfüllung dieser Werte aber auch immer stärker die Lebenszufriedenheit beeinflusst.

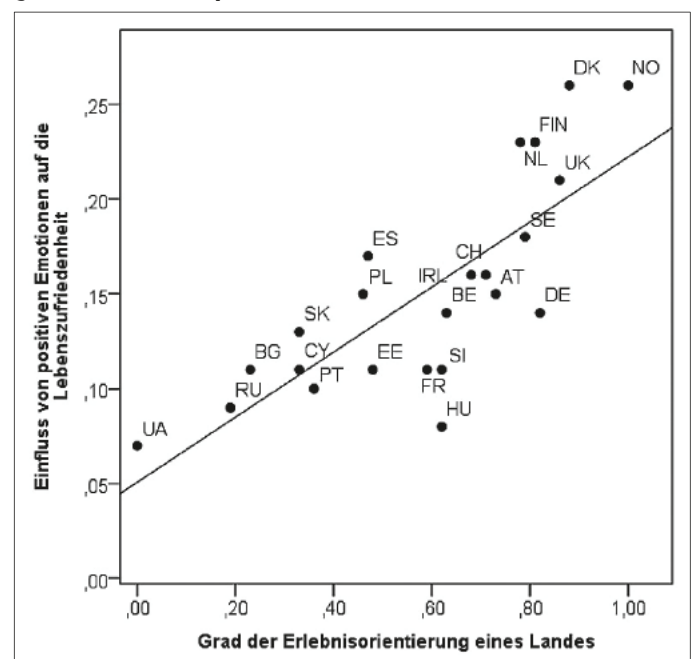
Emotionen und Stimmungen

Lässt sich vor dem Hintergrund der hedonistischen Perspektive auf Lebenszufriedenheit nun auch zeigen, dass Emotionen und Stimmungen verstärkt herangezogen werden, um das eigene Leben zu beurteilen? Ländervergleichende Studien kommen zu dem Ergebnis, dass Emotionen in verschiedenen Gesellschaften jeweils eine unterschiedliche Relevanz für die Lebenszufriedenheit besitzen (Suh u. a. 1998). Vor allem wird in jenen Ländern die Beurteilung des eigenen Lebens stärker an den kürzlich erlebten Emotionen festgemacht, die eher dem anfangs skizzierten Idealtypus einer individualisierten und erlebnisorientierten Konsumgesellschaft entsprechen (Mutz/Kämpfer 2013). Eine solche Gesellschaft ist einerseits durch einen stark ausgebauten Erlebnismarkt und andererseits durch ausgeprägte erlebnisorientierte Konsummuster gekennzeichnet. Wenn man die Erlebnisorientierung allein in den europäischen Staaten mit verschiedenen Indikatoren³ abbildet,

zeigen sich deutliche Unterschiede, beispielsweise zwischen Bulgarien und der Ukraine, die niedrige Werte aufweisen, und Großbritannien oder Deutschland, die durch eine stark ausgeprägte Erlebnis- und Konsumkultur geprägt sind. Vergleicht man nun, in welchem Ausmaß die kürzlich erlebten positiven Emotionen die Lebenszufriedenheit beeinflussen, zeigt sich, dass dieser Einfluss stärker ausfällt, je höher die Erlebnis- und Konsumorientierung des Landes ausgeprägt ist (vgl. Abbildung 4)⁴. In Erlebnisgesellschaften verschiebt sich also die „Formel“ für Lebenszufriedenheit: Wer sich gut fühlt, also häufig positive Emotionen und selten negative Emotionen erlebt, ist mit dem Leben zufriedener. Lebenszufriedenheit speist sich in der Erlebnisgesellschaft weniger aus einer Reflexion über das im bisherigen Leben Erreichte, sondern erhält eine starke hedonistische Tönung (Mutz/Kämpfer 2013).

Eine weitere Unterscheidung, die in der Werteforschung seit Langem etabliert ist, bezieht sich auf die Differenzierung zwischen *individualistischen* und *kollektivistischen* Gesellschaften (Hofstede 1991; Triandis 1995). In individualistischen Ländern sehen sich die Menschen selbst als unabhängige Individuen, die sich an eigenen Präferenzen, „inneren“ Bedürfnissen orientieren und ihre ganz persönlichen Ziele verfolgen. In kollektivistischen Gesellschaften ist die Sichtweise anders: Hier verstehen sich die Menschen stärker als Teil eines oder mehrerer Kollektive (z. B. der Familie oder eines Arbeitsteams) und orientieren sich in ihrem Handeln verstärkt an den „äußeren“ Normen und Pflichten, die sich aus der Zugehörigkeit zu diesen Kollektiven ergeben. Zwei international vergleichende Untersuchungen weisen darauf hin, dass diese Unterscheidung ebenfalls von Bedeutung für die Lebenszufriedenheit ist.

Abbildung 4: Der Einfluss von Emotionen auf die Bewertung des eigenen Lebens steigt in den Ländern, die stärker dem Idealtypus der Erlebnis- und Konsumgesellschaft entsprechen



Quelle: European Social Survey, eigene Berechnungen.

Eunkook Suh und Kollegen (1998) können zeigen, dass die Menschen in individualistischen Ländern ihre Zufriedenheit stärker an den erlebten Emotionen festmachen, während Menschen in kollektivistischen Gesellschaften dann zufriedener sind, wenn sie der Meinung sind, den allgemein anerkannten Normen zu entsprechen. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass das Erleben von negativen Emotionen in individualistischen Ländern die Lebenszufriedenheit besonders stark negativ beeinflusst (Kuppens u. a. 2008). Die Befunde legen also insgesamt nahe, dass Menschen in individualistischen und erlebnisorientierten Ländern eine zunehmende Emotionsorientierung bei der Bewertung des eigenen Lebens aufweisen. Lebenszufriedenheit wird gleichgesetzt mit Wohlbefinden und angenehmen Emotionen.

Materialismus und Konsumorientierung

Neben den Befunden zu Selbstbestimmung und Erlebnisorientierung gibt es nun noch eine dritte Forschungsrichtung, die für unser Thema relevant ist. Eine Reihe von Studien, insbesondere zum Stichwort *Materialismus*, ist der Frage nachgegangen, welche Zusammenhänge zwischen dem Konsum von Produkten sowie dem Streben nach materiellem Besitz und dem Lebensglück bestehen. Materialistische Einstellungen drücken sich durch die Wertschätzung von Geld, Besitz und sozialem Status aus, aber auch dadurch, dass sich Personen über ihre Besitztümer definieren, d. h. hieraus ihren Selbstwert ableiten (Richins/Dawson 1992). Insgesamt können diese Arbeiten zeigen, dass materialistische Orientierungen systematisch mit einem geringeren Wohlbefinden einhergehen.

Ein neuerer Forschungsbericht (Dittmar et al. 2014), der die Ergebnisse von mehr als 150 Studien zusammenfasst, kommt zur Schlussfolgerung, dass materialistische Einstellungen negativ sowohl mit emotionalem Wohlbefinden als auch mit der Lebenszufriedenheit assoziiert sind. Zur Erklärung dieses Befundes gibt es mehrere Argumente: Zum einen wurde vermutet, dass sich materialistisch orientierte Menschen häufiger mit Personen vergleichen, die über noch mehr Besitz als sie selbst verfügen und durch diese Aufwärtsvergleiche öfter Neid und Missgunst empfinden. Zum anderen wird argumentiert, dass materialistisch orientierte Personen vor dem Kauf eines Produktes üblicherweise die psychologische Gratifikation, die mit dem Besitz des Produkts einhergeht, überschätzen (Wilson/Gilbert 2005). Diese Überschätzung geht vermutlich auf die Suggestionen der Produktwerbung zurück, die jedes neue Produkt als besonders erstrebenswert erscheinen lassen. Auf diese Weise wird eine Haltung des „Immer-noch-mehr-Wollens“ bei den Konsumenten gefördert (Norris/Larsen 2011). Schon kurz nachdem ein bestimmtes Produkt gekauft wurde, erscheint das nächste Produkt noch erstrebenswerter. Das Bedürfnis, etwas Neues haben zu wollen, wird auf diese Weise nie gestillt und die erhoffte Zufriedenheit bleibt aus.

Fazit

Das in den letzten 60 Jahren rasant angestiegene Wohlstandsniveau in Deutschland hat, so die hier eingenommene Perspektive, zu gesellschaftlichen Individualisie-



Die eigenen Emotionen werden für die Bewertung des eigenen Lebens zu einem wichtigen Gradmesser. Positive Emotionen bezieht man auf dem Wege der Selbstreflexion.

picture alliance/dpa

rungstendenzen geführt, durch die jeder Einzelne mehr denn je zu „seines Glückes Schmied“ geworden ist. Ein Wandel hin zu postmaterialistischen Werten wie Selbstbestimmung und Mitgestaltung hat diesen Modernisierungsprozess ebenso flankiert wie die Sehnsucht nach dem schönen, angenehmen Leben. Menschen weisen in wohlhabenden Gesellschaften eine verstärkte Innenorientierung auf und verwenden mehr Zeit und Energie denn je, um über ihr eigenes Leben und die Frage „Bin ich glücklich?“ nachzudenken. Zugleich stehen ihnen zahllose Angeboten an marktvermittelten Konsum- und Erlebnismöglichkeiten gegenüber und mit diesen verbunden auch das Versprechen von Genuss, Vergnügen, Erfüllung, Gesundheit und Wohlbefinden.

Vor diesem Hintergrund haben wir anfangs die Frage gestellt, ob die Konsum- und Erlebnisgesellschaft das ihr inhärente Glücksversprechen einlösen kann. Die Antwort fällt nun ambivalent aus. Zum einen lässt sich zeigen, dass grundlegende materielle Sicherheit wichtig ist. Wo diese fehlt, rangiert die Lebenszufriedenheit auf einem sehr niedrigen Wert. Für reiche Länder wie Deutschland lässt sich aber konstatieren, dass ein weiter wachsendes Wohlstandsniveau für die meisten Bevölkerungsgruppen nicht mehr automatisch mit einer Steigerung der Lebenszufriedenheit einhergeht. So stagniert die Entwicklung der Lebenszufriedenheit in Deutschland, vor allem in West-



und Rückschläge auf diesem Weg in Kauf nehmen. Er begutachtet die Situation wesentlich weniger aus der unmittelbaren Befriedigung seiner momentanen Bedürfnisse heraus, sondern im Kontext eines größeren Sinnzusammenhangs. Ob die Konsumgesellschaft aber diesen größeren Sinnzusammenhang stiften kann, scheint doch eher fraglich.⁵

Weitere skeptisch stimmende Argumente kommen vom Autor der „Erlebnisgesellschaft“ selbst: So stellt Schulze fest, dass es angesichts der Vielfalt an marktvermittelten Konsum-, Erlebnis- und Sinnangeboten nicht leicht ist, eine hohe Zufriedenheit auf Dauer zu konservieren oder gar immer weiter zu steigern. Auf der Suche nach dem erhofften Wohlbefinden werden die Menschen schnell zum Spielball von Konsum und Kommerz und erliegen den Versprechungen der Werbung, die immer neue und inzwischen wohl weitestgehend künstliche Bedürfnisse weckt und bedient. Die Konsumenten hätten sich, so Schulze (1992), inzwischen „wie Medikamentenabhängige“ an ihre tägliche Dosis stimulierender Erlebnisse gewöhnt. Das Glücksversprechen der Konsumgesellschaft scheint also nicht von Dauer. Schöne Erlebnisse verlieren durch ihre Wiederholung den Glanz des Außergewöhnlichen und die affektiven Reaktionen auf den gleichen Stimulus werden schaler und blasser. Positive Emotionen, die mit dem Konsum von Produkten einhergehen, verflüchtigen sich ebenfalls, sobald Folgeprodukte erhältlich sind, die als neuer, besser oder schöner inszeniert werden. Wie die psychologische Forschung betont, leiden dann insbesondere Menschen mit einer stärker ausgeprägten materialistischen Orientierung, die sich selbst mit den Produkten stark identifizieren, die sie besitzen.

deutschland, obwohl in den letzten Jahren die Haushaltseinkommen stark angestiegen sind und sich vielfältige Möglichkeiten des Konsumierens und Erlebens für fast alle Bevölkerungsschichten eröffnet haben.

Darüber hinaus lässt sich zeigen, dass die Frage: „Was genau macht mich eigentlich glücklich?“ heute teilweise anders beantwortet wird als noch vor einigen Jahrzehnten. Sobald das Bedürfnis nach existenzieller Sicherheit weitestgehend gestillt ist, was heutzutage in Deutschland vielen Menschen (aber eben auch nicht allen) unterstellt werden kann, verlieren rein ökonomische Kriterien an Bedeutung und es schieben sich postmaterialistische Lebensziele wie Selbstentfaltung und Autonomie, aber auch ästhetischer Genuss und das Erleben von positiven Emotionen in den Vordergrund. Inwieweit Menschen mit ihrem Leben zufrieden sind, hängt daher heute mehr und mehr davon ab, inwieweit sie sich selbstbestimmt entfalten können und wie viele als schön empfundene Momente sie genießen können.

Beide Tendenzen finden sich im Prinzip bereits in der Antike in den Diskursen zwischen Eudaimonikern und Hedonisten. Der Hedonist sucht nach Situationen die unbeschwert sind, stimulierend wirken und unmittelbar positive Emotionen hervorrufen. Es dürfte kaum bestritten werden, dass sich in der gegenwärtigen Konsumgesellschaft viele schöne Momente verwirklichen lassen, so dass sich das „Glück“ in dieser hedonistischen Lesart leichter realisieren ließe. Der Eudaimoniker dagegen arbeitet an der Verwirklichung seiner Potenziale und der Erfüllung elementarer menschlicher Bedürfnisse und muss auch Anstrengungen

LITERATUR

- Bauman, Zygmunt (2009): *Leben als Konsum*. Hamburg.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt am Main.
- Berlin, Martin/Kaunitz, Niklas (2015): *Beyond Income: The Importance for Life Satisfaction of Having Access to a Cash Margin*. In: *Journal of Happiness Studies*, 6/2015, S. 1557–1573.
- Delhey, Jan (2010): *From Materialist to Post-Materialist Happiness? National Affluence and Determinants of Life Satisfaction in a Cross-National Perspective*. In: *Social Indicators Research*, 1/2010, S. 65–84.
- Diener, Ed/Suh, Eunok/Lucas, Richard E./Smith, Heidi L. (1999): *Subjective Well-being: Three Decades of Progress*. In: *Psychological Bulletin*, 2/1999, S. 276–302.
- Diener, Ed/Biswas-Diener, Robert (2002): *Will Money Increase Subjective Well-being?* In: *Social Indicators Research*, 2/2002, S. 119–169.
- Dittmar, Helga/Bond, Rod/Hurst, Megan/Kasser, Tim (2014): *The Relationship Between Materialism and Personal Well-being: A Meta-analysis*. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 5/2014, S. 879–924.
- Enquete-Kommission (2013): *Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“*. Bonn.
- Eurostat (Hrsg.) (2015): *Quality of Life. Facts and Views*. Luxemburg.
- Hofstede, Geert (1991): *Cultures and Organizations: Software of the Mind*. London.
- Inglehart, Ronald/Welzel, Christian (2005): *Modernization, Cultural Change, and Democracy*. Cambridge.
- Kämpfer, Sylvia (2014): *Migration und Lebenszufriedenheit. Eine theoriegeleitete empirische Analyse*. Opladen.
- Kuppens, Peter/Realo, Anu/Diener, Ed (2008): *The Role of Positive and Negative Emotions in Life Satisfaction Judgment Across Nations*. In: *Journal of Personality and Social Psychology*, 1/2008, S. 66–75.

- Mutz, Michael/Kämpfer, Sylvia (2013): Emotionen und Lebenszufriedenheit in der „Erlebnisgesellschaft“ – Eine vergleichende Analyse von 23 europäischen Ländern im Anschluss an die Gesellschaftsdiagnose von Gerhard Schulze. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2/2013, S. 253–275.
- Norris, Ian J./Larsen, Jeff T. (2011): Wanting More than you have and it's Consequences for Well-being. In: Journal of Happiness Studies, 5/2011, S. 877–885.
- Reis, Harry T./Sheldon, Kennon M./Gable, Shelly L./Roscoe, Joseph/Ryan, Richard M. (2000): Daily Well-Being: The Role of Autonomy, Competence, and Relatedness. In: Personality and Social Psychology Bulletin, 4/2000, S. 419–435.
- Richins, Marsha L./Dawson, Scott (1992): A Consumer Values Orientation for Materialism and Its Measurement – Scale Development and Validation. In: Journal of Consumer Research, 3/1992, S. 303–316.
- Rössel, Jörg (2005): Plurale Sozialstrukturanalyse. Eine handlungstheoretische Rekonstruktion der Grundbegriffe der Sozialstrukturanalyse. Wiesbaden.
- Ryan, Richard. M./Deci, Edward L. (2000): Self-determination Theory and the Facilitation of Intrinsic Motivation, Social Development, and Well-being. In: American Psychologist, 1/2000, S. 68–78.
- Schulze, Gerhard (1992): Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart. Frankfurt am Main.

- Sheldon, Kennon M./Elliot, Andrew J./Kim, Youngmee/Kasser, Tim (2001): What Is Satisfying About Satisfying Events? Testing 10 Candidate Psychological Needs. In: Journal of Personality and Social Psychology, 2/2001, S. 325–339.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2013): Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Bonn.
- Suh, Eunkook/Diener, Ed/ Oishi, Shigehiro/ Triandis, Harry C. (1998): The Shifting Basis of Life Satisfaction Judgments across Cultures: Emotions versus Norms. In: Journal of Personality and Social Psychology, 2/1998, S. 482–493.
- Triandis, Harry C. (1995): Individualism and Collectivism. Boulder.
- Welzel, Christian/Inglehart, Ronald (2010): Agency, Values, and Well-Being: A Human Development Model. In: Social Indicators Research, 1/2010, S. 43–63.
- Wilson, Timothy D./Gilbert, Daniel T. (2005): Affective Forecasting – Knowing What to Want. In: Current Directions in Psychological Science, 3/2005, S. 131–134.

UNSER AUTORENTEAM



Dr. Sylvia Kämpfer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie sowie am Sonderforschungsbereich „Affective Societies“ an der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Zufriedenheitsforschung, Migrations- und Emotionssoziologie.



Prof. Dr. Michael Mutz lehrt am Institut für Sportwissenschaften der Justus-Liebig-Universität Gießen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören u. a. die Themen Sport, Lebenszufriedenheit und psychosoziale Gesundheit.

ANMERKUNGEN

- 1 Diese These von Ulrich Beck hat in der Soziologie auch viel Widerspruch erfahren. Die aus der Individualisierungsthese ableitbare Entkopplung von sozioökonomischen Lebensbedingungen und dem Lebensstil ließ sich bislang kaum belegen. Eine kritische Zusammenfassung hierzu findet man bei Jörg Rössel (2005).
- 2 Man spricht in diesem Fall vom äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen. Hierbei wird das Haushaltsnettoeinkommen durch die Anzahl der Familienmitglieder geteilt, wobei der erste Erwachsene mit dem Wert 1, alle weiteren Haushaltsmitglieder über 14 Jahren mit dem Wert 0,5 und alle Kinder unter 14 Jahren mit dem Wert 0,3 berücksichtigt werden. Diese Gewichtung ist ein Versuch, die Kostenersparnisse zu berücksichtigen, die größere Haushalte vor allem durch ihre gemeinsam genutzten Wohnräume und ihre gemeinsam genutzten Konsumgüter erzielen können.
- 3 Die Erlebnisorientierung eines Landes lässt sich z. B. über die jährlichen Konsumausgaben pro Kopf abbilden, aber auch über den Anteil an den privaten Konsumausgaben, der für Freizeit und Kultur ausgegeben wird (also z. B. für Konzert- und Theaterbesuche, Bücher und Musikinstrumente, aber auch für technisches Equipment wie Fernsehgeräte, DVD-Player, Videokameras und ähnliche Geräte) oder über den Anteil der Erwerbsspersonen, die im Kultur- und Mediensektor arbeiten. Diese Angebotsstruktur ist eine Voraussetzung dafür, dass die Menschen ihre Präferenzen nach „schönen Erlebnissen“ mit geringem Aufwand realisieren können.
- 4 Einzelheiten zur Methodik können dem Beitrag von Mutz/Kämpfer (2013) entnommen werden.
- 5 Während allein durch Konsum wohl kaum eine langfristige Sinnperspektive entsteht, ist zugleich aber auch im Blick zu behalten, dass der von Ulrich Beck als Individualisierung beschriebene Modernisierungsprozess mit einem Anstieg des durchschnittlichen Bildungsniveaus und gewachsenen Möglichkeiten zur selbstbestimmten Teilhabe in der Bevölkerung einherging. In der eudaimonischen Perspektive dürfte das eine wichtige Voraussetzung sein, um ein „wünschenswertes“ und als sinnvoll empfundenenes Leben zu verwirklichen.

Heterogenität als Normalzustand? Politische Lebenswelten in Baden-Württemberg¹

Rolf Frankenberger, Daniel Buhr

Im Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung wurden politische Einstellungen und alltagsweltliche Orientierungen in vierzehn baden-württembergischen Kommunen untersucht. Nachfolgend präsentieren Rolf Frankenberger und Daniel Buhr die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchung. Im Rahmen der Pilot-Studie zeigte sich eine Vielfalt politischer Lebenswelten, die sich im Verständnis von Demokratie und Politik sowie Art und Umfang der politischen Beteiligung unterscheiden. Die Studie bestätigt die These einer Pluralisierung politischer Lebenswelten. Insgesamt finden sich sieben Lebenswelten, die sich in drei unterschiedliche Gruppen (politikferne, delegative und partizipatorische Lebenswelten) zusammenfassen lassen. Diese Lebenswelten unterscheiden sich nicht nur im Verständnis von Demokratie und Politik, sondern auch hinsichtlich der Partizipationsformen und -niveaus. Wünschenswert – so ein Fazit der Studie – erscheint eine Differenzierung und Erweiterung von Beteiligungsangeboten in der repräsentativen Demokratie angesichts der unterschiedlichen Präferenzen der verschiedenen politischen Lebenswelten. Auch im eher konservativ geprägten Baden-Württemberg sind inzwischen Ansprüche auf mehr Beteiligung in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet. |

Heterogene Lebenswelten haben Auswirkungen auf Politik und Beteiligung

Ungleichheit wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung in der Regel an harten Daten wie etwa Einkommen, Bildung, Herkunft, sozialem Status und sozialer Mobilität festgemacht und in Modellen der sozialen Schichtung dargestellt (vgl. die Beiträge von Rainer Geißler, Stefan Hradil sowie Nina Fritsch und Roland Verwiebe in diesem Heft). Weitergehende Ansätze wie etwa die Milieuforschung (vgl. den Beitrag von Jörg Ueltzhöffer in diesem Heft) berücksichtigen bei der Untersuchung von Ungleichheit darüber hinaus Wertorientierungen und alltagsästhetische Aspekte. Dies führt dazu, dass zusätzlich zur vertikalen Unterscheidung entlang der klassischen Schichtungsvariablen Einkommen und Bildung eine horizontale Unterteilung entlang von alltagsweltlichen Wertemustern tritt.

Und auch hinsichtlich der Beteiligung am politischen Leben sind deutliche Unterschiede in der Bevölkerung (nicht nur) in Deutschland beobachtbar. Hierzu gibt es eine Reihe von Befunden, welche allesamt auf die politische Ebene im engeren Sinne fokussieren. So werden etwa die Eigenschaften des politischen Systems selbst, die Position von Personen in der Gesellschaft und politische Einstellungen als Determinanten von Partizipation identifiziert, welche wertvolle Beiträge zum Verstehen von ungleichen und asymme-

trischen Beteiligungsmustern in Demokratien leisten: Beteiligung ist fragmentiert und im Wesentlichen ein Mittel- und Oberschichtenphänomen (vgl. van Deth 2009; Bertelsmann Stiftung 2013; Lijphart 1996). Es sind vor allem Menschen mit hohem sozio-ökonomischem Status und höherer Bildung, die gegenüber dem politischen System positiv eingestellt sind. Und sie verfügen sowohl über eine höhere Kompetenz als auch eine höhere Bereitschaft zur politischen Beteiligung. Zudem ist seit den 1970er Jahren eine deutliche Diversifizierung von Beteiligungsformen zu beobachten, bei der insbesondere unkonventionelle und direkt demokratische Formen der politischen Beteiligung zugenommen und klassische Formen wie die Mitgliedschaft in einer Partei oder das Wählen abgenommen haben (vgl. Hebestreit/Korte 2015: 24).

Mithin haben sich die Muster politischer (Nicht-)Beteiligung vervielfältigt, und wachsende politische Ungleichheit stellt moderne Demokratien vor die Herausforderung, wie sie ihre Lebendigkeit und Qualität erhalten oder gar steigern können, wenn immer weniger Menschen sich in immer unter-



Stuttgart 21 ist nur ein Beispiel, dass unkonventionelle Formen der politischen Beteiligung auch in Baden-Württemberg zugenommen und klassische Formen wie die Mitgliedschaft in einer Partei oder das Wählen abgenommen haben.

picture alliance/dpa

schiedlicheren Formen einbringen und sehr unterschiedliche Anforderungen an das politische System stellen.

Damit stellt sich die gesellschaftlich wie wissenschaftlich zentrale Frage nach denjenigen Entwicklungen und Faktoren, die hinter oder jenseits der mehr oder weniger direkt messbaren sozio-ökonomischen Ungleichheit ursächlich für die politische Ungleichheit sind. Eine zentrale Ursache für die Vervielfältigung hängt mit einer Entwicklung der letzten Jahrzehnte zusammen: der Postmodernisierung der Alltagswelt (vgl. Ueltzhöffer 1999; Featherstone 1991; Frankenberger 2007; Inglehart 1998). Diese befördert die Auflösung tradiertter Lebenswelten und Vervielfältigung von Lebensentwürfen, sie fragmentiert das Gemeinwesen und die Bezugspunkte gesellschaftlicher Einbindung und Erfahrung in nie gekanntem Ausmaß. Die so entstehenden heterogenen Lebenswelten haben durchaus Auswirkungen auch und gerade auf Politik, Demokratiebewertung und Teiligungsformen.

Denn die Bürgerinnen und Bürger entwickeln ihre individuelle politische Kultur, ihre „kognitive und normative Landkarte der politischen Welt“ (Rohe 1994: 1) in ihren konkreten alltäglichen Bezügen und Handlungen. Und sie bilden darin das aus, was Robert Putnam als soziales Kapital bezeichnet: all diejenigen Aspekte, Normen und Vertrauen, welche das Miteinander, die Kooperation in einem Gemeinwesen ermöglichen (vgl. Putnam 1995: 664f.). Diese sozialen Werte und insbesondere das Vertrauen in Andere sowie die so entstehenden sozialen Netzwerke (insbesondere in Form freiwilliger Zusammenschlüsse) bilden die Grundlage für ein gut funktionierendes ökonomisches System und für politische Integration (vgl. Putnam 1993, 2007). Je fragmentierter die alltäglichen Bezüge, desto unterschiedlicher werden auch die politischen Einstellungen, Orientierungen und Handlungen sein, die dort vermittelt werden. Will man sich also der politischen Ungleichheit sehr grundsätzlich nähern und den sozialen Charakter von individuell internalisierter Kultur und Handlungsrationaltät herausarbeiten, muss der alltägliche soziale Kontext der Individuen im Zentrum der Analyse stehen: die Lebenswelt (Schütz/Luckmann 2003).

Lebenswelt als zentrale Analysekategorie

Die alltägliche Lebenswelt stellt den Erfahrungshorizont dar, in dem ein spezifischer Wissensvorrat zur Verfügung gestellt wird und in dem die Bedeutung von Themen und Wissensbereichen geprägt werden. Hier entwickeln die Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen, Vorlieben und Handlungsstrategien, denn „es ist klar, dass ein normaler Erwachsener seine Interessen und Vorlieben [...] nicht als ungeschichtlicher Einzelmensch, sondern als Mitglied einer historischen Gesellschaft erworben hat“ (Schütz/Luckmann 2003: 506). Interessen – und insbesondere politische Interessen – sind demzufolge immer *kulturalisierte* Interessen. Sie sind geprägt durch die direkten Erfahrungen, Argumentationen und Lebensvollzüge in der alltäglichen Lebenswelt. Die lebensweltlichen Erfahrungen bestimmen und leiten dabei das Handeln. Denn sie liefern den Realitäts- und Sinnbereich, in dem ein spezifischer Wissensvorrat bereitgestellt wird. Der lebensweltliche Bezug der Studie knüpft so auch an wichtige Arbeiten der Milieustudien an (vgl. den Beitrag von Jörg Ueltzhöffer in diesem Heft). Auch diese gehen davon aus, dass die Lebenswelten im-

mer heterogener werden und sich durch Milieubildungen gleichzeitig neu formieren.

Wenn man Muster und Typen von politischen Lebenswelten nun konkret untersuchen möchte, sind die folgenden beiden Erkenntnisdimensionen zentral:

- Wie konstruieren die Befragten ihre politische „world at hand“, ihre politische Lebenswelt?
- Welche lebensweltlichen Bezüge und Erfahrungen prägen diese Konstruktion von Politik?

Es geht also zunächst einmal darum, herauszufinden, wie die Befragten ihre politische Lebenswelt selbst wahrnehmen und strukturieren, welche Konzepte, Wertorientierungen, Institutionen, potenzielle Handlungsmöglichkeiten und tatsächliche Handlungen, aber auch Wünsche für sie diese politische Lebenswelt konstituieren. Wie die Menschen jedoch ihre „Welt in aktueller Reichweite“ (Schütz/Luckmann 2003) sehen, darüber können sie nur selbst Auskunft geben. Daher wurden die individuellen politischen Lebenswelten von Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg in einer Pilot-Studie (vgl. Frankenberger/Buhr/Schmid 2015) im Rahmen des Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg (vgl. auch Baden-Württemberg Stiftung 2015) untersucht. Dabei wurden in zwei Befragungswellen im Jahr 2014 insgesamt 275 Personen in vierzehn Kommunen Baden-Württembergs² anhand von offenen, episodischen Interviews befragt³. Durch ein geschichtetes Auswahlverfahren der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner konnte die Studie eine größtmögliche repräsentative Annäherung an die Grundgesamtheit der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs erzielen, so dass die Befunde durchaus und mit entsprechender Vorsicht Rückschlüsse auf Baden-Württemberg als Ganzes zulassen⁴.

Politikferne Lebenswelten zeichnen sich durch eine merkliche Distanz zur Politik aus. Dies spiegelt sich auch im Partizipationsverhalten wider. Menschen aus politikfernen Lebenswelten „flüchten“ eher als dass sie partizipieren.

picture alliance/dpa



In den episodischen Interviews haben wir das grundlegende Politik- und Demokratieverständnis, sowie Assoziationen zum politischen System, zu Partizipationsmöglichkeiten, -wünschen und -feldern ebenso wie grundlegende Wertorientierungen und das Informations- und Kommunikationsverhalten abgefragt. Um einen Überblick über wichtige lebensweltliche Bezüge auch jenseits der Politik zu erhalten, wurden zudem Assoziationen zu den acht Dimensionen alltäglicher Erlebnisbereiche, welche die Lebenswelt konstituieren, erfragt: Arbeitswelt, Familienleben, Freizeitverhalten, soziale Kontakte, Konsumwünsche und -ziele, Zukunftsperspektiven, politische Grundüberzeugungen, Tagträume (vgl. Flaig u. a. 1994; Becker/Nowak 1982). Durch den episodischen Charakter der Interviews wurden in den Antworten insbesondere die tatsächlich in der individuellen Lebenswelt salienten Bereiche, Themen und Begrifflichkeiten erfasst – also das, was sich im aktiven Wissens- und Erfahrungsschatz befindet und somit die unmittelbaren alltagsweltlichen Bezüge widerspiegelt. Die Interviewdateien haben wir dann in einem mehrstufigen Verfahren des thematischen Codierens (Hopf/Schmidt 1993) und des typologischen Codierens (Schütz 1972; Kluge 1999) unter Verwendung der Analysesoftware MaxQDA ausgewertet, um am Ende eine Typologie der politischen Lebenswelten in Baden-Württemberg zu entwickeln.

Politische Lebenswelten in Baden-Württemberg: Heterogenität als Muster

Der zentrale Befund dabei ist Heterogenität – auch und gerade bei den in der Befragung überrepräsentierten Mittelschichten. Analog zur Entwicklung und Ausdifferenzierung der auf alltagsästhetischen und lebensweltlichen

Merkmale beruhenden sozialen Milieus (Flaig u. a. 1994; Ueltzhöffer 1999) lässt sich ein vergleichsweise breites Spektrum von lebensweltlichen Orientierungen gegenüber Politik und Demokratie identifizieren.

Während mit dem Konzept der sozialen Milieus die „soziokulturelle Identität des Einzelnen“ (Ueltzhöffer 1999: 630) erfasst wird, analysieren wir den engeren Bezug der politischen Lebenswelt, die durchaus unabhängig von der übergreifenden soziokulturellen Identität variiert. Ähnlich wie es in den Milieumodellen Zusammenhänge zwischen Milieuzugehörigkeit, Bildung, Einkommen und Beruf gibt, finden sich diese auch hinsichtlich der politischen Lebenswelten. Auffällig ist, dass nahezu alle distinkten Konstruktionen politischer Lebenswelten zwar einen sozioökonomischen Schwerpunkt haben, aber dennoch in fast allen Alters-, Bildungs-, Berufs- und Einkommensgruppen zu finden sind. Dies bestätigt eindrücklich die vielfach in der Wertewandel- und politischen Kulturforschung formulierte These der „postmodernen Verschiebung“ von Wertorientierungen und die damit einhergehende Pluralisierung und Fragmentierung von Lebensentwürfen (Inglehart 1998; van Deth 2001; Frankenberger 2007) auch und gerade für die Konstruktion politischer Lebenswelten und -entwürfe.

Wesentlich aufschlussreicher und eindeutiger sind die auf der Basis der induktiven empirischen Analyse entdeckten Zusammenhänge zwischen den grundlegenden Orientierungen und Wissensbeständen zu Politik und Demokratie auf der einen Seite und Wissensbeständen, Wahrnehmungen und Evaluationen von politischem System, Wahlen, Partizipationsmöglichkeiten und tatsächlichem Partizipationsverhalten sowie Änderungswünschen und Selbstwirksamkeit auf der anderen Seite. Die grundlegenden Dimensionen für eine Typenbildung politischer Lebenswelten konstituieren dabei Assoziationen, Konzepte und Vorstellungen von Politik als Dimension der alltäglichen Lebenswelt und Demokratie als politischer Ordnung, in der die Individuen verortet sind. Führt man die zentralen Politikkonzepte und Demokratieverständnisse zusammen und zieht in einem zweiten Schritt die weiteren Dimensionen der politischen Lebenswelt (Systemzufriedenheit, Bedeutung von Wahlen, Kenntnis von Partizipationsmöglichkeiten, tatsächliche Partizipation und Partizipationswünsche) hinzu, so zeigen sich *sieben Muster*, die jeweils distinkte politische Lebenswelten konstituieren und sich in drei unterschiedliche Gruppen zusammenfassen lassen:

- *Politikferne Lebenswelten* zeichnen sich durch rudimentär ausgeprägte Demokratieverständnisse aus, die durchaus mit mehr oder weniger elaborierten Politikbegriffen einhergehen können, aber in der Regel durch eine deutliche Distanz zur Politik gekennzeichnet sind. Dies spiegelt sich im Partizipationsverhalten wider. Menschen aus politikfernen Lebenswelten partizipieren kaum und wenn, dann punktuell und eher sozial. Insgesamt machen diese Lebenswelten im vorliegenden Sample mit 22,5 Prozent (n = 62) fast ein Viertel der Befragten aus und der reale Anteil dürfte angesichts der Samplestruktur noch einmal höher sein. Sie umfassen die Unpolitischen und die Distanzierten Lebenswelten.
- *Delegative Lebenswelten* sind geprägt durch eine starke Orientierung an Normen, Spielregeln und Institutionen



der Politik. Repräsentative oder normorientierte Demokratieverständnisse gehen einher mit stark auf Regierung, Institutionen und Regeln fixierten Politikbegriffen. Diese Lebenswelten sind das Fundament der repräsentativen Demokratie und beinhalten sowohl Wähler als auch Amts- und Mandatsträger. Hinsichtlich partizipativer Muster finden sich hier vor allem politisch Aktive, aber eben auch eher sozial Aktive und Menschen, die sowohl politisch als auch sozial aktiv sind. Überwiegend ist das Partizipationsniveau niedrig oder mittel und auf relevante Lebensbereiche beschränkt. Hoch und multipel Partizipierende finden sich hier eher selten. Diese Lebenswelten machen zusammen 44,4 Prozent des Samples aus (n = 122) und stellen damit die größte Gruppe der Befragten. Hierzu gehören *Gemeinwohlorientierte*, *Elektorale* und *Macher*.

■ *Partizipatorische Lebenswelten* zeichnen sich vor allem durch beteiligungsorientierte Demokratieverständnisse und emanzipatorische Herangehensweisen an Politik aus. Die Überzeugung, selbst etwas bewirken zu können, ist ein Kernmerkmal dieser Lebenswelten, das sich in aktiver Einflussnahme und Gestaltungswillen äußert. Dementsprechend sind die Menschen dieser Lebenswelten politisch und sozial besonders aktiv und setzen sich für Themen und Personen ein. Mit 33,1 Prozent (n = 91) machen sie etwa ein Drittel der Stichprobe aus. Dies sind die *Mitgestalter* und *Mitbestimmer*.

Abbildung 1 verortet diese sieben lebensweltlichen Typen in einem zweidimensionalen Raum, der durch das Partizipationsniveau und das Demokratieverständnis gebildet wird. Das Partizipationsniveau wird dabei auf der x-Achse in einem Kontinuum von niedrig und auf einzelne Formen, Aktivitäten oder Themenbereiche beschränkt, bis hin zu hoch und durch multiple Formen, Aktivitäten und Themenbereiche geprägt, abgebildet. Das Demokratieverständnis wird auf der y-Achse von repräsentativ bis partizipatorisch/direkt abgetragen. Die Verortung unterhalb bzw. links des Nullpunkts des Koordinatensystems repräsentiert rudimentäre oder nicht vorhandene Demokratie-

verständnisse bzw. keine Partizipation. Die Flächen der Typen spiegeln dabei die empirische Häufigkeit wider – je größer die Fläche desto mehr unserer Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner lassen sich dieser Lebenswelt zuordnen. Überschneidungen repräsentieren fließende oder zumindest unscharfe Übergänge zwischen den jeweiligen Lebenswelten. Die Füllfarben verweisen auf den dominanten Partizipationsmodus im Falle von Partizipation. Partizipation kann dann in unterschiedlicher Kombination hinsichtlich der Formen und Themen auftreten, wie die Kurzprofile der einzelnen Lebenswelten nachfolgend illustrieren.

Kurzprofile der politischen Lebenswelten in Baden-Württemberg

Die *Unpolitischen*: Politik spielt in dieser Lebenswelt keine oder eine nur sehr periphere Rolle. Das Wissen über Politik und das politische System ist gering und geprägt von Skepsis und Einschränkungen. Distanz und Entfremdung zeigen sich insbesondere auch durch eine überdurchschnittlich starke Unzufriedenheit.

Die *Distanzierten*: Politik machen die anderen, machen Politikerinnen und Politiker. Dementsprechend herrscht die Überzeugung vor, dass der oder die Einzelne kaum etwas bewirken kann und dass auch Wahlen kaum etwas ändern. Und wenn, dann höchstens im nahen sozialen Umfeld. Distanzierte sind tendenziell unzufrieden und partizipieren kaum politisch und nur sporadisch im sozialen Bereich. Diese Lebenswelt ist eher männlich geprägt und in allen Altersklassen zu finden. Es handelt sich hier meist um Mitglieder einer politikfernen Mittelschicht.

Die *Gemeinwohlorientierten*: Politik wird häufig mit Regierungshandeln und mit den Regierenden gleichgesetzt. Hinzu tritt jedoch ein sehr starker Bezug auf einzelne Normen, die das Zusammenleben in einer Demokratie prägen: Freiheit und Gleichheit, Ehrlichkeit und Respekt

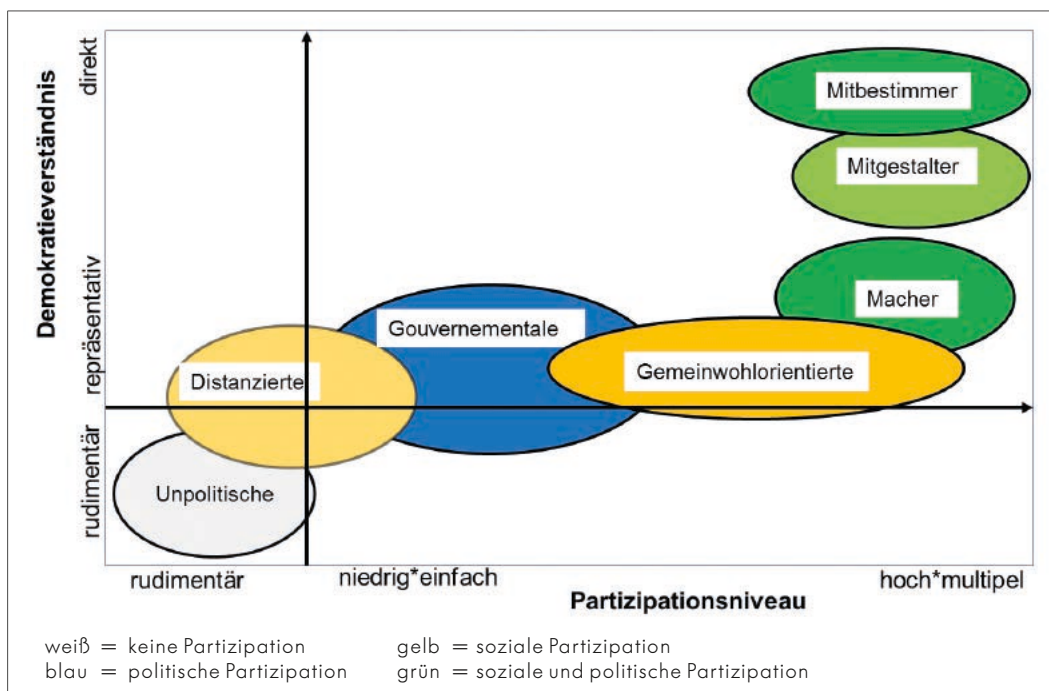


Abbildung 1: Politische Lebenswelten in Baden-Württemberg

Quelle: Eigene Darstellung

sowie Toleranz. Gemeinwohlorientierte sind sehr zufrieden mit dem politischen System, auch wenn sie nur wenige Kenntnisse über Partizipationsmöglichkeiten haben. Ihnen ist vor allem das Wählen wichtig – es wird als Pflicht verstanden. Politisch ist diese Gruppe unterdurchschnittlich aktiv, dafür aber sehr stark sozial aktiv. In der gemeinwohlorientierten Lebenswelt finden sich Menschen aus allen Altersgruppen und Bildungsniveaus. In der Mehrzahl sind es Frauen, Menschen mit mittlerem Einkommen und eher niedrigeren formalen Bildungsabschlüssen.

Die Elektoralen: Sie bilden einen Kern der repräsentativen Demokratie. Wählen wird als Recht verstanden, das auch stark wahrgenommen wird. Darüber hinaus partizipieren Menschen aus dieser Lebenswelt politisch eher selten. Meist sind sie dann in einem Amt und/oder im Umfeld einer Partei oder Gewerkschaft aktiv. Auch in dieser Gruppe werden selten Wünsche nach mehr direkter Demokratie laut. Im Bereich der sozialen Partizipation ist der Verein – insbesondere der Sportverein – wichtigster Ort des Engagements. Insgesamt herrscht in dieser Lebenswelt eine hohe bis sehr hohe Zufriedenheit mit dem politischen System vor. Wenn Unzufriedenheit artikuliert wird, dann mit den eigenen Vertreterinnen und Vertretern. In der elektoralen Lebenswelt finden sich besonders häufig Menschen mit mittlerem Einkommen, sehr oft mit hohen Bildungsabschlüssen. Dabei sind Männer ebenso wie die Altersgruppen der zwischen 35- bis 44-Jährigen und der 55- bis 74-Jährigen deutlich stärker vertreten als andere Altersgruppen.

Die Macher: Auch diese Lebenswelt ist geprägt vom repräsentativen Demokratieverständnis. Der Politikbegriff ist direkt mit Orten, Ebenen, Institutionen verknüpft. So wird z. B. die Gemeinde oder der Gemeinderat sehr oft als Ort der Politik genannt. Überwiegend gehen Menschen mit dieser Orientierung davon aus, dass im Kleinen etwas verändert werden kann. Wählen ist wichtig und wird als Pflicht aufgefasst. Die Macher sind entweder politisch sehr aktiv (in Ämtern) oder komplett inaktiv bzw. pausieren von ihrem Amt. In dieser Lebenswelt ist die grundsätzliche Zufriedenheit mit dem politischen System sehr stark ausgeprägt, wohl auch, weil die Menschen mit dieser Orientierung häufig gestaltende Rollen im System einnehmen. Dennoch finden sich auch hier immer wieder Wünsche nach mehr direkter und deliberativer Demokratie. Diese Gruppe bildet eine wichtige Säule der repräsentativen Demokratie, indem sie die Orte der Politik zumindest auf lokaler Ebene ausfüllt. Sozial sind sie eher unterdurchschnittlich aktiv – und wenn, dann meist in Ämtern. Quer durch alle Altersklassen findet sich diese lebensweltliche Orientierung besonders häufig bei den mittleren und hohen Bildungsabschlüssen und Einkommen, bei Angestellten und Beamten.

Die Mitgestalter: Diese deliberativ-emanzipatorische Lebenswelt ist geprägt davon, dass Politik im Wesentlichen „Mitgestalten“ bedeutet, also das Wirken und Einfluss nehmen im Gemeinwesen. Demokratie heißt hier: eingebunden werden in Entscheidungen sowie das gemeinsame Suchen und Finden nach Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen. Mit Demokratie werden Transparenz, Mitwirkungsmöglichkeiten, Respekt und Toleranz gegenüber anderen verbunden. Diese lebensweltliche Gruppe ist am zufriedensten mit dem politischen System. Und dennoch wünschen sie sich über-

wiegend noch mehr Möglichkeiten des Mitredens und mehr Deliberation. Partizipationsmöglichkeiten werden im sozialen wie im politischen Bereich gleichermaßen wahrgenommen und häufig kombiniert. Es ist eine aktive, expressive und reflektierte Lebenswelt. Im politischen Bereich sind die Mitgestalter vielfältig aktiv in Parteien, Gremien, Initiativen, Beiräten – also überall dort, wo sie sich Gehör verschaffen können. Im sozialen Bereich sind sie häufig in kirchlichen Vereinigungen und in Vereinen aktiv. Diese Lebenswelt findet sich vor allem bei Menschen über 45 mit mittlerem und hohem Einkommen. Häufig haben sie hohe formale Bildungsabschlüsse und sind männlich.

Die Mitbestimmer: Demokratie bedeutet Mitwirken und Mitbestimmen. Und zwar möglichst breit und insbesondere dann, wenn eine persönliche Betroffenheit wahrgenommen wird. Politik durchdringt nach dieser Auffassung alle Bereiche des Gemeinwesens. Damit ist auch breites Gestalten möglich und nötig. Direktdemokratische Verfahren werden als höchster Verwirklichungsgrad dieser Mitbestimmung angesehen und auch eingefordert. Diese Lebenswelt ist einerseits mit dem politischen System zufrieden, wünscht sich aber andererseits mehr direkte Demokratie. Das tatsächliche partizipative Handeln umfasst hier soziale und politische Partizipation. Sozial und politisch ist diese Lebenswelt sehr aktiv. Die Formen der tatsächlichen politischen Partizipation variieren dabei breit. Und auch im sozialen Bereich sind diese Menschen in sehr unterschiedlichen Bereichen von Kirchen und Vereinen über Nachbarschaftsnetzwerke bis hin zu projektorientierten Formen aktiv. Weit überdurchschnittlich finden sich hier Beamte und Angestellte, häufig in höheren Einkommensgruppen. Hohe formale Bildungsabschlüsse dominieren und Frauen sind leicht überdurchschnittlich vertreten.

Politische Ungleichheit als Ausdruck sich verändernder Lebenswelten

Die politischen Ungleichheiten zwischen den Lebenswelten zeigen sich im Wissen über das politische System, in der Bewertung und den Ansprüchen und im tatsächlichen Partizipationsverhalten. Vermittelt über gesellschaftlichen Wandel und Einflüsse auf die individuelle Sozialisation spiegelt sich in den Lebenswelten wider, wie stark die Prozesse der Individualisierung und Postmodernisierung der letzten vier Jahrzehnte zur Vervielfältigung kollektiver Lebensmuster beigetragen haben (Beck 2001). Besonders interessant ist dabei, dass sich diese Veränderungen auch für grundlegende Vorstellungen von Politik und Demokratie nachzeichnen lassen. So sind inzwischen auch im konservativ geprägten Baden-Württemberg Ansprüche auf mehr Mitbestimmung in weiten Teilen der Bevölkerung verbreitet. Dies kann als Beleg für die Ausbreitung von postmaterialistischen Werten der „individuellen Selbstverwirklichung und Lebensqualität“ (Inglehart 1998: 46) interpretiert werden. Denn neben klassisch konservative und am Gemeinwesen orientierte, oft in Pflicht- und Akzeptanz-



Eine öffentliche Sitzung des Kinder- und Jugendparlaments im Rathaus in Lingen (Landkreis Emsland). Viele Jugendliche mit elaborierten politischen Wissensbeständen nennen Kinder- und Jugendparlamente oder Jugendgemeinderäte als prägende Stationen ihrer politischen Sozialisation.

picture alliance/dpa

werten wurzelnde sowie altruistische Motive von sozialem und politischem Engagement treten stark individualisierte Motive der Partizipation. Dies äußert sich auch und insbesondere darin, dass bei allen lebensweltlichen Typen Wünsche nach mehr Beteiligung zum Ausdruck gebracht werden. Allerdings ist diese Diffusion von Beteiligungswünschen durchaus kritisch zu bewerten und zumindest in Teilen eher als „Zeitgeistphänomen“ denn als Resultat einer gründlichen Reflexion über die politische Lebenswelt zu interpretieren.

Eine allgemeine Krise von Autoritäten und Gemeinwesen, von einigen Autoren (vgl. etwa Klages 1993) als Folge dieser Verschiebung vorhergesagt, ist nur bedingt nachzuvollziehen. Denn es sind nur kleinere Teile der Befragten, die Autoritäten, Bürokratien und formale Rollenanforderungen grundsätzlich in Frage stellen und sich mit dem Gemeinwesen als solchem nur wenig identifizieren. Im Gegenteil findet sich auch bei den progressiven Lebenswelten eine vergleichsweise hohe Systemzufriedenheit. Und auch die etwa von Thomas Leif (1998) postulierten vier Krisen politischen Handelns in der Postmoderne – die Krise der Akteure, der politischen Klasse, der Institutionen und der politischen Steuerung – schlagen sich nur bedingt und jeweils spezifisch in den lebensweltlichen Konstruktionen von Politik nieder. Die Krise der Akteure tritt zusammen mit der Krise der politischen Institutionen am deutlichsten bei den direkt-demokratisch orientierten zutage, löst dort jedoch ebenso wie bei den Mitgestaltern Kompensationsmechanismen aus. In den repräsentativ und gouvernemental orientierten Lebenswelten zeigen sich jedoch kaum Anzeichen substanzieller Krisen, allenfalls die Krise der Parteien und Politiker.

Politische Ungleichheit im Zeichen von gesellschaftlicher Pluralisierung und Fragmentierung ist geprägt durch das Zusammenfügen von Elementen und Aspekten des Politischen zu individuellen, „kleinen Lebenswelten“ (Meyer 1999). Zwar gibt es auf der übergeordneten Ebene der Bewertung des politischen Systems Deutschlands einen Kon-

sens. Denn fast drei Viertel der Befragten äußern eine starke oder überwiegende grundlegende Zufriedenheit. Doch schon hinsichtlich der Politik- und Demokratiebegriffe, der Wahrnehmung und Bewertung von Beteiligungsstrukturen und Möglichkeiten fächert sich ein breites Spektrum auf, wie die drei folgenden Beispiele zeigen: Die direkt-demokratisch-emanzipatorisch orientierten Mitbestimmer wählen aus moralischer Überzeugung, bringen sich in Initiativen ein, demonstrieren und wünschen sich mehr direkt-demokratische Entscheidungsmöglichkeiten. Für die stark auf die Regierung orientierten Elektoralen ist Wählen eine traditionale Bürgerpflicht und das wichtigste und oft einzige genutzte Element der politischen Mitgestaltung, während sie sich mehr oder weniger stark in Vereinen und im Ehrenamt einbringen. Die Distanzierten wiederum sind zwar politisch nicht gänzlich uninformiert, haben aber kaum ausgefeilte Konzepte und Vorstellungen von Politik und Demokratie und partizipieren wenig. Der Befund der Heterogenität der kleinen politischen Lebenswelten wird dadurch verstärkt, dass die hier identifizierten Typen nicht kohärent über sozio-demographische oder sozio-ökonomische Variablen zu fassen sind. Zwar gehen elaborierte politische Lebenswelten tendenziell mit höherer Bildung und höheren Einkommen einher, allerdings finden sich immer auch sehr reflektierte Konstrukte aus jeweils anderen sozio-demographischen Gruppen. Zudem sind weder gouvernementale und emanzipatorische noch repräsentative und partizipatorische Orientierungen eindeutig entlang der Eigenschaften Alter, Geschlecht, Einkommen oder Bildung zu unterscheiden. Und auch sozialisatorisch-biographische Entwicklungen eignen sich nur bedingt zur eindeutigen Unterscheidung politischer Lebenswelten, zumal sich hier zwar unterschiedliche Mechanismen zeigen, diese aber nur bedingt zu einzelnen Typen zugeordnet werden können und inzwischen auch postmaterialistische und postmoderne Wertorientierungen in der Familie sozialisiert werden.

Gemeinsam ist allen Lebenswelten, dass neben den politischen Strukturen ganz persönliche, individuelle Bezüge und Erfahrungen prägenden Einfluss auf die konkreten Beteiligungsmuster haben. Denn einerseits strukturieren die politischen Strukturen und das subjektive Wissen über die darin enthaltenen Möglichkeiten, Chancen und Risiken die Lebenswelt. Andererseits lösen ganz unterschiedliche Mechanismen tatsächliche Partizipation aus. Die politische Sozialisation im Elternhaus, die häufig als Determinante von Partizipation identifiziert wird, erscheint dabei nur in einzelnen Fällen als Startpunkt. Hier werden viel häufiger die Interpretations- und Wahrnehmungsmuster geprägt, als dass dies zu tatsächlichen Handlungen führt. Sozialisation ist allenfalls indirekt wirksam. Denn es sind vor allem politische Schlüsselerlebnisse, prägende Ereignisse und Vorbilder sowie die persönliche Relevanz und Betroffenheit in Familie und Beruf, welche Partizipation auslösen und Ausgangspunkt für Beteiligungsbiographien sein können.

Wege der politischen Sozialisation und Partizipation

Elternhaus und Familie: Mehr als 50 Prozent der Befragten nannten das Elternhaus als einen der wichtigsten Orte politischer Sozialisation. Die Bewertungen der Einflüsse sind ambivalent und reichen von der Übernahme vorgelebter Wertorientierungen und Handlungsmuster bis hin zur Abgrenzung durch Übernahme gegenteiliger Muster. Sowohl Übernahme als auch Abgrenzung liegen dabei weitgehend quer zu parteipolitischen Ausrichtungen im Elternhaus. Der Mechanismus der bewussten Abgrenzung von Haltungen der Eltern gründet in Konflikten und Auseinandersetzungen, meist in Wechselwirkung mit einschneidenden Ereignissen und Erlebnissen, bei denen konträre Einschätzungen zwischen den Generationen zu den Konflikten führten, wie etwa der Friedensbewegung, der Atomkraft oder der Wiedervereinigung.

Prägende Episoden und politische Vorbilder: Für etwa ein Fünftel der Befragten waren einschneidende biographische Ereignisse oder politische Vorbilder zentral. Einschneidende Erlebnisse in der eigenen Biographie führten zu einer Politisierung. Dabei handelte es sich um hochpolitisierte historische Ereignisse. Häufig sind diese im Kontext der 1968er Bewegung zu finden – auch hier mit Effekten in verschiedene politische Richtungen. Politische Vorbilder sind nicht nur große Namen wie Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt oder auch Gerhard Schröder und Angela Merkel, sondern auch und gerade Persönlichkeiten aus dem direkten Lebensumfeld, die wichtige Funktionen bei der Vermittlung von Wissen, Handlungsmustern und Wertorientierungen einnahmen.

Schule und Studium: Schulen und Universitäten tragen zur Herausbildung politischer Lebenswelten bei. Dabei ist deren subjektiv berichteter Einfluss jedoch deutlich geringer als der von Elternhaus oder biographischen Schlüsselerlebnissen. Und auch hier spielen persönliche Bezüge eine entscheidende Rolle.

Freundeskreis: Die Peergroup nimmt nicht nur bei den Jüngeren eine wichtige Funktion der politischen Diskussion und Information ein. Auch bei älteren Menschen spielt die Kommunikation unter Freunden, im privaten Bereich eine entscheidende Rolle. Politische Sozialisation ist demnach ein lebenslanges Phänomen.

Selbstsozialisation: Etwas mehr als zehn Prozent der Befragten betonten eine intrinsische Motivation, sich politisch zu informieren und orientieren sowie aktiv zu werden. Sie führen diese Strategie der „Selbstsozialisation“ auf eine zwar grundlegend im familiären oder gesellschaftlichen Umfeld erworbene, aber selbsttätig entfaltete Selbstkompetenz zurück.

Persönliche Betroffenheit als „Trigger“ für Handlungen: Während Sozialisationseinflüsse die Wissensinventare und wahrgenommenen Handlungsoptionen der Menschen prägen, sind es also vor allem einschneidende Erlebnisse oder Wahrnehmungen im alltäglichen Leben, die Partizipation vor allem im kleinen lebensweltlichen Umfeld auslösen. Die initialen Bezüge sind dabei meist familiär oder beruflich, aber immer wieder bilden sie den Startpunkt für sich verstetigende Beteiligungsbiographien.

Strategien zur politischen Integration

Wie kann nun mit politischer Ungleichheit umgegangen werden, um Demokratie und Beteiligung zu stärken? Ganz grundlegend erscheint eine Differenzierung und Erweiterung von Beteiligungsangeboten in der repräsentativen Demokratie angesichts der unterschiedlichen Präferenzen der verschiedenen politischen Lebenswelten wünschenswert. Denn auch hier gilt: Nur wenn Angebot und Nachfrage sich treffen, findet ein produktiver und zielführender Austausch statt. Darüber hinaus sind vor allem zwei Wege vielversprechend, um Partizipation zu fördern: Erstens erscheint es grundsätzlich notwendig, das politische Bewusstsein und den Wissensvorrat von Bürgerinnen und Bürgern schon früh gezielt und weit über die im Schulunterricht bislang vermittelten Inhalte hinaus zu stärken. Und zwar nach Möglichkeit in direktem Bezug zur jeweiligen politischen Lebenswelt. Denn häufig sind es nicht abstrakte Dimensionen der Vermittlung von Faktenwissen, sondern es ist die *Vermittlung von Handlungswissen*, die politisches Bewusstsein stärkt. So haben zum Beispiel alle Jugendlichen mit elaborierteren politischen Vorstellungen und Wissensbeständen entweder von Schülerprojekten wie Jugendparlamenten, „Schule als Staat“ oder von Jugendgemeinderäten und Schülermitverantwortung als Orten des Politiklernens berichtet. Zweitens scheint der *persönliche familiäre oder berufliche Bezug* einer der stärksten „Trigger“ von Partizipation zu sein und häufig zu einem auch längerfristigen Engagement zu führen. Das Aufzeigen persönlicher Relevanz von Themen sollte daher mit der Stärkung von Wissensbeständen- und Handlungsorientierungen einhergehen. Dies wiederum kann und muss entlang der lebensweltlichen Orientierungen ausgerichtet sein, die wichtige Hinweise auf adressierbare Aspekte der jeweiligen Personen geben. Denn es steht zu erwarten, dass sich der Wandel von politischen Einstellungen, Konzepten und Wahrnehmungsmustern zukünftig noch stärker in weiteren Ausdifferenzierungen der politischen Lebenswelten abbildet.

LITERATUR

- Baden-Württemberg Stiftung (2015) (Hrsg.): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014. Wiesbaden.
- Beck, Ulrich (2001): Das Zeitalter des „eigenen Lebens“. Individualisierung als „paradoxe Sozialstruktur“ und andere offene Fragen. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29/2001, S. 3–6.
- Becker, Ulrich/Nowak, Horst (1982): Lebensweltanalyse als neue Perspektive der Meinungs- und Marketingforschung. In: *ESOMAR Kongress*, Bd. 35, 1982, 2, S. 247–267.
- Bertelsmann Stiftung (2013): *Gespaltene Demokratie*. Gütersloh.
- Featherstone, Mike (1991): *Consumer Culture and Postmodernism*. London.
- Flaig, Berthold Bodo/Meyer, Thomas/Ueltzhöffer, Jörg (1994): *Alltagsästhetik und Politische Kultur. Zur ästhetischen Dimension politischer Bildung und politischer Kommunikation*. 2. Auflage, Bonn.
- Frankenberger, Rolf (2007): *Gesellschaft – Individuum – Gouvernamentalität: Theoretische und empirische Beiträge zur Analyse der Postmoderne*. Münster.
- Frankenberger, Rolf/Buhr, Daniel/Schmid, Josef (2015): *Politische Lebenswelten. Eine qualitative Studie zu politischen Einstellungen und Beteiligungsorientierungen in ausgewählten Kommunen in Baden-Württemberg*. In: *Baden-Württemberg Stiftung (2015) (Hrsg.): Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014*. Wiesbaden, S. 151–221.
- Hebestreit, Ray/Korte, Karl-Rudolf (2015): *Partizipation und politisches Entscheiden. Politische Beteiligung im Kontext aktueller Entscheidungszumutungen in der Politik*. In: Harles, Lothar/Lange, Dirk (Hrsg.): *Zeitalter*

- ter der Partizipation. *Paradigmenwechsel in Politik und politischer Bildung?* Schwalbach/Ts., S. 20–36.
- Hopf, Christel/Schmidt, Christiane (Hrsg.) (1993): *Zum Verhältnis von innerfamiliären sozialen Erfahrungen, Persönlichkeitsentwicklung und politischen Orientierungen*. Institut für Sozialwissenschaften der Universität Hildesheim. URL: <http://w2.wa.uni-hannover.de/mes/berichte/rex93.htm> [19.04.2016].
- Inglehart, Ronald (1998): *Modernisierung und Postmodernisierung: kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*. Frankfurt am Main.
- Klages, Helmut (1993): *Traditionsbruch als Herausforderung: Perspektiven der Wertewandelgesellschaft*. Frankfurt am Main.
- Kluge, Susann (1999): *Empirisch begründete Typenbildung. Zur Konstruktion von Typen und Typologien in der qualitativen Sozialforschung*. Opladen.
- Leif, Thomas (1998): *Unkonventionelle Beteiligungsformen und die Notwendigkeit der Vitalisierung der Bürgergesellschaft*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 38/1998, S. 12–21.
- Lijphart, Arend (1996): *Unequal Participation: Democracy's Unsolved Dilemma*. In: *American Political Science Review*, 1/1996, S. 1–14.
- Meyer, Gerd (1999): *Kleine Lebenswelten im Sozialismus – ein ambivalentes Erbe für die politischen Kulturen in Ostmitteleuropa*. In: Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hrsg.): *Demokratie in Ost und West*. Für Klaus von Beyme. Frankfurt am Main, S. 310–332.
- Putnam, Robert (1993). *Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy*. Princeton, New Jersey.
- Putnam, Robert (1995). *Tuning in, Tuning out: The Strange Disappearance of Social Capital in America*. In: *Political Science and Politics*, 4/1995, S. 664–683.
- Putnam, Robert (2007): *E pluribus unum. Diversity and Community in the Twenty-first Century. The 2006 Johann Skytte Prize Lecture*. In: *Scandinavian Political Studies*, 2/2007, S. 137–174.
- Rohe, Karl (1994): *Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts*. In: Niedermayer, Oskar/von Beyme, Klaus (Hrsg.): *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*. Berlin, S. 1–21.
- Schütz, Alfred (1972): *Gesammelte Aufsätze*. Den Haag.
- Schütz, Alfred/Luckmann, Thomas (2003): *Strukturen der Lebenswelt*. Konstanz.
- Ueltzhöffer, Jörg (1999): *Europa auf dem Weg in die Postmoderne. Transnationale soziale Milieus und gesellschaftliche Spannungslinien in der europäischen Union*. In: Merkel, Wolfgang/Busch, Andreas (Hrsg.): *Demokratie in Ost und West*. Für Klaus von Beyme. Frankfurt am Main, S. 624–652.
- Van Deth, Jan W. (2009): *Politische Partizipation*. In: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hrsg.): *Politische Soziologie. Ein Studienbuch*. Wiesbaden, S. 141–162.
- Van Deth, Jan W. (2001): *Wertewandel im internationalen Vergleich. Ein deutscher Sonderweg*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 29/2001, S. 23–30.

UNSERE AUTOREN



Dr. Rolf Frankenberger ist Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören autoritäre politische Systeme, Transformationsforschung, Demokratie und Partizipation sowie Milieus und Lebenswelten.



Prof. Dr. Daniel Buhr ist Professor für Policy Analyse und Politische Wirtschaftslehre am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Er forscht und lehrt an der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft. Zu seinen Schwerpunkten zählen dabei die vergleichende Wohlfahrtsstaats- und Kapitalismusforschung, mit besonderem Fokus auf Wirtschafts- und Innovationspolitik sowie Sozial-, Gesundheits- und Pflegepolitik.

ANMERKUNGEN

- Der vorliegende Beitrag basiert auf der Studie „Politische Lebenswelten. Ergebnisse einer qualitativen Studie zu politischen Einstellungen und Beteiligungsorientierungen in ausgewählten Kommunen“ (Frankenberger/Buhr/Schmid 2015), die im Rahmen des im von der Baden-Württemberg Stiftung finanzierten Demokratie-Monitoring erstellt wurde. Das Forschungsprogramm Demokratie-Monitoring ist Teil des Gesamtprogramms *Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft*, welches die Universitäten Mannheim, Tübingen, Stuttgart und Freiburg im Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung durchführten.
- Die Untersuchungskommunen waren Baden-Baden, Bad Mergentheim, Ditzingen, Kirchheim unter Teck, Konstanz, Leutkirch, Lörrach, Ludwigsburg, Metzingen, Murrhardt, Pforzheim, Schramberg, Tübingen und Walldorf.
- Insgesamt wurden mit den Interviews Datenmaterial im Umfang von 177 Stunden und 25 Minuten bzw. 1.486.707 Wörtern generiert. Die Interviews dauerten zwischen 12 und 101 Minuten – im Durchschnitt dauerte ein Interview knapp 39 Minuten.
- Die Untersuchungskommunen wurden dabei nach regional-siedlungsräumlichen Charakteristika ausgewählt. Bei der Auswahl der Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner wurden demographische Kriterien wie Alter, Bildung, Geschlecht und Migrationshintergrund berücksichtigt.

Jugend: Partizipation und Engagement im Wandel

Thomas Gensicke

Anders als in früheren Jahrzehnten konstatiert die aktuelle Shell Jugendstudie einen Anstieg des politischen Interesses. War in den vergangenen Jahren ein Trend zu einer immer geringeren Politisierung Jugendlicher zu verzeichnen, hat sich nunmehr ein Trendwechsel vollzogen. Im Gegensatz zu Vorgängergenerationen kommt das soziale, ökologische und politische Engagement Jugendlicher unaufgeregt und ohne sozialrevolutionäres Pathos daher. Die Jugend findet sich – so Thomas Gensicke, Mitautor der Shell Jugendstudie 2015 – im Einklang mit dem Gemeinwesen und dessen (alten und neuen) Werten. Wenn sich Jugendliche z. B. für die Integration von Migrantinnen und Migranten einsetzen, dann auch deswegen, weil sie sich um den Erhalt der Qualitäten ihrer Heimat sorgen und den neuen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zum Gemeinwesen eröffnen wollen. Thomas Gensicke erörtert in seinem Beitrag die verschiedenen Facetten des gewachsenen Interesses von Jugendlichen für Politik sowie die verschiedenen Formen jugendlichen Engagements. ■

Seit diesem Zeitpunkt nahm das Interesse an Politik bei den Jugendlichen jedoch wieder zu (Abbildung 1). Bemerkenswert ist dabei auch der Rückgang des Anteils jener Jugendlichen, die sich „gar nicht“ für Politik interessierten. Dieser Trend geht besonders auf die jüngeren Jugendlichen im Alter von zwölf bis 17 Jahren zurück. Dass sich in dieser Gruppe immer weniger Jugendliche demonstrativ desinteressiert an Politik gaben, kann verschiedene Ursachen haben. Dabei kann es sich sowohl um Veränderungen im Elternhaus handeln als auch um solche im Bildungswesen, indem im häuslichen und öffentlichen Kanon wieder vermehrt auf politische Themen Bezug genommen wird. Man darf allerdings nicht die Rolle der neuen Medien unterschätzen, da dort politische Themen auch eine Rolle spielen und sich neue und unkomplizierte Möglichkeiten des Austauschs darüber entwickelt haben.

Ebenso wichtig wie der Trend beim politischen Interesse erscheint die Entwicklung der Bereitschaft Jugendlicher zum politischen Engagement. Das Erstere ist zwar eine wichtige Voraussetzung für das Handeln in der politischen Sphäre. Dass Jugendliche diesen Bereich aufmerksam zur Kenntnis nehmen, ist eine Voraussetzung für die Lebensfähigkeit der Demokratie. Doch politisches Interesse kann unter Umständen nur eine unverbindliche „Neugier“ am Thema ausdrücken. Der Übergang zum politischen Engagement ist wahrscheinlicher, wenn die Zuwendung zur Politik auch eine emotionale Grundlage hat, etwa in Form einer gefestigten Wertorientierung. Ob es Jugendliche wichtig finden, sich politisch zu engagieren, wird in der Shell Jugendstudie seit 2002 erhoben. Günstig ist, dass ein Vergleich mit der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der

Verhältnis zur Politik

Vor noch gar nicht so langer Zeit musste die Jugendforschung einen Trend zu einer immer geringeren Politisierung Jugendlicher feststellen. Im Rahmen des Turnus der Shell Jugendstudien wurde im Jahre 2002 ein Tiefpunkt des jugendlichen Interesses für politische Vorgänge erreicht.¹

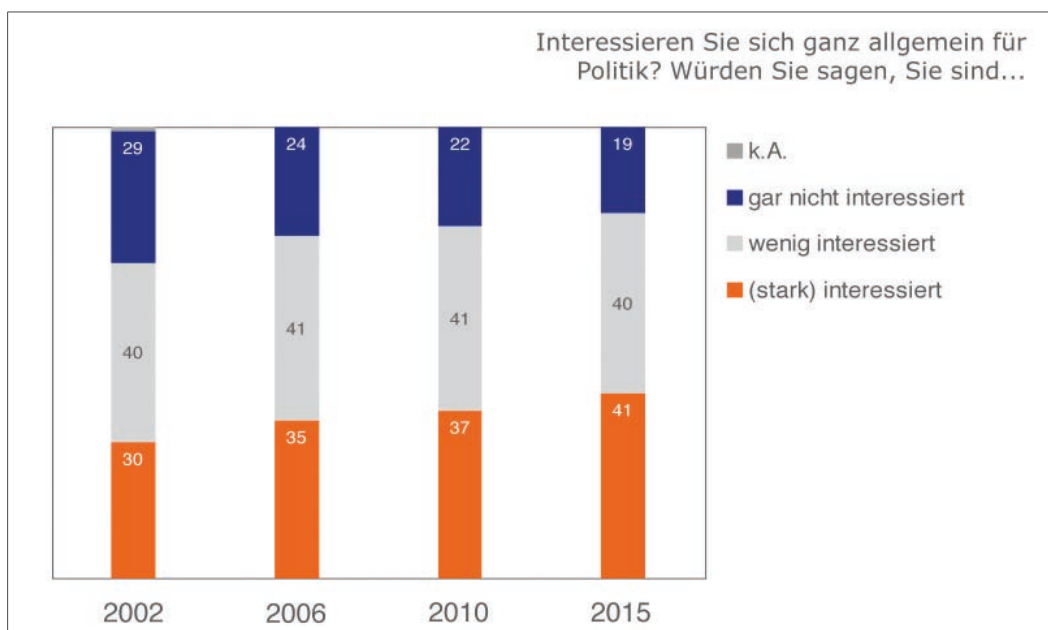
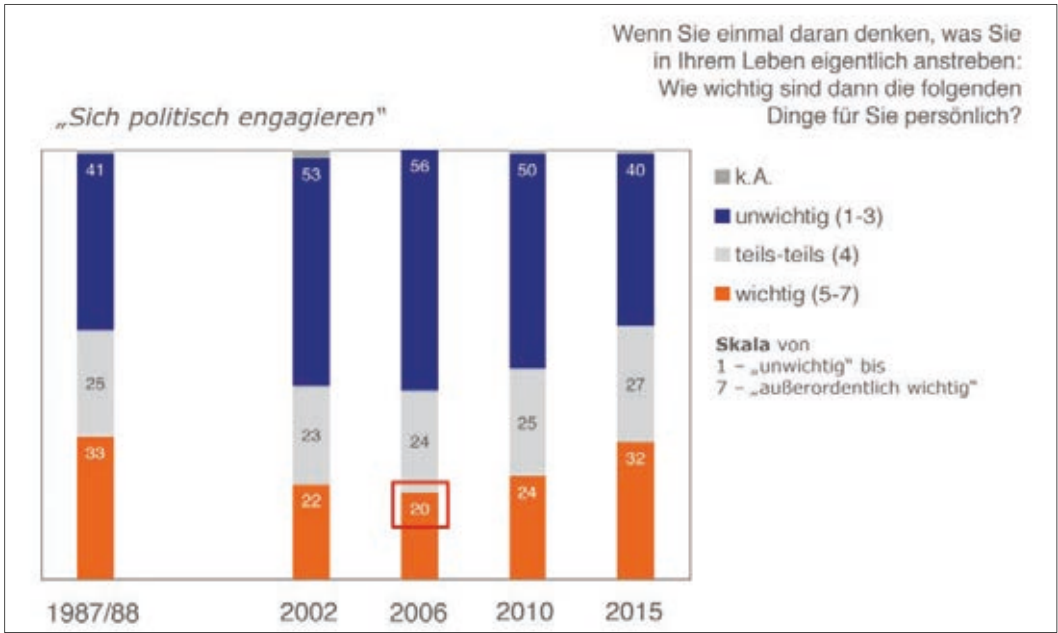


Abbildung 1:
Mehr Interesse für Politik unter Jugendlichen
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)

Quelle: Shell Jugendstudien



Abbildungen 2: Jugendlichen ist es wieder wichtiger, sich politisch zu engagieren
Westdeutsche Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahren (Angaben in %)

Quelle: Shell Jugendstudien

1980er Jahre möglich ist. Im Rahmen einer westdeutschen Stichprobe wurde das Werteinstrument seinerzeit umfassend getestet.² Somit lässt sich zumindest für Jugendliche in den alten Bundesländern ein längerfristiger Vergleich vornehmen (Abbildung 2). Das gilt auch für viele weitere Wertorientierungen.

Im Rahmen dieses Vergleichs nahmen die Jugendlichen nicht 2002, sondern erst 2006 die am meisten ablehnende Haltung zum politischen Engagement ein. Doch dann setzte auch hier ein positiver Trend ein, zunächst vorsichtiger, dann aber beschleunigt. Der Anteil an den Jugendlichen, für den politisches Engagement nicht einmal mittelmäßig wichtig war, sank zwischen 2006 und 2015 von 56 Prozent auf 40 Prozent ab. Dabei ist der Vergleich mit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre aufschlussreich. Denn 2015 stellte sich wieder nahezu eine gleiche Verteilung her wie 1987/88. Was also an Bedeutung politischen Han-

delns bei Jugendlichen seit den 1980er Jahren verloren ging, ist inzwischen wieder vollständig wettgemacht. Auch hierfür bedarf es einer Erklärung. Da Wertorientierungen vor allem in der familiären Sozialisation gesetzt werden, sollte die Ursache für den positiven Trend bei der Jugend vor allem bei Veränderungen in der früheren Entwicklung zu finden sein. Da politisches Handeln jedoch einen engen Bezug zum Gemeinwesen hat, muss auch hier nachgefragt werden. Und in der Tat ist im betreffenden Zeitraum die Bindung der Jugend ans Gemeinwesen gestiegen.

Trennt man die Jugendlichen in die jüngeren Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren und die älteren im Alter von 18 bis 25 Jahren, kommt man einer Erklärung näher (Abbildung 3). Zunächst erkennt man, wie stark sich zur Zeit des Tiefpunktes der Bewertung des politischen Engagements (2006) die jüngere und ältere Jugend unterschied. 63 Prozent der ersten fanden dieses Engagement unwichtig, aber

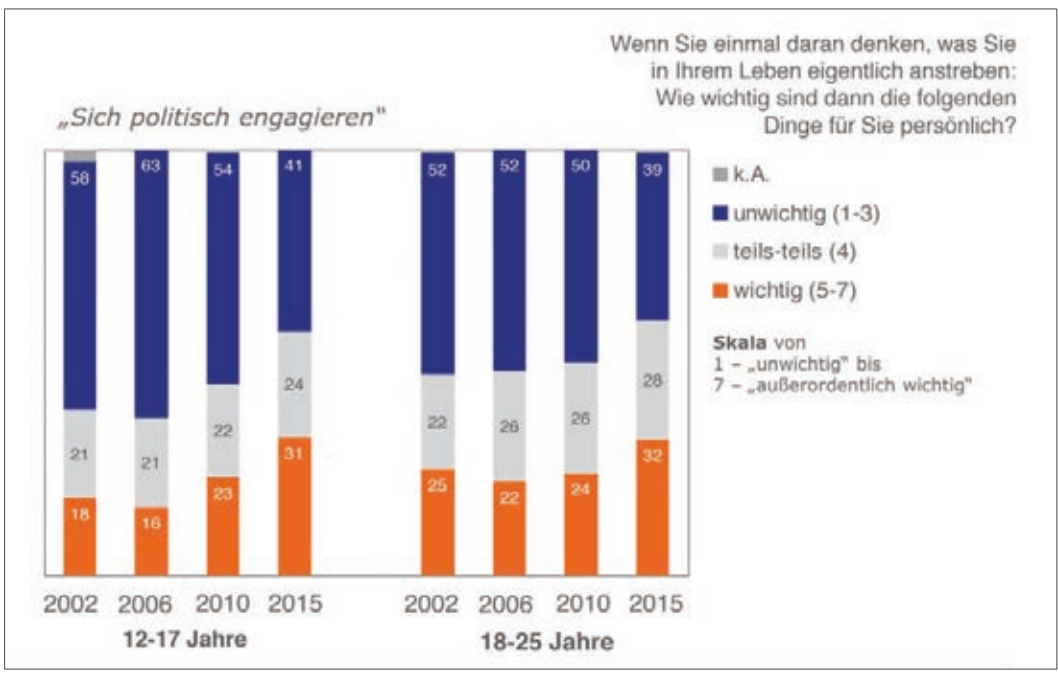


Abbildung 3: Junge Jugendliche setzen den Trend zum politischen Engagement
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)

Quelle: Shell Jugendstudien

nur 52 Prozent der erwachsenen Jugendlichen. Doch dann reduzierte sich dieser Anteil bei den Jüngeren drastisch und unterschied sich 2015 kaum noch von dem bei den Älteren. Daraus ergibt sich für die jüngere Jugend ein besonders steiles Trendbild, während sich bei den 18- bis 25-Jährigen erst zwischen 2010 und 2015 eine auffällige Veränderung zeigte. Die jungen Jugendlichen konnten schon deswegen weit mehr die Rolle des Trendsetters spielen, weil ihr Ausgangsniveau im Jahr 2006 so niedrig war. Wegen der vielen nachwachsenden Jugendlichen in dieser Altersgruppe dürfte es bei diesem Trend wohl vor allem um Veränderungen im Umfeld der frühen familiären Sozialisation (Wertevermittlung) gehen und (zum Teil damit im Zusammenhang) im Bezug zum Gemeinwesen.

Änderungen der Mediennutzung kommen für die Entwicklung beim Wert des politischen Engagements weniger in Frage als für den (seit 2010 akzelerierenden) Trend beim politischen Interesse. Das Thema der Bewertung des politischen Einsatzes für das Gemeinwesen dürfte im Rahmen der direkten oder indirekten Wertevermittlung in den Familien an Bedeutung gewonnen haben. Seit dem Messpunkt von 2006 hat sich Deutschland wirtschaftlich und auch anderweitig zunehmend positiv entwickelt, deutlich verstärkt seit dem Messpunkt von 2010. Das Land ist zugleich in Europa und der Welt in eine wichtige neue politische Rolle hineingewachsen. Jugendliche haben das aufmerksam zur Kenntnis genommen. Das ging zum Messpunkt von 2015 mit einer starken *Identifikation Jugendlicher mit der Nation* einher. Diese Themen wurden unter dem Titel „Die Welt und Deutschland – Deutschland und die Welt“ in der Shell Jugendstudie ausführlich behandelt und können hier aus Platzgründen nur am Rande erwähnt werden.³

Soziales und ökologisches Engagement

Engagement kann über die Politik im engeren Sinne hinaus auch als Einsatz für soziale oder ökologische Ziele verstanden werden. Jugendliche bewerteten diese Formen des Engagements stets deutlich höher als die politischen (Ab-

bildungen 4 und 5). Beim sozialen Engagement lag die Wichtigkeit nie unter der absoluten Mehrheit, beim ökologischen Engagement sogar immer deutlich darüber. Eine Formulierung wie „sozial Benachteiligten und gesellschaftlichen Randgruppen helfen“ setzt bewusst einen kräftigen Stimulus, der nicht bei jedem Jugendlichen positive Assoziationen wecken muss. Wer hier zustimmt, geht vor sich selbst eine gewisse soziale Verpflichtung ein. Die ökologische Frage fordert sogar ein noch stärkeres „Commitment“ („sich *unter allen Umständen* umweltbewusst verhalten“). Sie ist auch strikt handlungsbezogen formuliert. Der Trend beim sozialen Engagement ist weniger markant als bei der Politik, aber recht ähnlich. Auch hier liegt das Tief im Jahr 2006. Nicht ganz, aber ungefähr wird auch beim Sozialen 2015 das Ausgangsniveau von 1987/88 erreicht. Mit 13 Prozent ist der Anteil Jugendlicher, die soziales Engagement *unwichtig* finden, sehr niedrig.

Beim ökologischen Engagement fällt zunächst der tiefe Fall der Wertschätzung zwischen 1987/88 und 2002 auf. Erst in der letzten Periode zwischen 2010 und 2015 hat sich daran wieder etwas geändert. Dennoch wird im Unterschied zum politischen und sozialen Engagement bei Weitem nicht wieder das Niveau der Jugend der 1980er Jahre erreicht. Das Verlaufsmuster beim ökologischen Engagement ist somit mit dem bei den anderen Typen des Engagements nur sehr bedingt vergleichbar. Das kann auch daran liegen, dass der Bezug dieses Typs von Engagement zum Gemeinwesen nicht so direkt ist wie bei den anderen Formen. Zum anderen wurde das Thema Ökologie in den 1980er Jahren gerade unter jungen Menschen sehr hoch gehandelt. Diese Prominenz hat es dann verloren und dazu haben sicher auch die vielen Verbesserungen beigetragen, die seitdem in der Luft- und Wasserqualität Deutschlands erreicht wurden. Dennoch geriet das Thema zuletzt noch mit in den Sog der allgemeinen Aufwertung des Engagements unter den Jugendlichen. Wie beim sozialen Engage-

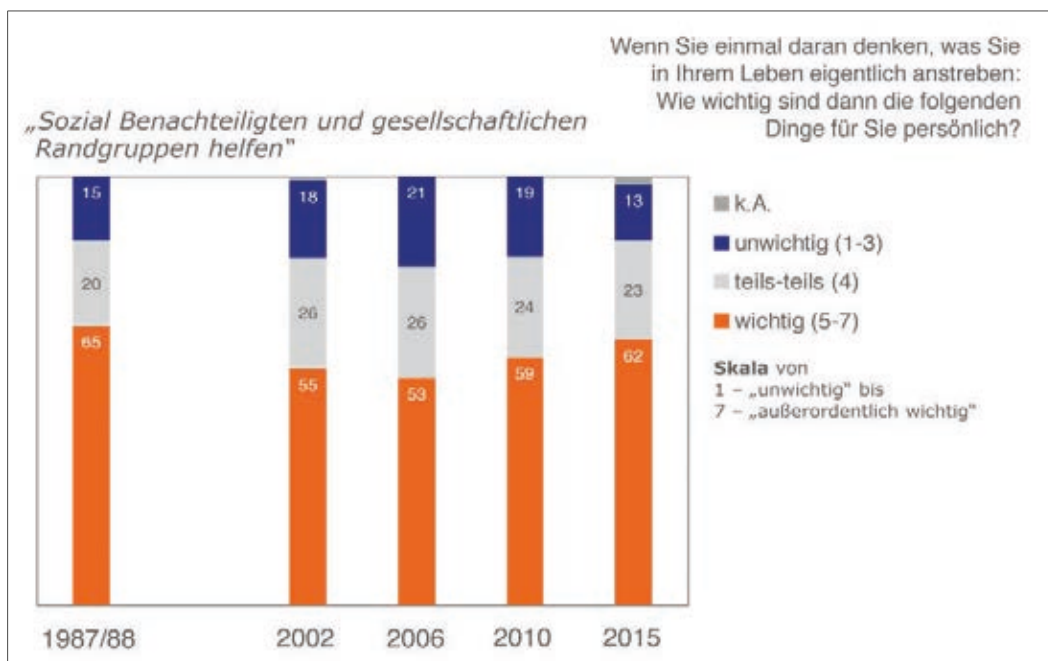


Abbildung 4:
Jugendlichen ist es wieder wichtiger, sich sozial zu engagieren
Westdeutsche Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahre (Angaben in %)

Quelle: Shell Jugendstudien

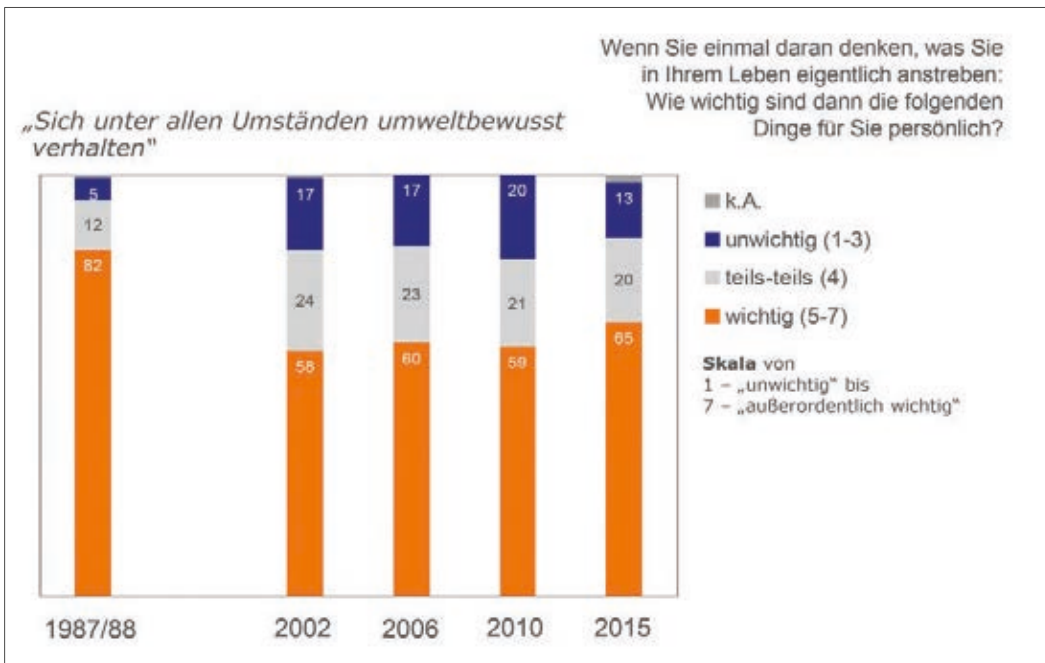


Abbildung 5:
Langsam wird Jugendlichen Umweltbewusstsein wieder wichtiger
Westdeutsche Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahre (Angaben in %)

Quelle: Shell Jugendstudien

ment ist der Prozentsatz derer, die ökologische Tugend unwichtig finden, niedrig (13%).

Vom gebundenen zum „freien“ Engagement?

Die emotionale Verankerung des Engagements ist noch kein echtes Engagement. Der Haltung müssen Taten folgen. Wie hat sich das Engagement Jugendlicher tatsächlich entwickelt? Zunächst belegt die Shell Jugendstudie, dass sich seit 2010 sogar weniger Jugendliche in ihrer Freizeit regelmäßig (erfasst als „oft“) für soziale oder politische Ziele bzw. für andere Menschen einsetzen. Von 2010 auf 2015 sind solche Aktivitäten anhand eines Index' von 13 Aktivitäten deutlich von 39 Prozent auf 34 Prozent zurückgegangen. Allerdings war dieser Anteil 2010 un-

wöhnlich hoch, während jene 34 Prozent von 2015 den Daten von 2002 und 2006 ähnlich sind. Dennoch fällt auf, dass es inzwischen mehr Jugendliche gibt, die nicht einmal gelegentlich für soziale oder politische Ziele oder andere Menschen aktiv sind. Aufklärung über diese Veränderungen gibt am ehesten das Geschlecht der Jugendlichen, teilweise die soziale Schichtung. Das Engagement hat sich seit 2002 immer stärker von den jungen Männern zu den jungen Frauen verlagert (Abbildung 6). Denn mehr junge Frauen waren 2015 im Vergleich zu 2002 regelmäßig aktiv, dagegen mehr junge Männer nicht einmal gelegentlich. Der Index der öffentlichen Aktivitäten junger Männer schwankte mehr als der der jungen Frauen und hatte sich zuletzt deutlich reduziert, insbesondere bei den regelmäßigen Tätigkeiten („oft“). Die jungen Frauen zeigen dagegen ein ruhigeres Muster, das beim regelmäßigen Einsatz

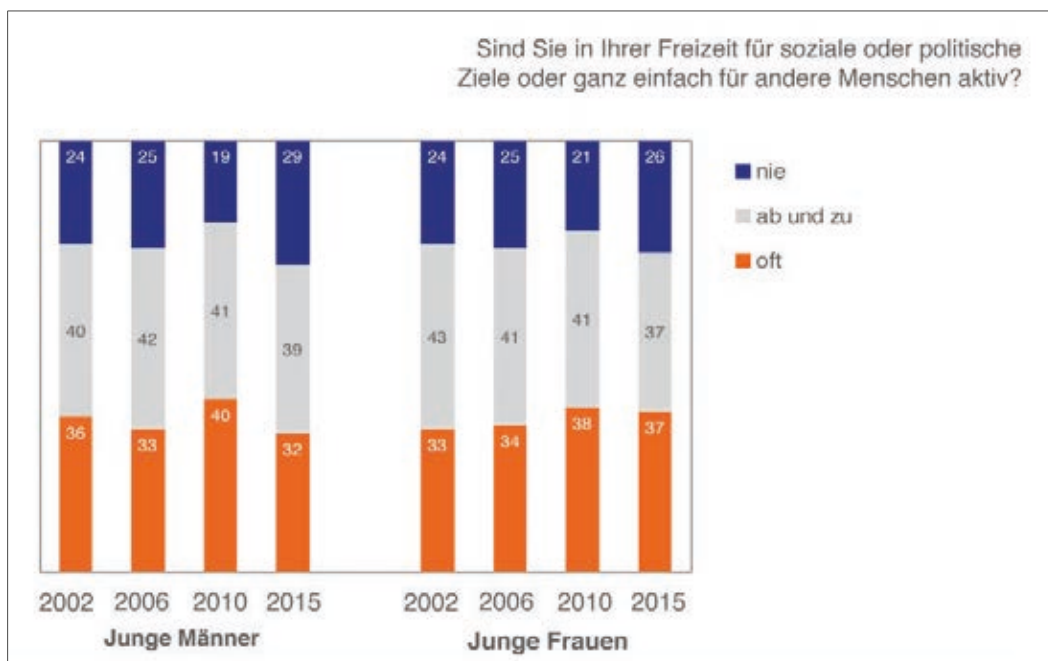


Abbildung 6:
Mehr regelmäßiges Engagement bei jungen Frauen
Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren (Angaben in %)

Quelle: Shell Jugendstudien

für soziale oder politische Ziele bzw. für das Wohl anderer Menschen auf einem höheren Stand als 2002 ausläuft. Damit stehen junge Männer und Frauen jeweils für einen Trend; die Ersten eher für den Rückzug einer Reihe von Jugendlichen aus der öffentlichen Aktivität, die Zweiten dagegen eher für den häufigeren Einsatz für „gute Zwecke“ in der Freizeit. Weiteren Aufschluss ergibt die Analyse der *regelmäßigen* Tätigkeiten je nach Zweck (Abbildung 7). Beim Engagement von Jugendlichen geht es häufig um Dinge, bei denen die eigene Gruppe im Vordergrund steht, den Einsatz für eine sinnvolle Freizeit und die Vertretung von Interessen Jugendlicher. Dieser Typ von Aktivität schwankte etwa wie der Index des Engagements im Ganzen und auch ungefähr wie das regelmäßige Engagement von Männern. Dagegen zeigt eine Reihe weiterer Aktivitäten einen ganz anderen Trend.

Regelmäßige Aktivitäten Jugendlicher, die man als sozial-ethisch oder natur-ethisch bezeichnen kann, gingen zwar zwischen 2002 und 2006 zurück, zeigten jedoch in der Folge einen stetigen Aufwärtstrend (Abbildung 7). Besonders soziale Aktivitäten finden sich 2015 auf einem deutlich höheren Niveau als 2002. Der allgemeine Index der regelmäßigen Aktivitäten spiegelt das nicht wider, weil zum einen die jugendspezifischen Aktivitäten gleich geblieben sind, zum anderen wohnortbezogene Aktivitäten ein besonders schwankendes Muster zeigten⁴ und sogar leicht unter das Niveau von 2002 zurückgingen. Hierbei geht es um die Gestaltung des Zusammenlebens und um die Sicherheit am Wohnort sowie um die Pflege deutscher Tradition und Kultur. Das Schwankungsmuster jener Aktivitäten, bei denen es um Angelegenheiten von Jugendlichen geht sowie um die Ordnung und Lebenskultur am Wohnort folgt in etwa einem ähnlichen Muster. Im Wesentlichen geht es dabei um das Vereins- und Verbandswesen, ergänzt durch die Freiwillige Feuerwehr und die Rettungsdienste. Dabei handelt es sich zum großen Teil um eine männliche Kultur des Engagements.

Anders ist es bei den sozial- und naturethischen Aktivitäten. Diese sind eher ein weiblich geprägter Teil des Engagements, und das gilt nicht nur für Jugendliche. Es sind Aktivitäten, die in der Praxis besonders nah an Mensch, Natur und Tier angesiedelt sind und die im Vergleich zur Freiwilligen Feuerwehr und zu den Rettungsdiensten weni-

ger mit Technik oder hohem körperlich-nervlichen Einsatz zu tun haben. Dabei geht es jedoch auch weniger um die zuweilen aufreibende Arbeit in Gremien oder verwaltende Tätigkeiten, die mit der Bürokratie des Staates konfrontiert sind. Es handelt sich um einen Typ von „freier“ Aktivität („Volunteering“), der neben den weiblichen auch männliche Jugendliche immer mehr interessiert. Der Formalismus der demokratischen Organisation hat ja seinen Pferdefuß am Bezug zum bürokratischen Staat, dem er einen Gutteil seiner Finanzierung verdankt. Das Demokratische und sein notwendiges Pendant, das freiwillige Engagement, werden zunehmend in den Sog des Staatsapparates hineingezogen, und das sägt nicht zuletzt an der Wurzel der Aktivität, der Lust und Freude, von der doch das Engagement der Bürgerinnen und Bürger so abhängt.

Fazit

Die oft erhobene Klage über die unpolitische Jugend hatte laut den Trenddaten der Jugendforschung zumindest um die Mitte der 2000er Jahre durchaus eine gewisse Berechtigung. Die Politisierung der Jugend war seit den 1980er Jahren, im Beginn bereits seit Mitte der 1970er Jahre auf dem Tiefpunkt angelangt. Die großen Hoffnungen, die mit dem Aufbruch der 1960er und 1970er Jahre verbunden waren, begannen in den 1980er Jahren zu zerbröseln. Es breitete sich in der (westdeutschen) Jugend⁵ jener Hedonismus aus, der zu Beginn der 1990er Jahre seinen Höhepunkt erreichte. Doch seitdem begann sich die Jugend (von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt) umzuorientieren. Sie passte sich der neuen harten Agenda der Leistung an, längst bevor diese von Gerhard Schröder ausgerufen wurde. Dieses sich Einlassen auf das Notwendige war auch nicht günstig für das Interesse der Jugend an den Fragen des Gemeinwesens. Denn dieser Prozess verlief im Kleinen und Unbemerkten, in den Köpfen und Herzen der vielen Jugendlichen, die sich dabei in den kleinen Kreisen der Familien und Freundschaften ihrer Unterstützung versicherten.⁶

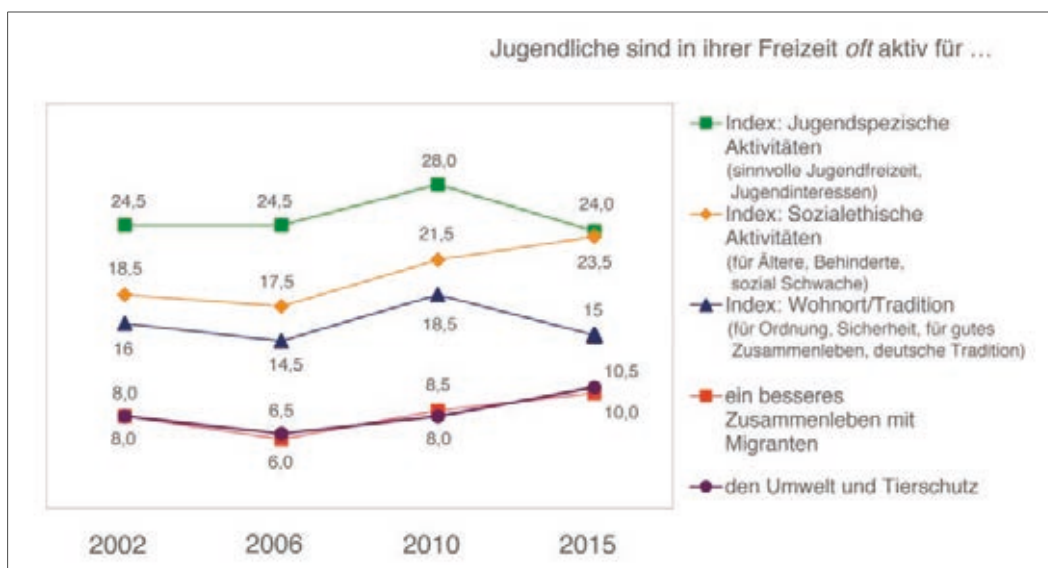


Abbildung 7:
Jugendliche sind in-
zwischen genauso aktiv
bei Jugendthemen wie
bei sozialen Zwecken,
mehr Aktivität für die
Umwelt und für
Migranten

Jugendliche im Alter
von 12 bis 25 Jahren
(Indizes: addierte Mehr-
fachnennungen in %)

Quelle: Shell Jugendstudien

Die Wende kam, als die zuvor wenig reflektierte Umorientierung der Einzelnen auch einen Widerhall im Gemeinwesen fand, als die Renaissance der Leistung eine öffentliche Sache (*res publica*) wurde. Die weltweite Finanzkrise war der Auslöser, der den stillschweigenden Wertewandel erst ins Bewusstsein brachte. In der Not der weltweiten Geldklemme wurde der Idee des leicht und locker am Finanzmarkt verdienten Geldes wieder die Idee des *realen Wertes* gegenüber gestellt. Es stellte sich heraus, dass der Wertewandel, der in der Jugend seinen deutlichsten Ausdruck gefunden hatte, ganz im Sinne der neuen Entwicklung der Welt lag. Die Jugend fand sich im Einklang mit ihrem Land, das sich in der Krise als Hort der Stabilität erwies. Diese Lage hält bis heute vor. Die Verwerfungen, die aus einer exzessiven Kreditwirtschaft erwachsen, scheinen an der Heimat abzuprallen. Und obwohl das gute Befinden des Landes inzwischen durchaus mit *kritischen Effekten* einhergeht (enorme Preissteigerungen rund ums Wohnen in den Ballungsräumen und enorme Zuwanderung ebendahin), überwiegt doch der Stolz auf die neuen (aber im Grunde auch alten) Qualitäten der Heimat.

Die erneute Politisierung und das neue Engagement der Jugend gehen – anders als in den 1960er und 1970er Jahren – mit einem robusten Patriotismus einher. Die Jugend findet sich im Grunde im Einklang mit der Heimat und deren (alten und neuen) Werten. Deswegen kommt das neue Engagement der Jugend unaufgeregt und ohne das Pathos von Rebellion oder Reform daher. Die Jugend, die schon von ihrer leistungsorientierten Lebenseinstellung

fest im praktischen Leben steht, engagiert sich ohne die sozialromantische Überhöhung einer früheren Generation. Wenn sie sich um die neuerdings wieder massenhaft zuströmenden Migranten kümmert, dann nicht nur aus Humanität und viel weniger mit der Neigung einer früheren Generation, die auf die Zuwanderung Veränderungswünsche in Bezug auf das eigene Land projizierte.⁷ Wenn Jugendliche sich für die Integration von Zuwanderern einsetzen, dann auch deswegen, weil sie sich um den Erhalt der Qualitäten der Heimat sorgen und den neuen Bürgerinnen und Bürgern Zugang dazu und Verständnis dafür eröffnen wollen. Als Bürgerinnen und Bürger eines in der Welt geachteten Gemeinwesens sehen sie sich dazu verpflichtet.

LITERATUR

- Gensicke, Thomas/Albert, Mathias (2015): Die Welt und Deutschland – Deutschland und die Welt. In: Shell Deutschland (Hrsg.): JUGEND 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt am Main, S. 201–235.
- Gensicke, Thomas (2015): Die Wertorientierungen der Jugend 2002–2015. In: Shell Deutschland (Hrsg.): JUGEND 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt am Main, S. 237–272.
- Schneekloth, Ulrich (2015): Jugend und Politik: Zwischen positivem Gesellschaftsbild und anhaltender Politikverdrossenheit. In: Shell Deutschland (Hrsg.): JUGEND 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt am Main, S. 153–200.
- Shell Deutschland (Hrsg.) (2015): JUGEND 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt am Main.
- Dokumentation Im Internet: <http://www.shell.de/aboutshell/our-commitment/shell-youth-study-2015.html>

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Shell Deutschland (2015) und dort die längere Zeitreihe bei Schneekloth 2015. Wir weisen hier nur die Daten für jenes komplexere Messmodell aus, das mit der Shell Jugendstudie von 2002 eingeführt wurde. Im Rahmen der Studie wurden im Auftrag der Deutschen Shell AG durch TNS Infratest Sozialforschung jeweils 2.500 Jugendliche im Alter von zwölf bis 25 Jahren befragt. Es handelt sich um eine persönliche-mündliche bundesweit repräsentative Befragung. Die Daten der Studie wurden durch das Institut ausgewertet und zum größten Teil auch dargestellt. Alle hier vorgestellten Daten wurden im Laufe der Zeit im identischen Frageformat erhoben.
- 2 Vgl. Gensicke 2015. Um einen exakten Vergleich zu ermöglichen, wurden bei den längeren Zeitreihen, die hinter die Shell Jugendstudien seit 2002 zurückgehen, nur die Jugendlichen aus den alten Ländern berücksichtigt. Unter Einrechnung der Jugendlichen aus den neuen Ländern würden sich jedoch nur unwesentliche Unterschiede ergeben, da die Daten auch dort weitgehend ähnlich sind. Die Stichprobe von 1987/88 beginnt entsprechend der damaligen Gepflogenheiten erst ab dem Alter von 14 Jahren. Auch hier handelte es sich wie bei der Shell Jugendstudie um eine mündlich-persönliche Befragung mit repräsentativem Charakter, die durch TNS Infratest Sozialforschung durchgeführt wurde.
- 3 Vgl. Gensicke/Albert 2015. 70 Prozent der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund sind stolz darauf, Deutsche zu sein, aber auch 54 Prozent der Migranten mit deutschem Pass.
- 4 Die Ähnlichkeit zum *allgemeinen Muster* bei den jungen Männern ist frappierend (vgl. Abbildung 6).
- 5 In der DDR waren die Leistungswerte nie so zurückgegangen wie in den Bundesrepublik und die Wende und ihre Folgen ließ in den neuen Ländern keinen Hedonismus zu.
- 6 Diese Vorgänge wurden zwar im Rahmen der Shell Jugendstudien seit 2002 immer wieder gezeigt, aber in der Öffentlichkeit wenig zur Kenntnis genommen. Man hat den Eindruck, dass große Teile der Öffentlichkeit den Trend der Jugend zurück zu den typischen Werten Deutschlands nicht zur Kenntnis nehmen *wollten* und das auch heute noch nicht wirklich wollen.
- 7 Ein typischer Spruch jener Zeit: „Ausländer, lasst uns mit den Deutschen nicht allein!“

UNSER AUTOR



Dr. Thomas Gensicke, Jahrgang 1962, studierte Philosophie in Leipzig und war von 1991 bis 2000 Forschungsreferent am Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung bei der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Dort promovierte er mit einer sozialwissenschaftlichen Arbeit im Fach Staatswissenschaften bei Helmut Klages. Er hatte verschiedene Lehraufträge an der Universität Koblenz-Landau und an der PH Karlsruhe. 2001 bis 2015 arbeitete er als Projektleiter bei TNS Infratest Sozialforschung. Inzwischen ist er als selbstständiger Berater im Bereich Sozialwissenschaften tätig. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Werte- und Kulturforschung, Jugendforschung, Forschung über öffentliche Beteiligung und Ehrenamt (Zivilgesellschaft) sowie über die Besonderheiten der neuen Bundesländer. Er war als Co-Autor an den Shell-Jugendstudien 2002, 2006, 2010 und 2015 beteiligt.

Die Erosion sozialer Milieus und der Wandel des Wählerverhaltens

Oscar W. Gabriel

Das im 19. Jahrhundert entstandene deutsche Parteiensystem weist in seinen Grundstrukturen bis heute eine bemerkenswerte Kontinuität auf. Die für die Struktur des Parteienwettbewerbs maßgeblichen Konfliktlinien bildeten sich bereits im deutschen Kaiserreich heraus. Die religiöse Konfliktachse markierte die parteipolitische Trennlinie zwischen Katholiken, Protestanten und laizistischen Bevölkerungsgruppen. Zeitgleich entwickelte sich ein parteipolitischer Gegensatz zwischen der Arbeiterschaft auf der einen Seite und den Selbstständigen und Landwirten auf der anderen. Diese Konfliktstrukturen bildeten die Basis für das Entstehen langfristig stabiler politischer Milieus in Deutschland. Die Kontinuität der Milieu- und Parteienwettbewerbsstruktur darf jedoch nicht mit Stagnation gleichgesetzt werden. Abgesehen von kurzfristigen, d. h. von Wahl zu Wahl eintretenden, Veränderungen der Parteipräferenzen der Bürgerinnen und Bürger unterliegen die Gesellschaft und das politische System langfristigen Wandlungsprozessen, die den Einfluss sozioökonomischer und soziokultureller Konflikte auf die Parteipräferenzen, das Wählerverhalten und das Parteiensystem beeinflussen. Oscar W. Gabriel beleuchtet diesen langfristigen Wandel der gesellschaftlichen Grundlagen des Parteienwettbewerbs in Deutschland. ■

Einleitung: Politische Milieus und Parteienwettbewerb in Deutschland

Bis in die 1960er Jahre hinein war es in Deutschland relativ leicht, das Wahlverhalten der Angehörigen bestimmter sozialer Gruppen vorherzusagen. Auf dem Lande lebende Katholiken mit einer starken religiösen Bindung, die als Selbstständige oder Landwirte arbeiteten, wählten mit hoher Wahrscheinlichkeit die CDU/CSU. Dagegen kamen die Wählerinnen und Wähler der SPD vor allem aus der Gruppe der Industriearbeiter und Großstädter. Die Neigung dieser Gruppen zu den Sozialdemokraten war dann besonders stark, wenn sie evangelischen Glaubens waren oder keiner Konfession angehörten und Mitglied einer Gewerkschaft waren. Diese politischen Allianzen zwischen gesellschaftlichen Großgruppen und politischen Parteien entstanden in der Mitte des 19. Jahrhunderts, bestanden in der Weimarer Republik und in der jungen Bundesrepublik Deutschland fort und gaben dem deutschen Parteiensystem damit eine beträchtliche Kontinuität (vgl. Falter 1981). Sie sind in sozialen Zugehörigkeiten und damit verbundenen Interessenlagen und Wertorientierungen begründet, werden durch gesellschaftliche Organisationen (kirchliche Verbände, Gewerkschaften, Selbstständigenverbände) gestützt und erweisen sich als stabilisierende Faktoren im Parteienwettbewerb.

Das Entstehen der Grünen in den 1970er Jahren und der seither zu beobachtende Rückgang der Wahlbeteiligung signalisieren Veränderungen im Wählerverhalten und in der Struktur des deutschen Parteiensystems. Die traditionellen parteipolitischen Kräfte konnten zwar ihre Position im politischen Wettbewerb behaupten. Sie sind aber zunehmend dem Wettbewerb mit anderen Positionen und Gruppierungen ausgesetzt, die im Zuge des gesellschaftlichen Modernisierungsprozesses an Zustimmung in der Wählerschaft gewonnen haben. Als maßgebliche soziale Triebkräfte der Veränderung der Parteienwettbewerbsstrukturen in Deutschland und anderen Demokratien identifizierte die Forschung den Wertewandel, insbesondere die Säkularisierung der Gesellschaft, und den Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft.



Historisches Wahlplakat der SPD im Wahlkampf 1949. Die im 19. Jahrhundert aus den Modernisierungskonflikten hervorgegangenen Milieus entfalteten eine unterschiedliche Prägekraft für das politische Leben in Deutschland. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und der Arbeiterschaft beeinflussen die politische Gemeinschaft Deutschlands seit mehr als hundert Jahren.

picture alliance/dpa

Für das Wählerverhalten und das Parteiensystem sind diese Veränderungen in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: Zunächst brachten sie ein Schrumpfen der gesellschaftlichen Gruppen oder Milieus mit sich, die auf Grund ihrer Interessen, Wertorientierungen und Identitäten enge Verbindungen zu einer politischen Partei unterhielten. Darüber hinaus lockerte der soziale Wandel die Bindung der Mitglieder sozialer Milieus oder Gruppen an die Parteien, die sie traditionell als Vertretung ihrer Belange im politischen Leben betrachteten (ausführlicher hierzu: Elff 2006; Schoen 2014). Unabhängig von den zur Charakterisierung des Wandels der traditionellen Bündnisse gesellschaftlicher Großgruppen mit politischen Parteien benutzten Begrifflichkeiten stellt die empirische Forschung übereinstimmend eine ganze Reihe von Folgen dieser Entwicklung fest. In Folge der veränderten Größe und der nachlassenden Integrationskraft der politischen Milieus fällt es den großen Volksparteien immer schwerer, Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Das Wählerverhalten wird wechselhafter und damit steigt die Anfälligkeit des politischen Systems für kurzfristige Veränderungen der Stimmungslage.

Dieser Beitrag verfolgt das Ziel, den langfristigen Wandel der gesellschaftlichen Grundlagen des Parteienwettbewerbs in Deutschland zu beleuchten. Im folgenden Abschnitt wird das Konzept der politischen Milieus vorgestellt und von ähnlichen Bezeichnungen abgegrenzt. Daran schließt sich eine Untersuchung des Wandels der politischen Konfliktstrukturen und Milieus in Deutschland und der Implikationen dieser Veränderungen für den Parteienwettbewerb an. Diese Entwicklungen werden zunächst auf der Ebene des nationalen politischen Systems dargestellt und dann am Beispiel ehemaliger Parteihochburgen vertieft.

Gesellschaftliche und politische Milieus

In allen Gesellschaften teilen Menschen bestimmte Merkmale miteinander und unterscheiden sich in anderen Eigenschaften. Einige dieser Charakteristika, zum Beispiel das Geschlecht, das Lebensalter, das Bildungsniveau, die Berufstätigkeit und die Religionszugehörigkeit, bilden die Grundlage für die Zuweisung einer gesellschaftlichen Position an die Individuen. Sie beeinflussen die Form der zwischenmenschlichen Beziehungen, den Zusammenschluss mehrerer Personen mit gleichartigen Merkmalen zu Gruppen, den Zugang von Individuen oder Gruppen zu gesellschaftlichen Ressourcen (Wissen, Geld, Macht u. ä.) oder ihr gesellschaftliches Ansehen. Die Verteilung von Gruppen und Positionen in einer Gesellschaft sowie die Art der zwischen diesen Einheiten bestehenden Beziehungen machen die Struktur einer Gesellschaft aus (vgl. Schäfers 2004: 3–4). Stefan Hradil (2008: 90–93) bezeichnet die Zusammensetzung der Bevölkerung nach demografischen Merkmalen (Alter, Geschlecht), die Struktur der Haushalte, die Verteilung von Bildung und Erwerbstätigkeit, die Formen der Ungleichheit und der sozialen Sicherung sowie die vorhandenen Lebensstile als die wichtigsten Elemente der Sozialstruktur.

Einige gesellschaftliche Gruppen haben nicht mehr gemeinsam als die sozialen Charakteristika ihrer Mitglieder. Alleine der Umstand, weiblich oder jung zu sein, begründet nicht die Zugehörigkeit zu einer sozialen Gemeinschaft. Diese entsteht erst dann, wenn die zu einer sozialen Gruppe gehörigen Menschen sich ihrer Gemeinsamkeiten

bewusst sind und in ihnen ein Abgrenzungsmerkmal von anderen sozialen Gruppen sehen. Ein gemeinsames Bewusstsein oder eine kollektive Identität ergibt sich aus der Wahrnehmung gemeinsamer Lebenslagen, Erfahrungen, Interessen und Wertvorstellungen. Es begründet ähnliche gesellschaftliche und politische Einstellungen und Verhaltensformen und veranlasst die Mitglieder der betreffenden Gruppe dazu, ihre gesellschaftliche Position und ihr Selbstverständnis unter anderem durch ihre Zugehörigkeit zu dieser Gruppe zu definieren (vgl. Rössel 2013: 839–840). Soziale Milieus sind durch die folgenden vier Merkmale charakterisiert: (1) eine gemeinsame Position der Mitglieder in der Struktur einer Gesellschaft, (2) gemeinsame Wertorientierungen und Einstellungen, (3) milieutypische Verhaltensweisen und Lebensstile sowie (4) enge Beziehungsnetze zwischen den Angehörigen der Milieus. Das Bewusstsein dieser Gemeinsamkeiten bindet das Verhalten der Individuen an die in der Gruppe geltenden sozialen Normen. Um die Integration ihrer Mitglieder sicherzustellen, benötigen Sozialmilieus Institutionen wie Vereine, Massenmedien oder Erziehungseinrichtungen. Wenn diese Milieucharakteristika ihren Ausdruck in einheitlichen politischen Orientierungen und Verhaltensweisen der Mitglieder finden, sprechen wir von politischen Milieus.

Politische Milieus in Deutschland

In der internationalen Forschung spielt das Milieukonzept keine große Rolle für die Erklärung des Wandels von Parteiensystemen. Es lässt sich aber leicht mit dem einflussreichsten makrosoziologischen Ansatz in der Wahlverhaltens- und Parteienforschung, d. h. der von Seymour M. Lipset und Stein Rokkan entwickelten Theorie politischer Konfliktstrukturen, verknüpfen (vgl. Lipset/Rokkan 1967). Diese führt die für das politische Leben Europas im 20. Jahrhundert maßgeblichen Konflikte und die damit verbun-

Während im Jahr 1953 noch fast vierzig Prozent der Christen regelmäßig den Gottesdienst besuchten, belief sich der Anteil 60 Jahre später nur noch auf zwölf Prozent. Aufgrund des Rückgangs religiöser Bindungen in der deutschen Gesellschaft verloren viele religiöse Werte und Normen ihre Verbindlichkeit für das Verhalten der Bevölkerung.

picture alliance/dpa



dene Bildung von Parteien auf den Verlauf der sozialen und politischen Modernisierung der europäischen Nationen zurück. Im Verlauf der politischen Modernisierung entwickelten sich nach Lipset und Rokkan vier Grundkonflikte: Die Auseinandersetzung zwischen dem kulturellen Zentrum und der Peripherie einer Gesellschaft, zwischen der Kirche und dem Staat, zwischen Stadt und Land sowie zwischen Arbeit und Kapital. Vereinfacht dargestellt, war die Art der Bewältigung dieser vier Modernisierungskonflikte maßgeblich dafür, ob sich in einem Land eine eindimensionale oder eine mehrdimensionale Konfliktstruktur herausbildete. Bei einer schrittweisen Lösung der Modernisierungsprobleme entstand, wie in England, ein Zweiparteiensystem, das von dem zuletzt aufgetretenen Konflikt zwischen Arbeit und Kapital bestimmt war. Beim gleichzeitigen Auftreten mehrerer, im Extremfall aller vier Modernisierungskonflikte, ergab sich ein Vielparteiensystem, in dem jede Partei eine der Positionen in den existierenden Konflikten repräsentierte.

Die bis nach dem Zweiten Weltkrieg fortwirkende „Versäulung“ und Zersplitterung der deutschen Gesellschaft, des Parteiensystems und des gesamten politischen Lebens gilt als Paradebeispiel für die Umsetzung eines mehrdimensionalen Konfliktsystems in den Parteienwettbewerb. Auf Grund der schnellen Modernisierung des Landes und der späten Staats- und Nationenbildung waren zum Zeitpunkt der Gründung des ersten deutschen Nationalstaates in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch sämtliche aus dem Modernisierungsprozess resultierenden politischen Spaltungslinien vorhanden. Ihre Häufung in einem kurzen Zeitabschnitt prägte das politische Leben und förderte die Verfestigung und Mobilisierung der bereits vor der Nationenbildung in den Gliedstaaten des Deutschen Bundes entstandenen politischen Milieus.

Auf lange Sicht entfalteten die im 19. Jahrhundert aus diesen Modernisierungskonflikten hervorgegangenen Sozialmilieus eine unterschiedliche Prägekraft für das politische

Leben in Deutschland (vgl. hierzu näher: Rohe 1990; Lepsius 1973). Der Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem protestantisch dominierten preußischen Staat sowie die Auseinandersetzungen zwischen dem Staat und der Arbeiterschaft beeinflussen die politische Gemeinschaft Deutschlands seit mehr als hundert Jahren. Sie führten zum Entstehen zweier eindeutig identifizierbarer Sozialmilieus, die sich aus klar konturierten sozialen Gruppierungen zusammensetzten und in einer kritischen Distanz zueinander und zur Mehrheitsgesellschaft standen. In der Weimarer Republik setzte sich die im Kaiserreich entstandene Spaltung der politischen Gemeinschaft nahtlos fort. Trotz des fortbestehenden Gegensatzes bildeten die Zentrumspartei und die SPD gemeinsam mit der linksliberalen DDP die Stützen der ersten deutschen Demokratie. Jedoch war die Koalition der Demokraten nicht breit, homogen und stabil genug, um die Ablösung der Demokratie durch das NS-Regime zu verhindern. Selbst in der Zeit des Nationalsozialismus blieben das katholische und das Arbeitermilieu erhalten, auch wenn sich ihre politischen Vertretungen nicht mehr frei betätigen konnten.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges konnten beide Milieuparteien wieder an die vor der nationalsozialistischen Machtübernahme bestehenden Loyalitäten und Organisationsnetzwerke anknüpfen. Mit der neu entstandenen CDU/CSU und der wiedergegründeten SPD verfügten die Katholiken und die Arbeiterschaft über eine starke parteipolitische Repräsentanz in der jungen Bundesrepublik. Beide Parteien waren organisatorisch, programmatisch und personell fest in den politischen Traditionen der Vorkriegszeit verankert und vertraten konkurrierende politische Wertorientierungen, die Franz Urban Pappi zutreffend als „religiösen Traditionalismus“ einerseits und als „gewerkschaftliche Wirtschaftsideo-logie“ andererseits beschrieben hatte (Pappi 1977: 206–215). Zahlreiche wahl- und parteiensoziologische Analysen belegen die Dauerhaftigkeit des katholischen und sozialdemokratischen Milieus. Ungeachtet einer partiellen Öffnung sollten sie das politische Leben der Bundesrepublik in den 1950er und frühen 1960er Jahren bestimmen (vgl. u. a. Falter 1981; Pappi 1977; Rohe 1990).

Da sich Gesellschaften in einem stetigen Prozess der Veränderung befinden, können soziale Konflikte ihre Bedeutung verlieren oder gänzlich verschwinden. Neu entstehende Konfliktlinien können die alten ersetzen und zur Ausbildung neuer Sozialmilieus führen. Dies gilt auch für die Entwicklung der deutschen Gesellschaft. Es waren vornehmlich drei Aspekte des sozialen Wandels, die zu einem Schrumpfen der traditionellen politischen Milieus und zum Entstehen neuer Milieus führten: Der Wandel des Beschäftigungssystems und der damit verbundene Anstieg des Bildungsniveaus der Bevölkerung, der Bedeutungsgewinn von Selbstverwirklichungswerten, nicht zuletzt in der Form einer Säkularisierung der Gesellschaft, und die Wiedervereinigung Deutschlands.

Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges vollzog sich in Deutschland wie in den anderen europäischen Demokratien ein Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft. Die industriell-gewerbliche Produktion verlor ihre Bedeutung als wichtigster Beschäftigungssektor und



Tabelle 1: Entwicklung parteipolitisch bedeutsamer Milieucharakteristika in Westdeutschland, 1953, 1983 und 2013.

	1953	1983	2013	Differenz 1953–2013
Selbstständige, Freiberufler, Landwirte	28	11	9	-19
Arbeiter	44	33	27	-17
Gewerkschaftsmitglied	12	29	13	1
Katholisch	47	44	39	-8
Regelmäßiger Kirchgang	38	20	12	-26

Quelle: Originaldaten der Wahlstudien 1953 (ZA 0145), 1983 (ZA 1277) und 2013 (ZA 5702, nur alte Bundesländer), Auswertung durch den Verfasser.
Anmerkung: Die Fragewortlaute stimmen in den drei Wahlstudien nicht völlig miteinander überein.

wichtigste Quelle der Wertschöpfung an den Dienstleistungssektor. In Folge dieser Veränderung schrumpften die Trägergruppen des Konflikts zwischen Arbeit und Kapital, nämlich die Industriearbeiterschaft und die Selbstständigen. Der Anteil der Landwirte, der bereits beim Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft deutlich abgenommen hatte, verringerte sich beim Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft erneut sehr stark. Zudem brachte die Veränderung des Beschäftigungssystems einen Anstieg des Bildungsniveaus der Bevölkerung und eine Wanderung von den ländlichen Regionen in die städtischen Ballungszentren mit sich. Nach Günter G. Voss und Martin Wetzel (2013: 87–92) waren im Jahr 1960 noch die Hälfte der Beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter. Der Anteil der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen lag knapp über 20 Prozent. Bis zum Jahr 2009 ging der Anteil der Arbeiterinnen und Arbeiter um mehr als 20 Prozentpunkte zurück, der der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen verringerte sich um mehr als zehn Prozentpunkte. Die Verteilung der Beschäftigten auf den primären, sekundären und tertiären Sektor sowie weitere auf die Berufsstruktur bezogene Merkmale unterstreichen den Wandel des Beschäftigungssystems. Zugleich brachte diese Entwicklung einen Rückgang der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder mit sich und schwächte damit eine der wichtigsten Vorfeldorganisationen der SPD (vgl. auch Tabelle 1).

Die Schwächung der traditionellen politischen Milieus resultierte nicht ausschließlich aus demografischen Entwicklungen. Mindestens so wichtig ist die kulturelle Dimension dieses Vorganges. Nicht zuletzt auf Grund des steigenden Bildungsniveaus vollzog sich in den modernen, demokratisch regierten Ländern der westlichen Welt ein Wandel der Wertorientierungen, den Helmut Klages (1988) als Zurückdrängung von Pflicht- und Akzeptanzwerten durch individualistische Selbstverwirklichungswerte beschrieb.

Auch wenn die Bezeichnungen des Prozesses variieren, ist die Art des Wandels weitgehend unstrittig und wird durch die empirische Forschung breit belegt. Die Prinzipien von Unterordnung und Anpassung, Disziplin, Leistung und Einschränkung haben zu Gunsten der Werte der Selbstverwirklichung, Emanzipation, Toleranz und Gleichheit an Unterstützung verloren (vgl. ausführlich: Abramson 2014; Inglehart/Welzel 2005; Meulemann 1996; van Deth/Scarborough 1995).

Zu den wichtigsten Aspekten dieses Wandels gehört die Säkularisierung der europäischen Gesellschaften. Sie manifestiert sich zunächst in einer sinkenden Mitgliederzahl der christlichen Glaubensgemeinschaften und einem stei-

genden Anteil Konfessionsloser. Unter den Menschen, die Mitglied einer christlichen Glaubensgemeinschaft blieben, nahm die aktive Teilnahme am religiösen Leben deutlich ab. Während im Jahr 1953 noch fast vierzig Prozent der Christen regelmäßig den Gottesdienst besuchten, belief sich dieser Anteil sechzig Jahren später nur noch auf zwölf Prozent (vgl. Tabelle 1). Auf Grund des Rückgangs religiöser Bindungen in der deutschen Gesellschaft verloren viele religiöse Werte und Normen ihre Verbindlichkeit für das Verhalten der Bevölkerung, auch der verbliebenen Kirchenmitglieder.

Mit dem Bedeutungsverlust traditioneller Werte und Normen ging eine Erosion der Organisationsnetzwerke einher, die über mehr als hundert Jahre lang die Sozialmilieus der Arbeiterschaft und der Katholiken zusammengehalten und politisch repräsentiert hatten. Zugleich bildete die Hinwendung großer Teile der Bevölkerung zu den Werten der „Neuen Politik“ die Grundlage für die Ausdifferenzierung eines alternativen Milieus, das in den neuen sozialen Bewegungen und in der Partei der Grünen seine politische Repräsentanz fand.

Eine Analyse der politischen Folgen des gesellschaftlichen Wandels Deutschlands bliebe ohne einen Hinweis auf die Wiedervereinigung Deutschlands unvollständig. Aus ihr ergab sich die Herausforderung, zwei sozioökonomisch und soziokulturell sehr unterschiedliche Gesellschaften miteinander zu verschmelzen. Für den Fortbestand der traditionellen sozialen Milieus hatte die deutsche Einheit zwei Folgen. Erstens verstärkte sie den im westlichen Landesteil im vollen Gange befindlichen Säkularisierungsprozess und trug somit zur weiteren Schwächung des katholischen Milieus bei. Zweitens schuf sie die Grundlage für das Entstehen eines DDR-nostalgischen Milieus, das durch fortbestehende Vorfeldorganisationen der ehemaligen SED integriert wurde und in der PDS, später in der Linkspartei, sein politisches Sprachrohr fand und die demokratische Linke schwächte. Diesen zweiten Aspekt werden wir hier ebenso wenig behandeln wie die Etablierung und Ausbreitung neuer politischer Milieus in den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

Die Erosion der Kernwählerschaft der Volksparteien

Die Zusammenhänge zwischen der gesellschaftlichen Position von Individuen und ihren Parteipräferenzen sind, ebenso wie der Wandel dieses Zusammenhanges, durch die empirische Forschung gut belegt. Wie Harald Schoen (2014) für den Zeitraum 1949–2002 detailliert darstellt, er-

zielte die CDU/CSU bei sämtlichen untersuchten Bundestagswahlen in den Gruppen der Selbstständigen und Landwirte, der Katholiken und der Menschen mit einer stark ausgeprägten kirchlichen Bindung überdurchschnittliche Ergebnisse. Die SPD schnitt bei Arbeitern, Gewerkschaftsmitgliedern, Protestanten, Konfessionslosen und Christen ohne religiöse Bindung deutlich besser ab als in der Gesamtwählerschaft. Unter den Bezeichnungen „Dealignment“ und „Realignment“ wurde vielfach gezeigt, dass die Prozesse der Säkularisierung und des Übergangs zur Dienstleistungsgesellschaft die Wählerbasis der beiden traditionellen Volksparteien schrumpfen ließen, das Entstehen neuer Parteien förderte und die Tendenz zur Wechselwahl und zur Stimmenthaltung verstärkte. Potenziell war die CDU/CSU durch diese Entwicklung stärker betroffen als die SPD, weil die Erosion ihrer Kernklientel sowohl durch den sozioökonomischen als auch durch den religiösen Wandel vorangetrieben wurde. Allerdings förderte die Ausbreitung von Selbstverwirklichungswerten in der deutschen Gesellschaft den Aufstieg der Grünen und schwächte auf diese Weise die SPD als Repräsentantin der demokratischen Linken in Deutschland (vgl. z. B. Elff 2006; Müller/Klein 2012; Pappi 1977; Roßteutscher 2012; Schoen 2014).

Die Schwächung der beiden Großparteien resultierte allerdings nicht allein aus der Schrumpfung ihrer traditionellen Wählergruppen. Den von Schoen (2014) vorgelegten Befunden lassen sich zudem Hinweise auf eine Schwächung der zuvor geltenden Wahlnormen in den Kernwählerschaften der CDU/CSU und der SPD entnehmen. So sank die Wahrscheinlichkeit der SPD-Wahl unter den Arbeiterinnen und Arbeitern, und noch deutlicher ging sie bei den gewerkschaftlich gebundenen Arbeitern zurück. In abgeschwächter Form lässt sich auch bei den Katholiken eine Abwendung von der CDU/CSU feststellen. Dagegen nahm die Neigung der stark kirchengebundenen Katholiken, der Union die Stimme zu geben, im Zeitverlauf nicht nennenswert ab. Allerdings war diese Gruppe im Laufe der Zeit einem besonders starken Erosionsprozess ausgesetzt. Da die empirische Forschung den Einfluss des sozialen Wandels auf die Schwächung der Wählerbasis der CDU/CSU und der SPD hinlänglich breit dokumentiert, geht es in

den folgenden Abschnitten in erster Linie darum, das Ausmaß dieser Veränderungen genauer zu bestimmen und dabei die Entwicklung des Wählerverhaltens in den ehemaligen Hochburgen der Parteien genauer in den Blick zu nehmen. In diesen konzentrieren sich die traditionellen politischen Milieus, so dass sich die beschriebenen Folgen des sozialen Wandels hier mit besonderer Deutlichkeit zeigen. Das gesamte Ausmaß des Wandels der Parteipräferenzen erfasst man allerdings nur dann, wenn man die Stimmenanteile der politischen Parteien auf die Zahl der Wahlberechtigten – und nicht auf die der abgegebenen gültigen Stimmen – bezieht. Diese Analyseperspektive weicht von der der amtlichen Wahlstatistik ab. Sie ist aber deshalb angebracht, weil sich die Veränderung der politischen Präferenzen nicht notwendigerweise direkt in einer Wechselwahl, sondern auch in einer Nichtwahl manifestieren kann. Zudem ist es in unserem Zusammenhang sinnvoll, die neuen Bundesländer und Berlin aus der Betrachtung auszuklammern, da die in diesen Einheiten lebende Bevölkerung erst seit 1990 an Bundestagswahlen teilnehmen kann.

Abbildung 1 gibt einen Überblick über die langfristige Entwicklung der Integrationskapazität der beiden Volksparteien, die sich am Anteil der durch beide Parteien zur Stimmabgabe mobilisierten Wahlberechtigten besonders gut ablesen lässt. Wie sich bereits auf den ersten Blick zeigt, nahm die Unterstützung der CDU/CSU und der SPD durch das Elektorat im beobachteten Zeitraum keineswegs kontinuierlich ab. Vielmehr zerfällt dieser in zwei sehr unterschiedliche Abschnitte. Zwischen 1949 und 1976 vollzog sich ein bemerkenswerter Aufstieg von CDU/CSU und SPD in der Wählergunst, der den Übergang beider Parteien von Weltanschauungsparteien auf Klassen- und Konfessionsbasis zu Massenintegrationsparteien (vgl. Kirchheimer 1965) eindrucksvoll dokumentiert. Im Zuge dieser Entwicklung stieg der Anteil der Wahlberechtigten, die ihre Stimme der Union oder der SPD gaben, von knapp 50 auf über 80 Prozent der Wahlberechtigten. Auf Grund der steigenden Wahlbeteiligung und der Absorption mehrerer kleiner

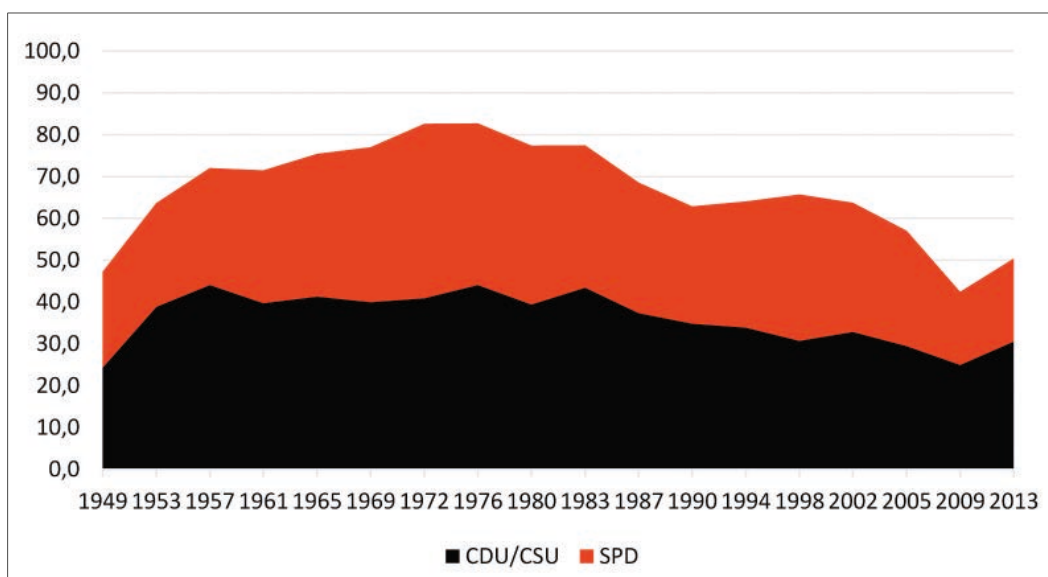


Abbildung 1: Entwicklung des Zweitstimmenanteils von CDU/CSU und SPD in den alten Bundesländern bei den Bundestagswahlen 1949 bis 2013 (Angaben: Prozentanteil der Parteiwähler an den Wahlberechtigten).

Quelle: Der Bundeswahlleiter (Hrsg.): Informationen des Bundeswahlleiters: Ergebnisse früherer Bundestagswahlen, Stand 3. August 2015, S. 19. Anmerkung: Die auf die Gesamtzahl der Wahlberechtigten bezogenen Zweitstimmenanteile wurden vom Verfasser berechnet.



Wahlplakate anlässlich der Bundestagswahl am 19. September 1965. Zwischen 1949 und 1976 vollzog sich ein bemerkenswerter Aufstieg von CDU/CSU und SPD in der Wählergunst, der den Übergang beider Parteien von Weltanschauungsparteien auf Klassen- und Konfessionsbasis zu Massenintegrationsparteien eindrucksvoll dokumentiert.

picture alliance/dpa

Rechts- und Mitte-Rechts-Parteien fand das Wachstum der CDU/CSU in den 1950er Jahren statt, zwischen 1961 und 1983 blieb ihr Stimmenanteil, abgesehen von kurzfristigen Schwankungen, weitgehend stabil. Die SPD erzielte ihre Zuwächse in der Wählerschaft vornehmlich zwischen 1957 und 1972. In dieser ersten Entwicklungsphase des deutschen Parteiensystems war der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft bereits im Gange, und die Säkularisierung der Gesellschaft hatte ebenfalls eingesetzt. Demnach setzt sich der soziale Wandel nicht bruchlos in eine Veränderung der Parteipräferenzen um. Vielmehr scheint die Wählerschaft den beginnenden Übergang von Weltanschauungsparteien auf Klassen- und Konfessionsbasis zu Massenintegrations- oder Volksparteien zunächst nicht nur akzeptiert, sondern gar aktiv herbeigeführt zu haben. Von einer nachlassenden Attraktivität der Volksparteien für die Wählerschaft kann erst seit der Mitte der 1980er Jahre, und in verstärktem Maße seit der Wiedervereinigung, die Rede sein. Im Vergleich mit dem Jahr 1976, als CDU/CSU und SPD gemeinsam 82,7 Prozent der Wahlberechtigten an sich binden konnten, erhielten sie auf dem bisherigen Tiefpunkt der Unterstützung der Volksparteien, bei der Bundestagswahl 2009, nur noch einen Anteil von 42,4 Prozent. Bezogen auf die Wahlberechtigten hatte sich ihr Zweitstimmenanteil nahezu halbiert. Der zwischen 2009 und 2013 zu verzeichnende leichte Aufschwung in der Gunst der Bevölkerung brachte keine Trendwende; denn nur 1949 und 2009 hatten CDU/CSU und SPD eine noch geringere Zustimmung erfahren als bei der letzten Bundestagswahl. Die gemeinsam von CDU/CSU und SPD in den alten Bundesländern erreichte Zahl der Zweitstimmen lag 9,44 Millionen unter dem Wert des Jahres 1976. Im Jahr 2009 waren es sogar 13,13 Millionen Stimmen weniger als 1976.

Der Rückgang der Integrationskraft ist bei der SPD stärker erkennbar als bei der CDU/CSU. Hatten die Sozialdemokraten bei der Bundestagswahl 1972 noch die Unterstützung von fast 42 Prozent der Wahlberechtigten erhalten, so stieg seither der Anteil der Wahlberechtigten, die sich von der SPD abwandten, von Wahl zu Wahl nahezu kontinuierlich an. Bei der Bundestagswahl 2009 votierten in

den alten Bundesländern nur noch 17 Prozent der Wahlberechtigten für die Partei, und auch 2013 lag ihr Anteil unter 20 Prozent. Trotz eines leichten Aufwärtstrends bei den Wahlen 1994, 1998 und 2013 vermochte die Partei es nicht, den Niedergang der Wählerunterstützung rückgängig zu machen. In absoluten Zahlen ausgedrückt, erhielt sie bei der Bundestagswahl 2013 6,23 Millionen Zweitstimmen weniger als 1976. Bei der Bundestagswahl 2009 lag diese Zahl sogar um 7,47 Millionen unter dem Niveau des Jahres 1976. Wenn es einer Partei nur noch gelingt, jeden fünften Wahlberechtigten an sich zu binden, muss sie sich ernsthaft mit der Frage auseinandersetzen, ob sie von der Wählerschaft noch als Volkspartei anerkannt wird.

Ogleich der Einbruch der Union in der Wählergunst nicht ganz so drastisch ausfiel wie bei der SPD, befindet auch sie sich seit der Mitte der 1980er Jahre in einem stetigen Abstieg. Im Vergleich mit der Bundestagswahl 1983 (43,5%) lag ihr Zweitstimmenanteil in Westdeutschland 2009 um fast zwanzig Prozentpunkte niedriger (25,0%). Bei der Bundestagswahl 2013 übertraf sie wieder knapp die 30-Prozent-Marke. Dieser leichte Aufwärtstrend ändert nichts an der Tatsache, dass die CDU/CSU seit der Mitte der 1970er Jahre ein Drittel ihrer Wähler verlor. Im Vergleich mit 1976 erhielt sie bei der Bundestagswahl 2009 5,66 Millionen Zweitstimmen weniger, 2013 waren es 3,21 Millionen. Abgesehen von 2005 und 2009 erreichte sie bei allen seit 1990 durchgeführten Bundestagswahlen in Westdeutschland immerhin mindestens dreißig Prozent der Wahlberechtigten, kann damit aber bei weitem nicht an ihre in der alten Bundesrepublik erzielten Ergebnisse anknüpfen.

Da sich das katholische und das sozialdemokratische Milieu in bestimmten Regionen bzw. Gebieten konzentrierten, müssten die Auflösungserscheinungen der politischen Milieus in einer kleinräumigen Analyse klarer zu Tage treten als bei einer Betrachtung des nationalen politischen Systems. Aus diesem Grunde ist es sinnvoll, die bisherige Darstellung um eine Bestandsaufnahme der Entwicklung der Zweitstimmenanteile von CDU/CSU und SPD in den Bundestagswahlkreisen zu ergänzen. In einem ersten

Schritt wird am Beispiel der Bundestagswahlen 1953, 1983 und 2013 die Entwicklung der Zahl der Hochburgen der beiden Parteien untersucht. Von einer Hochburg soll dann gesprochen werden, wenn es einer der Parteien gelingt, mindestens 55 Prozent der Wahlberechtigten für sich zu gewinnen. Im zweiten Schritt wird die langfristige Entwicklung der Zweitstimmenanteile in ausgewählten Parteihochburgen im Zeitraum 1949 bis 2013 unter die Lupe genommen. Auch diese Untersuchungen beschränken sich auf die Wahlkreise in den alten Bundesländern.

In Tabelle 2 ist das Abschneiden von CDU/CSU und SPD in den Wahlkreisen der alten Bundesländer dargestellt. Die Entwicklung der Stimmenanteile von CDU/CSU und SPD in den Wahlkreisen der alten Bundesländer entspricht dem für die nationale Ebene des politischen Systems beschriebenen Muster. In den ersten Jahrzehnten nach der Gründung der Bundesrepublik verfügte nur die Union über eine nennenswerte Zahl von Hochburgen. Bei der Bundestagswahl 1953 konnte sie in acht Wahlkreisen (Biberach, Cloppenburg-Vechta, Ravensburg, Bitburg-Prüm, Ahrweiler, Geldern-Kleve, Meschede-Olpe und Borken II) mehr als 60 Prozent der Wahlberechtigten an sich binden. In weiteren zwölf Wahlkreisen votierten mindestens 55 Prozent der Wahlberechtigten für die Union. Bei einer Zahl von 242 Wahlkreisen waren 21 dieser Einheiten Hochburgen der CDU/CSU. Ungeachtet der Veränderungen der Sozialstruktur nahm die Zahl der Hochburgen bis zur Bundestagswahl 1983 analog zum nationalen Wählerrend geringfügig zu, allerdings machen sich hier bereits die Folgen des Schrumpfens des katholisch-ländlichen Milieus bemerkbar. Die Zahl der Wahlkreise, in denen die Union die Stimmen von mindestens 60 Prozent der Wahlberechtigten erhielt, war nur noch halb so groß wie dreißig Jahre zuvor. Zwei dieser Wahlkreise, nämlich Biberach und Cloppenburg-Vechta, hatten bereits bei der Bundestagswahl 1953 zu den Hochburgen der Partei gehört. Hinzu kamen zwei

bayerische Wahlkreise (Bad Kissingen und Ostallgäu). Die Hochburgen der Union lagen ausnahmslos in ländlich strukturierten Gebieten und wiesen einen hohen Katholikenanteil auf. Bis zur Bundestagswahl 2013 waren sämtliche Hochburgen der CDU/CSU verschwunden. Selbst absolute Mehrheiten konnte die Union nicht mehr erreichen. In ihren stärksten Wahlkreisen erreichte sie nur noch zwischen 40 und 50 Prozent der Wahlberechtigten.

Im Unterschied zur Union erzielte die SPD selbst in industriell geprägten Großstädten mit einem geringen Anteil von Katholiken in keinem Wahlkreis und zu keinem Zeitpunkt ein Ergebnis über 60 Prozent. Bei der Bundestagswahl 1953 erzielte sie im Wahlkreis Hannover-Süd mit 44,6 Prozent das beste Ergebnis, lag aber auch hier deutlich unterhalb der 50-Prozent-Marke. Dreißig Jahre später hatte sie beträchtliche Zuwächse realisiert und kam in acht Wahlkreisen auf Ergebnisse zwischen 50 und 54,9 Prozent. Am besten schnitt sie in klassischen Ruhrgebietswahlkreisen ab (Essen II, Dortmund II, Duisburg II und Herne-Bochum III). Diese Bastionen waren im Jahr 2013 ausnahmslos verschwunden. Nur noch in zwei Wahlkreisen (Aurich-Emden und Unna III) gaben etwas mehr als 30 Prozent der Wahlberechtigten der SPD ihre Stimme.

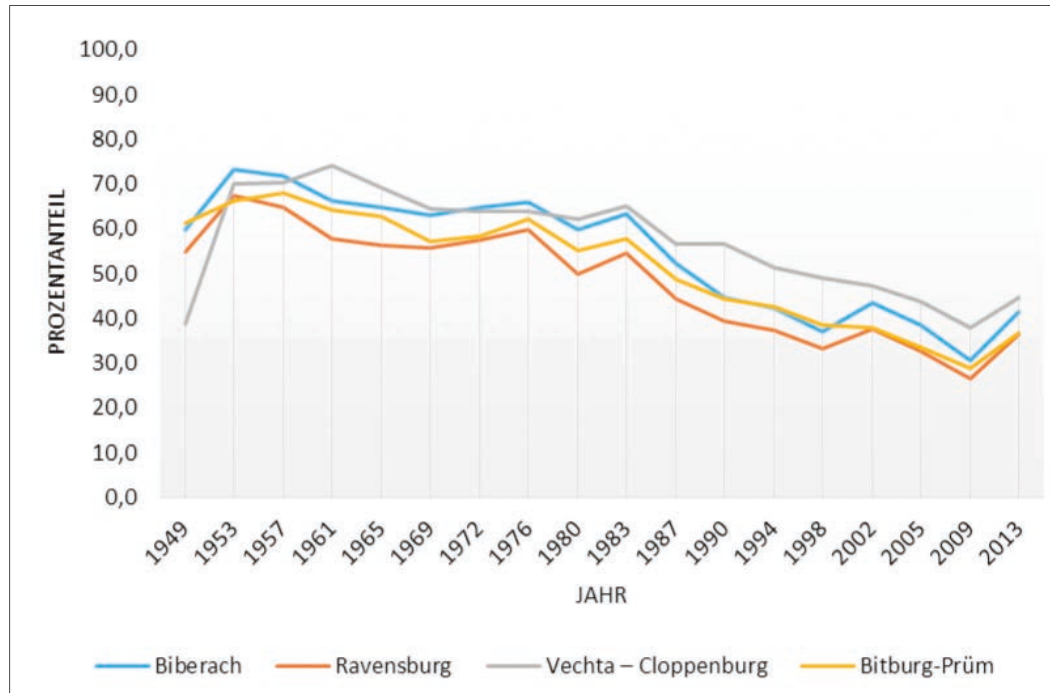
Der Prozess des Zerfalls der traditionellen Parteihochburgen lässt sich besonders gut am Beispiel einiger Wahlkreise nachzeichnen, in denen die CDU und die SPD vor dem Beginn ihres Abschwunges besonders gute Ergebnisse erzielt hatten. Für die CDU sind dies die Wahlkreise Biberach, Ravensburg, Cloppenburg-Vechta und Bitburg-Prüm, bei der SPD die Städte Dortmund, Gelsenkirchen und der Ennepe-Ruhr-Kreis. Die SPD verfügt in Baden-Württemberg über keine Hochburg, schneidet aber in Mann-

Tabelle 2: Zweitstimmenanteile von CDU/CSU und SPD in den Bundestagswahlkreisen der alten Bundesländer bezogen auf die Wahlberechtigten, 1953, 1983 und 2013.

		1953	1983	2013
CDU/CSU	weniger als 20%	5	0	8
	20 bis 29,99%	62	10	11
	30 bis 39,99%	80	93	124
	40 bis 49,99%	60	89	4
	50 bis 54,99%	14	29	0
	55 bis 59,99%	13	23	0
	60% bis 64,99%	4	3	0
	65% und mehr	4	1	0
SPD	weniger als 20%	85	12	119
	20 bis 29,99%	107	69	116
	30 bis 39,99%	49	114	2
	40 bis 49,99%	1	45	0
	50 bis 54,99%	0	8	0
	55 bis 59,99%	0	0	0
	60% bis 64,99%	0	0	0
	65% und mehr	0	0	0
Gesamt		242	248	237

Quelle: Eigene Analysen auf der Basis der Daten des Bundeswahlleiters.

Traditionelle CDU-Hochburgen



Traditionelle SPD-Hochburgen

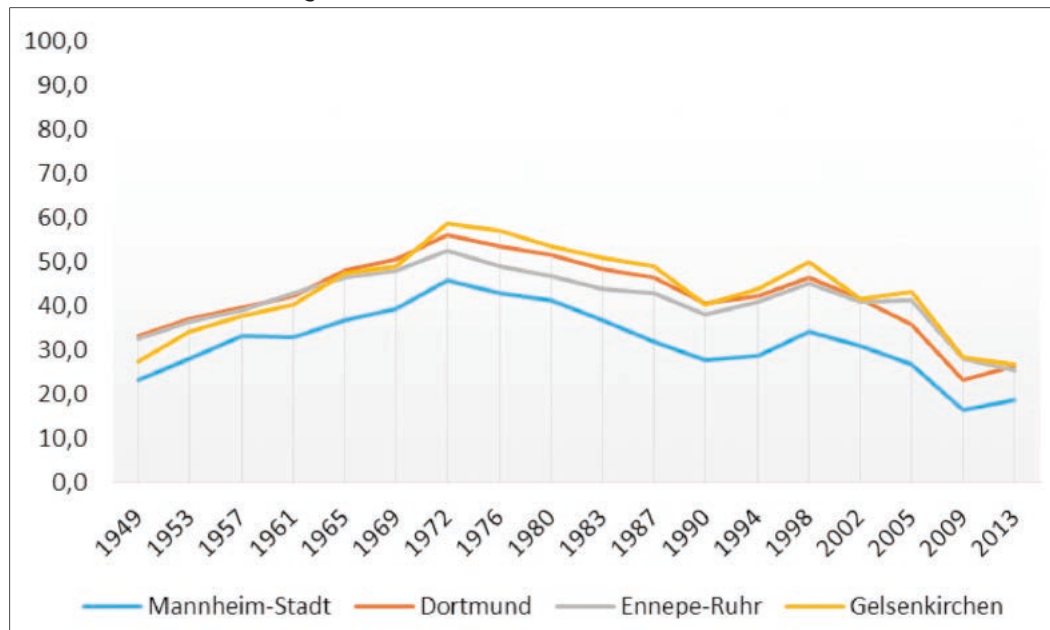


Abbildung 2: Entwicklung des Zweitstimmenanteils der CDU und der SPD in ausgewählten Wahlkreisen, 1949 bis 2013 (Angaben: Prozentanteil der Parteiwähler an den Wahlberechtigten).

Quelle: Eigene Analysen auf der Basis der Daten des Bundeswahlleiters.

heim in der Regel besser ab als im Landesdurchschnitt. Aus diesem Grund wird auf die Ergebnisse in der Stadt Mannheim zurückgegriffen.

Die Entwicklung der Stimmenanteile der CDU und der SPD weisen in den untersuchten politischen Einheiten eine erstaunliche Gleichförmigkeit auf (vgl. Abbildung 2). Außer im Wahlkreis Vechta-Cloppenburg, in dem die CDU bei der Bundestagswahl 1949 noch mit dem Zentrum um die Unterstützung durch das katholische Milieu konkurrierte, erreichte sie bis zur Bundestagswahl 1983 in allen vier Wahlkreisen einen sehr großen Teil ihrer Kernwählerschaft. Zwar lassen die Daten zwischen 1953 und 1983, insbesondere in den Wahlkreisen Bitburg-Prüm und Ravensburg, bereits leichte Erosionsprozesse des CDU-Milieus erkennen. Dennoch behauptete die CDU in den vier Wahlkreisen ihre Stellung als dominierende Partei. In sei-

nem ganzen Ausmaß schlägt sich der soziale Wandel seit 1983 im Wahlverhalten nieder. Seither verringerte sich der Anteil der CDU in allen vier ehemaligen Hochburgen in einem rasanten Tempo. Bei der Bundestagswahl 2009 erreichte dieser Prozess mit Ergebnissen von weniger als 30 (Bitburg-Prüm, Ravensburg) bzw. 40 Prozent (Biberach, Cloppenburg) seinen bisherigen Tiefpunkt. Abgesehen von einer zeitlichen Verzögerung im Wahlkreis Cloppenburg gelang es der CDU/CSU seit der Wiedervereinigung in ihren vormaligen Hochburgen nicht mehr, eine absolute Mehrheit der Stimmberechtigten an sich zu binden.

Die Einbrüche der SPD vollzogen sich unter ganz anderen Voraussetzungen als die der Union. Sie verfügte selbst in den 1950er und frühen 1960er Jahren auf der Wahlkreisebene nicht über Hochburgen und erzielte erstmals bei der Bundestagswahl 1969 in einer der vier hier untersuchten

Einheiten, nämlich in der Stadt Dortmund, mehr als die Hälfte der Stimmen der Wahlberechtigten. Zwischen 1969 und 1987 erreichte ihre Unterstützung durch die Wählerschaft ihren Höhepunkt, wobei sich die Entwicklung in den vier untersuchten Einheiten jeweils unterschiedlich darstellt. In Gelsenkirchen (1972 und 1976) und Dortmund (1972) erzielte die SPD kurzzeitig Ergebnisse, die jenen der CDU in ihren Hochburgen nahekommen. Allerdings waren diese Erfolge kurzfristiger Art. Noch deutlicher als bei der Union zeigt sich seit 1983 bei der SPD ein geradezu dramatischer Rückgang der Wählerunterstützung. Bei den Bundestagswahlen 2009 und 2013 votierten in Gelsenkirchen, Dortmund und im Ennepe-Ruhr-Kreis weniger als 30 Prozent der Stimmberechtigten für die SPD, in Mannheim lag dieser Anteil sogar unter 20 Prozent.

Die Entwicklung des Stimmenanteils der Volksparteien folgt somit keinem einheitlichen Muster. Nur bei der CDU/CSU lässt sich auf der Wahlkreisebene seit der Bundestagswahl 1953 ein Nachlassen der Bindekraft konstatieren. Die Zahl der Hochburgen der Partei nahm zwischen 1953 und 1983 ab, bis sie 2013 gänzlich von der politischen Landkarte verschwunden waren. In den ehemaligen Bastionen der Partei war der Anteil der Wahlberechtigten, die der CDU/CSU ihre Zweitstimme gaben, bei der Bundestagswahl 2009 nur noch halb so groß wie 60 Jahre zuvor.

Die Existenz von SPD-Hochburgen lässt sich auf der Wahlkreisebene nicht nachweisen, selbst absolute Mehrheiten der Wahlberechtigten erreichte die Partei nur in wenigen Wahlkreisen und in dem kurzen Zeitabschnitt zwischen 1969 und 1987. So wie die SPD zwischen 1949 und der Mitte der 1970er Jahre eine wachsende Unterstützung in der Wählerschaft fand, verliert sie seit 1983 deutlich an Bindekraft und konnte sich bei der letzten Bundestagswahl nur noch auf ein Fünftel der Wahlberechtigten stützen. Offenkundig ist das SPD-affine Milieu kleinteiliger strukturiert als das katholische Milieu. Deshalb erscheint es notwendig, mit Analysen der Auflösung des SPD-Milieus in einzelnen Gemeinden oder Stadtteilen anzusetzen, was im Rahmen dieses Beitrags jedoch nicht möglich ist.

Die beschriebenen Wählerverluste der Union und der SPD kamen allerdings nur teilweise durch reale, individuelle Änderungen der Parteipräferenzen oder durch Stimmenthaltungen zustande. Zu einem großen Teil sind sie durch den Generationenaustausch bedingt. In dessen Verlauf schieden wahlfreudige, den beiden Volksparteien nahestehende Altersgruppen aus der Wählerschaft aus und wurden durch Wählergruppen ersetzt, die sich nicht an Wahlen beteiligen bzw. ihre Stimme anderen Parteien als der CDU/CSU oder der SPD gaben. Zudem kann man die massiven Wählerverluste der Union und der SPD seit der Mitte der 1970er Jahre nicht ausschließlich auf das Schrumpfen der politischen Milieus zurückführen. Trotz des bereits einsetzenden Wandels der Sozialstruktur fanden beide Parteien zwischen der Gründung der Bundesrepublik und der Mitte der 1970er Jahre wachsenden Zuspruch in der Wählerschaft, und ihr seitheriger Abstieg wurde immer wieder durch kurzfristige gegenläufige Entwicklungen unterbrochen. Neben der sozialen Position von Menschen spielen politische Einstellungen, insbesondere die Parteiidentifikation sowie die Einstellungen zu politischen Sachfragen und den von den Parteien nominierten Kandidaten eine wichtige Rolle für das Zustandekommen von Parteibindungen. Außerdem zeigen neuere sozialpsychologische Analysen, dass Wählerinnen und Wähler auf Grund diver-

gierender Prozesse der Informationsverarbeitung selbst bei gleichen oder sehr ähnlichen politischen Stimuli zu unterschiedlichen Wahlentscheidungen gelangen können (vgl. ausführlich Gabriel/Keil 2012). Vor allem diese Einstellungen sind für die kurzfristigen Unterbrechungen des Negativtrends maßgeblich, dem die Union und die SPD spätestens seit 1983 ausgesetzt sind.

Zusammenfassung

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts spielen christlich-demokratische und sozialdemokratische Parteien im politischen Leben Deutschlands eine wichtige Rolle. Bis in die 1960er Jahre hinein repräsentierten sie den Typus der Weltanschauungspartei auf Klassen- und Konfessionsbasis. Seit ihrem Wandel zur Massenintegrationspartei verdanken die CDU/CSU und die SPD ihre Erfolge bei Parlamentswahlen nur noch zum Teil und in abnehmendem Maße ihrer Verankerung in ihren traditionellen sozialen Milieus. Kurzfristig veränderliche Faktoren wie die Zustimmung der Wählerinnen und Wähler zu den politischen Programmen und Leistungen sowie zum Führungspersonal der Parteien wurden für die Stimmabgabe der Wählerinnen und Wähler bedeutsamer. Auf Grund dieser Faktoren nahm der Stimmenanteil der Union und der SPD nicht in dem Maße ab, wie es der zahlenmäßige Rückgang der Arbeiterinnen, Arbeiter, Landwirte, Selbstständigen, Katholiken und regelmäßigen Kirchgänger erwarten ließe. Dies hat auch damit zu tun, dass die als Parteiidentifikation bezeichnete langfristige gefühlsmäßige Bindung der Wählerinnen und Wähler an eine Partei sich im Laufe der Zeit mehr und mehr von der Zugehörigkeit zu den traditionellen politischen Milieus ablöste. Aus den genannten Gründen setzte sich der Zerfall des katholischen Milieus und des Arbeitermilieus auf der Bundesebene mit einer deutlichen zeitlichen Verzögerung in Stimmenverluste der Union und der SPD um. In den Hochburgen der Union war dieser Prozess allerdings schon früher erkennbar.

Somit führten die Säkularisierung und der Wertewandel, der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und nicht zuletzt der Generationenaustausch sowie die Wiedervereinigung Deutschlands zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung, zum Entstehen neuer Parteien und zu einer zunehmenden Wechselhaftigkeit der Wählerschaft. Bislang treffen diese Veränderungen überraschenderweise die SPD stärker als die Union. Dies hängt damit zusammen, dass sich im linken Lager mit den Grünen und den Linken eine politische Konkurrenz zur SPD formierte. Die Abwanderung von der Union scheint sich demgegenüber bisher primär als Wechsel ins Lager der Nichtwähler vollzogen zu haben. Die rechts von der Union entstandenen extremistischen oder populistischen Splitterparteien konnten sich bisher auf der Bundesebene nicht durchsetzen, erzielten aber auf der Kommunal- und Landesebene häufiger spektakuläre Erfolge und dürften langfristig durch die weltweiten Migrationsprozesse Auftrieb erfahren.

Für die Politik in Deutschland bringen die Veränderungen des Parteiensystems teils positive und teils negative Begleiterscheinungen oder Folgen mit sich. Auf der Negativ-

seite ist zu verbuchen, dass die wachsende Neigung zur Stimmenthaltung bei Wahlen gleichbedeutend mit einem Verzicht vieler Menschen auf politische Einflussnahme ist. Die zunehmende Zersplitterung des Parteiensystems macht es schwieriger, stabile Regierungen zu bilden, die eine gemäßigte Politik betreiben und vom Wähler für ihr Handeln verantwortlich gemacht werden können. Seit dem Jahr 2005 mussten in Deutschland wegen der fehlenden Regierungsfähigkeit der Linkspartei und der eingeschränkten Koalitionswilligkeit von Grünen und FDP zwei Mal große Koalitionen gebildet werden. Diese sind zwar in der Wählerschaft populär und regieren nicht weniger effektiv als kleine, programmatisch homogenere Koalitionen, sie setzen aber zumindest zum Teil den demokratischen Wettbewerb zwischen einer starken Regierung und einer nahezu ebenso starken Opposition außer Kraft. Zudem veranlasst diese Situation des begrenzten Wettbewerbs einen Teil der Wählerinnen und Wähler dazu, nicht an Wahlen teilzunehmen oder für extremistische Parteien zu stimmen. Allerdings bringt das Schrumpfen der Volksparteien auch positive Effekte für das politische System mit sich. Anders als in der Zeit, in der die Zugehörigkeit zu bestimmten politischen Milieus der entscheidende Bestimmungsfaktor des Wahlverhaltens war und Wahlen zumindest zum Teil den Charakter der Auszählung der Stärke der vorhandenen politischen Milieus hatten, hat das Wählerverhalten – ebenso wie der Parteienwettbewerb – an Dynamik gewonnen. Programme, Leistungen, Kandidatinnen und Kandidaten sind für die Bildung von Parteipräferenzen wichtiger geworden als milieuspezifische Wahlnormen. Dies fördert den politischen Wandel und trägt dazu bei, die



Prof. Dr. Oscar W. Gabriel war von 1992 bis 2012 Inhaber des Lehrstuhls für Politische Systeme und Politische Soziologie an der Universität Stuttgart. Er leitet derzeit ein DFG-Projekt über die Bedeutung emotionaler Botschaften für die politische Urteilsbildung an der Universität Trier und ein Projekt des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) über die Einstellungen der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger zur Energiewende am Deutschen Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung Speyer.

Kontrolle der Regierten über die Regierenden zu effektivieren. Es ist demnach nicht ohne weiteres möglich, eine eindeutig positive oder negative Gesamtbilanz des Wandels von Wählerverhalten und Parteiensystem zu ziehen.

LITERATUR

- Abramson, Paul R. (2014): Value Change over a Third of a Century. The Evidence for General Replacement. In: Dalton, Russell J./Welzel, Christian (Hrsg.): *The Civic Culture Transformed. From Allegiant to Assertive Citizens*. New York, S. 19–34.
- Elff, Martin (2006): Politische Ideologien, soziale Konflikte und Wahlverhalten. Baden-Baden.
- Falter, Jürgen W. (1981): Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 2/1981 S. 236–263.
- Gabriel, Oscar W./Keil, Silke I. (2012): Theorien des Wählerverhaltens. In: Gabriel, Oscar W./Westle, Bettina (Hrsg.): *Wählerverhalten in der Demokratie*. Baden-Baden, S. 43–85.
- Hradil, Stefan (2008): Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel. In: Gabriel, Oscar W./Kropp, Sabine (Hrsg.): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. Wiesbaden, S. 89–123.
- Inglehart, Ronald/Welzel, Christian (2005): *Modernization, Cultural Change and Democracy. The Human Development Sequence*. Cambridge u. a.
- Kirchheimer, Otto (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 1/1965, S. 20–41.
- Klages, Helmut (1988): Wertedynamik. Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen. Osnabrück.
- Lepsius, M. Rainer (1973): Parteiensystem und Sozialstruktur: Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft. In: Ritter, Gerhard A. (Hrsg.): *Die deutschen Parteien vor 1919*. Köln, S. 56–80.
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments. In: Rokkan, Stein/Lipset, Seymour Martin (Hrsg.): *Party Systems and Voter Alignments*. New York, S. 1–64.
- Meulemann, Heiner (1996): Werte und Wertewandel. Zur Identität einer geteilten und wieder vereinten Nation. Weinheim/München.
- Müller, Walter/Klein, Markus (2012): Die Klassenbasis in der Parteipräferenz des deutschen Wählers. Erosion oder Wandel? In: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): *Wählen in Deutschland. Sonderheft 45 der Politischen Vierteljahresschrift*. Wiesbaden, S. 40–62.
- Pappi, Franz Urban (1977): Sozialstruktur, gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht. In: Kaase, Max (Hrsg.): *Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1976*. Opladen, S. 195–229.
- Rössel, Jörg (2013): Sozialstruktur. In: Mau, Steffen/Schöneck, Nadine (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. 3. Auflage, Band 2. Wiesbaden, S. 830–843.
- Rohe, Karl (1990): German Elections and Party Systems in Historical and Regional Perspective. In: Rohe, Karl (Hrsg.): *Elections, Parties and Political Traditions. Social Foundations of German Parties and Party Systems, 1867–1987*. Oxford, S. 1–25.
- Roßteutscher, Sigrid (2012): Die konfessionell-religiöse Konfliktlinie zwischen Säkularisierung und Mobilisierung. In: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): *Wählen in Deutschland. Sonderheft 45 der Politischen Vierteljahresschrift*. Wiesbaden, S. 111–133.
- Schäfers, Bernhard (2004): *Sozialstruktur und sozialer Wandel in Deutschland*. Stuttgart.
- Schoen, Harald (2014): Soziologische Ansätze in der empirischen Wahlforschung. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): *Handbuch Wahlforschung*. Wiesbaden, S. 135–185.
- van Deth, Jan W./Scarborough, Elinor (Hrsg.) (1995): *The Impact of Values. Beliefs in Government*. Band 4. Oxford.
- Voss, G. Günter/Wetzels, Martin (2013): Berufs- und Qualifikationsstruktur. In: Mau, Steffen/Schöneck, Nadine (Hrsg.): *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. 3. Auflage, Band 1. Wiesbaden, S. 80–96.

Politikberatung angesichts schwindender Stammwähler

Udo Zolleis

Obwohl externe Politikberatung durchaus einen Mehrwert zu bieten hat, setzen Parteien aus strukturellen Gründen auf interne Beratungsverfahren, die im Wahlkampf, in der Programmformulierung und in organisatorischen Fragen zum Tragen kommen. Udo Zolleis erörtert in seinem Beitrag die verschiedenen Ressourcen und Akteure dieses internen Beratungsprozesses. Interne Politikberatung erfolgt zunächst über die aktiven Mitglieder, deren Meinungen und Stimmungen in der Parteipolitik eine hohe Durchschlagskraft besitzen. Eine weitere wichtige Ressource der Politikberatung ist der Parteiapparat, auf dessen Expertise die Abgeordneten angewiesen sind. Einen gewichtigen Stellenwert im internen Beratungsprozess nimmt auch die Ministerialbürokratie ein, die sich um Fragen der Implementation des politischen Willens kümmert. Externe Politikberatung wird in der Regel dann herangezogen, wenn aufgrund von Reformstaus Sach- und Fachwissen und Impulse notwendig werden, um politische Lösungen effizient und rational zu gestalten. Die politische Umsetzung der Lösungsvorschläge wiederum ist alleinige Angelegenheit der politischen Klasse. Wissenschaftlich fundierte Politikberatung ist daher in ein Spannungsverhältnis verstrickt: Rational wissenschaftlichem Denken steht das Streben der Politik nach Strategien, nach Machterwerb und Machterhalt gegenüber. |

Warum Parteien heute auf interne Politikberatung setzen

„Er ist beratungsresistent!“ – Parteipolitiker und Parteipolitikerinnen werden in Zeitungen oftmals mit der Spezies des störrischen Esels verglichen. Verwundert reibt man sich dann die Augen, wenn man auf die ellenlangen Lobbyistenlisten blickt, die in Berlin und Brüssel ausliegen, die Rechenschaftsberichte parteinaher Stiftungen liest oder sich durch die Homepageseiten diverser Politikinstitute scrollt. Überall finden Interessierte Angebote praxisnaher Politikberatung. Politikberatung scheint in üppiger Fülle vorhanden zu sein. Genutzt wird sie dagegen nur selten. Hat die deutsche Parteiendemokratie etwas ein Nachfrageproblem in Sachen Politikberatung? Ich meine nein. Aufgrund struktureller Gründe sind Parteipolitiker und Parteipolitikerinnen mehr an interner Politikberatung interessiert, obwohl externe Beratung und Expertise in bestimmten Punkten durchaus einen enormen Mehrwert für ihre eigene Arbeit leisten könnte.

Anders als in den USA gibt es in Deutschland nicht den Berufszweig des Politikberaters. Vielmehr wird externe Politikberatung nur von Fall zu Fall und meistens weder kontinuierlich noch stringent von den Parteien nachgefragt. Die

Politikberatung für Parteien erfolgt meistens rein intern, d. h. durch lang gediente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und umfasst dabei alle Bereiche vom Wahlkampf, von der Programmformulierung über Organisationsfragen bis hin zur Pressearbeit. Nur die Personalrekrutierung bleibt ausschließlich in den Händen der gewählten Parteipolitikerinnen und Parteipolitiker bzw. der Parteibasis. Auch hierin unterscheidet sich Deutschland von den USA. Eine strukturierte Personalsuche, wie wir sie aus der Wirtschaft kennen, ist in der Politik gänzlich unbekannt. „Hochdienen“ heißt die Rekrutierungsmethode in der Parteipolitik. Quer- und Neueinsteiger sind davon meist recht schnell frustriert und beklagen die „gläsernen Decken“ und „unsichtbaren Wände“ in den Parteien. Diese werden aber oftmals gar nicht aus Missgunst hochgezogen. Vielmehr wird in Par-



Der klassische Wahlkreisabgeordnete ist „Bürgeranwalt“. Er ist Mittler zwischen Regierung und den Bürgerinnen und Bürgern. Hierbei sind Fleiß, Hartnäckigkeit, Liebe zum Detail und Kommunikationsfähigkeit mit oftmals ungeduldigen Bürgerinnen und Bürgern gefragt.

picture alliance/dpa

teien eine Eigenschaft mehr als alle anderen geschätzt: Man muss die Organisationslogik der betreffenden Partei genau zu kennen. Daran sind schon viele Quereinsteiger gescheitert. Und diese Kenntnis wird auch von den Politikberaterinnen und Politikberatern erwartet. Die Partei und deren Strukturen sind die entscheidende Machtgrundlage. Kein Regierungschef, keine Parlamentarierin und kein Parlamentarier und letztlich auch kein Politikberater können langfristig reüssieren, wenn sie auf Ablehnung innerhalb der eigenen Partei stoßen. Dann stößt jede Idee, jedes Vorhaben ins Leere.

Politik und ganz besonders Parteipolitik ist in erster Linie kein intellektuelles, sondern ein soziales Geschäft. Ein Politikberater muss zwar keine „Küngelmaschine“ sein, er muss aber wissen, wie er mit innerparteilichen Befindlichkeiten umgehen soll, wo mögliche Fallstricke liegen und wie eine Partei für eine bestimmte Politik gewonnen werden kann. „Recht haben“ ist eben nicht die entscheidende Währung in der Parteipolitik, sondern „Recht bekommen“. Bei fehlendem Verständnis für innerparteiliche Befindlichkeiten, Diskussionskulturen oder für Restriktionen der Politikimplementierung führen oftmals gute Beratungssätze ins Leere. Die Schwierigkeit der heutigen Politikberatung liegt darin, dass viele externe Politikberater es geradezu als Auszeichnung ansehen, nicht aus der „Parteimaschinerie“ zu kommen. Dies war zu Theodor Eschenburgs Zeiten, d. h. in der Nachkriegszeit, anders. Damals waren die Beziehungsgeflechte weitaus enger und der Mut auch der wissenschaftlichen Politikberatung, Partei zu bekennen, stärker ausgeprägt. Die wachsende Entfernung der Politikberatung von den Parteien und die gleichzeitige organisatorische Bedeutung der Parteien und ihrer Mitglieder für Machtgewinn und Machterhalt in der parlamentarischen Demokratie erschweren das Beziehungsgeflecht zwischen externer und interner Politikberatung.

Die Innenfixierung folgt einer strukturellen Logik

Diese Innenfixierung folgt einer strukturellen Logik: Die heutigen Parteien sind Parlamentsparteien. Nur in Parlamenten vertretene Parteien werden von der Öffentlichkeit als relevant anerkannt. Die Eintrittshürden in diese politischen Clubs sind – abgesehen von der derzeitig etwas skurrilen Bundesverfassungsgerichtsentscheidung zum Europäischen Parlament – hoch. Aufstrebenden, neuen Parteien fällt es erkenntlich schwer, sich in Land- und Bundestagen langfristig zu etablieren.

Anders als die Parteien in den USA sind europäische Parteien gruppen- und nicht personenbezogen. Parteien in Präsidialsystemen sind im Gegensatz zu Parteien in parlamentarischen Demokratien organisatorisch nicht allein auf eine Person fixiert. Sie bieten ihre Leistungen (z. B. im Wahlkampf) einer gesamten Gruppe und zwar den gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern an. Damit stehen aber auch die Gruppenwünsche und der Gruppenprozess viel stärker im organisatorischen Fokus. Die deutschen Parteien sind anders als ihre US-amerikanische Pendants keine reinen „Wahlkampfmaschinen“, die für jeden Wahlkampf neues Beratungspersonal rekrutieren, sondern bevorzugen einen langfristig beschäftigten Apparat. Sie sind zwischen den Wahlen viel stärker gefordert, indem sie das gesellschaftliche Vorfeld bearbeiten und sich um ihre Mitglieder kümmern müssen. Die lebendige Parteiorgani-

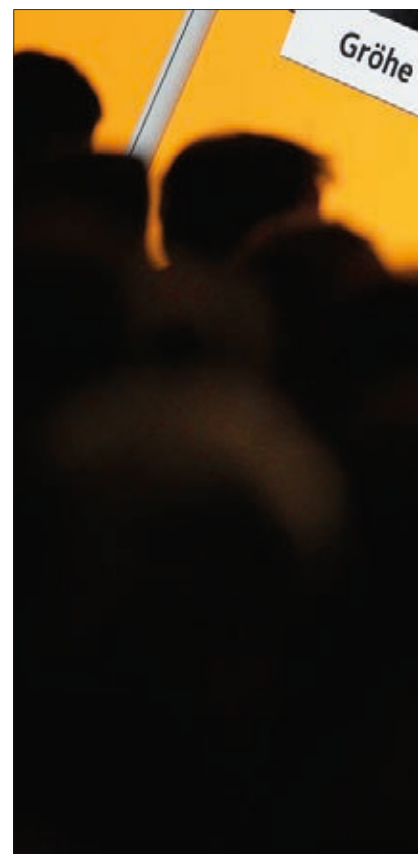
sation steht im Vordergrund ihrer Arbeit. Deutsche Parteien sind weniger wahlkampf-, dafür mehr organisationsgetrieben.

In den in Parlamenten etablierten Parteien werden nahezu alle wichtigen Ämter von Abgeordneten wahrgenommen. Gerade auch bei den Grünen ist der Hang, ein Mandat zu erlangen, hoch. Parteiübergreifend sichert ein Parlaments-sitz eine gewisse finanzielle wie auch bürotechnische Ausstattung und bildet somit einen wichtigen Grundstock für die eigene Parteikarriere. Selbst vormalige Quereinsteiger sichern sich durch ein Parlamentsmandat ab. Natürlich unterscheiden sich die heutigen Parlamentsparteien enorm von den klassischen Honoratiorenparteien. Während die Honoratioren in den Parlamenten der Kaiserzeit sich selten in ihren Wahlkreisen blicken ließen, sind heutige Abgeordnete fest in ihrem Wahlkreis verwurzelt und damit eng mit der örtlichen Parteiorganisation verwoben. Sie agieren nicht im luftleeren Raum, sondern sind der Parteibasis gegenüber rechenschaftspflichtig, auch wenn sie aufgrund des freien Mandats keinen direkten Weisungen unterliegen. Die moderne Parlamentsdemokratie ist von der Parteiendemokratie nicht zu trennen.

Die Parteibasis – und dies gilt vor allem für die Volksparteien CDU, SPD und CSU – hat ein exklusives Recht: Sie entscheidet über die Direktkandidaten bzw. Direktkandidatinnen und damit de facto über das politische Personal. Selbst in Wahlkreisen, die nicht zu den Hochburgen der jeweiligen Partei gehören, ist ein Direktmandat für den langfristigen Verbleib im Parlament entscheidend. Ohne eine Direktkandidatur ist es, falls die Liste wirklich wichtig wird, meist schwer, sich langfristig einen guten Platz auf der Liste zu sichern. Direktkandidaten sind nun einmal die „Premiumkandidaten“ einer Partei. Aus diesen Kandidatinnen und Kandidaten speist sich die große Mehrheit der Parlamentsabgeordneten. Sie machen das Personalreser-

Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer CDU-Regional-konferenz in Halle (Saale). Hier trifft sie die ostdeutsche Parteibasis. Meinungen und Stimmungen der aktiven Parteimitglieder vor Ort haben eine hohe Durchschlagskraft in der Parteipolitik. Die Offenherzigkeit der Parteimitglieder ist für Politikerinnen und Politiker ein Gradmesser, inwieweit die von ihnen verfolgte Politik bei der Wählerschaft auf Akzeptanz stößt.

picture alliance/dpa



voir der politischen Klasse in der Parteiendemokratie aus. Bei deutschen Parteien hat die Parteiorganisation – so ein erstes Fazit – eine große Bedeutung. Folglich ist sie der Ausgangspunkt aller Politikberatung, weil sie für die politische Klasse die Grundlage der Politikbewertung ist.

Mitglieder, Mitarbeiter, Ministeriale – wer berät heute Parteien?

Gerade weil die Parteien eine so hohe Relevanz besitzen, suchen Parteipolitiker Rat von Menschen, die die Organisationslogik der Partei kennen und verstehen. Daher setzen sie zunächst auf interne Beratung. Ausschlaggebend ist weniger der Besitz des Parteibuchs, als vielmehr das Verständnis der Organisationen, in denen ein Abgeordneter tätig ist. Dies sind neben der Parteiorganisation die Parlamente und die Ministerien und vor allem das Zusammenspiel dieser drei Organisationsbereiche.

Politikberatung erfolgt zunächst über die Parteibasis

Politikberatung in der Parteiorganisation erfolgt über die Mitglieder und über den Parteiapparat. Daher sind für die interne Politikberatung zunächst einmal die Parteimitglieder wichtig. Sie sind zumeist meinungsstark und stehen in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu den Mandatsträgern. Ihre Expertise liegt weniger im Sachverstand, sondern in ihrer Offenheit. Sie teilen den Abgeordneten meist recht deutlich ihre Empfindungen zur derzeitigen politischen Lage mit, egal ob sie ihm „schmeckt“ oder nicht. Ihre Offenherzigkeit ist für die betroffenen Politikerinnen und Politiker ein wichtiger Gradmesser, inwieweit die verfolgte Politik bei der Wählerschaft auf Akzeptanz stößt. Nicht ohne Grund sind gerade die Fraktionssitzungen nach den so genannten „Wahlkreiswochen“, wenn Abgeordnete wieder

aus ihren Wahlkreisen zurückkehren, bei den jeweiligen Parteiführungen gefürchtet, werden sie doch in schwierigen Lagen rasch zu Resonanzböden aufgetauter Stimmungen an der Basis und können dabei eine enorme Sprengkraft entwickeln. Der politischen Spitze in Fraktion und Regierung werden die Stimmungen der Parteimitglieder, die vorrangig an den Wahlkreisveranstaltungen teilnehmen, eins zu eins und ungeschönt mitgeteilt. Weniger aufgrund ihrer empirischen Belastbarkeit als vielmehr aufgrund der emotionalen Wucht des direkt Erlebten werden die Eindrücke seitens der politischen Klasse als Gradmesser der politischen Stimmung in der Bevölkerung wahrgenommen.

Die Gefühlslage an der Parteibasis besitzt somit bei den heutigen Parlamentsparteien eine hohe Durchschlagskraft. Dabei besteht diese sich artikulierende Basis allein aus den aktiven Parteimitgliedern. Passive Mitglieder gehen nicht zu den Parteiveranstaltungen, d. h. die aktiven bilden gegenüber den passiven Parteimitgliedern eine deutliche Minderheit. Die Parteienforschung schätzt, dass ihr Anteil zehn bis höchstens 20 Prozent der Parteimitglieder ausmacht. Parlamentsmitglieder werden in diesem Stimmungstest nur von einer Minderheit ihrer eigenen Anhängerschaft beraten. Zudem weisen deutsche Parteien generell einen nicht gerade hohen Organisationsgrad auf. Nur ungefähr zwei Prozent aller Wahlberechtigten organisiert sich heute in Parteien. Im Vergleich zur FDP oder den Grünen haben CSU, CDU und SPD eine stärkere Organisationsdichte zwischen Parteimitgliedschaft und Wählerschaft. Verstärkt wird diese selektive Wahrnehmung durch die Schwierigkeit der Parteien, über die Parteimitglieder den Querschnitt ihrer Wählerschaft abzubilden. Parteimitgliederstudien der Universitäten Hannover und Düsseldorf ergaben, dass dies außer der CSU keiner Partei exakt gelingen würde. Stattdessen würden die Mitglieder eher etwas stärker zu den Rändern tendieren als dies im Durchschnitt ihrer Wählerschaft der Fall sei. Damit haben die Parteien das Problem, dass sie mit Ratschlägen konfrontiert werden, die sie zwar ernst nehmen müssen, die aber nur bedingt eins zu eins für den „Wählermarkt“ in sinnvoller Weise umsetzbar sind.

Gleichzeitig ist dieser Stimmungstest der Parteibasis eine Momentaufnahme. Zwar haben Parteimitglieder ein überdurchschnittlich hohes Interesse an Politik und folglich auch Kenntnisse, aber ihr Wissen ist oftmals eben auch „angelesen“. Das heißt, sie fungieren zwar als Transmissionsriemen der öffentlichen Meinung, die Frage ist nur, woher diese öffentliche Meinung kommt. Deshalb ist die Frage, woher die Mitglieder ihre Meinungen haben, nicht irrelevant. Stammen sie von Gesprächen im Nahumfeld – beispielsweise von Arbeitskollegen, aus der Nachbarschaft, aus der Familie – oder ist es angelesenes Zeitungswissen? Bei letzterem würde sich der vermeintliche direkte Kontakt mit der Lebenswirklichkeit als reiner Schein entpuppen. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die zitierten Parteienstudien, aber auch Mitgliederstudien der Konrad-Adenauer-Stiftung wie auch die Mitgliederkarteien in den Parteizentralen zeigen, dass die Parteimitglieder aufgrund ihrer Berufs- und Altersstruktur durchaus im Leben stehen, aber sie zeigen auch, dass ihre sozio-strukturelle Vielfalt



abnimmt. Die Parteimitglieder werden älter, orientieren sich am Angestelltenmilieu und sind in aller Regel gut gebildet. Jüngere Wähler, weniger Gebildete und freie Unternehmer sind in Parteien in zunehmendem Maße nicht mehr angemessen vertreten. Damit wird es immer schwieriger, eine tragfähige Verbindung zwischen der Partei und der gesamten Breite der Wählerschaft herzustellen. Die Beratungsleistung der Mitglieder sinkt, aber nicht ihre Vehemenz und Relevanz für den Politikalltag. Dies auszugleichen wird für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zunehmend schwierig. Gerade dafür könnten sie externe Beratung „einkaufen“. Denn im Vergleich zu den USA, aber auch zu Frankreich oder Großbritannien ist die empirische Meinungsforschung von den Parteien hierzulande eher weniger nachgefragt.

Der Mitarbeiterstab als Ressource der Politikberatung

Der Mitarbeiterstab im Parteiapparat als zweite Ressource der Politikberatung innerhalb der eigenen Parteiorganisation ist weniger ein Stimmungsbarometer als vielmehr eine Kommunikations-, Organisations- und Programmstütze. Die Mitgliedsbasis hat selten neue Themen identifiziert und fertige programmatische Antworten entwickelt. Dies war oftmals das Primat des Funktionärsapparates. Dabei ist die Aufgabenverteilung zwischen Organisations- und Programmarbeit fließend. Das aktuelle Regierungsgeschehen und die Tagespolitik werden weniger durch den Parteiapparat, sondern vielmehr durch den Regierungs- und Fraktionsapparat bestimmt. Der Parteiapparat versucht eher, die Parteivorfeldorganisationen zu organisieren und aus dieser Arbeit Themen zu identifizieren. Die Parteimitarbeiterinnen und -mitarbeiter kümmern sich hauptsächlich um die Verbindungslinien zwischen Partei und Gesellschaft und speisen daraus ihre politischen Impulse. Zudem erstellen sie Wahl- und Grundsatzprogramme, also das programmatische Rüstzeug für die politische Auseinandersetzung und für die eigene inhaltliche Selbstvergewisserung. Entscheidend ist der Parteiapparat auch bei der Wahlkampfführung und bei der strategischen Wahlausrichtung. Gleiches gilt für die politische Kommunikation. Werbeagenturen unterstützen die bundesrepublikanischen Wahlkämpfe, führen sie aber nicht. Die Wahlkampfleitung hat der Parteiapparat inne. Dies garantiert in der Wahlkampfführung Kontinuität und Erfahrung (und erhöht zudem das institutionelle Wissen). Der Nachteil besteht darin, dass innovative Impulse externer Dienstleister zwar gesetzt werden können, diese jedoch nur dem Parteiapparat zuarbeiten. Innovative Wahlkampfrevolutionen, wie die Kampagnen von Bill Clinton oder Barack Obama bleiben in Deutschland daher eher aus. Gerade bei Innovationen in der politischen Kommunikation könnte externe Politikberatung wichtige Impulse setzen.

Der Einfluss der Abgeordneten

Neben dem Parteiapparat ist für die interne politische Beratung der Abgeordnetenapparat äußerst einflussreich. Für seine Rekrutierung haben seit den 1960er Jahren die Nachwuchsorganisationen der Parteien eine wichtige Rolle gespielt. Sie sind nicht nur ein entscheidendes Personalreservoir für den Nachwuchs der Parlamentarier, sondern auch deren persönlicher Mitarbeiterstab geworden. Leider gibt es kaum Studien über die Rolle und Rekrutierungswege von Fraktions- und Abgeordnetenmitarbeitern. Bei näherer Betrachtung fällt aber auf, dass die Mitarbei-



Altbundespräsident Roman Herzog übergibt am 30.9.2003 in Berlin die Vorschläge der so genannten Herzog-Kommission zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Parallel zu einem internen Expertenkreis, der in einem Ministerium angesiedelt war, erarbeitete seinerzeit eine externe Expertengruppe ein Lösungskonzept für den attestierten Reformstau.

picture alliance/dpa

terinnen und Mitarbeiter – wenn sie nicht aus einer klassischen Beamtenkarriere kommend im Parlament eine Zwischenstation einschlagen, um das politische Handwerk zu erlernen – aus den Jugendorganisationen der Parteien rekrutiert werden. Dabei spielt weniger Parteiklüngel eine Rolle, als vielmehr die persönliche Einschätzung, die sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aufgrund der Arbeitsleistung der Aspiranten bilden. Im transatlantischen Vergleich ist die personelle Ausstattung von Abgeordnetenbüros eher dürftig. Die bzw. der betreffende Abgeordnete hat aufgrund der geringen Stellensituation durchaus die Qual der Wahl, aus wenigen Bewerbungswilligen auswählen zu müssen. Folglich haben die Abgeordneten die Arbeit der Aspirantinnen und Aspiranten meist vor der Einstellung kennen und schätzen gelernt. Zudem kennen die jeweiligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht nur die Situation in der Partei, sondern können sich rasch auf die Notwendigkeiten der Wahlkreisarbeit einstellen. Wahlkreisarbeit besteht vornehmlich im Beantworten von Bürgeranliegen, im Verfolgen von Wahlkreisinteressen und der Organisation des täglichen Abgeordnetenengeschäfts.

Der klassische Wahlkreisabgeordnete ist „Bürgeranwalt“. Er ist Mittler zwischen Regierung und den Bürgerinnen und Bürgern. Dafür braucht er Beratung und vor allem Zuarbeit. Für diese Arbeit ist weniger die „Performance“ auf dem Schachbrett der politischen Strategie ausschlaggebend. Vielmehr sind Fleiß, Hartnäckigkeit, Liebe zum Detail und Kommunikationsfähigkeit mit oftmals ungeduldigen Bürge-



rinnen und Bürgern gefragt. Diese Fähigkeiten kann man studieren, vollumfänglich lernt sie aber niemand an den Universitäten. Da die Mehrheit der Abgeordneten weder einem Kabinett noch der Fraktionsspitze angehört, finden sich die allermeisten Abgeordneten in eben diesem Arbeitsalltag wieder. Sie benötigen daher Zuarbeiter, die sich im politischen Alltagsgeschäft gut auskennen, da ihre „Performance“ nicht nur, aber zuallererst im Wahlkreis bewertet wird. In diesem Punkt sind sie Spezialisten und Generalisten zugleich. Spezialisten, weil sie die Bedürfnisse, Ansprechpartner und Anliegen des Wahlkreises wie auch die Abläufe in der Regierung hervorragend kennen müssen. Generalisten, weil sie die gesamte Bandbreite der Fragen und Inhalte, die ihren Wahlkreis interessieren, abdecken müssen. Das Fachwissen in der Ausschussarbeit kommt erst an zweiter Stelle. In erster Linie sind sie vor allem Generalisten: Sie müssen sich in den wichtigen Politikfeldern des Wahlkreises einigermaßen auskennen, um vor Ort sprechfähig zu sein und im Parlament wissen zu können, an welchen Drehschrauben erfolgreich für die Anliegen des Wahlkreises angesetzt muss.

Für die tägliche Arbeit in den Ausschüssen und Fraktionsarbeitskreisen benötigen die Abgeordneten Zuarbeit aus ihren Abgeordnetenbüros, vor allem aber aus der Fraktionsgeschäftsstelle. Diese Sacharbeit ist meist nicht auf den Wahlkreis bezogen, sondern fachbezogen. Sie soll das Regierungshandeln begleiten, kontrollieren und vorantreiben. Viele Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter müssen daher weniger die Wahlkreisanliegen der Abgeordneten im Blick haben, sondern verstehen, warum und wie die Regierung und ihre Verwaltung agieren. Sie sind „Exekutivversther“ und kommen zumeist aus der Ministerialverwaltung. Sie beraten Politiker, wie sie mit Regierungsentwürfen umgehen können, wo mögliche Schwächen liegen und welche Ergänzungen sinnvoll sein können. Dabei kann es weniger um objektiv Richtiges gehen, sondern um

das Aufzeigen möglicher Handlungsalternativen, für die sich die demokratisch legitimierten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger entscheiden können. Die Beratungsleistung dieser Expertinnen und Experten besteht darin, den Handlungsrahmen zu erweitern und zu strukturieren. Deshalb darf gute Fachberatung nicht einseitig ausfallen. Beraterinnen und Berater müssen für das fachlich Mögliche sensibilisieren. Im „programmatischen Maschinenraum“ der Parteien kommt ihrer Beratungsleistung eine wichtige Aufgabe zu: Sie erledigen das programmatische Tagesgeschäft, indem sie die programmatischen Ziele und Anliegen einer Partei ins operationell Mögliche übersetzen. Das Machbare, weniger das politisch Wünschbare steht im Zentrum ihrer Arbeit. Die Stärke dieser internen Beratung liegt folglich im detaillierten Fachwissen und weniger in der kreativen Konzeptionsarbeit. Hier könnte eine externe Politikberatung ansetzen.

Politikberatung durch die Ministerialbürokratie

Die gleichen Stärken wie die Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter hat die Ministerialbürokratie. Eine gute Ministerbürokratie zeichnet sich durch die Implementierungsfähigkeit des politischen Willens aus, weniger dadurch, diesen Willen zu erarbeiten. Gute Ministerialbeamtinnen und -beamte beraten ihre Hausspitze und flüstern ihr nichts ein. Bei Ministerialbeamten steht im Vergleich zu Fraktionsmitarbeitern noch mehr die Detail- und Implementierungsarbeit im Vordergrund. Entscheidend ist, dass politische Wünsche implementierungsfähig sind, d. h. dass die gewünschten politischen Ergebnisse auch erreicht werden. „Liefen möglich machen“ steht im Zentrum ihrer Arbeit. Jedoch müssen sie sich – falls sie dem politischen Führungsanspruch ihrer Hausspitze gerecht werden wollen – nicht nur „führen“ lassen. Sie müssen gleichzeitig neue Ideen entwickeln. Regierungsmitglieder, die Erfolg wollen, arbeiten nicht nur stoisch Wahlprogramme ab, sondern setzen Akzente und bringen neue Initiativen voran. Erfolgreiche Regierungsmitglieder beherrschen in ihrem Politikfeld souverän die Agenda. Tun sie dies nicht, werden sie schnell zu Getriebenen von Partikularinteressen. Ein Ministerium muss nicht nur Ausführungsorgan politischer Willensäußerungen sein, sondern auch Vorschläge für diesen Willen produzieren. Verwalten ist nur eine Seite des Regierens. Ministerien müssen deshalb auch konzeptionelle Arbeit erledigen. Da dies nicht unbedingt ein Ausbildungsschwerpunkt von Verwaltungsbeamten ist, gute Konzeptionsarbeit aber Fachwissen aus unterschiedlichen Disziplinen erfordert, kann hier externe Politikberatung wichtige Akzente setzen.

Wofür Parteien externe Politikberatung brauchen

Die deutsche Parteiendemokratie vertraut in ihrem laufenden Betrieb auf interne Politikberatung. Sie hat dafür eigene Apparate aufgebaut, die vor allem die Vorbereitung und Durchführung wichtiger Entscheidungen steuern. Anders als in den USA, in denen externe Beratung Teilbereiche der Politik steuert, setzt die externe Politikberatung in Deutschland lediglich Impulse. Dies findet bei größeren

Reformprojekten, die von Kommissionen begleitet werden (z. B. die Rürup-Kommission, die Herzog- oder auch die Hartz-Kommission), statt. Allen drei Reformkommissionen war eigen, dass die Politik zunächst eine Reformnotwendigkeit festgestellt hatte. Parallel zu einem internen Expertenkreis, der in einem Ministerium angesiedelt war, erarbeitete seinerzeit jeweils eine externe Expertengruppe ein Lösungskonzept für den attestierten Reformstau. Ziel der externen Expertise sollte die höhere Legitimation der Fachexpertise sein. Damit sollte bewusst der öffentliche Druck auf politische Mitentscheidungsträger erhöht werden, damit diese den vorgeschlagenen Weg mitgehen. Beraterinnen und Berater wurden so gleichfalls zu politischen Akteuren, die jedoch nur abgeleitete Autorität besaßen. Zum einen eine persönliche aufgrund ihrer (wissenschaftlichen) Leistung und Expertise, zum anderen aufgrund des erteilten Arbeitsauftrags einer politischen Autorität (z. B. eines Kanzlers oder einer Parteivorsitzenden). Eine höhere politische Legitimation als die gewählten politischen Repräsentanten hatten sie jedoch nie. Die externe Beratung konnte zwar den Entwurf erarbeiten, politisch durchsetzen mussten ihn aber andere. Hier kommt die Beratung an Grenzen, da externe Beraterinnen und Berater den gesamten Politikformulierungs- und Politikimplementierungsprozess nicht steuern können und keine „Nebengesetzgeber“ sind.

Externe Politikberatung kann den klassischen Politikformulierungsprozess in einer Parteiendemokratie nicht ersetzen. Die Expertise für das Gemeinwohl gibt es nicht. Sie kann erst durch einen Aushandlungsprozess näherungsweise erreicht werden. Dafür sind jedoch ein demokratischer Aushandlungsprozess und kein „Glasperlenspiel“, wie fein destilliert es auch sein mag, möglich. Externe Expertisen können den Referentenentwurf, aber nicht den politischen Abstimmungsprozess selbst ersetzen. Letzterer sorgt erst in der Demokratie nicht nur für Legitimität, sondern auch für öffentliche Legitimation. Externe Politikberatung kann folglich Politik nicht gestalten, aber anschieben. Letztlich ist die externe Politikberatung – im programmatischen Sinne – ein Akteur unter vielen und kein oberster

Schiedsrichter. Dies bleibt dem Volk bzw. seinen Repräsentanten vorbehalten.

Externe Politikberaterinnen und -berater sind keine besseren Politiker. Deshalb sollte die Politik von Politikberatung nicht erwarten, politisch das zu leisten, wozu sie selbst nicht in der Lage ist. Gerade die nichtpolitische Expertise ist das, was von externer Politikberatung abgefragt werden sollte. Beispielsweise kann die Politik durchaus – wie oben beschrieben – Instrumente der Meinungsforschung einsetzen, um die persönlichen Eindrücke im Wahlkreis auf ihre Gesamt- oder Teilrepräsentativität zu überprüfen. Die politische Strategie hingegen müssen die Politiker treffen. Politikberatung darf nicht zur Flucht aus der politischen Verantwortung führen. Dies gilt auch für Wahlkämpfe. Kommunikations- und Werbeagentur setzen hilfreiche Impulse für neue Kommunikationswege, Kommunikationsmittel und Botschaften. Sie können aber die Politik – sowohl bezüglich ihrer Inhalte wie auch bezüglich des Vermittlungsprozesses – nicht vollständig abdecken. Externe Politikberater bleiben Spezialisten für bestimmte Sachfragen, die entweder bestimmtes Fachwissen oder eine Expertise aus politikfernen Bereichen notwendig erscheinen lassen. Wenn Politik und Verwaltung z. B. vor einer einschneidenden Organisationsreform stehen, können Unternehmensberatungen, die ähnliches in anderen Ländern oder anderen Bereichen bereits erfolgreich begleitet haben, hilfreichen Rat erteilen. Die Transferleistungen aber, d. h. ob die Beratung passgenau ist oder nicht, muss von der Politik überprüft werden, da der Berater zwar Experte in anderen, durchaus verwandten Bereichen ist, aber eben nicht die gleiche Expertise im gleichen Umfang wie eine Politikerin bzw. ein Politiker besitzt.

Externe Politikberatung wird umso wichtiger sein, je höher ihre fachliche Qualität wie auch ihre politische Verständlichkeit ist. Mit beiden erhöht sie die Akzeptanz im politischen Bereich, da sie die Erfolgchancen wie auch die Übertragbarkeit des Rats erhöht und damit die politischen Transferkosten senkt. Neben wichtigen Impulsen und Ratschlägen bei ungewöhnlichen Aufgaben übt die externe Politikberatung einen weiteren wichtigen Einfluss aus: Sie kann zwar keine letzten Sicherheiten schaffen, aber Unsicherheiten minimieren, da sie zusätzliches Wissen in den Politikprozess einspeist und damit Möglichkeiten der Überprüfung in wichtigen Stufen des politischen Entscheidungsprozesses liefern kann. Diese Überprüfung ist in einer modernen Demokratie, beispielsweise bei Expertenanhörungen zu Gesetzesvorhaben im parlamentarischen Beratungsprozess, oftmals institutionell fest verankert. Sie stellt nicht nur Überlegungen für Folgeabschätzungen politischer Maßnahmen, sondern auch zu möglichen Handlungsalternativen zur Verfügung. Gleichzeitig zwingt sie die Regierung und die parlamentarischen Parteien, sich mit ihren Bedenken und Vorschlägen auseinandersetzen. So ist es letztlich auch eine Aufgabe der externen Politikberatung, politische Diskussionen anzustoßen.

Interne wie externe Politikberatung sind in der modernen Parteiendemokratie unerlässlich. Deren Expertisen müssen aber für die politische Klasse verwendbar sein: Denn sie ist der Adressat der Politikberatung und steht damit im Zentrum des politischen Handelns. Ihre Betrachtungsweise, Handlungszwänge und Politiklogiken muss der interne wie externe Berater bedenken. Berater sind keine besseren Politiker. Ihr Ratschlag kann aber zu einer besseren Politik führen.

UNSER AUTOR



Prof. Dr. Udo Zolleis hat Politikwissenschaft, Geschichte und Germanistik in München, Perugia und London studiert. Er promovierte an der Universität Tübingen. Seit 2011 ist er dort Honorarprofessor für Politikwissenschaft. Nach verschiedenen Tätigkeiten im Bereich der politischen Grundsatzarbeit und des politischen Managements (u. a. im Staatsministerium Baden-Württemberg und für die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag) arbeitet er derzeit im Kabinett des Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Befindet sich die repräsentative Demokratie in einer Krise?

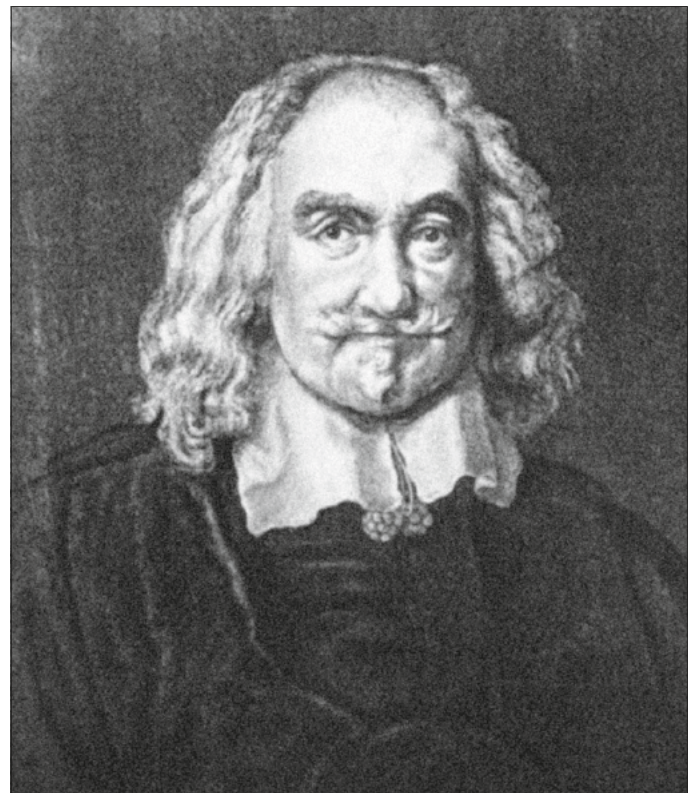
Oliver Eberl, David Salomon

Politische Repräsentation ist nicht nur eine institutionelle, sondern auch eine soziale Frage. Deshalb erweist sich die Entgegensetzung von direkter und repräsentativer Demokratie in modernen Gesellschaften als ein Schattengefecht – so Oliver Eberl und David Salomon. Entscheidender ist vielmehr die Frage, welche sozialen Gruppen in den Organen der Repräsentation vertreten werden und in welchem Zusammenhang Partikularinteressen und Gemeinwohl stehen. Postdemokratische Diagnosen konstatieren eine in formaler Hinsicht intakte repräsentative Demokratie, in der wichtige Entscheidungen jedoch von Wirtschafts- und Politikeliten getroffen werden. Entgegen dem Anspruch repräsentativer Organe, divergierende gesellschaftliche Interessen angemessen zu vertreten, zeigt sich in postdemokratischen Systemen der Trend hin zu einer neuen sozialen Ungleichheit. Mehr noch: Soziale Ungleichheit übersetzt sich in politische Ungleichheit. Indem sozial und wirtschaftlich abgehängte Teile der Bevölkerung auf die Beteiligung bei Wahlen verzichten, wird deren angemessene politische Repräsentation zur Disposition gestellt. ■

Direkte und repräsentative Demokratie

Für gewöhnlich wird eine Demokratie repräsentativ genannt, wenn sie die Entscheidungsfindung, also die Gesetzgebung, gewählten Delegierten in gesetzgebenden Körperschaften (etwa nationalen Parlamenten) überträgt. Durch dieses Stellvertreterprinzip steht die repräsentative Demokratie im Gegensatz zum alten – von der griechischen Antike her übernommenen – demokratietheoretischen Ideal einer direkten Demokratie, in dem der *demos*, in der heute üblichen Terminologie also die Bürgerinnen und Bürger, selbst in einer gesetzgebenden Versammlung in direkter Abstimmung nach einem alle Abstimmungsberechtigten inkludierenden Diskussionsprozess die allgemeinverbindlichen Regularien verabschieden. Bereits im Vorfeld und während der bürgerlichen Revolutionen in Amerika und Frankreich wurde dieses Ideal kontrovers diskutiert. Im Kontext des ideengeschichtlichen Prozesses einer Säkularisierung des Politischen hatte sich bis zum 18. Jahrhundert der rechtstheoretische Grundsatz etabliert, dass niemand Gesetzen unterworfen werden könne, denen er nicht selbst zugestimmt hatte. Noch bei Immanuel Kant heißt es ganz in diesem Sinn, nur sich selbst könne niemand Unrecht tun.¹ In einer radikalen Auslegung hieß das, dass Gesetze (oder wenigstens Verfassungen) nur einstimmig beschlossen werden könnten, weil nur durch ein Konsensprinzip wirkliche Autonomie der Rechtssetzungsakte sichergestellt werden könne. Die Spannung zwischen diesem Ideal und dem Möglichen bestimmte das politische

Denken der sich etablierenden bürgerlichen Gesellschaft. Im Einklang mit dem Grundsatz, dass diejenigen, die dem Gesetz unterworfen sind, auch letzte Quelle der Rechtssetzung sein müssten, ersetzten Vertragstheoretiker wie Thomas Hobbes und (mit naturrechtstheoretischen Einschränkungen) John Locke bereits im 17. Jahrhundert das alte Legitimitätsprinzip göttlichen Willens durch einen das staatliche Gemeinwesen ursprünglich begründenden Vertrag. Zugleich legitimierte dieser Vertrag jedoch eine (noch keineswegs „demokratisch“ verfasste) Repräsentativordnung: bei Hobbes als säkulare Rechtfertigung des Absolutismus, bei Locke dynamischer als unterschiedlichen Regierungsformen gegenüber offene, gleichermaßen vertragstheoretische wie naturrechtliche Begründung. Auf eine tiefe Skepsis gegenüber der Realisierbarkeit des Ideals einer unmittelbaren Demokratie stößt man auch bei Jean-Jacques Rousseau, demzufolge es eine Demokratie „in der ganzen Schärfe“ der Bedeutung des Begriffs niemals gegeben habe²: „Wenn es ein Volk von Göttern gäbe, würde es sich demokratisch regieren. Eine so vollkommene Regie-



Thomas Hobbes (1588–1679): Im Einklang mit dem Grundsatz, dass diejenigen, die dem Gesetz unterworfen sind, auch letzte Quelle der Rechtssetzung sein müssten, ersetzten Vertragstheoretiker wie Thomas Hobbes bereits im 17. Jahrhundert das alte Legitimitätsprinzip göttlichen Willens durch einen das staatliche Gemeinwesen ursprünglich begründenden Vertrag.

picture alliance/dpa

QU'EST-CE QUE LE TIERS-ÉTAT? TROISIEME ÉDITION.

« Tant que le *Philosophe* n'excède point les limites de la vérité, ne l'accusez pas d'aller trop loin. Sa fonction est de marquer le but, il faut donc qu'il y

Was ist der Dritte Stand? Das parlamentarische Mehrheitsprinzip hebelte die in Frankreich zuvor geltende privilegierte Überrepräsentation der traditionellen, sich in der Minderheit befindenden Eliten Adel und Klerus aus und etablierte faktisch – wie es im berühmten Manifest des Abbé Sieyès hieß – den „Dritten Stand“ als politische Nation.

picture alliance/dpa

nung paßt für Menschen nicht.“³ Damit meinte er auch einen wichtigen, häufig vergessenen Grundsatz der Repräsentation, der sich nämlich auch auf das „Regieren“ und nicht nur das „Gesetzgeben“ bezieht: die Einführung einer Gewaltenteilung. Repräsentiert werden nicht nur die Gesetzgeber, sondern auch die exekutiven Instanzen, womit die eigentliche Abkehr vom direktdemokratischen Modell der Antike verbunden ist, das noch keine Gewaltenteilung kannte, sondern alle drei Funktionen (d. h. Gesetzgebung, Rechtsprechung und Exekution) dem gesamten *demos* überließ. Das Jury-System in Strafprozessen basiert auf dem Grundsatz, dass alle drei Gewalten vom Volk ausgehen müssen und verbindet die Skepsis gegenüber der Klassenjustiz des Absolutismus mit dem Gedanken der Repräsentation: auch hier sollten Repräsentanten des Volkes am Urteilspruch beteiligt sein.⁴

Zu einem zentralen pragmatischen Argument der Irrealität direkter Demokratie wurde insbesondere die Frage der Größe politischer Gemeinwesen. Gerade in den sich gründenden Vereinigten Staaten wurde die These, dass in großen Staaten eine dauernde direkte Demokratie schwer einzurichten sei, zum Ausgangspunkt der Suche nach einer – dennoch demokratische Alternative. Diese nannte man, um sie gleichermaßen von der attischen Demokratie und dem monarchistischen Absolutismus abzugrenzen, unter Rekurs auf das antike Rom, Republik. Nicht zuletzt amerikanische Föderalisten und französische Feuillants orientierten letztlich auf eine klassische Mischverfassung, in der das Mehrheitsprinzip im Kontext parlamentarischer Ordnung akzeptiert wurde, die Gesetzgebungsfunktion indes zwischen dem Parlament und einem gewählten Präsidenten (US-amerikanische Unionsverfassung) oder gar dem traditionell dynastisch legitimierten König (französische Verfassung von 1791), der ein Vetorecht erhielt, aufgeteilt wurde. Das parlamentarische Mehrheitsprinzip, dem zugleich der Grundsatz „one man one vote“ – jeder Kopf hat eine Stimme – entsprach, hebelte die in Frankreich zuvor geltende privilegierte Überrepräsentation der traditionellen minoritären Eliten Adel und Klerus aus und etablierte faktisch – wie es im berühmten Manifest des Abbé Sieyès hieß – den „Dritten Stand“ als politische Nation. Die

Nationalversammlung löste somit tatsächlich jene erste Forderung des Bürgertums in der Versammlung der Generalstände ein, nicht nach Ständen, sondern nach Köpfen abzustimmen. Zugleich war den bürgerlichen „Demokraten“ des 18. und 19. Jahrhunderts jedoch klar, dass die tatsächliche Bevölkerungsmehrheit bei den einfachen, aufgrund ihres geringen Einkommens nicht oder nur in geringem Maße steuerzahlenden *Citoyens* lag. Die Orientierung auf eine Mischverfassung hatte daher zugleich die Funktion, jene Unterklassen, aus denen sich im Kontext der Industrialisierung das Proletariat formte, möglichst effizient vom realen Einfluss auf Gesetzgebungsprozesse fernzuhalten. Ein klassisches Mittel war die Unterscheidung von Aktiv- und Passivbürgern, der ein Zensuswahlrecht entsprach, das die Qualifikation für die aktive Teilnahme an Wahlen nicht nur an das männliche Geschlecht, sondern zugleich an das Steueraufkommen des Bürgers band. In Deutschland, das während des Kaiserreichs von höchst unterschiedlichen Wahlsystemen (freies und allgemeines Männerwahlrecht im Reich, Dreiklassenwahlrecht in Preußen) im Kontext einer insgesamt monarchischen Ordnung geprägt war, wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg ein allgemeines, auch die Frauen inkludierendes Wahlrecht etabliert.

Repräsentation und soziale Frage

An diesen gesellschaftlichen Bedingungen der Repräsentation zeigte sich, dass es sich bei ihr nie um eine lediglich institutionelle Frage handelte, sondern stets die soziale Frage berührt wurde. Zumindest bezogen auf die Moderne erweist sich die Entgegensetzung von direkter und repräsentativer Demokratie dabei als Schattengefecht. Entscheidend ist vielmehr die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen in den Arenen der Repräsentation vertreten werden und in welchem Zusammenhang partikulare Interessen und das von allen Parteien in der politischen Rhetorik stets beschworene „Gemeinwohl“ stehen. Will man dieses Problem bearbeiten, erweist sich insbesondere Jean-Jacques Rousseaus Unterscheidung von Gemeinwillen (vo-

lonté générale) und Gesamtwillen (*volonté de tous*) als instruktiv. Der Gemeinwille richtet sich aufs Gemeinsame, er ist das, was alle wollen können (oder wollen sollen), während der Gesamtwille lediglich einen empirischen Konsens bezeichnet und damit auf die Abhängigkeit von faktischen Machtverhältnissen verweist. Rousseaus – durchaus auch heute noch provokative – These gibt jederzeit der *volonté générale* Priorität gegenüber der *volonté de tous*. Anders formuliert: Empirische Konsensfähigkeit mag zwar Aussagen über den Erfolg einer politischen Legitimationsstrategie ermöglichen⁵, über wirkliche Legitimität im Sinne einer universalisierbaren Rechtfertigung sagt sie indes wenig aus. Der empirische Gesamtwille muss eben nicht dem Gemeinwillen, also dem Gemeinsamen, universal Geltenden entsprechen, sondern kann auch schlechthin in der Verallgemeinerung partikularer Herrschaftsinteressen bestehen. Nimmt man diesen Gedanken ernst, so ergibt sich für repräsentative Organe der Anspruch, *divergierende* gesellschaftliche Interessen angemessen zu repräsentieren und in der Entscheidungsfindung den Gleichheitsinteressen sozialer Unterklassen jederzeit den Vorrang gegenüber den partikularen Nutzenkalkülen sozial privilegierter Gruppen zu verschaffen. Anders als in Rousseaus letztlich doch konsensualistischer Hoffnung, zeigte sich jedoch bald, dass das bürgerliche Zeitalter keineswegs eine Annäherung vom Gesamt- an den Gemeinwille brachte, sondern vielmehr zu einer Epoche unablässiger sozialer Kämpfe wurde. Im 19. Jahrhundert war sich das Bürgertum weitgehend einig, dass Bildung und Besitz privilegiert werden müssen. Zum zentralen Element der Kritik einer ungerechten und unangemessenen Repräsentation wurde im Kampf um das allgemeine und gleiche Wahlrecht die Idee, dass alle gesellschaftlichen Interessen gemäß ihrer tatsächlichen Stärke in der Gesellschaft repräsentiert werden müssten. Die zentrale Rolle, die das Mehrheitsprinzip gerade für jene sozialen Kräfte spielte, die gegen die inzwischen etablierten Formen bürgerlicher Herrschaft opponierten, erklärt sich – durchaus in Anknüpfung an das einstige Pathos, mit dem bürgerliche Theoretiker während der großen Revolutionen den Dritten Stand feierten – aus der Beobachtung, dass das Bürgertum eine neue Privilegienherrschaft errichtet hatte. Dort wo sich Wahlzensus und formale Entrechtung sozialer Unterklassen aufgrund der wachsenden Opposition durch eine zunehmend organisierte Arbeiterbewegung nicht mehr begründen ließen, dienten einerseits rigide Gewaltenteilungsmodelle – insbesondere solche, die einer bürgerlichen Richterschaft Kontrollfunktionen gegenüber der Legislative zusprachen – als Instrument der Einschränkung von Volkssouveränität, die privilegierten Partikularinteressen entgegenstand. Andererseits wurden – insbesondere im Frankreich Napoleons III. – erste Modelle einer plebiszitär gestützten charismatischen Herrschaft erprobt, die, oszillierend zwischen Wahlmonarchie und modernen Visionen eines „Führerstaats“, die Polemik gegen repräsentativdemokratische Verfahren und vermittelnde Institutionen mit dem radikalrepräsentationalistischen Postulat der Identität von charismatischem Führer und geführter Masse verbanden.⁶

Angesichts dieser Geschichte vermag es nicht zu verwundern, dass Krisendiagnosen die Geschichte der repräsentativen Demokratie stets begleiteten. Immer dann, wenn die gleiche Repräsentation aller Interessen, insbesondere materialer Gleichheitsinteressen, in den demokratischen Institutionen nicht mehr gewährleistet ist oder zu sein

scheint, kann von einer Krise der Repräsentation gesprochen werden.⁷ Neben formalen Ausschlüssen, etwa den erwähnten Wahlrechtsbeschränkungen gegenüber relevanten sozialen Gruppen – von Frauen über Arbeiter bis hin zu ethnischen Diskriminierungen wie der Schwarzen in den US-amerikanischen Südstaaten bis weit in die 1960er Jahre oder heutigen Migranten und Migrantinnen –, kann sich auch eine faktische Kluft zwischen Repräsentanten und Repräsentierten zu einer Repräsentationskrise ausweiten, etwa wenn sich eine Mehrheit bildet, die für die Anliegen oder Interessen, aber auch die schutzwürdigen Besonderheiten von minoritären Gruppen taub ist. Es ist angesichts dieser Bandbreite von möglichen Krisenursachen nicht abwegig anzunehmen, dass die Krise der repräsentativen Demokratie im Zusammenspiel mit Protestbewegungen nicht- oder unterrepräsentierter sozialer Bewegungen ein Dauerzustand repräsentativdemokratischer Systeme ist, der letztlich als Motor perpetuierter Demokratisierungsfortschritte beschrieben werden kann.⁸ Man kann dann von Herausforderungen sprechen, die die Demokratie immer zu bewältigen habe, die durch eine sich wandelnde Gesellschaft gestellt werden, etwa durch Migration und die daraus folgende Aufgabe der Integration.

Klassen, Schichten, Milieus

Eine solche Sichtweise passt gut zu Sozialstrukturanalysen, die einen Wandel von Klassen und Schichten zu sozialen Milieus vollzogen hat. Versteht man soziale Milieus eher durch Mentalitäten, Wertorientierungen und Lebensstile geprägt und zieht diese der Bestimmung von Schichten anhand sozioökonomischer Lebenslagen und Ressourcen vor, wird das Problem der Repräsentation in einen Komplex von Fragen der kulturellen Disposition oder moralischen Überzeugung überführt. „Harte“ soziale Interessen treten eher in den Hintergrund. Bestand lange Zeit – weit über sich emanzipatorisch verstehende Theorien hinaus – beinahe ein Konsens, die Problematik des Rousseauschen Gemeinwillens im Kontext divergierender Klasseninteressen zu rekonstruieren und sahen progressive Theorien in der Arbeiterbewegung jenen Akteur, dessen Eigeninteresse mit dem Gemeininteresse zusammenfiel, reagierten insbesondere deliberative Demokratietheorien auf die zunehmende Ausdifferenzierung der ökonomischen Klassenverhältnisse seit den 1960er Jahren mit einer Verabschiedung des Klassenbegriffs überhaupt. Diese Entscheidung wurde auch von einem Vertrauen auf die Krisenfestigkeit von Wirtschaft und Sozialstaat getragen, das heute nicht mehr vorhanden ist. Gerade deliberative Demokratietheoretiker suchten nach Alternativen zur klassischen Sichtweise, den Gemeinwillen im Ausgleich materieller Interessen oder in Kampferfolgen von Arbeitnehmerorganisationen artikuliert zu sehen und fanden sie im Austausch der Argumente moralisch orientierter Akteure oder in klassenunspezifisch verstandenen neuen sozialen Bewegungen. Nicht zuletzt der Erfolg der Grünen wurde als wegweisender Schritt zu einer Stärkung der Gemeinwillensorientierung innerhalb der repräsentativen Demokratie und ihres

Parteiensystems interpretiert: Zahlreiche Theoretiker (von Jürgen Habermas und Axel Honneth bis hin zu Ulrich Beck) vermuteten hier einen Akteur, der Anliegen des Gemeininteresses auch jenseits eigener Betroffenheiten wahrzunehmen und zu vertreten bereit war.

Die Diagnose der Postdemokratie wirft nun einen Blick auf die Entwicklung der repräsentativen Demokratie nach 30 Jahren Globalisierung und Neoliberalisierung und erzwingt nüchterne Urteile. So argumentiert der britische Soziologe Colin Crouch, repräsentative Demokratien seien zwar formal gesehen weiterhin intakt, substantiell aber werde das Gleichheitsprinzip zunehmend ausgehebelt, weil Eliten von Wirtschaft und Politik hinter verschlossenen Türen die wichtigen Entscheidungen treffen, während Politprofis medial gelenkte Schauwahlkämpfe veranstalten.⁹ Dabei erscheint es keineswegs als kontingent, dass Crouch seine Thesen während eines längeren Aufenthalts in Italien entwickelte, das nicht nur während der „glamourösen“ Berlusconi-Ära, sondern auch durch die ihr folgende Technokraten-Regierung Mario Montis beinahe als Realtypus postdemokratischen Regierens erscheinen mag. In einer neueren Analyse arbeitet Perry Anderson¹⁰ heraus, wie der Zusammenbruch des etablierten Parteiensystems den Weg zu einer abgehobenen Elitenpolitik bahnte, in deren Kontext sich wirtschaftliche Interessen weitgehend unbehelligt von Wahlergebnissen durchzusetzen vermögen. Stärker noch als das italienische hat das griechische Beispiel gezeigt, wie steinig sich in Zeiten des europäischen Austeritätsregimes der Weg einer Redemokratisierung ausnimmt. So war die Syriza-Regierung mit dem Ziel angetreten, mit der EU, Deutschland und den internationalen Institutionen IWF und Weltbank eine Lösung der Schuldenfrage zu finden. Die Programmatik der Regierung wurde nicht allein durch die Parlamentswahlen legitimiert, sondern zudem in einem Referendum bestätigt. Dennoch wurde sie von den „Verhandlungspartnern“ noch in der gleichen Woche gezwungen, den eben noch von den Wählerinnen und Wählern abgelehnten Maßnahmen und Bedingungen zuzustimmen. Hier zeigte sich eine postdemokratische Machtlosigkeit repräsentativ- wie direktdemokratischer Verfahren besonders deutlich. Zumindest in der europäischen Peripherie können weder Wahlen noch Referenden das Fehlen durchsetzungsfähiger Verhandlungsmacht ersetzen. Gerade die EU erscheint so als eine entscheidende Ebene der Postdemokratisierung: neben der von Crouch thematisierten Medialisierung der Öffentlichkeit, der Personalisierung der politischen Debatte, der zunehmenden Wahlenthaltung, der Erosion tradierter Parteiensysteme und der auch von nationalen Regierungen betriebenen Privatisierung des öffentlichen Sektors. Diese europapolitische Dimension der Postdemokratiethese wurde insbesondere von Wolfgang Streeck eindrucksvoll formuliert.¹¹ Angesichts solcher Befunde und der Rückkehr der sozialen Frage offenbaren bloß milieuspezifische Thematisierungen des Repräsentationsprinzips ihre Defizite.

Im Horizont der Postdemokratiediagnose erscheint die gegenwärtige Krise der Demokratie also keineswegs als bloße „Herausforderung“. Vielmehr drohen die etablierten bürgerlichen Demokratien angesichts globaler, ökonomischer und institutioneller Umbrüche – etwa der neoliberalen Globalisierung, der zunehmenden Militarisierung der Außenpolitik, der Konstruktion einer kulturellen Freund-Feind-Konstellation und der fehlenden Demokratisierung internationaler Organisationen, vor allem aber der Neoli-

beralisierung der Wirtschaftspolitik und der Privatisierung des öffentlichen Sektors – sich dauerhaft in postdemokratische Systeme zu transformieren: Dem Anschein nach bleiben sie demokratisch und legitimieren sich durch einen immer fragiler werdenden Input bei Wahlen und Abstimmungen, tatsächlich aber werden politische Entscheidungen im Sinne wirtschaftlicher Partikularinteressen und weitgehend entkoppelt von der parteipolitischen Zusammensetzung der Repräsentativgremien getroffen.

Neue Ungleichheit und Refeudalisierung

Zunehmend zeigen sich auch in den Gesellschaften der „westlichen“ Zentren die Auswirkungen der von Crouch noch als Tendenz beschriebenen Entwicklung einer neuen sozialen Ungleichheit als Verfestigung des Postdemokratischen. Empirische Studien zeigen: Das wirtschaftlich und sozial abgehängte Drittel ist auch das Drittel, das auf Beteiligung an Wahlen verzichtet. Der Politikwissenschaftler Armin Schäfer hat anhand von Stadtteilen herausgearbeitet, dass die Höhe der Wahlbeteiligung eindeutig entlang der Einkommen verläuft. In wohlhabenden Vierteln liegt sie oft bei fast 90 Prozent, während in armen Stadtteilen zum Teil deutlich weniger als 50 Prozent erreicht werden.¹² Er verneint daher die Frage, „ob alle Gruppen gleiche Chance haben, dass ihre Anliegen berücksichtigt werden“ und betont, dass „sich ungleiche Beteiligung in ungleiche Repräsentation zu übersetzen [droht]“.¹³ Schäfer aktualisiert somit ein Verständnis von Repräsentation, das die reale Partizipation sozialer Unterklassen für wesentlich erachtet. Dem wurde entgegengehalten, dass gewählte Abgeordnete ja auch die Interessen derer vertreten – und vertreten können –, die nicht gewählt haben.¹⁴ Diesem Einwand, der also das Verfolgen des Gemeininteresses bzw. die Berücksichtigung nicht-repräsentierter Interessen auch jenseits

Der Politikwissenschaftler Armin Schäfer hat anhand von Stadtteilen herausgearbeitet, dass die Höhe der Wahlbeteiligung eindeutig entlang der Einkommen verläuft. In wohlhabenden Vierteln liegt sie oft bei 90 Prozent, während in armen Stadtteilen zum Teil deutlich weniger als 50 Prozent erreicht werden.

picture alliance/dpa



der Repräsentation für möglich hält, entgegnet Schäfer, dass soziale Ungleichheit bei hoher Wahlbeteiligung signifikant geringer ausfällt, sich somit die Interessen der Mittel- und Oberschichten bei der Verteilung knapper Ressourcen eher durchsetzen, wenn ärmere Menschen aufs Wählen verzichten.¹⁵ Die Vorstellung, von privilegierten sozialen Gruppen bestimmte Abgeordnete könnten tatsächlich – wie es in zahlreichen bürgerlichen Verfassungen heißt – die „Interessen des ganzen Volkes“ vertreten, erweist sich somit als Illusion, die die Bedeutung von Repräsentation als „Spiegelung“ sozialer Kräfteverhältnisse ideologisch nivelliert. Aus Sicht der Postdemokratie-Diagnose bedeutet dies, dass sich soziale Ungleichheit in dem Maße in politische Ungleichheit übersetzt, in dem die soziale Frage depolitisiert wird. Der Einwand übersieht zudem vollkommen die seit Robert Michels immer wieder hervor gehobene Tendenz von Organisationen, einer eigenen Logik interner Elitisierung zu folgen, der auch die wohlmeinendsten Abgeordneten unterworfen sind.

Zugleich liegt in der Konsequenz dieser Diagnose, dass es durchaus soziale Kräfte gibt, die an der fortschreitenden Postdemokratisierung ein vitales Interesse haben: transnationale Konzerne, globale Superreiche, gut organisierte Interessen von Branchen oder Konzernen und all jene Rentiers, die etwas zu vererben haben, während die Häuslebauende Mittelschicht die Früchte ihres Erwerbslebens zur Begleichung der Pflegekosten aufbringen muss und nichts mehr zu vererben hat. Manager und Investmentbanker, die bis 2008 munter hohe Renditen einfahren konnten, dürfen ihre Gewinne und Boni behalten. Die durch diese Wirtschaftsordnung angerichteten Schäden wurden hingegen erst knapp zehn Jahre später erkennbar und müssen nun von den weniger Mobilen und Flexiblen getragen werden. Gleiches gilt für die Gewinne, die etwa der VW-Konzern einfuhr, als er sich anschickte, der weltgrößte Autobauer zu werden. Wie auch immer kommende Strafzahlungen

aussehen werden: Die ausgezahlten Managementgehälter bleiben jenen erhalten, die damals profitierten und auch heute einen etwaigen Arbeitsplatzabbau nicht zu befürchten haben. Doch dort, wo sich die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet, steigt zugleich die Militanz derer, die wissen, dass sie bei einer grundsätzlichen Veränderung etwas verlieren würden. Hinzu kommen Stimmungslagen in Teilen der Mittelschichten, die ihren Aufstieg abzusichern oder einen befürchteten Abstieg verhindern zu können glauben, in dem sie sich gegen diejenigen wenden, die bereits in prekären Verhältnissen leben.

Postdemokratie beruht auf einem Wandel der Sozialstruktur, den der Soziologie Sighard Neckel als Reifeudalisierung bezeichnet hat.¹⁶ Sie ist der politische Ausdruck einer Verkopplung von sozialer und politischer Ungleichheit, bei gleichzeitig unmittelbarer politischer Einflussnahme von Wirtschaftsmacht auf Politik. Es ist daher höchst unwahrscheinlich, dass es durch rein institutionelle und verfahrensmäßige Anpassungen zu einer effektiven Redemokratisierung kommen kann. Auch direktdemokratische Elemente versprechen schon deshalb keine Besserung der Partizipationskrise, weil sie dieselben sozialen Ausschlüsse reproduzieren, die auch bei herkömmlichen Beteiligungsverfahren zu beobachten sind. In der gegenwärtigen Lage sind solche Elemente kaum geeignet, eine Wiederbelebung von Volkssouveränität zu befördern und dem in ihr angelegten Gleichheitsgedanken zu entsprechen.¹⁷

Ebenso zum Scheitern verurteilt sind Versuche, der Beteiligungskrise durch die Einführung einer Wahlpflicht beizukommen. Mag ein solches Unterfangen auf den ersten Blick verführerisch wirken, verspricht es doch den von Armin Schäfer herausgestellten Teufelskreis aus Ungleichheitspolitik und Wahlenthaltung zu durchbrechen, so zeigt sich bei genauerer Reflexion nicht nur das allgemeine Problem, dass das Bekämpfen von bloßen Symptomen keineswegs als durchdachte Therapie erscheinen mag, sondern im Ruf nach Sanktionen ein geradezu obrigkeitstaatlicher Reflex, dem angesichts der Illegitimität postdemokratischer Aushöhlung des Demokratischen nichts anderes einfällt, als den Schein einer Inputlegitimität zu erzwingen. Die Wahlpflichtdebatte ist sicher kein adäquater Weg, die soziale Frage zu politisieren.

Rechtsruck oder Redemokratisierung?

Noch deutlicher zeigt sich das postdemokratische Dilemma angesichts des Aufstiegs von Rechtsparteien, deren Ruf nach „direkter Demokratie“ geradezu klassisch populistisch-bonapartistische Strategeme propagiert. Diese Gruppierungen, die ihre Anti-Haltung gegenüber etablierten Eliten, repräsentativen Organen der Entscheidungsfindung und so genannten „Alt-Parteien“ mit einer klar formulierten Privilegienverteidigung verbinden, können wachsenden Zulauf verzeichnen. Ob in den USA, in Polen, Frankreich, Finnland, Ungarn oder hierzulande werden Enttäuschungen unterschiedlicher Interessen und Erwartungen ungehemmt als Ressentiment artikuliert. Besonders beunruhigen muss dies insbesondere dort, wo es sozialer



Demagogie gelingt, mit offensiven Ungleichheitsideologien und völkischer Identitätspolitik in soziale Unterklassenmilieus einzudringen. Hier tritt eine bedrohliche Form der ins offen Autoritäre gesteigerten Postdemokratie als eine Alternative zu ihr auf und erneuert das von Hannah Arendt bezogen auf den Faschismus herausgestellte Bündnis zwischen Elite und Mob. Was da als Gemeinwohl beschworen wird, kommt als plumpes „Wir hier unten“ oder „Wir sind das Volk“ daher und meint letztlich darunter die Interessen der vulgärsten Fraktionen von Mittelschichten (etwa die Granden der AfD) und Oberklassen (etwa Donald Trump in den USA). Im Unterschied zur Krisenperiode der späten 1920er und 1930er Jahre freilich haben die heute transnational vernetzten Kapitalfraktionen der großen Industrie kaum ein Interesse an einem Rechtsruck unter nationalistischen Vorzeichen.

Festzuhalten bleibt also: Die repräsentative Demokratie ist in der Postdemokratie tatsächlich in einem schwerwiegenden Umbruch. Es ist keineswegs sicher, ob ihm durch Reformen beizukommen ist. Auch Große Koalitionen sind ihm kaum gewachsen. Da die SPD ihre alte Wählerschaft links der Mitte weitgehend verloren hat, scheint die Sozialdemokratie kaum mehr als Akteur, der einen Weg aus der Postdemokratie durch die Mobilisierung der Verlierer der Agenda 2010 und durch eine „linke Politik jenseits der

Neuen Mitte“¹⁸ beschreiten könnte. Anders als die Sozialdemokratie haben die Grünen, denen es gelungen ist, sich als liberale Mittelschichtenpartei zu etablieren, keine Erosion erlebt. In einigen Bundesländern passt ihr Profil inzwischen jedoch besser zur CDU als zu einer zwischen Protest und Regierung lavierenden Sozialdemokratie. In dieser Konstellation liegt zugleich das Dilemma der Linkspartei, der es bislang durchaus gelungen ist, als Partei sozialer Unterklassen wahrgenommen zu werden. Das Fehlen einer Machtperspektive stellt die Partei indes vor Durchsetzungsprobleme, die eine Politisierung der sozialen Frage erschweren.

Gerade das unverkennbar gegebene Zusammenfallen von demokratischer und sozialer Frage in der Postdemokratie lässt die Artikulation unterrepräsentierter Interessen wieder als zentralen Akt der Etablierung des Gemeinwillens in den Vordergrund treten. Der Klassenkompromiss, auf dem die Annahme eines moralisch motivierten Protestmilieus seit den 1960er Jahren beruhte, wurde längst durch einen „Klassenkampf von oben“ (Wolfgang Streeck) aufgekündigt. Die *volonté générale* ist dabei keineswegs aus der Gesellschaft verschwunden. Ihre neuerliche Organisierung in wirkmächtigen Bewegungen von unten erscheint heute als die entscheidende strategische Frage einer Erneuerung (nicht nur) der (repräsentativen) Demokratie.

UNSERE AUTOREN



Dr. Oliver Eberl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter für Politische Theorie und Ideengeschichte am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Politikwissenschaft und Philosophie in Frankfurt am Main. Seine Forschungsschwerpunkte sind Demokratietheorie, Gesellschaftstheorie, die politische Philosophie der Aufklärung und politische Semantik.



Prof. Dr. David Salomon ist Politikwissenschaftler. Er arbeitete an den Universitäten Marburg, Darmstadt, Frankfurt und Siegen. Seit dem Wintersemester 2015/16 ist er Gastwissenschaftler am Institut für Sozialwissenschaften der Stiftung Universität Hildesheim. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Bildung, Demokratietheorien, Politische Theorie und Politische Ästhetik.

ANMERKUNGEN

- 1 Kant leitet diesen Grundsatz aus der Regel „volenti non fit iniuria“ ab und gewinnt hieraus das Prinzip der Einstimmigkeit bei Gesetzgebungen, vgl. § 46 der Metaphysik der Sitten, Akademie Ausgabe Band VI, S. 313.
- 2 Jean-Jacques Rousseau (2003): Der Gesellschaftsvertrag. Stuttgart, S. 72.
- 3 Ebd., S. 74.
- 4 Siehe hierzu Ingeborg Maus (1994): Zur Aufklärung der Demokratietheorie. Rechts- und demokratietheoretische Überlegungen im Anschluss an Kant. Frankfurt am Main, S. 191–202.
- 5 Der italienische Politiker und Theoretiker Antonio Gramsci spricht hier von Hegemonie.
- 6 Vgl. Domenico Losurdo (2008): Demokratie oder Bonapartismus – Triumph und Niedergang des allgemeinen Wahlrechts. Köln.
- 7 Einen Überblick über den gegenwärtigen Krisendiskurs geben Danny Michelsen/Franz Walter (2013): Unpolitische Demokratie. Zur Krise der Repräsentation. Berlin.
- 8 In dieser entdramatisierenden Richtung verstehen wir die Beiträge von Markus Linden/Winfried Thaa (2011): Krise und Repräsentation. In: dies. (Hrsg.): Krise und Reform politischer Repräsentation. Baden-Baden, S. 11–41 und Wolfgang Merkel (Hrsg.) (2015): Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie. Wiesbaden.
- 9 Colin Crouch (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Mai.
- 10 Perry Anderson (2015): Das italienische Desaster. Berlin.
- 11 Wolfgang Streeck (2013): Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Berlin.
- 12 Armin Schäfer (2015): Der Verlust politischer Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. Frankfurt am Main.
- 13 Armin Schäfer (2015): Wahlen, Wahlbeteiligung, und die Zukunft von Demokratie. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 3/2015, S. 168–172; hier S. 169.
- 14 Hedwig Richter (2015): Wenn Postdemokraten nicht von der Couch hochkommen. In: FAZ vom 20.3.2015.
- 15 Armin Schäfer (2015): Wahlen, Wahlbeteiligung, und die Zukunft von Demokratie. In: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit, 3/2015, S. 168–172; hier S. 169.
- 16 Sighard Neckel (2013): „Refeudalisierung“ – Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse. In: Leviathan. Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, 1/2013, S. 39–56.
- 17 Ingeborg Maus (2011): Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie. Berlin.
- 18 Max Reinhardt/Stefan Stache/Stephan Meise (Hrsg.) (2014): Progressive Mehrheiten mit der SPD? Für eine linke Politik jenseits der Neuen Mitte. Berlin.

Überwachen, Analysieren, Regieren – Das Problem der Bevölkerung

Rolf Frankenberger

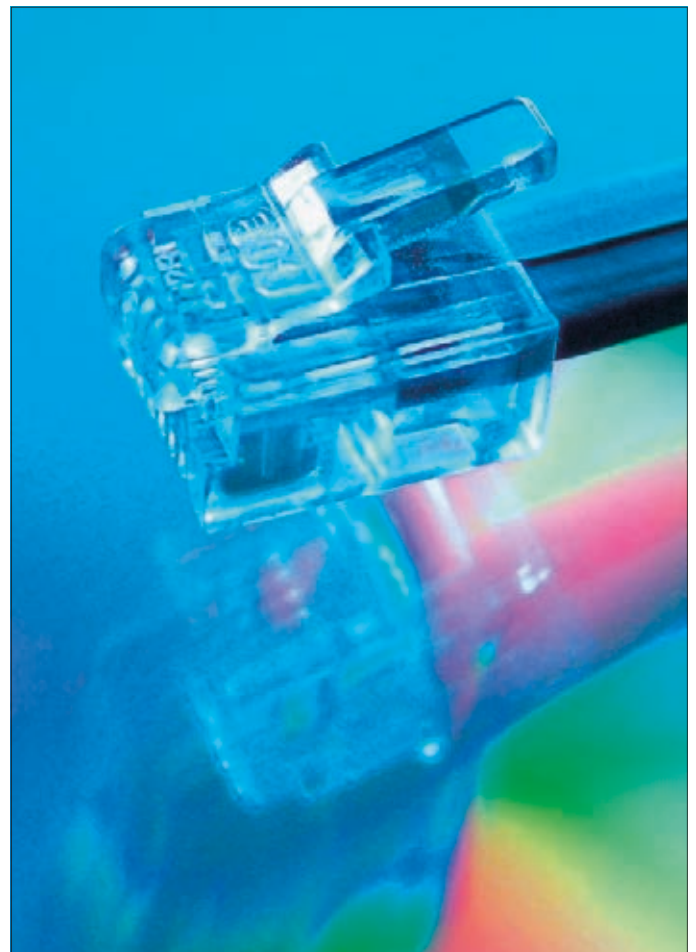
Die Heterogenität postmoderner Gesellschaften stellt Regierungen vor die Problematik, auf gesellschaftliche und soziale Veränderungen mit Blick auf die Zukunft des Gemeinwesens angemessen reagieren zu müssen. Dabei bedienen sie sich nicht nur amtlicher Statistiken, sondern sie stützen sich auf Studien der Markt- und Meinungsforschung. Durch die allumfassende Digitalisierung hat die Sammlung von Daten jedoch an Brisanz gewonnen: Eine um sich greifende Überwachung stellt Prinzipien der Selbstbestimmung und der Souveränität in Frage. Welche Mechanismen sind hier am Werk? Unter Rückgriff auf Konzepte der Bio-Politik, Ansätze der Beschreibung der Bevölkerung, auf Regierungsbegriffe und Regierungstechniken sowie der systematischen Analyse der Macht bei Michel Foucault zeichnet Rolf Frankenberger nach, dass sozialwissenschaftliche und ökonomische Gesellschaftsanalysen zentrale Elemente der Bio-Politik und Bausteine einer spezifischen Verknüpfung von Macht und Wissen darstellen, die sich im Kontext der Sozialen Milieus zu einer „Regierung des Lebensstils“ (Rolf Frankenberger) verdichtet. ■

Vorbemerkungen

Die Gesellschaften der Gegenwart sind vielfältigen Einflüssen ausgesetzt, die zum Teil tief greifende Auswirkungen haben. Wertewandel, Pluralisierung und Individualisierung führen dazu, dass sich die Lebensentwürfe der Menschen vervielfältigen. Globalisierung, Flexibilisierung und Mobilisierung führen nicht nur im wirtschaftlichen Kontext zu grundlegenden Veränderungen. Und nicht zuletzt entfalten Technisierung und Digitalisierung ihre verändernde Wirkung auf alle gesellschaftlichen Bereiche. Kontingenz, Diskontinuität und Fragmentierung erzeugen Verunsicherung, Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten ganz neuer Qualität. Denn einerseits eröffnen Individualisierung, Globalisierung und Digitalisierung neue Freiheiten und Chancen, andererseits aber eben auch Risiken und Zwänge für die individuelle und kollektive Lebensgestaltung. Während Individuen das eigene Leben zunehmend unabhängig von überkommenen Wert- und Rollenvorstellungen gestalten können oder müssen, liegt die Herausforderung für Gemeinwesen in der zunehmenden Differenzierung von Werten, Wünschen und Interessen ihrer Mitglieder. Kurz, es stellt sich die Frage nach der Bevölkerung. Aufgrund der geschilderten Vervielfältigung wird Bevölkerung zum Problem modernen Regierens. Gemeinwesen und insbesondere die Regierenden sind daher auf möglichst umfassende Analysen von gesellschaftlichen Entwicklungsdynamiken angewiesen, um erstens informiert über Veränderungen zu sein und zweitens Entscheidungen für die Zukunft des Ge-

meinwesens treffen zu können. Zentrale Diagnosewerkzeuge in (post-)modernen, spätkapitalistischen Massen- und Konsumgesellschaften sind dabei die amtliche Statistik sowie die zahlreichen Ansätze und Untersuchungen von Meinungs- und Marktforschung, wie sie auch in diesem Heft vorgestellt werden. Sie dienen der Beschreibung und Kategorisierung der Bevölkerung und ihrer Dynamiken ebenso wie im besten Fall der Vorhersage von gruppenspezifischem oder gar individuellem Verhalten.

Besonders eindrücklich wird die Bedeutung von Bevölkerungsdaten und deren Analyse vor dem Hintergrund der allumfassenden Digitalisierung und deren Nutzung zur Sammlung von Daten in nahezu unvorstellbarem Ausmaß. So setzen Datenkonzerne wie Google „täglich 24 Petabytes um, das ist 6000 mal der Dateninhalt der US Library of Congress“ (Mainzer 2016: 15), welche mit einem Bestand von über 150 Millionen Medieneinheiten die größte Bibliothek der Welt ist.



Besonders eindrücklich wird die Bedeutung von Bevölkerung und deren Analyse vor dem Hintergrund der allumfassenden Digitalisierung und deren Nutzung zur Sammlung von Daten in nahezu unvorstellbarem Ausmaß. **picture alliance/dpa**

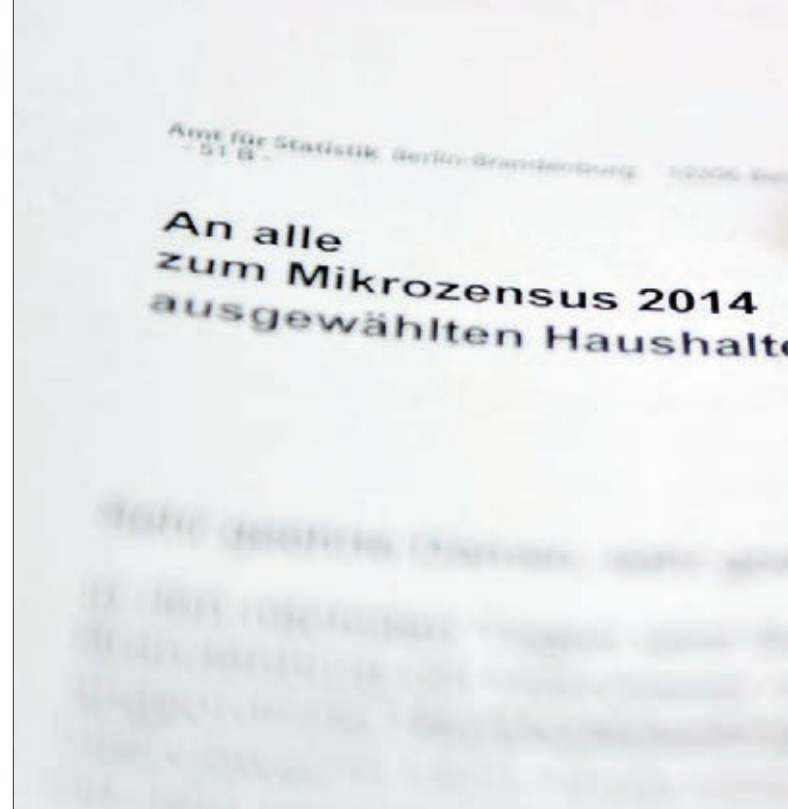
Längst sind diese Daten auch zu einer der wichtigsten ökonomischen Ressourcen geworden. So argumentiert etwa die amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin Shoshana Zuboff (2016), dass der Kapitalismus im Informationszeitalter aufgrund der Bedeutung von Daten für den wirtschaftlichen Profit längst zu einem Überwachungskapitalismus mutiert sei, bei dem Unternehmen wie Google einseitig das menschliche Verhalten im Internet in Echtzeit überwachen, auswerten und auf dieser Basis zukünftiges Verhalten vorhersagen. Zuboff kommt zu dem Schluss, dass der Überwachungskapitalismus eine „zutiefst antidemokratische Macht hervor[bringt], die einem Putsch nahe kommt, allerdings keinem *coup d'état* im herkömmlichen Sinne, der dem Staat gilt, sondern einem *coup des gens*, der den Menschen ihre Souveränität nimmt. Er stellt Prinzipien und Praktiken der Selbstbestimmung – im psychischen und sozialen Leben, in Politik und Regierung – in Frage“ (Zuboff 2016).

Das Problem der Bevölkerung: Bio-Politik, Regierung und Regierungstechniken

Bevölkerung ist ein vielschichtiges Konstrukt. Es handelt sich dabei nicht einfach nur um eine Ansammlung von Individuen. Vielmehr ist die Bevölkerung eine „Gesamtheit von Elementen, in deren Innerem man Konstanten und Regelmäßigkeiten bis in die Ereignisse hinein feststellen kann, in deren Innerem man das Universelle der Begierde orten kann, die regelmäßig den Nutzen aller hervorbringt und für die man eine gewisse Anzahl von Variablen ausweisen kann, von denen sie abhängt und die geeignet sind, sie zu modifizieren“ (Foucault 2004a: 114). Sie ist in diesem Sinne ein „multipler Körper mit zahlreichen Köpfen“ (Foucault 2001: 289), der durch eine Reihe von beschreibenden Variablen, Konstanten und Regelmäßigkeiten charakterisierbar ist und sich so anhand statistischer Kennzahlen beschreiben lässt. Genau in diesen Variablen eröffnet sich nach Foucault die Möglichkeit einer Beeinflussbarkeit oder Modifizierbarkeit (vgl. Foucault 2004a: 14).

Die in diesem Heft vorgestellten Ansätze dienen der Beschreibung der Bevölkerung und der ihr innewohnenden Dynamiken und Gesetzmäßigkeiten, die über das bloße Verhalten von Individuen hinausgehen, sondern kollektiv geteilte Merkmale fokussieren. Während Klassen- und Schichtungsmodelle auf einige wenige Variablen zurückgreifen, beziehen Milieumodelle über die klassischen Schichtungsparameter (vgl. den Beitrag von Rainer Geißler in diesem Heft) hinaus eine Vielzahl an ästhetischen Aspekten, Eigenschaften und Wertorientierungen, Wünschen und Bedürfnissen mit in die Analyse ein (vgl. den Beitrag von Jörg Ueltzhöffer in diesem Heft). Sie ermöglichen damit nicht nur sozio-ökonomische, sondern auch alltagsweltliche Segmentierungen, die sehr viel mehr Ansatzpunkte einer Modifizierbarkeit, einer Lenkung und Regierung der Bevölkerung eröffnen.

Der Begriff der Regierung verweist unmittelbar auf Macht. Er kennzeichnet bei Michel Foucault solche Machtbeziehungen, Techniken und Verfahren die im weitesten Sinne der Lenkung von menschlichem Verhalten dienen. Regierung bezieht sich dabei auf unterschiedliche Handlungsformen und Praxisfelder, denn regiert werden nicht politische Strukturen, Territorien oder Staaten, sondern „das was man regiert, sind auf jeden Fall Leute, es sind Menschen, es sind Individuen und Kollektive“ (Foucault 2004a: 183).



Beobachtungs- und Steuerungstechniken wie z.B. Statistik erlauben die Identifikation von Normalität und einer Bandbreite von Variationen. Gleichzeitig werden Abweichungen von der Normalität identifiziert. picture alliance/dpa

Regierungstechnologien bilden dabei die „mehr oder weniger systematisierten, regulierten und reflektierten Formen der Machtausübung“ (Lemke 2001: 117). Foucault unterscheidet vier Arten solcher Regierungstechnologien:

- **Produktionstechniken:** Produktionstechniken bezeichnen sachliche Fähigkeiten und Fertigkeiten zur Produktion, Umformung und Manipulation von Dingen.
- **Signifikationstechniken** sind Techniken der Verwendung von Zeichen und Bedeutungen zur Erzeugung von Sinn. Sie sind als „Technologien von Zeichensystemen, die es uns gestatten, mit Zeichen, Bedeutungen, Symbolen oder Sinn umzugehen“ (Foucault 2005: 968), eng mit Wissen und Wissensformen verbunden.
- **Herrschaftstechniken** oder „Techniken der Macht“ (Foucault 2005: 968) bezeichnen solche Techniken, durch die Menschen geleitet, diszipliniert und zu bestimmten Verhaltens- oder Handlungsweisen gebracht werden (sollen). Es sind Techniken, „die das Verhalten von Individuen prägen und sie bestimmten Zwecken oder einer Herrschaft unterwerfen, die das Subjekt zum Objekt macht“ (Foucault 2005: 968)
- **Selbsttechniken** ermöglichen es dem Einzelnen, „aus eigener Kraft oder mit Hilfe anderer eine Reihe von Operationen an seinem Körper oder seiner Seele, seinem Denken, seinem Verhalten und seiner Existenzweise vorzunehmen, mit dem Ziel, sich so zu verändern, dass er einen gewissen Zustand des Glücks, der Reinheit, der Weisheit, der Vollkommenheit oder der Unsterblichkeit erlangt“ (Foucault 2005: 968). Diese Selbsttechniken beinhalten also komplexe Formen und Mechanismen der Selbstregulation, Selbstdisziplinierung und Handlungssteuerung.

In der Zusammenschau bieten diese Techniken einen Ansatz für eine systematische Analyse von Macht und Herrschaft, die in der Folge exemplarisch zur Analyse der Re-



Grundlage für verschiedene Milieuansätze, wie sie auch in diesem Heft vorgestellt werden (vgl. insbesondere den Beitrag von Jörg Ueltzhöffer in diesem Heft). Milieustudien können empirisch weitgehend eindeutig nachweisen, dass vor allem alltagsästhetische Beziehungswahlen über die Milieuzugehörigkeit von Individuen entscheiden und dass klassisch soziologische Schichtungsvariablen wie Alter, Einkommen, Bildung und Beruf lediglich sekundär auf die Milieuzugehörigkeit einwirken.

Eine Regierung des Lebensstils äußert sich darin, dass sich Signifikationstechniken, Herrschaftstechniken, Selbsttechniken und Produktionstechniken an den „Gegenstand“ bzw. den Begriff Lebensstil anlagern und einen Block bilden, in dem sich Macht und Wissen verschränken und der auf die Führung von sich selbst oder anderen ausgerichtet ist. Es zeigt sich ein aneinander gekoppeltes Ensemble von Techniken und Handlungen, die sich unter Bezugnahme auf die zentrale Kategorie Lebensstil gegenseitig hervorrufen und „beantworten“ (Foucault 1999: 188).

Signifikationstechniken: Lebensstil- und Milieuforschung

Gesellschaftsanalyse erfasst Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Bevölkerung hinsichtlich sozio-ökonomischer, kultureller, ästhetischer und politischer Variablen. Die Erforschung der unterschiedlichen Arten und Weisen des Lebensvollzugs stellt nun eine Signifikationstechnik dar, indem sie Sinn und Sinnzusammenhänge erzeugt und Begriffe prägt, mit denen erst über die Bevölkerung kommuniziert werden kann. Erst die Signifikation der Zusammenhänge zwischen Bevölkerung, Kultur und Alltagsästhetik lässt die individuelle und gesellschaftliche Bedeutung von Lebensstil hervortreten. Sie zeigt auf, wie Ästhetik zum Grundbegriff dieser Identitätsbildung wird. So wird der Begriff Lebensstil als entscheidungsrelevante Kategorie erst konstruiert und konstituiert. Dabei verweisen die oft synonym verwendeten Begriffen „Lebensstil“, „Lebensführung“ und „Lebensweise“ auf einen gemeinsamen Bezug von Handlungs-, Tätigkeits- und Verhaltenssystemen (Hartmann 1999: 15). Zudem wird das Konzept so gestaltet, dass neben individualisierenden auch totalisierende Ansätze anschlussfähig sind. So ist etwa das Identifizierbarkeitskriterium zwingender Bestandteil von Lebensstildefinitionen: „Personen mit ähnlichen Lebensstilen müssten einander als Mitglieder eines Aggregats erkennen können und von Protagonisten anderer Stile auch als solche erkennbar sein. Basis der Erkennbarkeit wären dabei Handlungen, Äußerungen, Gesten und Werke, aus denen aber auch Rückschlüsse auf subjektive Eigenschaften der Akteure gezogen werden“ (Hartmann 1999: 47).

Genau an diesem Punkt greift die Milieuforschung das Lebensstilkonzept und dessen grundlegendes Postulat von Identitätsbildung und Lebensgestaltung aufgrund alltagsästhetischer Entscheidungen auf. Als Signifikationstechniken generieren Milieuansätze wiederum Sinn und Begriffe, die sich auf die soziale Konjunktion von Individuen mit gegenseitig erkennbaren und identischen Lebensstilen beziehen. Während Lebensstilansätze Unterschiede zwischen Individuen betonen, zielt die Milieuforschung auf das Gemeinsame. Sie konstruiert Soziale Milieus zur Bezeichnung und Erfassung eben dieser Lebensstilgruppen. Auf

gierung des Lebensstils verwendet wird. Denn Regierung der Bevölkerung bedeutet, dass „die Gesamtheit der Mechanismen, die für die Regierung und für diejenigen, die regieren, recht spezifische Phänomene relevant werden lassen, die nicht exakt die individuellen Phänomene sind, obwohl [...] die Individuen darin auf bestimmte Weise figurieren und die Individualisierungsvorgänge dabei recht spezifisch sind“ (Foucault 2004a: 103). Die Regierung der Bevölkerung zielt also nicht so sehr auf den Einzelnen, das Individuum, sondern auf das Kollektiv. Sie ist Bio-Politik. „Die Bio-Politik hat es mit der Bevölkerung, mit der Bevölkerung als politischem Problem, als zugleich wissenschaftlichem und politischem Problem, als biologischem und Machtproblem zu tun“ (Foucault 2001 [1976]: 289).

Daraus resultiert der Einsatz von Beobachtungs- und Steuerungstechniken wie Statistik, der Verwaltungs-, Wirtschafts- und politischen Organismen im Problemfeld der Bevölkerungsregulierung. Der zentrale Mechanismus der bio-politischen Regulierung ist dabei die Identifikation von Normalität und einer Bandbreite von Variationen, die als tolerabel für eine Gesellschaft anzusehen sind. Gleichzeitig werden Abweichungen von dieser Normalisierung identifiziert, die dann bearbeitet werden müssen. Bio-Politik ist damit die Anwendung von Regierungstechnologien, die auf die Bevölkerung zielen.

Die Regierung des Lebensstils

Während überkommene Muster der Vergemeinschaftung und individueller Lebensgestaltung im Zuge der Individualisierungsprozesse an integrativer Bedeutung verloren, gewinnt ein neuer Mechanismus individueller Lebensgestaltung und, vermittelt darüber, sozialer Gruppierung an Bedeutung. Das Alltagsbewusstsein und Alltagsverhalten bestimmen sich mehr und mehr über „begründbare“ ästhetische Beziehungswahlen. Lebensstil wird so zur Schlüsselkategorie sozialer Distinktion und Konjunktion. Genau dieser Prozess ästhetischer Identitätsfindung bildet die

dieser Basis entwickeln sich sehr feine und wohldurchdachte Diagnoseinstrumente, die in fortwährendem Durchlauf immer exaktere sinnstiftende Bezeichnungen, Beschreibungen und Milieus erzeugen und sich je neu justieren. Auf diese Weise leistet die Milieuforschung einen wesentlichen Beitrag zur Entschlüsselung des postmodernen Wandels, indem sie Sinn und Sinnzusammenhänge in die Prozesse von Pluralisierung, Enttraditionalisierung und Individualisierung einschreibt. Sie konstruiert eine neue Form der sozio-ästhetischen Segmentierung postmoderner Gesellschaften auf der Basis ästhetischer Entscheidungen von Individuen, die grundlegend ist für die Neuausrichtung weiterer Regierungstechniken, die sich auf Individuen und Gruppen beziehen. Man kann also annehmen, dass am Anfang einer Neujustierung von Regierung in der Regel neue Techniken der Signifikation stehen. Denn Machtausübung, insbesondere effektive und effiziente Machtausübung bedarf einer engen Koppelung an Wissen. Dies wiederum bedeutet nicht notwendig, dass Signifikationstechniken generell unter dem Aspekt der Machtausübung hervorgebracht werden. Im Gegenteil entstehen sie in der Regel aus einem Mangel an Wissen und werden erst über die Erzeugung neuen Wissens relevant als Techniken der Regierung. Milieuforschung ist so eine zentrale Signifikationstechnik der Regierung des Lebensstils geworden, indem sie zeigte, dass sie Möglichkeiten für die Entwicklung neuer Herrschafts- und Selbsttechniken für ganz bestimmte Zwecke und Ziele bietet. Die von Zuboff geschilderte Transformation der Informationsgesellschaft in einen digitalen Überwachungskapitalismus ist letztlich nur die Vollendung dieser Entwicklung, in der Information zum Dreh- und Angelpunkt des Wirtschaftens und auch der Herrschaftsausübung wird.

Herrschaftstechniken

Das umfassende Wissen, das durch Markt- und Meinungsforschung und Milieustudien gewonnen wird, eignet sich nun in besonderer Weise dafür, Einfluss auf die Handlungen von Menschen zu nehmen. Durch die Erforschung von Vorlieben, Gewohnheiten und Einstellungen lassen sich Rückschlüsse auf „psychische Dispositionen ableiten und Aussagen über den Emotionshaushalt der Angehörigen eines Milieus treffen“ (Ullrich 2006: 129). Genau dies ist der Punkt, an dem sich Herrschaftstechniken mit dem Wissen über die sozio-ästhetische Segmentierung der Bevölkerung verknüpfen: Wenn man weiß, wie die Menschen „ticken“, weiß man auch, wie man sie beeinflussen kann. Das derart aus der Gesellschaftsanalyse abgeleitete gezielte, strategische Handeln auf die Handlungen von Menschen stellt eine neue Herrschaftstechnik dar. Bezeichnenderweise wurde sie nicht primär im Feld der Politik, sondern der Ökonomie, und dort insbesondere in der Konsum- und Marktforschung, vorangetrieben – auch wenn die Wahlforschung versucht, politische Wählermärkte für Parteien, Regierungen etc. zu sondieren.

Auch wenn den Analysen Individualdaten zugrunde liegen, zielen die Herrschaftstechniken in einer pluralisierten Gesellschaft nicht auf den Einzelnen, sondern auf Kollektive. Die Konstruktion relevanter Adressaten leistet die Milieuforschung über die Aggregation der Individualdaten. Man will „damit alle wichtigen Mentalitäten und Gefühlslagen erkennen und Gruppen Gleichgesinnter zu jeweils einem Milieu zusammen[zuf]assen“ (Ullrich 2006: 130).

Milieus ermöglichen so zum einen eine soziale Verortung von Individuen in Subgruppen der Bevölkerung. Diese wiederum sind mehr als bloße Aggregate von Konsumenten, da den Konsumententscheidungen weiter reichende Lebensentwürfe zugrunde liegen. So ermöglichen Milieus eine Art „Wir-Ökonomie“ der Macht, die gemeinsame Merkmale und Wünsche der zugehörigen Individuen identifiziert und nutzbar macht. Das Wissen um die „Eigenheiten“ der Milieus vereinfacht die gezielte Ansprache und Entwicklung von zielgruppengerechten Produkten, seien sie ökonomischer oder politischer Art. Denn auch Wahlprogramme sind letztlich Produkte, die auf dem Wählermarkt angeboten werden. Gleichzeitig haben Milieus eine subjektivierende Wirkung, indem sie Identifikationsmuster für die Individuen bereitstellen, auf deren Basis letztlich wieder eine Selbst- oder Fremdgruppierung möglich ist. Es handelt sich dabei um eine normalisierende und freiheitlich anmutende Herrschaftswirkung. Denn indem ein Möglichkeitsraum für Entscheidungen angeboten wird, wird gleichzeitig eine „freie“ Wahlmöglichkeit suggeriert – aber eben nur zwischen den offerierten Optionen.

In den Begrifflichkeiten Foucaults handelt es sich bei den Herrschaftstechniken bezüglich des Lebensstils somit um eine neue Variante im Rahmen der Bio-Politik. Milieus stellen „berechenbare“ soziale Größen innerhalb der Bevölkerung dar, deren gemeinsame Eigenschaften, Verhaltensweisen, Meinungen, etc. relativ exakt angegeben werden können. Dies gilt im Übrigen, schenkt man Trendforschern Glauben, auch für zukünftige Veränderungen. Solche Strategien finden inzwischen nicht nur im Bereich der Marktforschung und der Werbung (Haben Sie sich schon einmal über gezielte Produktangebote in ihrem Browser gewundert, die sich ihrem früheren Onlinesuch- oder Einkaufsverhalten anpassen?), sondern auch in genuin politischen Bereichen Anwendung. Dies zeigen die Beispiele digitale Ras-

Milieus und Lebensstile dienen als Folie von Vorbildern und/oder Antiboldern, auf deren Basis sich eine „Ich-Ökonomie“ entfaltet: Wie bin ich, welchen Lebensstil habe ich und welchen möchte ich gerne haben? Damit werden Selbststeuerungspraktiken in Gang gesetzt, die sich insbesondere in den Kaufentscheidungen der Individuen widerspiegeln.

picture alliance/dpa



terfahndung sowie die Prognosen von Grippewellen oder politischen Unruhen, die anhand der Analyse von Schlüssel- und Suchbegriffen in sozialen Netzwerken und Suchmaschinen erstellt werden (vgl. Reichert 2016). Analysen und Prognosen dienen dann wiederum der Integration der entdeckten Trends in die Modelle von Signifikation und Produktion.

Selbsttechniken

Auf der anderen Seite lagern sich an den Lebensstil- und Milieubegriff Selbsttechniken an, welche die Herrschaftstechniken ergänzen. Individuen nutzen die angebotenen Muster dazu, sich mit eigenen und fremden Lebensentwürfen auseinanderzusetzen. Individuen verorten sich in Bezug auf die angebotenen Lebensstilentwürfe selbst. Dies führt, mehr oder weniger bewusst, aber zwangsläufig zu Prozessen der Bewertung des Selbst, des eigenen Lebensstils. Milieus und Lebensstile dienen als Folie von Vorbildern und/oder Antibildern, auf deren Basis sich eine „Ich-Ökonomie“ entfaltet: Wie bin ich, welchen Lebensstil habe ich und welchen möchte ich gerne haben? Damit werden mehr oder weniger bewusste Selbststeuerungspraktiken bezüglich des Lebensstils in Gang gesetzt, die sich in den Wahlentscheidungen der Individuen, insbesondere in den Kaufentscheidungen, widerspiegeln.

Die Frage nach dem eigenen Lebensstil impliziert auch die Frage, zu welcher Gruppe man gehört oder gehören will. In diesem Zuge kann es zur Übernahme oder dem Wunsch der Übernahme anderer Lebensstilelemente kommen, was zu erneuter Selbstbewertung, Selbststeuerung, Selbstdisziplinierung und Anpassung an bestimmte Lebensstilmuster führen kann. Oder es kommt zu gegensätzlichen, „widerspenstigen“ Reaktionen, die dann wieder Rückwirkungen auf das gesamte Modell des Lebensstils haben können, indem so neue Lebensstilmuster entstehen. Lebensstilide-

ale sind nun nicht notwendigerweise in abstrakter Form durch Wissenschaft vermittelt, vielmehr werden sie in erster Linie marktförmig vermittelt und individuell angeeignet. Eine besondere Rolle spielen dabei die ästhetisch und semantisch aufgeladenen Produkte, die als Marken oder neudeutsch *Brands* immer auch Identitäten und Images vermitteln. Denn „mit ihnen lassen sich Lebensgefühle ausdrücken, sie dienen der Selbstvergewisserung, durch sie kann man zu einem markanteren Profil gelangen, sie öffnen Horizonte und machen optimistisch“ (Ullrich 2006: 35) Lebensstil ist also in dem Sinne eine Selbsttechnik, durch die Identität erzeugt wird und sich so eine individualisierende Wirkung der sozialen Distinktion entfaltet. Es entfalten sich aber zugleich totalisierende Wirkungen der sozialen Konjunktion. Marken und Produkte werden zu zentralen Elementen der Vermittlung von alltagsästhetisch geprägter Identitätsbildung und bilden zugleich einen Kernfaktor postmoderner Bio-Politik. Denn Individuen machen sich selbst über die marktförmige Verortung in Lebensstil- und Milieumodellen zu mehr oder weniger kalkulierbaren Größen in einer vermeintlich pluralistischen und individualisierten Gesellschaft. So dienen die Selbsttechniken der postmodernen Variante sozialer Kohäsion.

Produktionstechniken

In einer etwas lockeren Auslegung des Begriffs ermöglicht die Regierung des Lebensstils neue Formen der Produktionstechniken: auch Massenprodukte können „zielgruppengerecht“ hergestellt werden bei einem vergleichsweise niedrigen Risiko. Zudem kann über Lebensstile ansprechende immaterielle Produkte wie Werbung eine zusätzliche Absatzmöglichkeit geschaffen werden, wenn der Erwerb der Produkte mit dem Erwerb von Lebensstilattributen assoziiert wird. In der Marktforschung gilt: Kaufentscheidungen beruhen wesentlich auf einem Abgleich von Markenimage und Selbstbild und so ist auch „fast jedes Image-design [...] heutzutage von vorneherein daraufhin angelegt, eine Vermenschlichung der Marke – und damit die Identifikation mit ihr – zu erleichtern“ (Ullrich 2006: 35). Dies ist eine sehr prägnante Zusammenfassung dessen, was sich als kumulierter Effekt von Signifikations- und Herrschaftstechniken der Regierung des Lebensstils ergibt. Denn auf deren Basis entwickeln sich spezifische Produktionstechniken der Sinnerzeugung und Imageaufladungen, welche die Produktion von Waren, Gütern und Dienstleistungen im Sinne einer „Mehrwert-Ökonomie“ ermöglichen. Man denke hier insbesondere an die Werbe- und Produktdesignindustrie, die immaterielle Elemente von Produkten erzeugt: Es werden Image und Identität verkauft, die dann wieder in den Prozess der Regierung des Lebensstils eingespeist werden.

Verknüpfung der Regierungstechniken

Die vier Regierungstechniken hängen eng miteinander zusammen und zeitigen Wechselwirkungen. So kann am Zusammenspiel von Selbsttechniken und Herrschaftstechniken deren individualisierende und zugleich totalisierende Wirkung auf Individuen gezeigt werden. Einerseits müssen sich die Individuen für einen eigenen Lebensstil entscheiden, andererseits verorten sie sich mit genau dieser Ent-



scheidung in einer Gruppe und unterwerfen sich einer abstrakten „Kontrolle und Abhängigkeit“ von Regierungstechniken (vgl. Foucault 1999: 166).

Darüber hinaus können zirkuläre Effekte des Zusammenspiels aller vier Techniken beschrieben werden, die zu einer weiteren Stabilisierung und Verfeinerung der Regierung des Lebensstils führen. „Je mehr mit Milieu-Studien gearbeitet wird, desto eher bewahren sie sich aber auch ihre Definitionen. [...] Die Gesellschaft passt sich ihren Einteilungen an. Da es kaum noch Waren gibt, die nicht irgendwelchen Typologien folgen, hat sich der Kunde jedes Mal zu entscheiden, welcher Mentalität, welchem Lebensstil und welchen Werten er den Vorzug gibt“ (Ullrich 2006: 133).

Umgekehrt können so neu entstehende Lebensstilentwürfe über den Prozess der Signifikation integriert werden. Die Rückkopplungsprozesse der Techniken lassen sich am Milieumodell relativ gut nachweisen: Gäbe es sie nicht, so gäbe es kaum Veränderungen, geschweige denn das Entstehen, Wachsen und Schrumpfen von Milieus. Wobei jeder dieser Effekte durch unterschiedliche Techniken initiiert sein kann. So können etwa Selbsttechniken dazu führen, dass Individuen über die Zeit einen Lebensstil verändern und so in ein anderes Milieu rutschen. Auch können technische Entwicklungen wie etwa die Digitalisierung zu Veränderungen in Einstellungen, Meinungen und Verhalten führen, so dass neue Lebensstile und Milieus entstehen. Gegebenenfalls sterben alte Milieus allmählich aus, was wiederum im Sinne einer Bio-Politik des Lebensstils relevant ist und erfasst werden muss. Auch kann angenommen werden, dass spezialisierte Produktionstechniken und ökonomische Rahmenbedingungen in einer sehr engen Beziehung zueinander stehen. Denn erstere sind wesentliche Grundlagen für die gesamtwirtschaftlich bedeutsame Ökonomie der „Sinnproduzenten“ (Münkler 2006).

Analysieren und Regulieren: Die politische Ökonomie des Lebensstils

Die Entwicklung der Regierung des Lebensstils zeigt eindrücklich auf, wie sich mit den Veränderungen in der Gesellschaft auch Macht- und Herrschaftsgefüge neu ausrichten. Besonders auffällig ist, dass dabei eine Verschiebung der Analyse und Regulierung von der Politik hin zur Ökonomie stattfindet.

In der Politik stellen amtliche Statistik, Wahl- und Einstellungsforschung nach wie vor zentrale Informationsquellen für Kennzahlen zur Bevölkerung dar. Hinzu treten Daten der Kriminalstatistik und Überwachungsdaten von Polizei und Geheimdiensten, wobei insbesondere letztere die Analyse von *Big Data* vorantreiben. Dennoch haben ökonomische Akteure wie Google, Facebook und kommerzielle Markt- und Meinungsforschung die politischen Akteure bei der Analyse der Bevölkerung längst überflügelt. Gerade die Markt- und Milieuforschung verfügt über ein umfassendes Arsenal an Instrumenten zur Erfassung von Lebensentwürfen, Einstellungen, Wertorientierungen, kulturellen Interessen, ästhetischen Vorlieben und Konsumverhalten. Darüber hinaus werden auch Faktoren der „klassischen“ sozialen Schichtung wie Bildung, Beruf und Einkommen erfasst, die eine umfassende Diagnostik ermöglichen.

Dieses System der Differenzierungen wiederum ermöglicht einen sehr hohen Rationalisierungsgrad der Einwirkung auf die Möglichkeitsfelder einer politischen Ökonomie des

```

3348429146-5857
+ 200 image/gif 358 138-968/s
GET https://ssl.google-analytics.com/collect?_ga=UA-58848366-6&_gl=en-us&sr=768x1184&ht=1406667
2773232AgpID=18071&id=cm.tripadvisor.tripadvisor&next_photo_click&id=f462322e-8d15-488
5-8598-2339c2343d5d6av9,0,4-rc426ecviev_photow=1&t=event&el=photos&an=TripAdvisorGate=1&el
id=cm.android.wending&tid=UA-17116887-1&_u=r3yAAAAAL&_v=ms4,0,1&cd=MobileLocationPhotos&t=
3348497297&=5863
+ 200 image/gif 358 144-626/s
GET https://ssl.google-analytics.com/collect?_ga=UA-58848366-6&_gl=en-us&sr=768x1184&ht=1406667
2771117AgpID=18071&id=cm.tripadvisor.tripadvisor&next_photo_click&id=f462322e-8d15-488
5-8598-2339c2343d5d6av9,0,4-rc426ecviev_photow=1&t=event&el=photos&an=TripAdvisorGate=1&el
id=cm.android.wending&tid=UA-17116887-1&_u=r3yAAAAAL&_v=ms4,0,1&cd=MobileLocationPhotos&t=
3348497297&=5863
+ 200 image/gif 358 201-136/s
GET https://ssl.google-analytics.com/collect?_ga=UA-58848366-6&_gl=en-us&sr=768x1184&ht=1406667
2776232AgpID=18071&id=cm.tripadvisor.tripadvisor&next_photo_click&id=f462322e-8d15-488
5-8598-2339c2343d5d6av9,0,4-rc426ecviev_photow=1&t=event&el=photos&an=TripAdvisorGate=1&el
id=cm.android.wending&tid=UA-17116887-1&_u=r3yAAAAAL&_v=ms4,0,1&cd=MobileLocationPhotos&t=
3348497297&=5863
+ 200 image/gif 358 221-236/s
GET https://ssl.google-analytics.com/collect?_ga=UA-58848366-6&_gl=en-us&sr=768x1184&ht=1406667
2791137AgpID=18071&id=cm.tripadvisor.tripadvisor&next_photo_click&id=f462322e-8d15-488
5-8598-2339c2343d5d6av9,0,4-rc426ecviev_photow=1&t=event&el=photos&an=TripAdvisorGate=1&el
id=cm.android.wending&tid=UA-17116887-1&_u=r3yAAAAAL&_v=ms4,0,1&cd=MobileLocationPhotos&t=
3348497297&=5863
+ 200 image/gif 358 268-046/s
GET https://ssl.google-analytics.com/collect?_ga=UA-58848366-6&_gl=en-us&sr=768x1184&ht=1406667
2796232AgpID=18071&id=cm.tripadvisor.tripadvisor&next_photo_click&id=f462322e-8d15-488
5-8598-2339c2343d5d6av9,0,4-rc426ecviev_photow=1&t=event&el=photos&an=TripAdvisorGate=1&el
id=cm.android.wending&tid=UA-17116887-1&_u=r3yAAAAAL&_v=ms4,0,1&cd=MobileLocationPhotos&t=
3348497297&=5863
+ 200 image/gif 358 189-416/s
GET https://ssl.google-analytics.com/collect?_ga=UA-58848366-6&_gl=en-us&sr=768x1184&ht=1406667
2804232AgpID=18071&id=cm.tripadvisor.tripadvisor&next_photo_click&id=f462322e-8d15-488
5-8598-2339c2343d5d6av9,0,4-rc426ecviev_photow=1&t=event&el=photos&an=TripAdvisorGate=1&el
id=cm.android.wending&tid=UA-17116887-1&_u=r3yAAAAAL&_v=ms4,0,1&cd=MobileLocationPhotos&t=
3348497297&=5863
+ 200 image/gif 358 163-218/s
GET https://ssl.google-analytics.com/collect?_ga=UA-58848366-6&_gl=en-us&sr=768x1184&ht=1406667
281137AgpID=18071&id=cm.tripadvisor.tripadvisor&next_photo_click&id=f462322e-8d15-488
5-8598-2339c2343d5d6av9,0,4-rc426ecviev_photow=1&t=event&el=photos&an=TripAdvisorGate=1&el
id=cm.android.wending&tid=UA-17116887-1&_u=r3yAAAAAL&_v=ms4,0,1&cd=MobileLocationPhotos&t=
3348497297&=5863
+ 200 image/gif 358 165-488/s
[167/167] [follow]

```

Terminal-Ansicht („Kommandozeile“) der Tätigkeiten von Google, um Statistiken über Webseiten und User zu erstellen. Ökonomische Akteure wie Google, Facebook und kommerzielle Markt- und Meinungsforschung haben die politischen Akteure bei der Analyse der Bevölkerung längst überflügelt.

picture alliance/dpa

Lebensstils, der in der Gestaltung von Märkten, Images und Produkten zum Ausdruck kommt. Damit unterliegen die Regierungstechniken und Machtphänomene sehr viel stärker dem Ziel der Akkumulation von Profiten als einer im engeren Sinne politischen Rationalität.

Entsprechende Verschiebungen der Analyse und Regulierung der Bevölkerung sind auf politischer und staatlicher Ebene folgerichtig auch nur ansatzweise und bestenfalls indirekt im Bereich der Politikberatung und Strategieplanung (vgl. den Beitrag von Udo Zolleis in diesem Heft) und vor dem Hintergrund der Fragmentierung politischer Lebenswelten zu beobachten (vgl. den Beitrag von Rolf Frankenberger und Daniel Buhr). Dass politische und staatliche Institutionen hier lediglich nachlaufend agieren, kann wiederum darüber erklärt werden, dass sie aus einer Michel Foucault folgenden Perspektive historische und kristallisierte Formen von Machtausübung und Regierungstechniken in der politischen Machtregion darstellen. Sie dienen nicht nur der Herrschaftsausübung, sondern eben auch der Herrschaftssicherung und neigen aus purem Selbsterhalt zu einer gewissen Trägheit und Reformunwilligkeit (es sei denn sie verlieren ihre Funktionalität und damit ihre Legitimationsgrundlage). Gerade Parteien als politische Formen der Vergemeinschaftung haben Probleme, sich an die Gegebenheiten einer hinsichtlich der Lebenswelten und Lebensstile stark fragmentierten Bevölkerung anzupassen, wie die Entwicklung der politischen Landschaft und nicht zuletzt die Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg zeigen. Bevölkerung bleibt daher aus politischer Sicht ein Problem, das letztlich nur durch eine Ausweitung der Überwachung und Analyse angegangen werden kann.

Die Vorhersagbarkeit individuellen und kollektiven Handelns ist eine der zentralen Herausforderungen in hoch individualisierten und pluralisierten Gesellschaften. Analysen von Daten, die durch gezielte Forschung ebenso wie durch digitale Massenüberwachung gewonnen werden, dienen der Reduzierung von Unsicherheit. Soziale Milieus sind beschreibbare und damit „berechenbare“ soziale Größen. Man kann relativ genau erfassen, wie die Individuen, die ein Milieu bilden, sich statistisch gesehen durchschnittlich beschreiben lassen hinsichtlich ihrer Wertorientierungen, Lebenseinstellungen und Konsummuster. Milieumodelle ermöglichen damit nicht nur sozio-politische Segmentierungen, sondern auch und vor allem die Identifikation von Konsumentengruppen. Und die Erforschung sozialer Milieus im internationalen Kontext (vgl. den Beitrag von Jörg Ueltzhöffer in diesem Heft) weist darüber hinaus auf eine Auflösung der nationalen Grenzen von Bevölkerung hin, die zu einer Verschiebung des komplexen Machtgefüges jenseits nationalstaatlich verfasster Gesellschaften führt. Während global agierende Unternehmen diese Verschiebung längst nachvollzogen haben, gelingt dies staatlichen und politischen Institutionen und Akteuren allenfalls ansatzweise.

Getreu dem Motto „Keiner meiner Untertanen entgeht mir, und keine Geste keines meiner Untertanen bleibt mir unbekannt“ (Foucault 2004a: 102) analysieren politische wie ökonomische Akteure die Datenozeane der digitalen Medien. Dass dies eine Ausweitung des Überwachungskapitalismus auf die Sphäre des Politischen mit sich bringt, der ohnehin schon stark totalisierende Tendenzen aufweist, erscheint jedoch in einem demokratischen politischen System, das vom Wettbewerb der Ideen und des besseren Arguments leben soll, als kritisch.

Denn die aus der Beobachtung der Gesellschaft entstehenden Modelle sind immer auch Herrschaftswissen, das dazu dient, regierend und regulierend einzugreifen. Ein wichtiger Befund dabei ist, dass die Weiterentwicklung der Analysemodelle sehr klar die Prozesse der fortschreitenden kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsweisen und der zunehmenden Individualisierung in westlichen Gesellschaften abbildet. Während Stände-, Klassen- und Schichtungsmodelle weitgehend auf Variablen wie Bildung, Einkommen und sozialem Status beruhen (Klassenmodelle zusätzlich auf dem Eigentum an den Produktionsmitteln), beziehen Milieumodelle ästhetische und damit konsumrelevante Aspekte ein.

Letztlich findet durch die Nutzung von *Big Data* eine Wiederannäherung an den Panoptismus Jeremy Benthams im Sinne der „Ausübung einer Souveränität bis in die feinsten Quäntchen der individuellen Verhaltensweisen hinein“ (Foucault 2004a: 103) statt. Und so gewinnt das Postulat der so genannten postmodernen Freiheiten in einem Zeitalter der Pluralität und Individualität eine andere Qualität. Denn hinter dieser vermeintlichen Freiheit verbergen sich Prozesse der Normalisierung. Mit der Regierung des Lebensstils werden neuartige Möglichkeits- und Unmöglichkeitsräume geschaffen, die in ihrer steuernden Wirkung kaum zu unterschätzen sind. Wer Selbstsetzung betreibt, ist notwendig auch für die Konsequenzen verantwortlich, die diese Selbstsetzung mit sich bringt. Denn es wird ein Möglichkeitsfeld ökonomisch oder politisch akzeptierter Lebensstile entworfen, in dem sich der und die Einzelne zu

verorten haben. Das Außen dieses Möglichkeitsfelds umfasst dann alle Arten der Abweichung von den gesetzten Möglichkeitskorridoren. Terroristische und extreme Lebensstile unterschiedlicher Provenienz sind dabei nur die stärksten Formen der Ungleichheit, die sich als Schattenseite der Postmodernisierung Geltung zu verschaffen suchen.

LITERATUR

- Foucault, Michel (1999): Botschaften der Macht: Der Foucault-Reader, Diskurs und Medien. Herausgegeben von Jan Engelmann. Stuttgart.
- Foucault, Michel (2001): In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France 1975–1976. Herausgegeben von Mauro Mertani und Alessandro Fontana. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2004a): Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Vorlesung am Collège de France 1977–1978. Herausgegeben von Michel Sennelart. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2004b): Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik. Vorlesung am Collège de France 1978–1979. Herausgegeben von Michel Sennelart. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel (2005): Technologien des Selbst (Okt. 1982). In: Foucault, Michel: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits Band IV. 1980–1988. Herausgegeben von Daniel Defert und François Ewald. Frankfurt am Main, S. 966–999.
- Frankenberger, Rolf (2007): Gesellschaft – Individuum – Gouvernementalität. Theoretische und empirische Beiträge zur Analyse der Postmoderne. Münster.
- Hartmann, Peter H. (1999): Lebensstilforschung. Darstellung, Kritik und Weiterentwicklung. Opladen.
- Lemke, Thomas (2001): Gouvernementalität. In: Kleiner, Marcus S. (Hrsg.): Michel Foucault. Eine Einführung in sein Denken. Frankfurt am Main, S. 108–122.
- Mainzer, Klaus (2016): Algorithmen und Big Data als Politikum. In: Politikum, 1/2016, S. 14–19.
- Münkler, Herfried (2006): Der Wettbewerb der Sinnproduzenten. Vom Kampf um die politisch-kulturelle Hegemonie. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken, Heft 681/Januar 2006, S. 15–22.
- Opitz, Sven (2004): Gouvernementalität im Postfordismus. Macht, Wissen und Techniken des Selbst im Feld unternehmerischer Rationalität. Hamburg.
- Reichert, Ramón (2016): Das Politische der Großdatenforschung. In: Politikum, 1/2016, S. 20–31.
- Ullrich, Wolfgang (2006): Haben wollen. Wie funktioniert die Konsumkultur? Frankfurt am Main.
- Zuboff, Shoshana (2016): Überwachungskapitalismus: Wie wir Googles Sklaven wurden. Gastbeitrag in Faz.net, 05.03.2016; URL: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/die-digital-debatte/shoshana-zuboff-googles-ueberwachungskapitalismus-14101816.html> [14.03.2016].



UNSER AUTOR

Dr. Rolf Frankenberger ist Akademischer Rat am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören autoritäre politische Systeme, Transformationsforschung, Demokratie und Partizipation sowie Milieus und Lebenswelten.

Erlebnisse, die für zwei Leben gereicht hätten

Klaus von Beyme:

Bruchstücke der Erinnerung eines Sozialwissenschaftlers.

Springer VS, Wiesbaden 2016.
242 Seiten, 29,99 Euro.

Wer Jonas Jonassons Roman („Der Hundertjährige, der aus dem Fenster stieg und verschwand“) gern hat, wird – auch ohne Politikwissenschaftler zu sein – Klaus von Beymes autobiografischen Band nicht aus der Hand legen können. Was der Heidelberger Sozialwissenschaftler in über acht Jahrzehnten innerhalb und außerhalb der „heiligen Hallen“ der Universitäten erlebt, wen er getroffen und was er zustande gebracht hat – es reichte für zwei Menschen. Seine nun erschienenen „Bruchstücke“ rekapitulieren die Stationen eines bewegten wie bewegenden Lebens.

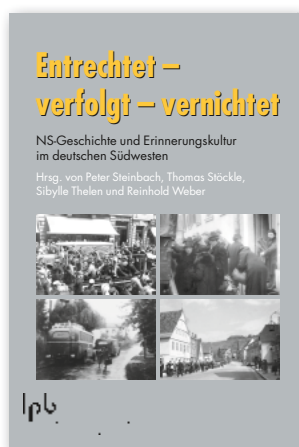
An Klaus von Beyme, Jahrgang 1934, geht bei einem Studium der Politikwissenschaft in Deutschland kein Weg vorbei. Das kann auch gar nicht anders sein bei dessen Publikationsliste, die mit über vierzig Büchern zu Themen aufwartet, die die Grenzen des Faches ausloten – von „Ökonomie und Politik im Sozialismus“ über „Hauptstadt Suche“ bis hin zu „Die Faszination des Exotischen“. Sicher: Bekanntheit erlangte der ruhelose Wissenschaftler durch seine Studien zu den demokratischen Regierungssystemen Europas, besonders durch seine mehr als 1000 Seiten fassende Habilitationsschrift von 1970. Doch ihn darauf zu reduzieren, wird seiner – im besten Sinne – vielseitigen Art nicht gerecht. Den Bogen spannt ein stets spürbares, aber

nie offen geäußertes Detachment gegenüber jenem inhaltlichen und methodischen Klein-Klein, das viele der heutigen Fachtagungen zu einem Ensemble akademischer Pflichtübungen macht. Beyme war stets Einzelkämpfer, ohne sich einzuigeln, ein vergleichender Generalist, der, wäre er später geboren, heute wohl schwerlich einen Ruf erhielte – nicht, weil es seinen Arbeiten an Tiefe oder Originalität fehlte, sondern weil er zu keiner Zeit Zugeständnisse an die jeweilige Mode des Faches machte, sondern seiner Neugier folgte.

Das fängt schon damit an, dass es Beyme, der als Kind von Schlesien zuerst in den östlichen Harz, dann nach Niedersachsen geflohen war, in den 1950er Jahren regelmäßig in jene Regionen Europas zog, die vom Kommunismus überrollt worden waren. Das prädestinierte ihn zunächst für eine Tätigkeit als Bundestagsassistenten, sollte ihn aber im Laufe der Zeit zum gefragten Experten für den (später) postkommunistischen Raum, zum Vermittler zwischen Ost und West machen. Denn: Die unzähligen Exkursionen des „reisenden Professors“ (S. 63) weiteten seinen Blick, ohne diesen auf die eine oder andere Weise ideologisch zu trüben. Beyme konnte sich weder für den Kommunismus sowjetischer Prägung noch für einen plumpen Anti-Kommunismus erwärmen. Wie sollte es anders sein bei jemandem, der bei einem der einflussreichsten Theoretiker des modernen Konstitutionalismus, Carl Joachim Friedrich, in die Schule ging? Dass dieser auch die erste systematische Totalitarismusstudie vorgelegt hat, dürfte für Beymes Distanz zu den Extremen indes kaum eine Rolle gespielt haben, denn überraschenderweise gilt sie ihm als Friedrichs „vergleichsweise ‚falschestes Buch‘“ (S. 214).

Entrechtet – verfolgt – vernichtet

NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten



Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Band 45, hrsg. von Peter Steinbach, Thomas Stöckle, Sibylle Thelen, Reinhold Weber

Es dauerte lange, bis das Schicksal der Opfer nationalsozialistischer Rassenpolitik und politischer Repression wahrgenommen wurde. Inzwischen ist die Geschichte der Opfer des NS-Terrors ein wesentlicher Bezugspunkt der Gedenk- und Erinnerungskultur des Landes. Dabei stellt sich mit dem Blick auf die Opfer immer auch die Frage nach den Tätern, nach menschlichen Verhaltensweisen, staatlichen Zielen und Verfassungsnormen.

Dieser Band fasst erstmals für Baden-Württemberg die Geschichte der Opfergruppen des NS-Regimes im Südwesten zusammen. Im Zentrum der zehn Kapitel stehen die Ereignis- und die Rezeptionsgeschichte, jeweils ergänzt um den Blick auf aktuelle Formen der Erinnerung.

Bestellung: 6.50 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html

Wer angesichts unzähliger Wendungen und prominenter Begegnungen von einem „vergleichsweise undramatischen Leben“ (Umschlag) spricht, dem darf wohl unterstellt werden, es in der Ironie zur Meisterschaft gebracht zu haben: Beyme macht im Buch immer nur kurzen Halt an den Wegmarken seines privaten wie wissenschaftlichen Lebens. Pathos und Gefühlsduselei finden so erst gar keinen Platz – anders als zahlreiche amüsante Anekdoten, die jedem Kapitel Leben einhauchen: Flucht aus Schlesien, Studium in Harvard et al., Trampouren durch den Ostblock, erster Ruf unter Theodor Eschenburg, Acht-Tage-Rektor in Tübingen, globale politische Beratungen, IPSA-Vorsitz, Ehrendoktorwürde in Moskau und und und... Wäre Beyme nicht Beyme, man glaubte, er betreibe Namedropping, um seine „Bruchstücke“ aufzuwerten: Ernst Bloch, Wiebke Bruns, Werner Conze, Maurice Duverger, Carl Joachim Friedrich, Michail Gorbatschow, Henry Kissinger, Ekkehart Krippendorf, Harold Lasswell, Ulrike Meinhof, Wolfgang Mommsen, Papst Johannes Paul II., Kardinal Ratzinger, Dolf Sternberger, Otto Straßer, Bernhard Vogel, Alfred Weber. Die Reihe derer, mit denen der Nestor der deutschen Politikwissenschaft in Berührung kam, ließe sich noch um ein Vielfaches verlängern, nicht zuletzt wegen seines großen Schülerkreises, zu denen etwa Andreas Busch, Christine Landfried, Wolfgang Merkel und Michael Minckenberg gehören.

Die „Bruchstücke“, die (Achtung: Ironie!) das gewöhnliche Leben einer gewöhnlichen Koryphäe skizzieren, werden so zu einem Konzentrat des politischen und des akademischen 20. Jahrhunderts mit großem Unterhaltungswert. Das war es aber auch schon mit den Parallelen zu Allan Karlsson, dem Protagonisten aus Jonas Jonassons Roman. Was – abgesehen davon – nach der Lektüre im Gedächtnis bleibt, sind eine zumindest ungewöhnliche wissenschaftliche Position und eine Lehre aus dem Leben desjenigen Politikwissenschaftlers, der sich – obwohl in der Welt zu Hause – stets nach dem „Kleinstadtmief“ (S. 165) sehnte. Angesichts von 80 Promotionen und einem Dutzend Habilitationen überrascht Beymes Diktum, die Doktorprüfung gehöre erschwert und das berüchtigte „zweite Buch“ als wissenschaftliche Karrierevoraussetzung abgeschafft. Er plädiert für eine gewisse Amerikanisierung der deutschen Wissenschaftslandschaft. Hier tut sich einerseits ein leiser Widerspruch zwischen Anspruch und Handeln, andererseits eine bemerkenswerte geistige Agilität bei einem längst emeritierten Wissenschaftler auf. Ältere Kollegen sehen hierzulande in der Zurückdrängung der Habilitation gern den Untergang des Abendlandes. Einigkeit herrscht lediglich darin, dass der Status quo – der Mittelbau als „Up-or-out“-Durchlauferhitze, die Juniorprofessur mit häufig ungewissen Aussichten im Jahr sechs nach der Berufung – unhaltbar ist. Beyme strebt jedoch nicht die Rückkehr zum alten Ordinariensystem, sondern die Einführung des (im Ausland) bewährten Bewährungssystems an. „Schön wär's“, mag der Nachwuchs sich hierzulande denken.

Ein Urteil über den – lässig geschriebenen – Band ist kein Urteil über das Leben Klaus von Beymes. Das verbietet sich ohnehin. Doch es vermittelt einige tiefere Lektionen, die das Buch zur Lektüre empfehlen. Um mit Hermann Hesse zu sprechen (der Beyme einst eine einzeilige Abfuhr erteilte): „Eigensinn macht Spaß“. Die Karriere des Heidelberger Po-

litikwissenschaftlers verlief alles andere als geradlinig: Erst über den Umweg einer Buchhändlerlehre und eines Jura-Studiums fand er zur Politikwissenschaft. Hier angekommen, verlegte er sich nicht auf ein kleines Teilgebiet, sondern wurde auf vielen, auch unpopulären Feldern aktiv – und damit erfolgreich. Sicher: Die „Stellenflut“ der 1970er Jahre spielte ihm in die „Karten“. Doch angesichts immer kleinteiligerer Forschung und der heute grassierenden wissenschaftlichen Selbstoptimierung (Welche Themen versprechen Drittmittel? Wie erhöhe ich den Impact meiner Aufsätze? Mit wem knüpfe ich strategische Netzwerke? Auf wie vielen und welchen Tagungen muss ich Speaker, wann, wo und wie lange Gastdozent gewesen sein?) vermitteln die „Bruchstücke“ zwei wertvolle Lektionen, die in jeder „Karrierefibel“ fehlen: Gelassenheit und Unangepasstheit.

Tom Mannewitz

Lust auf Politik!

Thomas Bernauer, Gabriele Spilker:

Einladung zur Politikwissenschaft.

Nomos Verlagsgesellschaft (utb-Nummer 4222), Baden-Baden 2015. 184 Seiten, 19,99 Euro.

Weshalb führen demokratische Staaten fast nie gegeneinander Krieg? Manche Bürgerinnen und Bürger wählen überhaupt nie, manche ab und an, manche immer. Weshalb? Warum ist die Bauernlobby politisch einflussreicher als die Lobby der Konsumenten? Auf diese – und auf viele andere – Fragen geben Thomas Bernauer, Politologe und Professor für Internationale Politik an der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, und Gabriele Spilker, Assistenzprofessorin für Internationale Politik an der Universität Salzburg, schlüssige Antworten. Im Gegensatz zu gewichtigen und häufig umfangreichen Grundlagenwerken ist es erklärte Absicht des Buches, eine „Einladung zur Politikwissenschaft“ auszusprechen und das Interesse an politischen Fragestellungen zu wecken. Das „Kursbuch“ präsentiert in sieben Abschnitten den aktuellen Forschungsstand der Politikwissenschaft. Die einzelnen Kapitel vermitteln Interessierten einen Einblick *in* und gleichzeitig einen Überblick *über* zentrale Themen und Fragestellungen der wichtigsten politikwissenschaftlichen Teilgebiete. Erklärte Absicht ist es, ein anspruchsvolles und gleichzeitig verständlich geschriebenes Sachbuch für Nicht-Wissenschaftlerinnen und Nicht-Wissenschaftler zu präsentieren. Ein hehrer Anspruch, dem – dies sei bereits an dieser Stelle erwähnt – das Autorenteam mehr als gerecht wird! Dementsprechend kommt das Buch ohne einen umfangreichen Fußnotenapparat und mit nur spärlichen Hinweisen auf die jeweilige Fachliteratur aus.

Die insgesamt sieben Kapitel des Buches befassen sich mit den folgenden politikwissenschaftlichen Themen: Demokratie, Wahlen und Wahlverhalten, Interessengruppen, Regierung und Verwaltung, Medien und Politik, Kriegursachen und Globalisierung. Anstatt einer möglichst umfassenden Darstellung, die auf dem knapp bemessenen Raum des Buches schlicht nicht möglich ist, wird den Leserinnen und Lesern das jeweilige Politikfeld durch nur wenige Leitfragen zugänglich gemacht. So befasst sich das erste Ka-

kapitel mit der Frage, inwiefern Demokratien als eine überlegene Staatsform angesehen werden können. Nach einer kurzen Skizzierung, wie der Demokratiegrad von Staaten gemessen werden kann, steht die Problemlösungsfähigkeit von Staaten im Mittelpunkt der plausiblen Erörterung. Das Kapitel zeigt, dass demokratische Staaten zwar manche gesellschaftlichen Probleme nur unzureichend (und manchmal auch gar nicht) lösen, gleichwohl aber im Vergleich mit autoritären bzw. nicht-demokratischen Systemen deutlich besser abschneiden. Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit Wahlen und Wahlverhalten und konzentriert sich auf die beiden leitenden Fragestellungen: (1) Weshalb nehmen Bürgerinnen und Bürger überhaupt an Wahlen teil und wie lässt sich die Wahlbeteiligung erhöhen? (2) Für welche Kandidaten bzw. Kandidatinnen entscheidet sich die Wählerschaft und aus welchen Gründen trifft sie diese Wahl?

Anhand der Faktoren Organisierbarkeit und Konfliktfähigkeit wird im Kapitel „Interessengruppen“ aufgezeigt, warum Landwirte im Gegensatz zu Konsumentengruppen in vielen europäischen Ländern stark subventioniert werden, obwohl sie oft nur einen kleinen Teil der Bevölkerung überhaupt – und auch der Wirtschaftsleistung – ausmachen. Thomas Bernauer und Gabriele Spilker verstehen es durchaus, politikwissenschaftlich gehaltvolle Theorien und Forschungsergebnisse kurzweilig zu schildern. Im Kapitel „Regierung und Verwaltung“ wird der von Max Weber entwickelte Idealtypus der öffentlichen (und rationalen) Verwaltung einleuchtend dargestellt und in der Folge mit der ökonomischen Theorie der Verwaltung – quasi als Gegenmodell zum Weberschen Ansatz – kontrastiert.

Nach dem Kapitel „Medien und Politik“ beschäftigt sich das Autorenteam mit seinen eigenen wissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten, nämlich mit den Themen Krieg, Kriegsursachen sowie mit Aspekten der Globalisierung. Der Wandel der Kriegsformen, die Ökonomie der (neuen) Kriege und die Missachtung von völkerrechtlichen und humanen Grundsätzen werfen Fragen nach Reaktionsmöglichkeiten der internationalen Staatengemeinschaft und nach angemessenen Formen humanitärer Hilfe auf. Insofern sind in keinem anderen Feld der Politikwissenschaft die Forschungsergebnisse von solch bedeutender Praxisrelevanz. Aktuell hat es den Anschein, dass die Krise das Normale geworden ist. Die außen- und weltpolitischen Parameter haben sich in den letzten Jahren grundlegend verändert, so dass die Disziplin der Internationalen Politik nicht nur an Gewicht gewonnen hat, sondern mit neuen Themenfeldern, Akteuren und Problemkonstellationen konfrontiert wird, auf die sie Antworten geben muss.

Thomas Bernauer und Gabriele Spilker haben ein anregendes Buch vorgelegt, das durch zahlreiche Abbildungen die erörterten Sachverhalte veranschaulicht (und auf den Punkt bringt). Die jedem Kapitel vorangestellten Illustrationen von Patrick Widmer verdichten die Fragestellungen des jeweiligen Einzelkapitels. Das Buch wird dem eingangs skizzierten Anspruch des Autorenteams gerecht. Es bietet Lernenden – und auch Lehrenden – der politischen Bildung in Schule, Hochschule und non-formaler (außerschulischer) Bildung eine überaus verständliche Einführung in politikwissenschaftliche Fragestellungen. Die „Einladung zur Politikwissenschaft“ ist vor allem gedacht für Schülerinnen

und Schüler am Ende der Sekundarstufe II und für Studierende im Grundstudium. Das anschaulich geschriebene Buch macht klar, was Politikwissenschaft ist und was Studierende erwartet, die dieses Fach studieren wollen. Es bietet mithin eine Orientierungshilfe für diejenigen, die sich mit dem Gedanken tragen, Politikwissenschaft zu studieren (oder dies bereits tun).

Siegfried Frech

Sacco und Vanzetti – Die Geschichte eines Justizmords

Helmut Ortner:

Fremde Feinde.

Sacco und Vanzetti – Ein Justizmord.

Nomen Verlag, Frankfurt am Main 2015.

288 Seiten, 24,90 Euro.

Die amerikanische Folksängerin Joan Baez verwendet für den Liedtext ihrer „Ballad Of Sacco & Vaanzetta“ Briefauszüge von Nicola Sacco, geschrieben 1927 in der Todeszelle im Gefängnis von Charlestown (Massachusetts). Der Journalist, Medienmacher und Publizist Helmut Ortner, bekannt u.a. durch Biografien über Georg Elser und den Volksgerichtshofpräsidenten Roland Freisler, erzählt den Justizfall und die Lebensgeschichten von Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti mit derselben literarischen „Montagetchnik“. Gerade das Wechselspiel zwischen dokumentarischer und erzählerischer Form trägt zur Authentizität der Schilderung bei. Ortner stützt sich auf eine Fülle von offiziellen und privaten Dokumenten. Darunter Vanzettis Lebensbericht (*The Story of a Proletarian Life*), Zeitungsmeldungen, Gutachten, Aussagen von Zeugen und Anwälten, Gerichtsprotokolle und die Briefe von Sacco und Vanzetti aus der Todeszelle. Die dokumentarischen Texte sind im Buch kursiv gedruckt.

Im Dezember 1919 wird in Bridgewater (Massachusetts) ein Lohntransport überfallen. Der Überfall misslingt, die Kiste mit den Lohngeldern bleibt unversehrt. Trotz zahlreicher Widersprüche von Augenzeugen verdichten sich die Verdachtsmomente. Die Täter konnten „nur“ Ausländer und „Bolschewisten“ gewesen sein. „Bolschewisten“ war ein generelles Schimpfwort für Ausländer, Anarchisten, Kommunisten und gelegentlich auch für Gewerkschafter. Mithin das exakte Gegenbild von einem „anständigen“ Amerikaner. Vor allem der Polizeichef von Bridgewater, Michael E. Stewart, setzt seinen ganzen Ehrgeiz daran, die Stadt zu „säubern“. War doch die Welt in Bridgewater bis zu diesem Überfall noch in Ordnung. Im Frühjahr 1920 findet in South Braintree – ebenfalls in Massachusetts gelegen – ein neuerlicher Raubüberfall auf einen Lohntransport statt. Bei dem Überfall werden zwei Wachmänner getötet, und die Täter flüchten mit der Beute. Der Raubüberfall weist Parallelen zum ersten auf. Die Jagd auf „Rote und Radikale“ beginnt. Die Ermittlungen konzentrieren sich auf die italienischen Einwanderer Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti, die kurz darauf verhaftet werden.

Ortner bewegt sich in seinem Buch geschickt zwischen mehreren Ebenen. Parallel zum Justizfall entfaltet er die Lebensgeschichte der beiden italienischen Einwanderer. Vanzetti, gelernter Zuckerbäcker aus dem Piemont, bricht

1908 nach Amerika auf und strandet als Tellerwäscher in New York. In den USA begegnet er erstmalig politischem und sozialrevolutionärem Gedankengut. Er liest sozialkritische Bücher und kommt mit anarchistischen Kreisen in Kontakt. Ähnlich verläuft die politische Sozialisation von Sacco, der ebenfalls 1908 ins „gelobte Land“ Amerika aufbricht. Der Sohn eines Oliven- und Weinhändlers in Süditalien zählte sich schon in Italien zu den Sozialisten. Beide bewegten sich in den USA ausschließlich unter italienischen Landsleuten, zeigten sich klassenbewusst und sympathisierten mit anarchistischen Ideen.

In einer weiteren Erzählebene beschreibt Ortner detailliert und kenntnisreich die Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung. In weiteren Passagen skizziert er die innenpolitische Situation nach dem Ende des Ersten Weltkriegs während der Wilson-Administration. Mit den Hunderttausenden von entlassenen Soldaten und dem Wegfall der kriegsbedingten Produktion stiegen die Preise und die Arbeitslosigkeit. Depression und Inflation grassierten, Streikwellen überzogen das Land. In diesem innenpolitisch brisanten Klima verstärkten kommunistische und anarchistische Splittergruppen ihre Aktivitäten – bis hin zu Bombenanschlägen. Öffentlichkeit und Politik reagierten darauf mit einer wahren Kommunismysterie (*Red Scare*). Schon der Prozessbeginn offenbarte, dass es sich für Staatsanwalt Frederick G. Katzmann um einen politischen Fall handelt. Beide Angeklagte sind Ausländer, Atheisten und Anarchisten, d.h. personifizierte Schreckgespenster aller „rechtschaffenen und freiheitsliebenden“ US-Amerikaner. Der fragwürdige Indizienprozess wird in der Folge minutiös geschildert. Die unlauteren Verhöre werden durch

Passagen aus den Gerichtsprotokollen, die insgesamt 2266 Seiten umfassen, belegt. Die Geschworenen, alleamt patriotisch gesinnte Männer mit einem unerschütterlichen Weltbild, plädieren nach den Kreuzverhören für „Schuldig“.

Das politische Tribunal löste weltweit große Empörung und Demonstrationen in europäischen Metropolen aus. Literaten, Intellektuelle, Zeitungen der Arbeiterorganisationen, Politiker und bürgerlich-liberale Stimmen wurden zugunsten der Verurteilten laut. So veröffentlichte der Schriftsteller Anatole France, neben Zola einer der kritischsten Autoren Frankreichs, 1921 einen offenen Brief an das „Volk der Vereinigten Staaten von Amerika“, in dem er an das Gerechtigkeitsempfinden der Amerikaner appellierte. Der bekannte amerikanische Schriftsteller John Dos Passos schrieb eine 126 Seiten umfassende Verteidigungsschrift. Albert Einstein, H. G. Wells, George Bernard Shaw und andere Prominente unterschrieben Petitionen, nachdem der Gouverneur von Massachusetts die Todesurteile bestätigte. Sogar Papst Pius XI, nicht unbedingt ein Freund des Anarchismus, beauftragte den päpstlichen Nuntius in Washington, gemeinsam mit amerikanischen Kardinälen zu intervenieren.

Am 22. August 1927 wurden der 36-jährige Nicola Sacco und der 39-jährige Bartolomeo Vanzetti hingerichtet. Schuldig oder nicht schuldig? Bis heute ist diese Frage nicht endgültig beantwortet, aber allein die Zweifel und das ungerechte Verfahren reichten aus, um den Fall zu einer Legende zu machen. 1977 wurden Sacco und Vanzetti von Michael Dukakis, Gouverneur von Massachusetts, rehabilitiert. Eine Untersuchung hatte ergeben, dass der

Für alle, die mehr wissen wollen

Die Zeitschriften der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg



- **DER BÜRGER IM STAAT**
Zeitschrift für Multiplikatoren politischer Bildung
Abonnement: 4 Hefte/Jahr 12.80 Euro
www.buergerimstaat.de
- **POLITIK & UNTERRICHT**
Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung
Abonnement: 4 Hefte/Jahr 12.80 Euro
www.politikundunterricht.de
- **DEUTSCHLAND & EUROPA**
Zeitschrift für Gemeinschaftskunde, Geschichte, Deutsch, Geographie, Kunst und Wirtschaft
Abonnement: 2 Hefte/Jahr 6.- Euro
www.deutschlandundeuropa.de

Staatsanwalt wissentlich und absichtlich unfaire und in die Irre führende Beweise vorgelegt hatte. Für die Nachfahren kam die öffentliche Rehabilitierung zu spät.

Helmut Ortner hat ein bewegendes Sachbuch über einen der unfairsten Prozesse der US-Justizgeschichte vorgelegt. Einfühlsam und ohne billige Effekthascherei entsteht so ein Lehrstück über Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, über antikommunistische Hysterie – die mit McCarthy in den Jahren 1947 bis 1954 zur Hochform auflief und groteske Formen annahm – und die unerbittlichen Mechanismen der Justizmaschinerie. Es ist aber auch die Geschichte von willfährigen Justizangestellten und Politikern, die ihrem Weltbild zuwider laufende Wertmaßstäbe mit juristischen Formalien bzw. der Arroganz der Macht bekämpfen.

Siegfried Frech

Der Verfall einer Familie

Neel Mukherjee:

In anderen Herzen.

Verlag Antje Kunstmann, München 2016.
640 Seiten, 26,00 Euro.

Der indischstämmige Schriftsteller Neel Mukherjee wurde 1970 in Kalkutta geboren, studierte Englische Literatur in Oxford und Cambridge und lebt gegenwärtig in London. Mit dem Epos „In anderen Herzen“ hat er einen sprachgewaltigen Roman vorgelegt. „In anderen Herzen“ erschien 2014, stand auf der Shortlist des Man Booker Prize 2014

und erhielt mit dem Encore Award die Auszeichnung „bester zweiter Roman“.

Schauplatz des Romans ist Indien im Jahr 1967. Nach einem unbarmherzigen Prolog, der den erweiterten Suizid einer verarmten Tagelöhnerfamilie in einer ländlichen Gegend Indiens drastisch beschreibt, wechselt der Schauplatz zur Millionenstadt Kalkutta. Die Stadt befindet sich im Aufruhr, Studenten liefern sich Straßenschlachten mit der Polizei, Betriebe werden bestreikt. Supratik Ghosh, der älteste Enkel im Haus der Familie Ghosh, schließt sich einer maoistischen Gruppierung – den Naxaliten – an. Die sich in den späten 1960er Jahren formierenden Naxaliten sind nach dem Ort Naxalbari in Westbengalen benannt. Unter der Führung einiger Mitglieder der Communist Party of India fand 1967 in Naxalbari ein Aufstand von Bauern und Tagelöhnern statt, der von der Polizei blutig niedergeschlagen wurde. Diesem Fanal folgten immer wieder weitere Aufstände. Hauptgrund der Revolten war die Ausbeutung und soziale Ächtung der Bauern durch Indiens Großgrundbesitzer. Ein Vorsitzender einer Splittergruppe propagierte gar die „Vernichtung des Klassenfeindes“. Die formale Struktur des Romans lebt fortan von kontrastierenden Kapiteln: Hier die bürgerliche, sozial streng hierarchisch strukturierte Welt der Familie Ghosh im urbanen Kalkutta – dort die Armut des Landes, in der sich Supratik und seine Gesinnungsgenossen in Basisarbeit und in Guerillamethoden üben. Während Supratik versucht, die landlosen Tagelöhner für den bewaffneten Kampf zu gewinnen und sich dabei in die Widersprüche zwischen politischem Idealismus und terroristischen Aktionen verstrickt, werden die Zeichen der Zeit hinter den Mauern des Familiensitzes

Die Didaktische Reihe

Ein Muss für Gemeinschaftskundelehrer



Die didaktische Reihe der Landeszentrale

- beinhaltet Standardwerke der politischen Bildung
- veröffentlicht erfolgreiche Praxisbeispiele politischer Bildungsarbeit
- setzt bundesweit Impulse
- greift Desiderate auf
- offeriert neue didaktische Handlungsfelder
- begleitet und fördert die Diskussion der Didaktik politischer Bildung

2.- Euro zzgl. Versand
Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung:
www.lpb-bw.de/shop oder www.lpb-bw.de/didaktische_reihe.html



in Kalkutta ignoriert. Noch herrschen der alte, 1898 geborene Patriarch und seine Ehefrau über die Familie und ein Unternehmen, das die Familie (noch) im Wohlstand leben lässt. So wenig sie die Brüche der alten Ordnung erkennen, so blind sind sie für die Geheimnisse der Kinder, die Intrigen der Schwiegertöchter und den schleichenden Verfall der Familie. Der Niedergang der Familie, der drohende wirtschaftliche Kollaps und der Verlust der gesellschaftlichen Reputation zeichnen sich ab. Im Mikrokosmos der Familie tummeln sich vielfältige Charaktere: Der künstlerisch ambitionierte, aber erfolglose Sohn findet sich in der Familiensaga neben dem wirtschaftlich erfolgreichen, aber angesichts der patriarchalischen Struktur stets in der zweiten Reihe stehenden Sohn. Lust und Leidenschaft, sexuelle Irrungen und anderweitige Gefühle – Neid, Geiz und Intrigen – garantieren ein abwechslungsreiches Handlungsmuster und sorgen für ein facettenreiches Panorama aller nur denkbaren Emotionen. Auch das Schwinden des religiösen Sinnhorizonts in der zweiten und vor allem dritten Generation der Familie bringt so manche innerfamiliären Konflikte mit sich. (Man ist bei der Lektüre ab und an versucht, an den von Thomas Mann beschriebenen Niedergang der Buddenbrooks zu denken.)

Mukherjee versteht es glänzend, historische Schlaglichter aufscheinen zu lassen. Die Teilung des Landes und die Anfänge der konfliktreichen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan, die bis in die Kolonialzeit zurückreichen, werden ebenso thematisiert wie die Herrschaft der Kongresspartei, die unter Führung der Nehru-Ghandi-Familie nach den ersten Wahlen 1952 über 40 Jahre an der Macht war. Im Mikrokosmos der Familie Ghosh wird deutlich, wie das koloniale Vermächtnis seine langen Schatten auf viele Bereiche der indischen Gesellschaft wirft. Mehr noch aber verschafft der Roman Einblicke in die soziale Struktur Indiens und das hartnäckige Kastensystem. Hausangestellte, die ihren klaren Platz in der sozialen Rangordnung kennen, sorgen für einen reibungslosen Ablauf des Haushalts. Im Vergleich damit muten die Heiratsambitionen der einzigen und ledig gebliebenen Tochter des Patriarchenehepaars egoistisch, neurotisch und kleinbürgerlich an. Für die Geschäfts- und Unternehmerkassen Indiens war bzw. ist es selbstverständlich, dass mithilfe arrangierter Hochzeiten geschäftliche Verbindungen gefördert und familiäre Loyalitäten gestärkt werden. Doch trotz aller Schminkorgien geraten die Attribute, die eine indische Frau begehrenswert machen, im vorliegenden Fall nicht so wie erhofft. Gerade die verschiedenen Handlungsträgerinnen des Romans und die Vielfalt ihrer Lebenswelten spiegeln die Unterschiede zwischen urbanen und ländlichen Regionen und die Allmacht der Sozialstruktur Indiens wider.

Die Revolten der Naxaliten wurden von Militär und Polizei bis zum Ende der 1970er Jahre weitgehend niedergeschlagen. Im Roman verdichtet sich dieser Kampf gegen die terroristische Vereinigung in der Figur von Supratik, der sich dieser maoistischen Gruppierung angeschlossen hat. Er wird 1970 verhaftet, gefoltert und von der Polizei „auf der Flucht erschossen“. Der Epilog des Romans ist überschrieben mit „September 2012“ und schildert die Vorbereitungen eines Anschlags auf eine Eisenbahnlinie. Spektakuläre Terroraktionen der Naxaliten gehören immer noch zur Wirklichkeit des Subkontinents.

Indien ist nach wie vor ein Land der Widersprüche, geprägt durch die Gleichzeitigkeit von altem und neuem Denken und durch die wechselseitige Überlagerung traditioneller und moderner Strukturen. Neel Mukherjee hat einen bewegenden – und teilweise auch unbarmherzigen – Roman vorgelegt, der Indien Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre porträtiert. (Ein Glossar, ein Stammbaum der Familie Ghosh sowie ein Verzeichnis der Namen und Verwandtschaftsbeziehungen erleichtern das Verständnis so mancher Dialoge.) Indem Mukherjee die Emotionen der Romanfiguren präzise und nuancenreich beschreibt, seziiert er im Grunde – so die vierte Umschlagseite des Buches nur allzu treffend – die Seele des indischen Subkontinents.

Siegfried Frech

Von „alternativlos“ bis „Zinsenteignung“...

Daniel Baumann/Stephan Hebel:

Gute-Macht-Geschichten.

Politische Propaganda und wie wir sie durchschauen können.

Westend Verlag, Frankfurt am Main 2016.

248 Seiten, 16,00 Euro.

„Wer die Dinge benennt, beherrscht sie. Definitionen schaffen ‚Realitäten‘. Wer definiert, greift aus der Fülle möglicher Aspekte einen heraus, nämlich denjenigen, der im wichtig erscheint“ – so der Politologe Martin Greiffenhagen in seinem 1980 veröffentlichten Klassiker „Kampf um Wörter? Politische Begriffe im Meinungsstreit“. Politik ist Gegenstand von Diskursen, in denen um die Gültigkeit von Positionen und Auffassungen gerungen wird. Die politische Auseinandersetzung ist aber nicht nur ein Kampf *mit* Wörtern, sie ist auch ein Kampf *um* Wörter. Wer die Sprachmacht besitzt, hat zumeist einen Vorteil im Kampf um politischen Einfluss. Zwei oder drei Hörproben im Rundfunk oder in öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern reichen aus, um sich ein Bild von der „Formelsprache“ der Politik zu machen. Deutschland braucht angeblich „Reformen“ und manche südeuropäische Staaten müssen erst noch ihre „Hausaufgaben“ machen. Dass wir die „Wettbewerbsfähigkeit“ und die „Eigeninitiative“ steigern müssen, sind gängige Floskeln. Doch was verbirgt sich hinter dieser „Ikea-Sprache“, hinter diesen immer gleichen verbalen Bausätzen? Meinen „Reformen“ in Wirklichkeit Lohnverzicht und Rentenkürzungen? War nicht gerade die Agenda 2010 ein Musterbeispiel für die Neudefinition des Wortes „Reform“ – letztlich ging es doch in guter neoliberaler Manier um den Abbau von Sozialleistungen. Kommt die „Eigeninitiative“ stets dann ins Spiel, wenn die Kosten der Daseinsvorsorge (z.B. für Gesundheit und künftige Renten) immer stärker auf die Bürgerinnen und Bürger abgewälzt werden sollen? Und wie verhält es sich schließlich mit der „Wettbewerbsfähigkeit“? Ist damit der (internationale) Wettlauf um Kostensenkungen für Unternehmen gemeint? Oder ist die Verarmung der griechischen Bevölkerung mit einer Steigerung der „Wettbewerbsfähigkeit“ gleichzusetzen?

Mit diesen Beispielen leiten Daniel Baumann, Ressortleiter Wirtschaft der Frankfurter Rundschau, und Stephan Hebel, Leitartikler, Kommentator und politischer Autor, ihr Buch

„Gute-Macht-Geschichten“ ein. Baumann und Hebel entlarven politische Phrasen und zeigen, wie Sprache als Instrument der politischen Propaganda eingesetzt wird und wie der Kampf um die Hoheit über die politische Begriffswelt funktioniert. Gerade der ständige Gebrauch derselben Wörter führt bei den allermeisten Menschen nach einer gewissen Zeit dazu, dass ihre Aufmerksamkeit und Sensibilität für Sprachmanipulationen abnimmt. „Gute-Macht-Geschichten“ wirken einschläfernd. Hinzu kommt der Effekt der *dog whistle politics*. Der im englischsprachigen Raum durchaus gängige Begriff beschreibt solche sedierenden Kodierungen. So wie der Mensch die hohen Frequenzen einer Hundepfeife nicht wahrnimmt, Hunde aber sehr wohl, können Bürgerinnen und Bürger den Subtext politischer Phrasen oftmals nicht entschlüsseln.

Baumann und Hebel haben ein Mythen-Lexikon vorgelegt, in dem mehr als 70 Begriffe dechiffriert werden: Von „alternativlos“ über „Bürokratieabbau“, „Eigeninitiative“, „Gutmensch“, „Leistungsgerechtigkeit“ bis hin zu „Steuerstaat“, „Umverteilung“ und „Zinsenteignung“ werden gängige Begriffe der Politikersprache unter die Lupe genommen. Erklärte Absicht ist es, der Politik die Vormacht über eben diese Begriffe streitig zu machen. Jeder Begriff wird auf zwei bis drei Seiten mit Blick auf den konkreten Inhalt und seinen ideologischen Gehalt (einschließlich der im Subtext verborgenen Intentionen) plausibel und dennoch kurzweilig entschlüsselt. Anstatt „Lingua Blablativa“ – so Niklas Luhmann – geht es um Klartext!

Eine Besprechung kann unmöglich allen im Buch aufgeführten Begriffen gerecht werden. Exemplarisch sei der Gehalt des Buches an dem Stichwort „Hausfrau, schwäbi-

sche“ aufgezeigt. (Dies ist natürlich auch der regionalen Herkunft des Rezensenten geschuldet!). Der Eingang der „schwäbischen Hausfrau“ in den politischen Sprachgebrauch kann exakt auf den 1. Dezember 2008 datiert werden. Angela Merkel gab auf dem 22. CDU-Parteitag in Stuttgart folgende Sätze von sich: „Man hätte hier in Stuttgart, in Baden-Württemberg, einfach nur eine schwäbische Hausfrau fragen sollen. Sie hätte uns eine ebenso kurze wie richtige Lebensweisheit gesagt, die da lautet: Man kann nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben. Das ist der Kern der Krise. Genau das ist es, liebe Freunde, so einfach ist das.“

Angela Merkel schildert die finanzielle Situation des Staatshaushaltes so, dass bereits eine Zieldefinition bzw. politisch gewollte Maßnahmen implizit genannt werden. Die Botschaft ist klar und eindeutig: „Wir müssen aufhören, (jedes Jahr) mehr auszugeben als wir einnehmen.“ Jedoch ist es so einfach nicht! Unterstellt wird, dass der Haushalt eines biederen schwäbischen Ehepaars mit dem Etat der Bundesrepublik vergleichbar ist. Wenn Sparsamkeit die handlungsleitende Maxime jeder schwäbischen Hausfrau ist, so habe dies auch für den Staatshaushalt zu gelten. Ungezählte Legenden haben zum Bild der sparsamen Schwäbin beigetragen. Nicht zuletzt das an dieser Stelle von Baumann und Hebel zitierte Lied „Schaffe, schaffe, Häusle baue“ hat das Entstehen des Stereotyps wesentlich befördert. Geflissentlich verschwiegen wird allerdings, dass selbst im nicht gerade armen Südwesten die allermeisten Immobilien auf Kredit finanziert werden. Richtig eingesetzte Schulden – so das Fazit des Autorenteam – können sehr wohl für eine bessere Zukunft dienlich sein.

Staats- und Eurokrise

Aktuelle Methoden zum Verhältnis von Politik und Wirtschaft



Das hochkomplexe Thema Staats- und Eurokrise in der schulischen oder außerschulischen Bildungsarbeit behandeln? Aber klar!

Der BAUSTEIN:

- vermittelt Wissen über die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Politik und Wirtschaft
- fördert das Verständnis für die Zusammenhänge des globalen Finanzsystems
- eröffnet die Möglichkeit für Diskussionen über politische Handlungsspielräume und Zukunftsentwürfe in Zeiten scheinbar entfesselter Finanzmärkte
- liefert konkrete Methoden zum Einstieg, zur Vertiefung und Ergebnissicherung
- sorgt mit Schüler- und Handlungsorientierung für einen aktiven Lernprozess

Bestellung: 2.– Euro zzgl. Versand, ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop

Der Haushalt eines Staates funktioniert aber vollkommen anders als der Haushalt einer schwäbischen Familie. Haushaltspolitik folgt anderen Gesetzmäßigkeiten. Ein Staat kann seine Einnahmen (und auch Schulden) treuhänderisch den Notwendigkeiten anpassen. Steuern dienen ja letztlich dem Gemeinwohl. (Wenngleich Steuerzahlerinnen und -zahler dies gelegentlich anders sehen!) Ist es in der Politik nicht gerade so, dass der Mythos der schwäbischen Sparsamkeit immer dann bemüht wird, wenn Ausgaben für Bildung und soziale Leistungen oder anderweitige Investitionen in die Infrastruktur verweigert werden? In diesen Bereichen zu knausern, erspart Verschuldung oder im Sinne eine gerechteren Besteuerung Steuererhöhungen. Und wer lässt sich schon gerne – auch und gerade in Wahlkampfzeiten – als „Steuererhöhungspartei“ beschimpfen? Baumann und Hebel gelingt es in ihrem kenntnisreichen Lexikon nicht nur, die manipulative Kraft von Wörtern aufzuzeigen. Sie übersetzen zentrale Begriffe aus dem „Wörterbuch der Irreführung“ in leicht verständlichen Klartext. Anhand vieler politischer Phrasen, die zum Vokabular von Politikerinnen, Politikern und Lobbygruppen gehören, geben sie zudem wertvolle Anregungen zum kritischen und gleichzeitig distanzierten Zuhören. Politische Rhetorik ist eben keine wert- und zweckfreie Angelegenheit!

Siegfried Frech

Drogenökonomie und Gewalt

Óscar Martínez:

Eine Geschichte der Gewalt. Leben und Sterben in Zentralamerika.

Verlag Antje Kunstmann, München 2016.
304 Seiten, 24,95 Euro.

Standen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts überwiegend die klassischen Guerillakriege und die staatliche bzw. parastaatliche Unterdrückung oppositioneller Bewegungen im Mittelpunkt, so hat sich die Gewalt in lateinamerikanischen Staaten einem Gestaltwandel unterzogen. Gewalt hat sich weitgehend entpolitisiert. In den Staaten Zentralamerikas regiert das organisierte Verbrechen. Die Drogenökonomie befördert die Gewalt und führt zu immer neuen Eskalationen. Die strategische Lage hat Guatemala, Honduras, El Salvador und Nicaragua zu Transitländern des internationalen Drogenhandels gemacht und diesen Ländern mithin die höchsten Mordraten der Welt gebracht. Das staatliche Machtvakuum haben längst organisierte Banden besetzt. Transnationale Netzwerke der Kriminalität agieren in allen vier Ländern. Dreh- und Angelpunkt ihrer kriminellen Aktivitäten sind der Drogenanbau und vor allem der Drogentransfer in die USA. Haben die Banden und kriminellen Clans einmal die Kontrolle über eine Region erlangt, stellen sie eine nicht-staatliche Ordnungsmacht dar, die vor exzessiver und brutaler Gewaltausübung nicht zurückschreckt.

Óscar Martínez ist einer der renommiertesten investigativen Journalisten Zentralamerikas, dessen Reportagen immer wieder öffentliches Aufsehen erregen. Die schonungslosen Reportagen des vorliegenden Buches führen direkt in das gewalthaltige Chaos Zentralamerikas. Martínez hat

in seinen Reportagen an den Brennpunkten des Drogenhandels und der Gewalt gründlich recherchiert. Er hat ausführliche Interviews mit Kronzeugen, mit (mehr oder weniger gut beleumundeten) Polizisten und Strafverfolgern und mit Opfern der Gewalt geführt. In den Gesprächen mit Hauptbelastungszeugen erschließen sich typische „Karrieren“ von Kleinkriminellen, Drogenkurieren und von Schwerverbrechern, die skrupellos und ohne jegliche Rückbindung an Moral und Werte Gewalt anwenden.

Martínez hat sein Buch in drei Teile gegliedert. „Einsamkeit“ ist der erste Teil, in dem die Abwesenheit jeglicher staatlicher Macht geschildert wird. Martínez beschreibt Regionen, aus denen sich die Regierungen verabschiedet haben oder sich mit dem organisierten Verbrechen arrangiert haben. Die Verbindungen der Drogenbosse reichen bis in die höchsten Kreise der Politik. Manchmal werden die Wörter „Politiker“ und „Drogenhändler“ zu Synonymen! Ein „freier Drogenunternehmer“ benötigt für seinen Erfolg gute Freunde bei der Polizei sowie ein funktionierendes soziales Netzwerk. Ein Problem in Zentralamerika stellt die chronische Unterfinanzierung der Polizei dar – auch mit Blick auf die Gehälter. Dies begünstigt die Korruption. Die Polizei Zentralamerikas steht in dem Ruf, überaus korrupt zu sein, brutal und willkürlich zu agieren. Sie ist Teil des Problems und nicht Teil der Lösung im Bereich der öffentlichen Sicherheit.

„Wahnsinn“ ist der zweite Teil des Buches überschrieben. Dieses Kapitel, das auch für Hartgesottene nur schwer erträglich ist, beschreibt die extremen Gewaltexzesse. Martínez berichtet von Brunnen, die sich mit Leichen füllen, von Rachefeldzügen in den Gefängnissen, von Kronzeugen, die vom Staat vergessen werden, und von jugendlichen Killern, die für einen Beutel Gras töten. Die verschiedenen Interviews und dichten Beschreibungen offenbaren, dass die Probleme in den Gefängnissen Zentralamerikas seit Jahren vernachlässigt werden. Probleme in der Justizverwaltung, Fortbildung, Sicherheit, Infrastruktur und bei der Korruptionsbekämpfung sind die Regel.

Der dritte Teil schließlich, „Flucht“ betitelt, berichtet von denjenigen, die dem Wahnsinn zu entfliehen versuchen. Erzählt wird von Organisationen, die junge Mädchen und Frauen verschleppen und sexuell ausbeuten, von Migrantinnen, die auf ihrem Weg in die USA an Menschenhändler verkauft werden. Erzählt wird aber auch die „Chronik eines angekündigten Todes“ – so in Anlehnung an den bekannten Romantitel von Gabriel Garcia Marquez. Der lange Arm der Drogenmafia erreicht über kurz oder lang Kronzeugen, die sich in Sicherheit wiegen und gegen die Banden aussagen.

Das Bild, das sich aus den Reportagen von Óscar Martínez ergibt, ist erschreckend: eine Region, die von Angst und Perspektivlosigkeit beherrscht wird und aus der die Menschen zu Tausenden zu entkommen versuchen. Deutlich wird, dass ein abwesender oder schwacher Staat, der sein Gewaltmonopol nicht aufrechterhalten kann, rechtsfreie Räume schafft, die Anwendung von Gewalt fördert und so zur Desintegration des sozialen Zusammenhalts beiträgt. Martínez schildert den Kampf schwacher Staaten gegen organisierte Banden brutaler Krimineller. Deutlich wird, dass eine grundlegende Stärkung des Rechtsstaats und zivile Formen der Konfliktbearbeitung – einhergehend mit

einer konsequenten und vor allem kompromisslosen Verfolgung, Unterbindung und Ächtung des Drogenhandels – notwendige Voraussetzungen für die Einhegung der Gewalt und Erlangung von mehr Sicherheit sind.

Siegfried Frech

Köpfchen, Kanzel, Kinder

Christine Bütterlin:

Köpfchen, Kanzel, Kinder.

Der Ulmer Münsterpfarrer Jakob Rieber (1858–1926) und seine siebzehnköpfige Familie.

Oertel+Spörer Verlag, Reutlingen 2016.
285 Seiten, 19,95 Euro.

„Ich verabscheue Umzüge! [...] Das ist die Katastrophe – die echte Katastrophe für mich! Das ganze Arbeitszimmer voller Papiere, Akten, Exzerpte, Briefe, Bücher und Umziehen! Bücher wären ja wirklich nicht das Schlimmste. Die kann jeder in Kisten packen. [...] Aber bei den Schriftstücken, den Leihgaben aus Archiven und Bibliotheken z.B. muss ich eine Lösung finden. Vielleicht sie einfach in eine extra Kiste tun? Dann sind sie aber aus dem Zusammenhang gerissen. Es ist zum Davonlaufen!“ – Ausgehend von dieser Eingangsszene, in der der 67-jährige Jakob Rieber im Frühjahr 1926 den Umzug in eine kleinere Wohnung vorbereitet, entfaltet sich die kurzweilige Romanbiografie „Köpfchen, Kanzel, Kinder“. Die Umzugsvorbereitungen des Ulmer Stadtpfarrers, der sich darüber hinaus für Genealogie und Landesgeschichte interessiert, sind gleichsam die Rahmenhandlung der Romanbiografie. Entlang der Lektüre der zu sortierenden Briefe und Dokumente durchlebt er noch einmal einzelne Stationen seines bisherigen Lebens.

Christine Bütterlin, promovierte Historikerin, hat sich in einer lesenswerten Romanbiografie dem Leben ihres Großvaters genähert. Dabei verwendet sie zum einen historische Quellen (Briefe, amtliche Dokumente, Kindheitserinnerungen, Tagebuchaufzeichnungen und Gedichte) und entwirft mit Fantasie und viel Einfühlungsvermögen eine Folge von Szenen und Dialogen, die den Weg Jakob Riebers und seiner Familie nachzeichnen. Eine weitere Quelle des Buches sind Gespräche, die Christine Bütterlin während ihrer Kindheit und Jugend in den 1950er und 1960er Jahren mit den Kindern des Ulmer Münsterpfarrers führen konnte.

Als Sinnbild und Motiv dient ihr die Brille des alt gewordenen Münsterpfarrers Rieber, der gemeinsam mit seiner Frau Emma 16 Kinder großgezogen hat. Es ist eine typische Brille jener Zeit mit randlosen ovalen Gläsern und dünnen Metalldrahtbügeln. Eine Fotografie der Brille ziert im Übrigen die beiden Innenseiten des Buchdeckels und lädt dazu ein, die Welt aus der Sicht Riebers zu betrachten. Dabei bleibt die Frage offen, so Christine Bütterlin in ihrer Einleitung, ob die Enkelin das Leben ihres Großvaters durch seine Brille sieht, oder ob das abwechslungsreiche Leben des Großvaters durch die Brille der Enkelin erscheint.

Man erhält anhand der authentischen Briefe, Dokumente und Tagebuchaufzeichnungen, um die sich überaus lebendige fiktionale Dialoge ranken, Einblicke in Riebers Jugend, nimmt Anteil an einer unglücklichen Liebe sowie ei-

ner überstürzten Flucht in die Schweiz. Jakob Riebers Lebensweg beginnt in Winterlingen auf der Schwäbischen Alb und Albstadt und zieht sich über Stuttgart und Tübingen, Rottweil und Blaubeuren, Geislingen, die Ostalb bis nach Isny und letztlich nach Ulm. Die Schilderung der Kindheit und Jugendjahre sowie der ersten beruflichen Stationen Riebers romantisieren keineswegs die Zeitläufte. Gerade die Kindheits- und Jugenderinnerungen belegen, dass das dörfliche Leben wenig idyllisch war. Dörfer waren im ausgehenden 19. Jahrhundert viel eher Not-, Schutz und Kontrollgemeinschaften. Als Kind aus einer Bauernfamilie war es Förderern und Mentoren, so u.a. einem Landpfarrer, zu verdanken, dass Jakob Rieber schulisch gefördert wurde und schließlich in Tübingen studieren konnte. Die Krönung seiner Karriere war schließlich die Anstellung als Stadtpfarrer in Ulm.

Man durchstreift bei der kurzweiligen Lektüre die von Entbehrungen gekennzeichnete Zeit des 19. Jahrhunderts, sodann die Jahre des Ersten Weltkriegs und die Inflationszeit. Das Buch skizziert in Text und Bild das nicht immer einfache Leben auch aus der Perspektive von Riebers Frau und seinen Kindern. Vor allem die Jahre 1914 bis 1926 werden aus der Perspektive mehrerer Familienmitglieder geschildert. Sie erzählen vom sinnlosen Tod im Krieg, von Hunger, Krankheit, Inflation und von politischen Unruhen in den Anfangsjahren der Weimarer Republik. Die Zeiten, in denen sich das Leben der Riebers abspielte, fanden in mehreren Geschichtsepochen statt. Für jüngere Leserinnen und Leser ist es heute unvorstellbar, in verschiedenen Epochen und politischen Systemen zu leben und sich den je neuen Gegebenheiten anzupassen.

Christine Bütterlin ist ein anschauliches und sehr persönliches Porträt ihres Großvaters gelungen, das eloquent und aufschlussreich die jeweiligen historischen Epochen in den Blick nimmt. Geschichte und Politik sind in dieser Romanbiografie kein populärhistorisches Beiwerk. Trotz aller Fiktionalität und dichterischen Freiheit wird das Bemühen um eine historisch möglichst authentische und solide recherchierte Darstellung deutlich: Jakob Riebers Lebensweg wird stets in die historischen, politischen, ökonomischen und sozialen Zusammenhänge eingebettet. Das Buch zeigt mustergültig, wie erzählend vermittelte Geschichte – mit einer entsprechenden „Bodenhaftung“ durch Quellen und Dokumente – das Geschichtsbewusstsein oft viel nachhaltiger prägen kann als die bloße wissenschaftliche Vermittlung von Geschichte. Mithin ein Buch, dem man viele interessierte Leserinnen und Leser wünscht.

Siegfried Frech

Rolf Hochhuth – Zweifler, Wahrheitssucher und Bekenner

Birgit Lahann:

Hochhuth – Der Störenfried.

Dietz Verlag, Bonn 2016.
384 Seiten (mit zahlreichen Fotografien), 29,90 Euro.

Rolf Hochhuth ist ja in Baden-Württemberg kein gänzlich unbeschriebenes Blatt. In seiner ersten großen Prosaarbeit „Eine Liebe in Deutschland“, veröffentlicht im Oktober 1978 beim Rowohlt Verlag, erzählt Hochhuth die Geschichte ei-

ner Liebe in Zeiten des Rassenwahns. Der polnische Kriegsgefangene Stasiak, der sich in Pauline, eine Deutsche, verliebt und mit ihr geschlafen hatte, wurde in Brombach bei Lörrach öffentlich aufgehängt. Die Frau kam ins KZ, überlebte aber. Am Ende des 6. Kapitel seiner Erzählung nennt er auf Seite 62 einen Namen: „Ist doch der amtierende Ministerpräsident dieses Landes, Dr. Filbinger, ein so furchtbarer Jurist gewesen, daß er noch in britischer Gefangenschaft nach Hitlers Tod deutsche Matrosen mit ehemaligen Nazi-Gesetzen verfolgt hat.“ Dieser kurze Satz bezog sich auf ein Urteil Filbingers gegen Kurt Olaf Petzold am 29. Mai 1945 (d.h. nach Kriegsende). Fritz J. Raddatz, Feuilletonchef der ZEIT publizierte seinerzeit das 6. Kapitel als Vorabdruck. Filbinger strengte im Frühjahr 1978 einen Prozess gegen Hochhuth an. Im Zusammenhang mit dem Verfahren tauchten weitere Todesurteile auf, an denen Filbinger maßgeblich beteiligt war. Im August 1978 trat Filbinger zurück. In der Erstausgabe des Jahres 1978 des Buches hieß der Satz dann folgerichtig: „Ist doch der zurückgetretene Ministerpräsident dieses Landes (...)“.¹ Franz Josef Strauß beschimpfte Hochhuth daraufhin als Ratte und Schmeißfliege.

Birgit Lahann, eine mit dem Theodor-Wolff- und Egon-Erwin-Kisch-Preis ausgezeichnete Theaterwissenschaftlerin, Journalistin und Autorin, hat eine brillante und in ihrer Machart wohl einzigartige Biographie über Rolf Hochhuth vorgelegt. Es ist – so Lahann – ein „Lebensbild, ein Gesprächsbuch mit allem Witz und allem Wahnsinn, seinen Verdiensten, seinen Stücken, den Geschichten und Gedichten und seinen zwei Lieblingsthemen, der Historie und den Frauen, die für ihn das fünfte Element sind, aber auch

mit Auskünften über Aggressionen, Gegner, Gott und Tod“ (Seite 11). (Und wenn sich Martin Walser zu dem Satz hinreißen lässt, dass diese Biografie das Lebendigste sei, was er je in diesem Genre zu lesen bekam, muss ja an dem Buch etwas dran sein!)

In dem auf unzähligen Interviews basierenden Buch vermittelt Lahann Einblicke in Hochhuths Kindheit. 1931 geboren, wird er während seiner Kindheit in der Kleinstadt Eschwege bereits früh mit der Armut von Arbeitern konfrontiert, bei denen er mit seinem älteren Bruder wöchentliche Zahlungen für Lebensversicherungen kassierte. Sich selbst charakterisiert er mit Blick auf das Kriegsjahr 1943, damals zwölfjährig, als „militärblöde“. Entscheidende Denkanstöße bekommt er nach Kriegsende durch einen neuen Geschichtslehrer. In jene Zeit fällt auch ein „literarisches Schlüsselerlebnis“. Hochhuth hört am 19. April 1945 Thomas Mann im Radio. Das war der Moment, an dem er, so seine eigene Aussage, von diesem Dichter geistig besetzt wurde. Entscheidend für die politische Sozialisation des in Geborgenheit und wirtschaftlicher Sicherheit aufgewachsenen Hochhuth wird ein Kinobesuch mit seinem Onkel. In der Wochenschau sehen sie drastische Bilder aus dem befreiten Konzentrationslager Buchenwald. Sie sehen, wie amerikanische Soldaten mit Bulldozern Leichen in Massengräber schieben. Bilder, die entscheidend dazu beitragen, dass Hochhuth sich sein ganzes Leben mit der NS-Vergangenheit Deutschlands auseinandersetzen wird. Elf Jahre später liest Hochhuth den Bericht, den der SS-Obersturmführer Kurt Gerstein geschrieben hat. Gerstein war ein Zeuge der Massenvergasungen, betrieb nachweislich Sabotage, unterrichtete Kirchenkreise und versuchte vergeb-

Frau und Mann, Mann und Frau

Eine Geschlechtergeschichte des deutschen Südwestens 1789–1980



Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs Band 44, Autorin: Sylvia Schraut

Geschlechtergeschichte ist mehr als Frauengeschichte. Dieses Buch behandelt die Perspektive beider Geschlechter aufeinander und ihr Verhältnis zueinander. Es arbeitet Zuschreibungen und Bilder heraus, die wir uns von den Geschlechtern gemacht haben – und noch immer machen. Oft genug unhinterfragt, ist das Geschlechterverhältnis ein zentrales Merkmal unserer gesellschaftlichen Ordnung. Welche Rolle haben Frauen und Männer im deutschen Südwesten gespielt? Welche Handlungsspielräume wurden ihnen zugewiesen und wie haben sich die Bilder von „Frau und Mann, Mann und Frau“ im Lauf der Geschichte gewandelt? Das Buch schlägt den Bogen von der Französischen Revolution bis in die jüngste Zeitgeschichte.

Bestellung: 6.50 Euro zzgl. Versand, Bestellung ausschließlich im Webshop der Landeszentrale für politische Bildung: www.lpb-bw.de/shop
E-Book (kostenlos) unter www.lpb-bw.de/e-books.html

lich, den Apostolischen Nuntius in Berlin aufzusuchen. Nach der Lektüre des Berichts hat Hochhuth sein Thema gefunden!

Angestellt als Lektor beim Bertelsmann Verlag, arbeitet Hochhuth abends am Theaterstück „Der Stellvertreter“. Tagsüber sitzt er über Werkausgaben von Theodor Storm, Thomas Mann und Erich Kästner, abends über seinem Manuskript. Reinhard Mohn, Leiter des Verlags, finanziert ihm schließlich eine dreimonatige Reise nach Rom. Gemeinsam mit seiner ersten Frau Marianne Heinemann reist er nach Rom und schreibt sein Drama ins Reine. Im „Stellvertreter“ greift Hochhuth Papst Pius XII. für sein beharrliches Schweigen bei den Judendeportationen im Zweiten Weltkrieg an. Nachdem das Drama zwei Jahre im Umbruch liegt, folgt die Inszenierung durch Erwin Piscator. Der „Stellvertreter“ geht um die Welt und löst den einen oder anderen Theaterskandal aus. Hannah Arendt bezieht Stellung und verteidigt Hochhuths Stück in der US-amerikanischen Öffentlichkeit. Hochhuth wird über Nacht berühmt (und berüchtigt).

Das Drama „Die Soldaten“ sorgt für einen weiteren Skandal. In dem Stück erinnert sich ein ehemaliger Bomberpilot aus dem Zweiten Weltkrieg an die Bombenabwürfe über Dresden. Mit Churchills Befehl zum Flächenbombardement gegen Deutschlands Großstädte wird er zum Täter. Das die „Bombe“ in Großbritannien platzte und das Stück dennoch Theatergeschichte schrieb, war vorhersehbar. Hochhuths manische Streitlust hatte wieder einmal Wirkung gezeigt. Lahann gibt auch Persönliches und Privates preis. Vier Ehefrauen und drei Söhne sind immerhin einen Ausflug in Hochhuths Privatleben wert. Und die „ganzen und halben Freunde“ (Fritz J. Raddatz, Heinrich Maria Ledig-Rowohl, Golo Mann, Ernst Jünger u.a.) – so eine Kapitelüberschrift – sind mithin ein Beleg für Hochhuths soziale und literarische Umtriebigkeit. Ein wahres Lesevergnügen ist das Kapitel über das Theater am Schiffbauerdamm. Hochhuth wurde Anwärter auf die berühmte Immobilie und kaufte

schließlich das Theater. Der Dramatiker hatte zwar nun sein eigenes Theater, lieferte sich aber mit dem Intendanten des Hauses, Claus Peymann, beständige Gefechte. Es ist ein eitler Kampf zweier Alpatiere um Machtpositionen, um Eitelkeiten und ewige Missverständnisse. Sie beschimpfen sich gegenseitig als „senile Knacker und altersstarrsinnige Amokläufer“ – nachzulesen auf Seite 276 der Biografie – und führen Prozesse gegeneinander. Diese unnachgiebige Haltung Hochhuths wird auch in den letzten Buchkapiteln offenkundig. Trotz aller körperlichen Demütigungen, die das Alter so mit sich bringt, wettert Hochhuth über Günter Grass und dessen Eingeständnis, bei der Waffen-SS gewesen zu sein. Er ereifert sich gegen Pegida-Ableger vor dem Brandenburger Tor und tobt nach wie vor durch das Kulturleben Berlins. Vielleicht kommt es einer Auszeichnung gleich, wenn Hochhuth in einer Interviewpassage mit Birgit Lahann erwähnt, dass Rudi Dutschke einmal gesagt haben soll: „Der Hochhuth gehört auch zu uns. Aber er merkt es nicht, weil er ein liberaler Scheißer ist“ (Seite 317).

Birgit Lahann ist mit dieser Biografie über den politischen Dramatiker und Schriftsteller Rolf Hochhuth ein wahrlich großer Wurf gelungen. Das Porträt zeigt, dass Hochhuth schon immer ein Autor für die Themen im toten Winkel der Demokratie war – so ein Fazit von Birgit Lahann. Lahann entfaltet darüber hinaus entlang von Hochhuths wildem und widerständigem Schaffen und Wirken ein beeindruckendes Panorama von 85 Jahren Zeitgeschichte und Politik (und dem gelegentlichen Irrsinn der Zeitläufte).

Siegfried Frech

1 Vgl. hierzu: Erik Lommatzsch: Hans Filbinger (1913 – 2007). Ein Mann in seiner Zeit. In: Philipp Gassert und Reinhold Weber (Hrsg.) unter Mitarbeit von Maïke Hausen: Filbinger, Wyhl und RAF. Die Siebzigerjahre in Baden-Württemberg. Stuttgart 2015 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 42. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg), S. 47–70; hier: S. 62ff.



Wenn Sie **DER BÜRGER IM STAAT** abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur € 12,80, vier Hefte im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an:

Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

Name, Vorname bzw. Organisation

Straße, Hausnummer

Geldinstitut

PLZ, Ort

IBAN

BIC

Datum, Unterschrift

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an:

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Redaktion Der Bürger im Staat, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart.
Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Büro des Direktors: Sabina Wilhelm -62
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Tempel -40

Stabsstelle Kommunikation und Marketing

Leiter: Werner Fichter -63
Daniel Henrich -64

Stabsstelle „Demokratie stärken“

Leiter: Felix Steinbrenner -81
Team meX: Stefanie Beck -82
Assistentin: Sheena Anderson -86
Flüchtlingshilfe: Ulrike Kammerer -87
Assistentin: Teresa Ewen -89

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Kai-Uwe Hecht -10
Haushalt: Gudrun Gebauer -12
Organisation: Julia Telegin -11
Personal: N.N. -17
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Klaudia Saupe -49
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiterin/Gedenkstättenarbeit*: Sibylle Thelen -30
Landeskunde und Landespolitik*: Dr. Iris Häuser -20
Jugend und Politik*: Angelika Barth -22
Schülerwettbewerb des Landtags*: Monika Greiner/ Stefanie Hofer -25
Frauen und Politik: Beate Dörr/Sabine Keitel -29/ -32
Freiwilliges Ökologisches Jahr*: Steffen Vogel -35
Alexander Werwein-Bagemühl -36
Stefan Paller, Sarah Mann -37/ -34

Abteilung Medien und Methoden**

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Tempel -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs: Prof. Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Prof. Siegfried Frech -44
Unterrichtsmedien: Michael Lebisch -47
E-Learning: Sabine Keitel -32
Internet-Redaktion: Wolfgang Herterich -14
Klaudia Saupe/Kata Kottra -49/ -48
Politische Bildung Online: Jeanette Reusch-Mlynárik,
Haus auf der Alb Tel.: 07125/152-136

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungszentrum Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter/Gesellschaft und Politik:

Dr. Markus Hug -146
Schule und Bildung/Integration und Migration:
Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung/
Integration und Migration: Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Thomas Schinkel -147
Servicestelle Friedensbildung: Claudia Möller -135
Hausmanagement: Julia Telegin/Nina Deiß -109

Außenstellen

Regionale Arbeit
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler/
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Thomas Waldvogel -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiterin: Regina Bossert -14
Robby Geyer -13

Politische Tage für Schülerinnen und Schüler/ Veranstaltungen für den Schulbereich**

Stuttgart, Heilbronner Str. 300–302, 70469 Stuttgart
Thomas Franke -83

*Paulinenstraße 44-46, 70178 Stuttgart, Fax: 0711/164099-55
**Heilbronner Str. 300–302, 70469 Stuttgart

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-0
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-0
Dienstag 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Staffenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Mittwoch 14.00–17.00 Uhr

Newsletter „einblick“

anfordern unter www.lpb-bw.de

DER BÜRGER IM STAAT IM INTERNET

Aktuelle, ältere und vergriffene Hefte zum kostenlosen Herunterladen: www.buergerimstaat.de

BESTELLUNGEN

Alle Veröffentlichungen der Landeszentrale (Zeitschriften auch in Klassensätzen) können schriftlich bestellt werden: Landeszentrale für politische Bildung, Marketing, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax 07 11/16 40 99-77 marketing@lpb.bwl.de oder im Webshop: www.lpb-bw.de/shop

FORDERN SIE UNSERE VERZEICHNISSE AN

oder orientieren Sie sich im Internet unter lpb-bw.de.

Wenn Sie nur kostenlose Titel mit einem Gewicht unter 0,5 kg bestellen, fallen für Sie keine Versandkosten an. Für Sendungen über 0,5 kg sowie bei Lieferungen kostenpflichtiger Produkte werden Versandkosten berechnet.

www.lpb-bw.de